



Nur zur dienstlichen Verwendung

Stenografisches Protokoll
der 93. Sitzung
- endgültige Fassung -

1. Untersuchungsausschuss

Berlin, den 14. November 2024, 12.00 Uhr
Paul-Löbe-Haus, Saal 4.900 (Europasaal)
Konrad-Adenauer-Straße 1, 10557 Berlin

Vorsitz: Dr. Ralf Stegner, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Beweisaufnahme

Einzigiger Tagesordnungspunkt	Seite
<i>Öffentliche Zeugenvernehmung</i>	
Annegret Kramp-Karrenbauer Ministerin im Bundesministerium der Verteidigung a. D. (Beweisbeschluss Z-113)	9
Olaf Scholz Minister im Bundesministerium der Finanzen a. D. (Beweisbeschluss Z-108)	81
Stefan Röbel Ehemaliger Leiter des Ministerbüros im Auswärtigen Amt (Beweisbeschluss Z-114)	118

*Hinweis:

Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen der Zeugen zur vorläufigen Protokollfassung sind als Anlage beigefügt.
Die betroffenen Protokollpassagen sind nachfolgend mit einem * gekennzeichnet.



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Beginn: 12.35 Uhr)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hoffe, dass das mit der ärztlichen Versorgung funktioniert. Wir hatten einen medizinischen Notfall - das hatte ich eben kurz durchgesagt - unter den Besuchern. An Ärzten hier in der Nähe mangelt es nicht. Insofern hoffe ich, dass das funktioniert hat und wir vielleicht auch noch unterrichtet werden.

Ich eröffne die 93. Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses der 20. Wahlperiode, die zugleich unsere 44. Beweisaufnahmesitzung ist.

Ich stelle fest, dass die Öffentlichkeit hergestellt ist, und begrüße ganz herzlich die Zuschauerinnen und Zuschauer sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Presse.

Der Ausschuss hat sich aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes dafür entschieden, Namen von Zeuginnen und Zeugen nicht in der Tagesordnung zu veröffentlichen, soweit diese nicht aufgrund ihrer Funktion öffentlich bekannt sind. Das ist zur gegenwärtigen Stunde kein Problem.

Bei den Angaben zur Person werden die Namen zwar in öffentlicher Sitzung genannt; das bedeutet aber nicht, dass der Persönlichkeitsschutz der Zeugen damit aufgehoben würde. Ich bitte daher darum, in der Berichterstattung über die Beweisaufnahme des Untersuchungsausschusses angelehnt an die Regeln des Pressekodex die Namen der Zeugen nicht zu veröffentlichen, soweit sie nicht in der Tagesordnung genannt sind.

Ton- und Bildaufnahmen sind während der gesamten öffentlichen Beweisaufnahme nicht zulässig. Ein Verstoß gegen dieses Gebot kann nach dem Hausrecht des Bundestages nicht nur zu einem dauernden Ausschluss von den Sitzungen dieses Ausschusses sowie des ganzen Hauses führen, sondern gegebenenfalls strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen.

Ich rufe den **einzigen Tagesordnungspunkt** unserer Sitzung auf:

Öffentliche Zeugenvernehmung

Annegret Kramp-Karrenbauer
Ministerin im Bundesministerium der
Verteidigung a. D.
(Beweisbeschluss Z-113)

Olaf Scholz
Minister im Bundesministerium der
Finanzen a. D.
(Beweisbeschluss Z-108)

Stefan Röbel
Ehemaliger Leiter des Ministerbüros im
Auswärtigen Amt
(Beweisbeschluss Z-114)

Wir werden die Zeugen in dieser Reihenfolge vernehmen.

Vernehmung der Zeugin Annegret Kramp- Karrenbauer

Mit Unterbrechungen rechnen wir heute nicht, denn das Parlament hat sich schon zurückgezogen. Insofern müssen wir nicht für Abstimmungen unterbrechen.

Ich begrüße unsere erste Zeugin, Annegret Kramp-Karrenbauer, die bereits Platz genommen hat. Ich stelle fest, dass die Zeugin ordnungsgemäß geladen ist und den Erhalt der Ladung am 29. August bestätigt hat. Ich heiße Sie herzlich willkommen, Frau Ministerin, und bedanke mich, dass Sie dem Ausschuss als Zeugin zur Verfügung stehen.

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Bitte schön.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Frau Kramp-Karrenbauer, ich bin zunächst gehalten, Sie über Ihre Rechte und Pflichten als Zeugin aufzuklären. Diese Belehrung schreibt mir das Gesetz für jeden Zeugen und jede Zeugin wortgleich vor.

Sie sind als Zeugin geladen worden. Als Zeugin vor einem Untersuchungsausschuss sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Das heißt, Sie müssen richtige und vollständige Angaben machen. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache



Nur zur dienstlichen Verwendung

gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Wer vor einem Untersuchungsausschuss vorsätzlich falsche Angaben macht, kann sich nach § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches strafbar machen. Solch eine uneidliche Falschaussage kann eine Geldstrafe oder eine Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren nach sich ziehen.

Auf bestimmte Fragen dürfen Sie allerdings die Auskunft verweigern. Das gilt zum einen für Fragen, deren Beantwortung Sie oder einen Ihrer Angehörigen der Gefahr zuziehen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Das können Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit sein, aber auch Disziplinar- oder berufsgerichtliche Verfahren.

Darüber hinaus dürfen sogenannte Berufsgeheimnisträger und ihre Gehilfen grundsätzlich die Auskunft in Bezug auf Dinge verweigern, die ihnen in dieser Eigenschaft anvertraut oder bekannt geworden sind.

Haben Sie dazu Fragen?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Nein, alles verstanden.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann möchte ich Sie darauf aufmerksam machen, dass eine Tonaufnahme gefertigt wird, um die Protokollierung der Sitzung zu erleichtern. Deshalb ist es sehr wichtig, dass Sie Ihr Mikrofon einschalten, wenn Sie das Wort ergreifen, und laut und deutlich sprechen. Die Aufnahme wird nach Abschluss der Protokollerstellung gelöscht. Das Protokoll wird Ihnen vor der endgültigen Fertigstellung übersandt.

Sollten Sie während Ihrer Vernehmung zu der Auffassung gelangen, dass Sie als VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen oder sonstige Dinge zur Sprache bringen müssen, deren öffentliche Erörterung überwiegende schutzwürdige Interessen verletzen könnte, bitte ich um einen Hinweis. Der Ausschuss hätte dann über

den Ausschluss der Öffentlichkeit sowie den Geheimhaltungsgrad der Sitzung zu beschließen. Es handelt sich hierbei jedoch um ein Regel-Ausnahme-Verhältnis. Der Öffentlichkeitsgrundsatz für Beweiserhebungen in Untersuchungsausschüssen hat nach Artikel 44 des Grundgesetzes Verfassungsrang. Die Gründe für eine Ausnahme müssen also von besonderem Gewicht sein, und es ist der Ausschuss, der darüber befindet.

Haben Sie zu diesen Hinweisen Fragen?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Nein.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann komme ich jetzt zum Ablauf der Vernehmung. Eingangs werde ich Sie kurz zu Ihrer Person befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie nach § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen, wenn Sie das wünschen. Anschließend oder wenn Sie darauf verzichten, werden Sie von den Mitgliedern des Ausschusses befragt. Die Fragezeit richtet sich dabei nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen.

Wenn Sie dazu auch keine Fragen haben, würde ich Sie nun bitten, sich dem Ausschuss zu Beginn Ihrer Ausführungen mit Ihrem Namen, Ihrem Alter, Ihrem Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen.

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Sehr gerne. - Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Verehrte Damen und Herren! Mein Name ist Annegret Kramp-Karrenbauer. Ich bin 62 Jahre alt, bin nicht mehr berufstätig. Die postfähige Adresse ist das Bundesverteidigungsministerium hier in Berlin, Stauffenbergstraße 18.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen herzlichen Dank. - Dann will ich Sie gerne noch darauf hinweisen, dass, wenn Fragen gestellt werden und Ihnen Vorhalt aus Akten gemacht werden, Sie natürlich das Recht haben, die einzusehen. Und alle, die hier sind, möchte ich gerne daran erinnern, dass, wenn Sie Fragen aus Akten stellen,



Nur zur dienstlichen Verwendung

bitte, erstens, die MAT-Nummer zu Beginn nennen, sodass wir das nachvollziehen können, und, zweitens, sich das noch mal kurz ins Gedächtnis zurückrufen, worüber wir vorhin in der letzten Sitzung gesprochen haben, nämlich, wenn Sie zitieren, korrekt zu zitieren, sodass die Zeuginnen und Zeugen dann auch, wenn sie gefragt werden, von dem ausgehen können, was da vorgetragen wird, und nicht in die Irre geführt werden.

Und mit diesen Präliminarien sozusagen wären wir dann jetzt bei dem Punkt, dass Sie, wenn Sie wünschen, im Zusammenhang vortragen können, was Sie über den Untersuchungsgegenstand und -zeitraum vorstellen möchten.

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Vielen Dank. - Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Vielen Dank für die Gelegenheit, vor Eintritt in die Fragerunden aus meiner Sicht zusammen noch einmal darlegen zu können, wie sich die Geschehnisse, wie die Abläufe, auf die sich der Zeitraum des Untersuchungsausschusses bezieht, dargestellt haben.

Gestatten Sie mir vorweg eine Bemerkung, die mir persönlich sehr am Herzen liegt. Der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan, der ja fast 20 Jahre gedauert hat, war ein ganz besonderer Einsatz. 76 Kontingente, 93 000 Soldatinnen und Soldaten, viele davon mehrfach, 59 getötete Kameraden, viele verletzt, versehrt an Leib und Seele bis zum heutigen Tag: Das ist die Bilanz alleine aus Sicht der Bundeswehr. Viele ehemalige unterschiedliche Bundesregierungen, aktive und ehemalige Mitglieder dieses Hauses haben die Mandate diskutiert und festgelegt und damit den politischen Auftrag, aufgrund derer die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr dann sowohl in ISAF als auch bei Resolute Support in den Einsatz gegangen sind.

Und mir ist es noch einmal ganz wichtig, vor Eintritt deutlich zu machen, dass die Bundeswehr, dass die Soldatinnen und Soldaten alle Aufträge, die die Politik an sie gestellt hat, erfüllt haben. Und bei aller politischen Diskussion wünsche ich mir, dass das nicht in Vergessenheit gerät.

Von diesen 20 Jahren fallen sozusagen die beiden letzten und damit die Phase des Abzugs aus Afghanistan in meine Amtszeit.

Vielleicht zur Einordnung, wie mein Amtsverständnis gerade mit Blick auf diese Aufgabe war: Ich habe es mir zur Aufgabe gemacht, Entscheidungen voranzutreiben - sowohl in der Bundesregierung als auch im Parlament, aber natürlich auch in eigener Ressortverantwortung - und zur Umsetzung zu bringen, die dafür gesorgt haben, dass das Verteidigungsministerium, die Bundeswehr, insbesondere auch das Einsatzführungskommando und damit auch die Truppe vor Ort am Ende alles hatten, damit sie ihre Aufträge erfüllen konnten.

Die Lage, die ich vorgefunden habe bei meinem Amtsantritt im Juli 2019, war eine - Sie erinnern sich - laufende Verhandlung, gesteuert von Präsident Trump und seiner Administration, mit den Taliban, die geendet hat am 29. Februar 2020 im Abschluss des sogenannten Doha-Abkommens. Dieses Abkommen ist ohne Einbindung der NATO-Partner verhandelt worden und ohne Einbindung der afghanischen Regierung, was ich selbst in mehreren Gesprächen in Afghanistan, aber auch mit Partnern und auch in der Öffentlichkeit immer kritisiert und auch angemahnt habe.

Es ist ein Abkommen, das eine gewisse Schiefelage abbildet, weil es zum einen eine sehr feste Zusage an die Taliban enthalten hat, nämlich ein festes Abzugsdatum - der 30.04.2021 für die US-Kräfte und alle internationalen Kräfte -, aber auf der anderen Seite relativ weich formulierte Verpflichtungen für die Taliban.

Was relativ fest versprochen war vonseiten der Taliban, war, dass die Angriffe auf die US- und internationalen Truppen eingestellt werden - das ist im Großen und Ganzen auch geschehen -, dass sozusagen das Ziel ist, Afghanistan nicht wieder zu einem sicheren Hafen für internationalen Terrorismus zu machen. Auch das, soweit ich das in der Zeit überblicken konnte, einigermaßen eingehalten.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Aber alles, was mit dem innerafghanischen Friedensprozess zu tun hatte - Bedingungen, Ziele, Zeitabläufe -, war mehr als schwammig formuliert. Und die Tatsache, dass diese Verhandlungen schon mal um ein halbes Jahr verschoben worden sind nach hinten, bevor sie aufgenommen wurden, hat die Grundlage dafür gebildet, dass die Taliban - mit der sogenannten Fight-and-talk-Strategie -, während sie Gespräche geführt haben, gleichzeitig gekämpft haben gegen die afghanischen Sicherheitskräfte und damit bis in den Sommer, bis in den August hinein, bis zum Fall Kabuls, das Land quasi militärisch übernommen haben.

Mit dieser Schieflage hat sich auch entsprechend die Sicherheitslage entwickelt. Sind wir, gemessen an den Unterlagen, die mir zur Verfügung standen, und den Gesprächen, die ich auch mit Kolleginnen und Kollegen geführt habe, Ende 20 noch davon ausgegangen, dass mit dem Abzug der internationalen Kräfte es in Afghanistan aller Wahrscheinlichkeit nach eher zu einer bürgerkriegsähnlichen Situation oder zu einem Sieg der Taliban kommt - - Dann sind wir von einem Zeitraum von 24 Monaten ausgegangen, also sprich: bis spätestens Dezember 22. Diese Einschätzung hat sich verändert im Frühjahr des Jahres 21 auf Frühjahr, Februar 22, dann noch einmal im Laufe des Sommers, vor allen Dingen mit Blick auf den August, auf den Zeitraum bis Ende 21 und noch kurz vor Einleitung der Evakuierungsmission, auch aus verschiedenen Quellen, beziffert noch mal auf 30 bis 90 Tage.

Das ist einfach noch mal wichtig zu wissen, dass der gesamte Abzug und nachher natürlich auch die militärische Evakuierungsmission und alles, was wir mit Blick auf Ortskräfte zu organisieren hatten, unter einer sich stetig verschlechterten Sicherheitslage und damit auch unter einem entsprechenden Zeitdruck stattgefunden haben.

Der Abzug, dessen Debatte vor allen Dingen sich um den Jahreswechsel 20/21 abgespielt hat und begonnen hat, stand zu Beginn des Jahres 21 unter dem Zeichen des Regierungswechsels in den Vereinigten Staaten - Sie wissen alle, ein mehr als komplizierter Wechsel von Präsident Trump auf Präsident Biden mit einem sehr verzögerten

Zulauf auch der entsprechenden Kolleginnen und Kollegen in der Regierung. Das galt insbesondere für meinen Kollegen Lloyd Austin als Verteidigungsminister. Und wir hatten die Situation - wir haben das im Verteidigungsausschuss debattiert -, dass wir dem Bundestag vor dem Hintergrund der Tatsache, dass das Mandat zum März 21 ausgelaufen ist, um die Verlängerung des Mandates bitten mussten, aber noch nicht genau wussten, wann und wie der Abzug aus Afghanistan erfolgt. Der ist beschlossen worden im NATO-Rat am 14. April.

Mit diesem Beschluss hat das Verteidigungsministerium unter meiner Leitung dem Einsatzführungskommando den entsprechenden Auftrag gegeben, zum einen eine entsprechende militärische Evakuierungsmission vorzuplanen für die Zeit, in der die Bundeswehr nicht mehr in Afghanistan sein wird. Und das zusammengenommen mit der nationalen Krisen- und Sicherheitsvorsorge mit Blick auf die Evakuierung von deutschen Staatsangehörigen hat die Grundlage dafür gebildet, auf der wir dann die militärische Evakuierungsmission im August gestartet haben. Wir waren da also von den Planungen her, von den Vorbereitungen her gut vorbereitet.

Der Prozess an sich, der eigentliche Abzugsprozess, der ja mit den letzten deutschen Soldaten, die Ende Juni wieder in Deutschland eingetroffen sind, gestartet wurde, war ein hochkomplexer Prozess, weil er nicht nur die Bundeswehr betroffen hat; er war ein Prozess, der in der NATO koordiniert werden musste. Sie wissen, sozusagen der Auftrag war „In together, out together.“

Und er war insofern noch einmal komplizierter, weil die deutsche Bundeswehr in Masar-i-Scharif das Kommando Nord für die Trainings- und Beratungsmission der afghanischen Armee hatte und mit uns in Masar-i-Scharif eben Soldatinnen und Soldaten aus - zu dem Zeitpunkt - 16 Nationen, sowohl NATO-Mitgliedern als auch Nicht-NATO-Mitgliedern, in diesem Lager waren. Und dieser Abzug musste mit diesen 16 Nationen koordiniert werden in der Frage „Wer zieht seine Soldaten, wer zieht sein Material wann zurück?“



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dazu bedurfte es auch einer Reihe von vorbereitenden Gesprächen mit den entsprechenden Amtskollegen.

Das Hauptziel - das war auch so mit dem Bundestag besprochen - war natürlich, unsere Soldatinnen und Soldaten sicher nach Hause zu bringen und das Material so zurückzuverlagern, dass so wenig wie möglich den Taliban als verfügbares Material in die Hände gefallen ist, und auch Dinge, die von einer besonderen emotionalen Bedeutung für uns waren, auch einem besonderen emotionalen und symbolischen Wert, also etwa die Kapelle oder das Ehrenmal - - dass das nach Hause zurückgekommen ist. Und es ging um eine geordnete Übergabe des Camp Marmal an die afghanischen Sicherheitskräfte.

Erschwert wurde diese ohnehin schon komplexe Mission durch verkürzte Zeitlinien, denn zuerst war geplant: bis zum 16. August; das war der Termin, der auch von der amerikanischen Seite kommuniziert wurde. Wir hatten vorsorglich schon einmal sozusagen verkürzte Planungen vorbereitet, und am Ende hat sich diese Zeitlinie auf den 4. Juli verkürzt, sodass auch hier noch mal eine besondere Herausforderung war. Und ich kann auch heute feststellen, dass die Bundeswehr diese sehr komplexe Mission in all ihren Aufträgen absolut erfüllt hat, dass wir mit General Meyer genau den richtigen Mann vor Ort hatten, um diese auch logistisch komplexe Situation zu meistern.

Und wir müssen festhalten, dass mit dem Abzug, also zum Ende Juni 2021, es keine Präsenz der Bundeswehr mehr in Afghanistan gab. Das heißt, Afghanistan war kein Einsatzgebiet mehr, es gab keine Berichterstattung zum Beispiel an den Verteidigungsausschuss als Einsatzgebiet. Und vor allen Dingen hatten wir keine eigenen Strukturen, auch keine eigenen Möglichkeiten, Nachrichten zu generieren, sondern waren angewiesen auf offene Quellen bzw. auf Zuarbeit auch von anderen Ressorts.

Die besondere Herausforderung der militärischen Evakuierungsmission, die ja streng genommen in dem Gesamtzusammenhang Afghanistan steht, aber nicht mehr im Zusammenhang mit der

eigentlichen NATO-Mission Resolute Support, war eine - ich habe das eben schon erwähnt - stetige Verschlechterung der Sicherheitslage. Die Taliban - nach den Unterlagen, die mir zur Verfügung standen - haben zwar zum Teil das Tempo bei territorialen Eroberungen zurückgefahren, haben aber stattdessen in einer zunehmenden Dynamik Provinzhauptstädte angegriffen und erobert, wichtige Straßenverbindungen und Grenzübergänge, was vor allen Dingen wichtig war mit Blick auf die Kontrolle des Handels und damit auch der Finanzierung der eigenen Truppen, wenn Sie so wollen.

Bereits im März 21 gab es eine gemeinsame Beratung der Botschaft in Kabul durch das Außenministerium und das Verteidigungsministerium. Und, wie gesagt, im April wurde die entsprechende Planung für einen Eventualfall, für eine Evakuierung, wie sie dann im August stattgefunden hat, in Auftrag gegeben.

Ich selbst bin am 12.08., im Laufe des Tages, in den Abend hinein, durch auch die entsprechenden aus offenen Quellen stammenden Mitteilungen, dass die USA Truppen, vor allen Dingen die sogenannten Enabler, in großer Zahl an den Flughafen Kabul verlegen, sozusagen noch einmal, wenn ich das so sagen darf, mehr als alarmiert und hellhörig geworden.

Ich habe daraufhin über die Arbeitsebene veranlasst, dass das BMVg die sowieso geplante Krisensitzung, also die Sitzung des Krisenstabes, der unter Federführung des AA - - darauf drängt, dass diese Sitzung vorverlegt wird auf den Freitag, den 13., und dass wir dort auch mit dem Vorschlag hineingehen, nicht nur ein Vorerkundungsteam nach Afghanistan zu schicken, wie es geplant war, sondern eine robuste militärische Evakuierungsmission zu planen.

Das ist konsentiert worden. Ich habe an dem Freitag noch mit der Bundeskanzlerin telefoniert. Wir haben samstags morgens, also an dem 15., mit den betreffenden Ressorts - soweit ich mich erinnere, waren neben der Bundeskanzlerin Olaf Scholz, Heiko Maas und ich auf jeden Fall in dieser Schalte dabei - über die Situation gesprochen. Es gab Debatten - das wissen Sie - über die Frage:



Nur zur dienstlichen Verwendung

Muss neu mandatiert werden, ja oder nein?
Aber - und das ist mir wichtig zu sagen - durch diese Debatten gab es keinerlei Verzögerung, weil die Vereinbarung auch in dieser Schalte war: Die Vorbereitungen werden weitergetrieben, und die Frage des Mandates wird auch mit dem Bundestag sozusagen nachlaufend geklärt.

Wir haben dann am Sonntag noch einmal in einer Beschleunigung - am Sonntag, dem 15. August - die Evakuierungsmission ausgelöst. Die Soldatinnen und Soldaten sind montags morgens abgeflogen. Die erste Maschine ist unter sehr schwierigen Umständen abends in Kabul gelandet. Und der gesamte Einsatz dauerte bis zum 26.08.

Mir ist es wichtig, noch einmal darauf hinzuweisen, dass diese militärische Evakuierungsmission keine klassische war, also nicht nach dem Motto - wie wir es jetzt auch im Zuge des Nahostkonflikts sehen -: Bundeswehr fliegt sozusagen in das Land hinein, nimmt Botschaftsangehörige und eine genau definierte Zahl von Personen mit hinaus. - Es war auch keine Mission der Bundeswehr sozusagen alleine, um die Ortskräfte der Bundeswehr auszufliegen, sondern es war eine Mission - und es hat sich nachher herausgestellt, wie sozusagen improvisiert und aus der Not heraus in Kabul selbst von den USA und von den dann am Flughafen befindlichen Nationen - - eine internationale Luftbrücke war, bei der es ja gelungen ist, weit über 5 300 Menschen auszufliegen, ich glaube, aus mehr als 40 Nationen, genauso wie andere Nationen auch deutsche Staatsangehörige mitgenommen haben, und das alles vor dem Hintergrund eines Landes, das im wahrsten Sinne des Wortes zusammengebrochen ist und wo Tausende von Menschen einfach verzweifelt versucht haben, auf irgendein Flugzeug zu kommen, damit sie dieses Land verlassen können. Also, es war eine ganz andere Situation, als eigentlich das klassische Bundeswehrlehrbuch zum Thema „militärische Evakuierungsmission“ sagt.

Und wenn man sich das vor Augen führt, kann man vielleicht nachvollziehen, dass alle Beteiligten - das gilt natürlich zuallererst und vor allen

Dingen für die Truppe vor Ort, geführt von General Arlt, aber eben auch alle im Einsatzführungskommando und auch alle vor allen Dingen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter etwa der Referate von SE im Ministerium - in dieser Woche bis an die Grenzen der physischen und psychischen Erschöpfung und Leistungsstärke und oft darüber hinaus gegangen sind.

Und gemessen daran kann ich auch hier sagen: Auch hier sind die Aufträge, die die Bundeswehr hatte, erfüllt worden, und ich bin heute noch zutiefst dankbar, dass wir vor allen Dingen alle unsere Soldatinnen und Soldaten heil da wieder rausbekommen haben.

Ein großes Thema - und das möchte ich zum Abschluss gern ansprechen, wenn Sie das gestatten, weil es auch ein für mich wichtiges und auch ein sehr emotionales Thema ist -, ist das Thema Ortskräfte der Bundeswehr. Sie wissen, dass viele andere Ressorts, ob das das Außenministerium, das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, auch das Innenministerium - - mit Ortskräften in Afghanistan zusammengearbeitet haben; das ist etwas vollkommen Normales. Aber ich glaube, es gibt kein Ressort, wo die emotionale Bindung an die Ortskräfte und auch die mögliche Gefährdung von Ortskräften so hoch ist, wie das im Bereich des Verteidigungsministeriums der Fall war. Dieser Satz, der für Soldaten wirklich ein ganz wichtiger ist: „Kein Kamerad und keine Kameradin wird zurückgelassen“, ist etwas, was tief verwurzelt ist. Und das hat man auch an den sehr emotionalen Reaktionen vor allen Dingen derjenigen Soldatinnen und Soldaten gemerkt, die über diese 20 Jahre in Afghanistan selbst gedient haben. Das war ein echtes Herzensanliegen, und das war für uns auch leitungsbestimmend, für das BMVg insgesamt, für die Bundeswehr, aber auch für mich persönlich.

Ich habe mit Beginn sozusagen des konkreten Abzuges zum einen verfügt, dass ich ganz engmaschig sozusagen immer wieder über die Lage in Afghanistan inklusive der Entwicklung des Ortskräfteverfahrens und des Stands dort informiert werde, und ich habe sehr deutlich gemacht, dass für mich der Schutz der Ortskräfte vor sozusagen der Reinheit des Prozesses geht. Und das



Nur zur dienstlichen Verwendung

hat, um das vielleicht noch einmal zu erläutern, folgenden Grund:

Wir haben für Afghanistan ja ein eingeführtes Ortskräfteverfahren gehabt - ich würde mal sagen: nach klassisch deutscher Tradition gut aufgesetzt, gut überlegt, aber auch hinreichend kompliziert -, was in den Jahren 2013, solange wir in Afghanistan waren, sozusagen bis in den März hinein auch funktioniert hat.

Aber im April haben wir die Sicherheitseinschätzung bekommen, dass sich die Sicherheitslage für die afghanischen Ortskräfte, wenn wir komplett weg sind, einfach latent verschärft, dass es eine latente Bedrohung gibt. Und wir haben gemerkt - und es war auch mein Eindruck -, dass der eingeübte Prozess einfach zu komplex und zu langsam ist.

Deswegen gab es drei Handlungsfelder, auf denen wir aus meiner Sicht als BMVg - aber da es ja eine ressortgemeinsame Vereinbarung war, eben als Bundesregierung insgesamt - Veränderungen vornehmen mussten. Das eine war die Frage: Wer wird sozusagen einbezogen? Das waren zuerst nach dem alten Verfahren immer nur diejenigen, die in den letzten zwei Jahren bei der Bundeswehr waren, also in diesem Fall diejenigen seit 2019. Sie wissen, dass das BMVg, dass ich persönlich auch sehr dafür geworben habe, dass wir so früh wie möglich diesen Kreis erweitern. Das ist mit einem Beschluss sozusagen nach der - - oder am Rande des Kabinetts, wenn Sie so wollen - - einer Vereinbarung geschehen. Und ich kann an der Stelle sagen, dass ich der Kanzlerin sehr dankbar bin, weil am Ende war es sozusagen auch ihr Druck und ihr Wort, das die anderen Kollegen dann noch dazu gebracht hat, auch ein bisschen auf die Linie des Verteidigungsministeriums mit einzuschwingen.

Dann gab es eine zweite Frage bei der Gruppe, das war die Frage: Wie gehen wir mit denjenigen um, die nicht direkt bei der Bundeswehr beschäftigt waren, sondern bei Werkvertragsnehmern? Und da gab es sozusagen erst später noch mal, im August, dann auch hier eine - -

(Auf der Zuschauertribüne
liegt ein medizinischer
Notfall vor)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Entschuldigung, Frau Ministerin, ich müsste die Sitzung eben noch mal bitte unterbrechen. - Ich unterbreche die Sitzung für fünf Minuten.

(Unterbrechung von
13.02 bis 13.09 Uhr)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor wir die Sitzung fortsetzen, will ich nur mal sagen, dass es für uns manchmal schwer mitzukriegen ist, was da ist. Das war auch am Anfang schwierig.

Dadurch haben wir vorhin auch ein weiteres Versäumnis gemacht. Wir hatten der Presse zugesagt, dass sie heute Auftaktbilder machen können. Wir haben ja auch Interesse, dass sie das dürfen. Deswegen habe ich mit ihnen vereinbart, dass wir nach ungefähr einer Stunde zulassen, dass sie Auftaktbilder machen können. Wir wollen ja, dass sie gut berichten über das, was wir tun. Ich bitte da um Ihr Verständnis. Das ging vorhin ein bisschen unter, weil wir auch da schon einen Notfall hatten und der Notarzt da war. Und dann kam das nicht zustande.

Ansonsten hoffe ich, dass jetzt so weit alles gut ist. Wir sind jedenfalls insgesamt im Hause gut betreut. Es sind genügend Anlaufstellen auch in der Nähe. Ich hoffe, dass es dem Herrn bald wieder besser geht.

So, Frau Ministerin, wir haben Sie unterbrochen. Tut mir leid, das war jetzt nicht anders möglich. Ich bitte Sie, fortzufahren.

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Das ist vollkommen selbstverständlich. Zuerst einmal die besten Genesungswünsche an den Zuschauer oben.

Ich darf noch mal kurz zurückgehen und sagen: Also, es gab die Handlungsfelder: Wer kommt in den Prozess? Wie schnell - - oder wie ist der Prozess? Dann gab es die Frage: Wenn jemand die



Nur zur dienstlichen Verwendung

Berechtigung hat, wie erhält er die Voraussetzungen, damit er ausreisen kann, also die Visa und auch die Möglichkeit, tatsächlich das Land zu verlassen?

Zum „Wer?“, zum Kreis der Berechtigten, habe ich eben etwas gesagt. Der Prozess ist ab April 21 massiv beschleunigt worden. Mit Blick auf die Visaerteilung hat sich einfach herausgestellt in den Monaten April, vor allen Dingen aber dann auch Mai und Juni, dass die Möglichkeiten, die es vorher normal gab, sozusagen über die Botschaft in Kabul und andere Stellen, immer weiter eingeschränkt wurden.

Und die Bundeswehr und - das möchte ich gern noch mal betonen - vor allen Dingen das Einsatzkontingent vor Ort hat in einer hochschwierigen Situation, als es darum ging, sozusagen den geordneten Abzug zu organisieren, in einer Situation, in der die Sicherheitsmaßnahmen immer weiter zurückgefahren wurden, weil wir immer mehr Material und Personen verlagert haben, die Taliban immer näher um Masar-i-Scharif herangerückt sind, trotzdem gesagt - und das zeigt diese enge Verbundenheit zum Thema Ortskräfte -: Wir - und das war eine einmalige Amtshilfemission für das Auswärtige Amt - nehmen sozusagen im Camp Marmal die Anträge, die biometrischen Daten auf. Wir senden das mit militärischen Fliegern zurück nach Deutschland, da wird es bearbeitet, und die Visa kommen wieder zurück. - Die letzten hat der GI, damals General Zorn, mit reingebracht. Und das hat mit dazu geführt, dass ein großer Teil dieser Gruppe, also der 2019er-Gruppe, wie ich sie nenne, das Land dann auch wirklich verlassen konnte.

Es gab zu dem damaligen Zeitpunkt noch die Möglichkeit, auch private Flieger zu nutzen. Und trotzdem haben wir gesehen, dass sich auch hier die Möglichkeiten einschränken. Und deswegen gab es die Debatte über die Frage von Charterflügen, speziell um Ortskräfte herauszuholen. Das war im Übrigen auch eine Überlegung zum Beispiel bei den britischen Kräften. Und Sie wissen - das ist ja aus den Unterlagen ersichtlich -, dass ich im Juni, am 22. Juni, angeordnet hatte, zwei Chartermaschinen, zivile, quasi anzumieten - das

ist auch geschehen -, um damit Ortskräfte auszufliegen noch aus Masar-i-Scharif, bevor die Bundeswehr dann einige Tage später das Camp verlässt.

Das ist am Ende gescheitert, muss man ganz offen sagen, aus zweierlei Gründen: zum einen, weil es Befürchtungen gab - und das ist insgesamt durchaus auch ein wichtiges Argument gewesen -, dass möglicherweise Bilder kreiert worden wären von einem vorgezogenen deutschen Evakuierungseinsatz mit entsprechenden negativen Auswirkungen auf die innerafghanische Situation - die war sowieso schon fragil -, aber auch auf die internationalen Partner. Das war insbesondere die Bitte der Botschaft in Kabul und des Auswärtigen Amtes. Aber es gab auch massive Sicherheitsbedenken der Einsatzführung, des Einsatzführungskommandos, weil einfach die Sorge war - weil wir nur noch ganz wenige Kräfte vor Ort hatten -, dass wir zum Beispiel überrollt werden am Flughafen und dann so Bilder entstehen, wie wir sie nachher im August in Kabul gesehen haben. Es war vereinbart mit dem Auswärtigen Amt, dass es danach Charterflüge gibt, auch speziell für Ortskräfte, die sich allerdings dann nicht mehr bis zum 15. August haben realisieren lassen.

Ich kann heute sagen: Ich bin sehr froh - und das war mein letzter Stand an Informationen, den ich gestern noch mal erhalten habe -, dass mittlerweile ein sehr hoher Prozentsatz unserer Ortskräfte der Bundeswehr, also auch der des erweiterten Kreises mit ihren Familien, Afghanistan hat verlassen können. Ich bin sehr dankbar für die maximale Kraftanstrengung der Bundeswehr beim Abzug aus Masar-i Scharif, die es einer Gruppe erlaubt hat, noch vor der Evakuierung das Land zu verlassen.

Und trotzdem bleibt natürlich die Frage, wenn wir den Kreis früher erweitert hätten, wenn die Charterflüge hätten durchgeführt werden können, dass wir dann bei der Evakuierung selbst nicht so viele Ortskräfte der Bundeswehr hätten in Kabul zurücklassen müssen - etwas, was mich persönlich - - und von dem ich weiß, dass es viele in der Bundeswehr, im Verteidigungsministerium doch sehr beunruhigt auch zurückgelassen hat.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Mit Blick auf heute - und das möchte ich zum Abschluss sagen - ist natürlich die Gesamtsituation in Afghanistan absolut schrecklich und bedrückend, vor allen Dingen mit Blick auf die Frauen, die auch dank des Einsatzes der Bundeswehr über 20 Jahre die Möglichkeit hatten, tatsächlich im eigenen Leben zu spüren, was Freiheit bedeuten kann, und die jetzt in einer Art und Weise - - in einer Art Geschlechterapartheidsregime beschränkt werden, wie wir uns das alle eigentlich nicht wieder haben vorstellen können. Das ist eine schreckliche Situation. Und das bleibt für mich auch Verpflichtung, dass wir Afghanistan nicht abschreiben, sondern dass wir weiter versuchen, für diese Frauen auch etwas zu erreichen.

Und ich kann für das Bundesverteidigungsministerium und vor allen Dingen für die Soldatinnen und Soldaten sagen: Bis zum letzten Tag, dem letzten Flieger aus Afghanistan bei der militärischen Evakuierungsmission, und danach, als viele Kameradinnen und Kameraden in einer Amtshilfe über das Callcenter beim Einsatzführungskommando noch im Kontakt mit den Ortskräften vor Ort sich eingesetzt haben über den normalen Dienst hinaus, hat die Bundeswehr mit voller Leidenschaft und mit vollem Einsatz und mit voller Motivation diesen Auftrag erfüllt. Und ich glaube, das ist eigentlich auch eine gute Nachricht bei allem, was wir diskutieren über den Zustand der Bundeswehr, dass die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr die richtige Einstellung haben, vor allen Dingen in Zeiten, wenn es hart ist. - Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank, Frau Kramp-Karrenbauer. - Und lassen Sie mich zunächst beginnen nicht mit einer Frage, sondern mit der Aussage von General Schütt, dem Abteilungsleiter „Strategie und Einsatz“ im Bundesverteidigungsministerium. Ich zitiere ihn nach dem vorläufigen Stenografischen Protokoll 20/74, Blatt 56; Anlage 2. „Vorläufig“ ist in dem Fall auch keine Änderung in diesem Punkt. Ich zitiere ihn wie folgt:

„Festzuhalten bleibt: Die Truppe hat unter widrigen Rahmenbedingungen ihren Auftrag nach besten

Kräften erfüllt. Über 5 300 evakuierte Menschen aus 45 Ländern sind aus meiner Sicht dafür ein klarer Beweis.“

Dieser Aussage möchte ich nur hinzufügen - und das ist jetzt kein Zitat mehr, sondern das, was ich Ihnen gerne sagen möchte -, dass wir Ihnen für diese erfolgreiche Evakuierungsoperation unseren Dank aussprechen. Und er bezieht sich auch auf das, was Sie über die Soldatinnen und Soldaten gesagt haben. Das teilt der Ausschuss ausdrücklich. Das würde ich hier gerne zu Beginn feststellen.

Und deswegen ist übrigens auch die Arbeit, die wir hier machen, eine, die natürlich diesbezüglich wichtig ist. Und deswegen erfüllen wir den Auftrag des Deutschen Bundestages, weil wir eben Menschen auch in Einsätze schicken, wo sie ihre Gesundheit und ihr Leben im Zweifelsfall für uns einsetzen. Das gilt für die Soldatinnen und Soldaten, aber auch für andere. Und entsprechend umsichtig müssen wir mit den Dingen auch umgehen. - Das als eher Vorbemerkung.

Ich würde Sie zunächst fragen wollen, Frau Kramp-Karrenbauer, wie Sie sich auf die heutige Sitzung vorbereitet haben.

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Herr Vorsitzender, ich bin entsprechend rechtlich eingewiesen worden und habe vom Verteidigungsministerium Unterlagen erhalten, anhand derer ich sozusagen die Ereignisse des Untersuchungszeitraums noch einmal rekapitulieren konnte.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich würde gern zunächst ein paar allgemeine Fragen an Sie richten. Es wird ja auch so sein, dass die Kolleginnen und Kollegen das nachher vertiefen werden.

Können Sie uns beschreiben, welche Intensität der Afghanistan-Einsatz in Ihrer Amtszeit, in dieser Zeit, in Anspruch genommen hat? Also bezogen auf die Aufgaben, die Sie insgesamt hatten: Welches Gewicht hatte dieser Einsatz in Afghanistan?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Also, der Afghanistan-Einsatz hat eine sehr hohe Intensität eingenommen, und das, obwohl - und das vergisst man häufig - wir ja über Jahre und Monate sprechen, in denen die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr in einem - sozusagen - Einsatz waren im Rahmen von Corona, auch alles, was wir umsetzen mussten, unter diesen Bedingungen umgesetzt wurde. Das bedeutete zum Beispiel für die Soldatinnen und Soldaten, die nach Afghanistan etwa beim Abzug verlagert wurden: Die mussten zuerst zwei Wochen in die Isolierung, wenn sie nach Hause gekommen sind, wieder. Also das alles unter Coronabedingungen. Das hat auch die Frage zum Beispiel beeinflusst, wie wir uns als Verteidigungsminister in der NATO getroffen haben, nämlich nur noch per Schalten, nicht mehr persönlich, was eine, fand ich - - der Arbeit insgesamt nicht zuträglich ist; ich will es mal so vorsichtig formulieren.

Und wir hatten dann natürlich auch kurz vor der militärischen Evakuierungsmission das schreckliche Flutereignis im Ahrtal, wo auch wieder 2 000 Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr im Einsatz waren.

Also das heißt: Es gab eine ganze Menge von Themen. Aber Afghanistan war von allen Einsatzgebieten natürlich dasjenige, das die größte Intensität hatte, vor allen Dingen, weil in diesen zwei Jahren eben klar war: Der Einsatz endet. Und es hat natürlich auch eine Rolle gespielt im Zusammenhang mit der allgemeinen Debatte, die wir darüber geführt haben ja schon im Jahr 2020 und 2021: Was ist die Rolle der Bundeswehr? Wie ist sie ausgestattet? Wie ist es sozusagen mit Blick auf das Thema „Burden Sharing“ in der NATO? Also die Debatten, die bei Trump natürlich sehr massiv geführt wurden, aber bei Biden freundlicher im Ton, aber nicht weniger intensiv in der Sache auch diskutiert worden sind. Und natürlich auch eine zunehmende Bedrohung durch Russland. Aber trotzdem: Es war eine besonders intensive Zeit, vor allen Dingen die Begleitung der eigentlichen Aktionen, also das heißt des Abzugs, der militärischen Evakuierungsmission und des gesamten Ortskräfteverfahrens.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Können Sie uns mal schildern, wie Ihre Zusammenarbeit mit den Abteilungen Ihres Ministeriums ausgesehen hat, also wie intensiv Sie sich sozusagen direkt mit den Abteilungen - - Oder vielleicht mögen Sie das so beschreiben, inwiefern Sie vieles auf Ihre Staatssekretäre delegiert haben oder wie stark Sie sozusagen unmittelbar involviert gewesen sind.

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: In den Abläufen im Ministerium war es so, dass es fast jeden Tag eine sogenannte Morgenlage gab, bei der je nach Terminlage alle Staatssekretäre, auch die Parlamentarischen Staatssekretäre, die militärische Führung, also GI, stellvertretender GI, alle Abteilungsleiter, Presse auch natürlich, mein persönlicher Bereich, vor allen Dingen Leiter Leitungsstab, teilgenommen haben. Und in diesen Morgenlagen ist eigentlich das besprochen worden, was sozusagen aktuell ist, aber auch das, was entsprechend vorbereitet werden muss. Und insofern war das sozusagen zu Beginn des Tages immer das Gremium, in dem auch ein entsprechender erster Austausch stattgefunden hat.

Darüber hinaus gab es feste Jours fixes, sowohl mit den Staatssekretären als auch mit GI und stellvertretendem GI. Es gab sozusagen den gleichen Rhythmus auch mit Blick auf den parlamentarischen Bereich, also den Verteidigungsausschuss, das sogenannte Koalitionsfrühstück, die Arbeitsgruppen.

Und was sozusagen den Abzug anbelangt: Seit April - ich habe das eben angedeutet - bin ich bis zum Ende des Abzugs Ende Juni in einem wöchentlichen Zeitraum sozusagen immer sehr speziell zur Lage in Afghanistan gebrieft worden, in all den Aspekten - Sicherheitslage, „wie geht der Prozess voran?“, aber eben auch das Thema Ortskräfte -, sodass sozusagen ich eigentlich auch den Eindruck hatte, dass die entsprechenden Informationen mich auch erreichen und mir eine gute Grundlage für die Entscheidung geben.

Darüber hinaus ist es aber so, dass ich - und wer mich kennt, weiß das - einen sehr offenen Führungsstil pflege, das heißt, sozusagen auch häufiger mal einfach an der Tür des Entsprechenden, mit dem ich reden wollte - das konnte der GI



Nur zur dienstlichen Verwendung

sein, das konnte aber auch ein Referent sein im Haus -, geklopft habe - - und habe mir die Informationen durchaus auch direkt abgeholt. Also insofern gab es da keine großen hierarchischen Ablagen, soweit man das bei einem so großen und hierarchisch geprägten Haus wie dem Bundesverteidigungsministerium sagen kann.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Können Sie uns bitte schildern, wie Ihre Zusammenarbeit mit dem Bundeskanzleramt gewesen ist aus Ihrer Sicht?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Auch da gab es die entsprechenden, ich sage mal, festgelegten Runden, die Tagesordnungspunkte natürlich im Kabinett, wo das Thema „Bericht aus den Einsatzgebieten“ ja immer eine Rolle gespielt hat, vorbereitet auch durch die Staatssekretärsrunden, auch durch die entsprechende Afghanistan-Staatssekretärsrunde. Und auch da, insbesondere - ich habe das ja eben erwähnt - mit Blick auf den 16.06., die Erweiterung beim Ortskräfteverfahren, aber eben auch etwa beim Thema „militärische Evakuierungsmission“, sehr viel auch durch die persönlichen Kontakte dann zur Kanzlerin selbst.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Sie haben das in Ihrem Eingangsstatement erwähnt, aber ich würde gern noch mal nachfragen, wie Sie damals, als das Doha-Abkommen zustande gekommen ist, das bewertet haben, was Sie da gehört haben und was das für Konsequenzen hatte für das deutsche Engagement in Afghanistan und für Sie persönlich als Verteidigungsministerin.

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Als ich ins Amt gekommen bin - das war der Juli 2019, sozusagen in der Hochzeit auch der ersten Trump-Administration -, liefen die Gespräche in Doha, und, wie gesagt, es ist ja allgemein bekannt, dass sie ohne Einbindung der NATO-Partner gelaufen sind und auch ohne Einbindung der afghanischen Regierung. Ich selbst hatte Gelegenheit, sowohl mit dem damaligen Verteidigungsminister - das war zu der damaligen Zeit, glaube ich, noch Mark Esper - - eben auch mich darüber auszutauschen. Man hat damals aber auch sehr stark gespürt, dass das Pentagon - das war meine

Einschätzung - sozusagen unter einer wachen Beobachtung auch des Weißen Hauses stand, wenn ich das so allgemein sagen darf.

Und ich habe in einer Einsatzreise Anfang Dezember 2019 in Afghanistan selbst die Gelegenheit gehabt, sowohl mit Präsident Ghani, mit Abdullah zu reden, mit sozusagen dem Kommandierenden im Headquarter von Resolute Support, General Miller, habe dort überall sehr deutlich gesagt, dass ich der Meinung bin: Ohne eine entsprechende Einbindung vor allen Dingen der afghanischen Regierung wird das eine sehr schwierige Vereinbarung, vor allen Dingen ein schwieriger Prozess.

Ich hatte Anfang 2020 noch mal die Gelegenheit, in Davos auch mit Präsident Ghani darüber zu sprechen. Das war natürlich auch ein beständiges Thema, auch im Austausch mit dem NATO-Generalsekretär, mit anderen Kolleginnen und Kollegen auf der Verteidigungsministerebene und natürlich auch innerhalb der Bundesregierung auch mit dem Auswärtigen Amt. Ich glaube, wir alle haben diese Einschätzung gehabt, dass der Prozess nicht wirklich gut aufgesetzt ist. Aber es haben zum Teil eben auch die Einzelheiten gefehlt, weil wir in diesen Prozess nicht einbezogen waren.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Jetzt unabhängig von der Frage des Doha-Abkommens: Wie würden Sie - - oder wie haben Sie aus damaliger Sicht sozusagen die Abhängigkeit - das, was Sie tun können als deutsche Verteidigungsministerin - von Entscheidungen, die in Washington getroffen werden, damals beurteilt?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Diese Abhängigkeit war natürlich sehr groß. Sie war sozusagen in der Trump-Administration sehr erkennbar, noch nicht einmal so sehr in der Abhängigkeit „Was entscheidet das Pentagon oder militärische Führung?“, sondern wirklich „Was entscheidet das Weiße Haus?“. Und es hat natürlich auch etwas - mit aus meiner Sicht - - hatte auch etwas mit der politischen Diskussion in den Vereinigten Staaten selbst zu Afghanistan zu tun. Es gab dort auch zum damaligen Zeitpunkt eben eine breite Stimmung in der Bevölkerung mit einer



Nur zur dienstlichen Verwendung

großen Müdigkeit auch mit Blick auf den Einsatz in Afghanistan. Man darf nie vergessen, wie viele Soldatinnen und Soldaten der amerikanischen Seite in Afghanistan gefallen sind und verletzt sind. Und insofern gab es natürlich das Interesse, und das gab es eben auch bei Präsident Biden, der ja bekanntermaßen schon bei den Abzügen oder Truppenreduzierungen aus Afghanistan schon in der Obama-Regierung sozusagen eine der treibenden Kräfte für diesen Kurs war. Insofern war es nicht verwunderlich - bei allen Ablagen, die es bei dem Übergang von Trump zu Biden gab -, dass dieser Prozess fortgesetzt wird.

Und natürlich - das muss man ganz deutlich sagen -: Wir waren in Resolute Support im Grunde genommen in der zweiten Mission, vor allen Dingen, was das Thema „Nations Building“ angeht, also Fortbildung, Assistieren und auch beratend mit Blick auf die afghanischen Sicherheitskräfte. Aber das eigentliche, ich sage noch mal, wirklich auch Rückgrat auch von militärischer Absicherung und von immer noch stattfindenden Terrorbekämpfungen haben natürlich die amerikanischen Truppen auch vollzogen. Und das war auch der Grund, weshalb aus meiner Sicht sozusagen Amerika hier auch sehr, ich sage noch mal, sehr selbstbestimmt und auch sehr selbstbewusst agiert hat.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich würde Sie gerne fragen nach Ihrer Einschätzung, was die Sicherheitslage angeht ab 2021. Wie haben Sie diese Zuspitzung wahrgenommen, und wie wahrscheinlich war aus Ihrer Sicht, dass eine Machtübernahme der Taliban bevorsteht?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Als klar war, dass Resolute Support endet und ja nicht nur wir, sondern die internationalen Truppen, die Amerikaner insgesamt abziehen, gab es ja sozusagen auch Überlegungen: Wie könnten mögliche Szenarien aussehen? Dabei muss man noch mal zwei Stränge unterscheiden.

Ein Strang drehte sich insbesondere um die Frage: Wenn die Truppen nicht zum 30.04.21 das Land verlassen haben, was werden die Taliban dann tun? Weil es war ja nicht sicher: Starten

dann die Angriffe auf die internationalen Truppen wieder? Und das war insbesondere im Frühjahr 21 eine intensive auch politische Diskussion, zum Beispiel im Verteidigungsausschuss. Und da gab es mehrere Szenarien. Eines sagte: Die Taliban werden direkt Kabul angreifen. Eines sagte: Die Taliban werden den Kampf im Süden fortsetzen oder sich auf Provinzhauptstädte konzentrieren. Und daneben gab es sozusagen die Langfristbetrachtung: Wie könnte sozusagen der von Doha ausgelöste Prozess zusammen mit dem Abzug in Afghanistan - - zu welchem Ergebnis führen?

Ich habe das eben schon angedeutet: Auch da gab es drei Überlegungen. Das Erste wäre sozusagen auch von uns die Ideallösung gewesen: inklusive Regierung, also der bestehenden mit den Taliban. Die haben alle als sehr unwahrscheinlich eingeschätzt. Dann: Die Möglichkeit eines Bürgerkrieges ist durchaus als wahrscheinlich auch eingeschätzt worden, weil nicht ganz klar war: „Wie stark sind auch die Widerstandskräfte gegen die Taliban?“, bis hin zu dem Szenario eben, das unter dem Stichwort „Emirat 2.0“ auch skizziert worden ist, dass die Taliban sozusagen die Macht wieder übernehmen, sei es durch Verhandlungen oder sei es durch die entsprechenden militärischen Dinge.

Und ich habe das eben gesagt: Durch diese Schiefelage in den Vereinbarungen haben die Taliban sehr gezielt diese Strategie „Fight and Talk“ eingesetzt. Das heißt, in dieser Zeit haben keine Angriffe auf die internationalen Truppen stattgefunden, aber, ich glaube, ins Tausendfache, also kann man wirklich sagen, verstärkte Angriffe gegen die afghanischen Kräfte. Und gleichzeitig hat man die Friedensgespräche unter allen möglichen Gründen immer wieder nach hinten geschoben. Die sind erst im September 2020 gestartet mit einem halben Jahr Verzögerung.

Und man muss auch sagen: Es war da auch schon spürbar, dass es einen massiven Vertrauensverlust gegenüber der afghanischen Regierung gab, im Übrigen ja auch den Streit zwischen Ghani und Abdullah um die Herrschaft. Und ich erinnere mich, dass es auch über eine offene



Nur zur dienstlichen Verwendung

Quelle - ich glaube, es war die BBC - eine Einschätzung gab, dass eben in Teilen Afghanistans die Bevölkerung sich mittlerweile oder in diesen Monaten auch gut mit den Taliban arrangiert hatte, weil sie gesagt hat: Im Grunde genommen leben wir sicherer, als das unter dem Regime und unter den Leistungen der aktuellen Regierung noch der Fall ist.

Das alles hat dafürgesprochen, dass, wie gesagt, in absehbarer Zeit die Taliban sozusagen wieder an die Macht kommen. Trotzdem war die Debatte in der Regierung, aber insbesondere auch in der NATO - - drehte sich um die Frage: Wie bleiben wir weiter präsent in Afghanistan, wie setzen wir die Arbeit, die wir ja auch im zivilen Bereich begonnen haben, wie setzen wir die fort? Also niemand hat zu dem Zeitpunkt mit diesem Szenario gerechnet, das wir dann Ende August gesehen haben, dass sozusagen die gesamte internationale Gemeinschaft das Land verlassen hat.

Und man muss sehen, dass vom Frühjahr insbesondere bis in den Sommer hinein sich die Sicherheitslage eben in einem immer schnelleren Kreis verschlechtert hat, wie gesagt - ich habe das eben erwähnt -, Provinzhauptstädte, die über viele Monate vorher von den Taliban nicht angegriffen worden sind, vor allen Dingen wichtige Verkehrsverbindungen, die Grenzübergänge. Und in den Informationen, die ich zum Beispiel von SE erhalten habe, ist das auch immer anhand der Karte eingezeichnet worden. Und man konnte quasi grafisch sehen, wie der Ring vor allen Dingen um Kabul sich immer enger schließt. Also das war eine - - Die Lage und die sich zuspitzende Lage war erkennbar. Was nicht erkennbar war - und zumindest habe ich auch niemanden meiner Kollegen gesprochen, der das anders gesehen hätte -, war, dass wirklich am 15. August Kabul fällt.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Da würde ich Sie gern noch mal konkret fragen, bezogen auf die Krisenstabssitzung am 13. August, die hier eine große Rolle gespielt hat bei unseren Befragungen schon mehrmals; MAT A BMVg-5.212 VS-NfD, Blatt 147; Anlage 3. Da wurde durch den BND vorgetragen, dass die Machtübernahme vor dem

11. September, also sinngemäß, als „unwahrscheinlich“ eingestuft worden ist. - Haben Sie das damals so zur Kenntnis genommen, und wie haben Sie das damals bewertet?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Um das noch mal sehr deutlich zu sagen: Natürlich hat der 11. September eine große Rolle gespielt, weil es klar war: Dann ist eigentlich das Datum, von dem wir alle ausgegangen sind - - und es vereinbart war, dass dann der Einsatz in Afghanistan sozusagen auch mit dem Abzug der Truppen entsprechend endet. Und - ich habe das eben ja schon gesagt - mit dieser Einschätzung zumindest, dass Kabul nicht innerhalb der nächsten Stunden fällt - - Das war sozusagen ja die Einschätzung des BND. Und was immer ich noch in Erinnerung habe auch an Erkenntnissen, die mir vorgelegt wurden, gab es - - also habe ich nichts gesehen und auch mit niemandem gesprochen, der gesagt hätte: Das wird aber innerhalb der nächsten Stunden passieren.

Was mir - und das habe ich eben noch mal gesagt, und das gilt nicht nur für mich, sondern natürlich auch die im BMVg, die auch gerade mit Blick auf militärische Dinge entsprechend erfahren sind - - Die Nachricht, dass die amerikanische Seite Enabler an den Flughafen schickt, und zwar in einer hohen Zahl, das war für mich so ein Punkt, wo ich gesagt habe: „Da passiert irgendetwas“, also auch mit Blick auf die Frage: Was tun die Amerikaner? Und das war der Grund, weshalb wir entgegen der ursprünglichen Zeitplanungen, die ja auch mit dem AA vereinbart waren, darauf gedrängt haben, dass sowohl die Sitzung des Krisenstabes früher ist, und vor allen Dingen darauf gedrängt haben, dass wir eben die militärische Evakuierungsmission, die ja schon vorgeplant war, so weit konkretisieren, dass wir auch handlungsfähig sind.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Sie haben sich ja vorhin sehr - wie soll ich das sagen? - warmherzig zur Rolle der Ortskräfte der Bundeswehr geäußert. Ich würde Sie ein bisschen allgemeiner fragen wollen: Es gab ein Leitbild der Bundesregierung zum Umgang mit Ortskräften, nicht nur für Ihr Ressort, sondern für alle. Wie würden Sie



Nur zur dienstlichen Verwendung

die Fürsorgepflicht der Bundesregierung gegenüber den Ortskräften betrachten? Oder was war da Ihre Einschätzung dazu, auch über den Kreis sozusagen Ihrer eigenen Ortskräfte hinaus?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Ich habe - ich glaube, das war im April 2021 - ja auch öffentlich und in den Medien gesagt, dass ich der Auffassung bin - mit Blick auf die Tatsache, dass die Bundeswehr das Land komplett verlassen wird -, dass wir eine andere Fürsorgepflicht und auch eine andere, wenn Sie so wollen, moralische Verpflichtung gegenüber den Ortskräften haben, weil es eben ein Unterschied ist, auch im Gegensatz zur Zeit im Umstieg von ISAF auf Resolute Support, ob man eine Mission wechselt, aber weiter vor Ort bleibt, vielleicht wenn auch im reduzierten Maße, oder ob man ein Land komplett verlässt.

Und ich glaube, dass das sozusagen ein wirklicher Einschnitt war und eben auch einhergegangen ist mit einer erhöhten Bedrohungslage. Das gilt ganz sicherlich mit Blick auf die Bedrohung für Ortskräfte der Bundeswehr, aber natürlich im weiteren Sinne auch für die Ortskräfte der anderen Ressorts. Wobei ich durchaus nachvollziehen kann in der Argumentation - und das waren die Argumente, die zum Beispiel vom BMZ vorgetragen worden sind; aber Sie werden ja mit dem Kollegen auch noch selbst reden -, dass natürlich alles darauf gerichtet war, die zivile Zusammenarbeit, die zivile Arbeit in Afghanistan, egal wie die Entwicklungen laufen, weiter fortzusetzen, und dass man natürlich auch mit diesen Kräften weiter arbeiten will. Insofern war für diesen Bereich natürlich die Vorstellung eigentlich: Wir sind weiter vor Ort. Bei der Bundeswehr war klar: Wir sind weg. Aber in diesen Bereichen war klar: Wir sind weiter vor Ort. Und das hat einfach eine, glaube ich, dann doch unterschiedliche Betroffenheits- und Interessenlage ausgelöst, die eben nicht so einfach innerhalb der Bundesregierung aufzulösen war.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Sie sind selbst Innenministerin gewesen im Saarland und haben insofern ja durchaus eine Einschätzung sozusagen der Erwägungen, die in solchen Ressorts angestellt werden. Aber wenn man die Akten so

liest und Zeugenaussagen hört, hatte man gelegentlich den Eindruck, dass das BMVg und Sie selbst - - dass man eher so ein bisschen als Bittsteller gegenüber dem BMI aufgetreten ist bezogen auf die Frage der Verfahren und der Verfahrenserleichterungen.

Ich würde gern von Ihnen wissen wollen, wie Sie die Gespräche mit Ihrem Kollegen Seehofer wahrgenommen haben und wie Sie insgesamt dieses Ortskräfteverfahren im Kontext mit dem, wofür Sie den BMI gebraucht haben, bewerten - aus der damaligen Sicht, aber durchaus auch, wenn Sie sagen, da hat sich was geändert, aus der heutigen.

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Es ist nicht meine Rolle sozusagen, Horst Seehofer zu interpretieren. Er war ja auch hier im Ausschuss. Aber es gibt, glaube ich, gemeinsame Amtsverständnisse von Innenministern, egal ob des Bundes oder der Länder. Und es ist sozusagen natürliche Aufgabe auch von Innenministern oder des Innenministeriums die Frage der Sicherheit und die Frage, sicherzustellen, dass sozusagen nicht, wenn Sie so wollen, Gefahren per se oder Gefährder ins Land kommen, dass das eine große Rolle spielt. - Das ist sozusagen ein Punkt.

Und der zweite Punkt - auch das gehört zur Realität des Jahres 21 -: Es war ein Wahljahr, und es war ein Jahr, in dem infolge auch der Flüchtlingskrise der Jahre vorher die Frage um Migration, um Aufnahme und Aufenthalt natürlich auch sehr zugespitzt diskutiert worden ist. Und insofern waren das natürlich auch die Diskussionen, die wir geführt haben.

Gehört aber eben auch zu den Punkten dazu, zu sagen, dass gerade mit Blick auf die Frage: „Wie vereinfachen wir das Verfahren?“, das BMI nachher uns auch unterstützt hat und auch bei der Frage unterstützt hat im Juni, den Kreis zu erweitern. Das galt ja damals vor allen Dingen und davor für die Ortskräfte des Verteidigungsministeriums und des BMI, also die dort beschäftigt waren. AA und BMZ - ich habe eben mögliche Gründe genannt - haben zum damaligen Zeitpunkt darauf verzichtet und haben nachher im



Nur zur dienstlichen Verwendung

August gesagt mit Blick auf die zugespitzte Situation: Wir ziehen jetzt unsere Leute auch in das erweiterte Verfahren.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Können Sie in dem Kontext noch was sagen zu Ihren Gesprächen mit Ihrem Kollegen Maas und mit der Bundeskanzlerin über diese Frage, jenseits dessen, was wir da in den Akten finden? Da gibt es die gemeinsamen Besprechungen, auf die Sie auch Bezug genommen haben. Mich interessiert jetzt weniger die konkrete Besprechung, sondern eher Ihre Einschätzung der Zusammenarbeit in diesem Punkt mit dem Bundesaußenminister und der Bundeskanzlerin.

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Also, wir haben natürlich mit dem Bundesaußenminister, mit Heiko Maas, sowohl in den Jours fixes, aber auch in anderen Kontakten uns immer wieder über die Lage in Afghanistan ausgetauscht, auch über sozusagen die Sichtweise des BMVg, die ich eben geschildert habe. Aber Heiko Maas hat sozusagen auch die Sichtweise des Auswärtigen Amtes in der internationalen Koalition in der Frage: „Wie müssen wir agieren, damit die sowieso schon sehr fragile Regierung in Afghanistan sozusagen nicht noch stärker unter Druck kommt? Wie bleiben wir im internationalen Geleitzug?“ - - Also, alles das waren Punkte, die eben für das Außenministerium auch sehr wichtig waren.

Und insofern haben, insbesondere als es um die Frage der Erweiterung des Kreises ging, immer wieder Gespräche stattgefunden zwischen mir und auch - - oder von mir mit den Kollegen. Und es war aber einfach erkennbar, dass wir an einem Punkt angelangt sind, wo wir sozusagen uns dann immer wieder beim gleichen Ergebnis gefunden haben, dass jeder seine Punkte dargelegt hat, aber daraus ist kein gemeinsamer Entschluss geworden. Und dazu bedurfte es eben dann auch am 16.06. sozusagen der Kanzlerin, die dann mitentschieden hat: „Wir erweitern den Kreis jetzt“, die auch nachher - das war eine Bitte an sie von mir - auch noch mal darum gebeten hat, dass unter Federführung des AA zum Beispiel das Thema Charterflüge noch mal angesprochen wird.

Also, es galt generell in der Regierung - und das habe ich in meiner eigenen Landesregierung auch so gehalten -: Zuerst einmal versucht man, sozusagen zwischen den Kollegen sich selbst zu einigen, wenn es unterschiedliche Dinge gibt. Und wenn man an den Punkt kommt, wo man einfach sagt: „Das geht einfach alleine nicht“, dann ist sozusagen die Regierungschefin miteinzubeziehen. Das haben wir dann auch getan.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Der Zeuge, den wir in der letzten Sitzung hatten, der hat das so zusammengefasst - ich zitiere aus dem Protokoll, Blatt 27; Anlage 33a -:

„Ich hatte nie eine Spannung mit der Annegret Kramp-Karrenbauer ...“

Zitat Ende. - Ist das zutreffend?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Wir hatten durchaus unterschiedliche Auffassungen, aber keine Spannungen in dem Sinne, dass wir uns sozusagen nicht miteinander in einem Raum aufhalten konnten - oder was auch immer man unter „Spannung“ versteht. Es gab, wie gesagt, unterschiedliche Sichtweisen, und das ist ein Stück weit auch den jeweiligen Ämtern und Verantwortungen geschuldet aus meiner Sicht.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann würde ich Sie gerne noch zu einem einzelnen Punkt kurz befragen. Der bezieht sich auf den Einsatz von KSK-Hubschraubern. Es gab die Überlegung, Personen aus Kabul mithilfe von Hubschraubern auf das Flughafengelände zu befördern. Und ich zitiere aus der Regierungspressekonferenz vom 20. August - MAT A BPA-1.63; Anlage 17 -:

„General Arlt hat das gestern im Gespräch mit der Ministerin deutlich gemacht ..., dass er sich wünscht, dass die Operationen, die er zur Verfügung erhält, ein wenig erweitert werden.“

Zu diesem Zweck waren zwei leichte KSK-Hubschrauber nach Kabul verbracht worden. - Wie hat der General Arlt Ihnen gegenüber das begründet?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Sie wissen, dass wir die militärische Evakuierungsmission - und das war mir sozusagen auch ein sehr persönlicher Punkt - von Anfang an als robuste Mission anlegen, das heißt eben auch mit entsprechenden Spezialkräften, weil wir - und das hat sich im Ablauf der Mission eben auch gezeigt - ja nicht nur die Situation hatten, dass diejenigen, die das Land verlassen wollten, die Personen, die wir auf den Listen hatten, an den Flughafen gekommen sind, vor allen Dingen am Anfang sehr ungeordnet. Es gab sozusagen andere Wege, über organisierte Transporte. Aber es gab eben auch die Situation, dass wir gezielt Leute, die wir rausholen wollten, auch aus Kabul an den Flughafen gebracht haben.

Und im Laufe der Mission war es immer so, dass wir einen engen Kontakt zu General Arlt gehalten haben. Das war im folgenden Format, und das war im Grunde genommen auch das Führungsformat während der militärischen Evakuierungsmission, nämlich im Grunde genommen eine kleine Runde in meinem Büro, an der neben mir der GI, der stellvertretende GI, die Staatssekretäre, je nachdem, wie verfügbar, der Abteilungsleiter SE, mein Adjutant, Leiter Leitungsstab und auch Presse und der Abteilungsleiter „Politik“ teilgenommen haben. Und in dieser Runde haben wir uns immer wieder mit Arlt ausgetauscht. Und die klare Vorgabe an ihn war, er hat vollkommen freie Hand, weil nur er die Lage vor Ort entsprechend beurteilen kann. Unsere Aufgabe, meine Aufgabe ist es, alles zu besorgen, was er braucht. Und ich habe ihm das persönlich gesagt, also in diesen Gesprächen - und habe es ja auch öffentlich wiederholt -, dass er vor allen Dingen weiß: Für alles, was in Kabul passiert, sozusagen auch unter seiner Führung, trage ich die politische Verantwortung. Das war mir ganz wichtig. Das hat auch einen gewissen Vorlauf mit anderen Vorgängen im Afghanistan-Einsatz; ich sage nur: Oberst Klein. Es war eine ganz wichtige Botschaft auch für die Männer und Frauen vor Ort.

Und, wie gesagt, mit Blick auf die Frage, „Wie können wir gezielt Personen rausholen sozusagen aus der Stadt Kabul an den Flughafen?“, war eine der Optionen eben auch, dass wir Hubschrauber

nehmen. Das waren sehr kleine, bewegliche Hubschrauber. Die haben wir mit reingebracht. Man muss allerdings wissen: Sozusagen die militärische Gesamtführung lag natürlich bei den Amerikanern. Und nach den Erfahrungen der US-Streitkräfte mit Black Hawk Down - Sie erinnern sich - in Somalia gab es sozusagen die Situation, dass Einsätze in einer solchen Situation von Hubschraubern von oberster Stelle zu genehmigen sind. Das ist einer der Gründe - - oder das war eines der Gespräche und Telefonate, die ich in diesen Tagen dann auch mit meinem US-Kollegen Lloyd Austin geführt habe, damit wir sozusagen die Freigabe bekommen, Hubschrauber auch einsetzen zu können.

Das ist dann mit den militärischen Führern vor Ort eben abgesprochen worden: Hubschrauber werden eingesetzt, aber auf Bitte der Amerikaner sozusagen ihre eigenen, die größer waren. Das hat auch bedeutet, dass wir mehr Leute reinbekommen konnten. Und trotzdem gab es auch die Bitte, dass wir die leichten Hubschrauber noch vor Ort lassen, weil nicht auszuschließen war, dass wir in Situationen kommen, wo die großen amerikanischen Geräte sozusagen nicht geeignet sind. Und es ist damals - das ist uns auch bestätigt worden - sehr positiv wahrgenommen worden, dass eben die Bundeswehr als eine der ersten - - oder Deutschland mit der Bundeswehr als eine der ersten Nationen am Flughafen war und, ich sage mal, neben den Briten mit den robustesten Kräften und dem robustesten Material vor Ort war. Das ist schon sehr wahrgenommen worden. Und das hat zusammen auch mit den, glaube ich, persönlichen Bekanntschaften und Beziehungen, die General Arlt aus vorvergangenen Verwendungen eben auch mit Counterparts vor Ort hatte, dazu beigetragen, dass wir dort unseren Auftrag auch so erfüllen konnten, wie wir ihn erfüllt haben.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das war ja gleichwohl eine heikle Angelegenheit. Und während Sie mit dem General Arlt gesprochen haben am 19. August 2021, gab es im ZDF eine Sendung, bei der der Abgeordnete Wadephul die Öffentlichkeit hat wissen lassen, dass es Pläne der Bundeswehr gebe, zwei Hubschrauber des Kommandos Spezialkräfte nach Kabul zu verlegen. Wir



Nur zur dienstlichen Verwendung

haben ja verschiedene Zeugenaussagen gehört zu der Problematik von Hubschrauberflügen dort und der Gefahr, die damit verbunden ist.

Ich würde Sie gerne fragen - und beziehe mich damit auf einen Artikel im „Spiegel Online“ vom 22. August 2021; Anlage 18 - zu dem, was ich eben zitiert hatte. Der Abgeordnete Wadehul sagte, Sie hätten ihn ausdrücklich ermächtigt, das öffentlich zu sagen zu diesem Zeitpunkt. Meine Frage ist, ob das auch Ihre Erinnerung ist.

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Also, ich habe damals - und möchte das auch heute tun - nicht kommentiert aus meinen Gesprächen mit Abgeordneten. Fakt ist, dass die sozusagen von Anfang an - - wir ja gesagt haben: Es wird eine robuste Mission. Und damit waren die Hubschrauber auch schon per se eingebucht. Die Frage und das Gespräch von Arlt haben sich vor allen Dingen darauf bezogen, dass er sie jetzt braucht. Also vorgehalten haben wir. Und wer sozusagen auch Informationsketten kennt der Bundeswehr ins BMVg in den parlamentarischen, aber eben auch in den öffentlichen Bereich, weiß, dass das damit, mit der Einplanung, schon kein Geheimnis mehr war.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: ... [akustisch unverständlich] Nachfragen der Kollegen. Ich will schließen mit einer Frage, die wir fast jedem Zeugen stellen, allemal Ihnen natürlich: Wenn Sie aus Ihrer Sicht Ihre Haupt-Lessons-learned aus der ganzen Unternehmung ziehen würden, wie sähe das aus? Also, ohne dass ich Sie jetzt zu einem langen Referat verleiten möchte, sondern eigentlich nur im Wesentlichen: Was wären für Sie die Schlussfolgerungen, Lessons learned, aus dem, was Sie an Erfahrungen gemacht haben?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Ich kann sagen, dass wir mit dem, was wir sozusagen an politischen Aufträgen und auch an politischen Entscheidungen der Bundeswehr zur Verfügung gestellt haben - - die Bundeswehr das Bestmögliche daraus gemacht hat. Und ich kann, glaube ich, auch sagen und für uns in Anspruch nehmen - das sage ich für alle Kolleginnen und Kollegen des BMVg -, dass wir in vielen wichtigen

Punkten eben auch diejenigen waren, die vielleicht von Anfang an gesehen als die Pessimistischsten mitgedrängt haben, dass man eben auch Worst-Case-Szenarien mitbetrachtet und die entsprechend vorplant und dass die Vorbereitungen getroffen sind. Dass das in manchen Punkten - ich habe das eben für die Ortskräfte beschrieben - lange gedauert hat und nicht schneller passiert ist, das ist eben auch ein Punkt, nicht nur in Deutschland, glaube ich, sondern überall, von sehr unterschiedlichen Betrachtungs- und Interessenlagen zwischen Ressorts - - und dass ich mir gewünscht hätte, dass wir an manchem Punkt schneller gewesen wären. Ich glaube, das hat man aus meinen Ausführungen auch entnommen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen herzlichen Dank. - Jetzt würde ich die Kollegen bitten, einen Moment sitzen zu bleiben und freundlich in die Kameras zu gucken, die jetzt kommen, bevor wir dann fortfahren mit der Befragung, und die Türen kurz zu öffnen, dass die Journalisten, die hier reinkommen, Auftaktbilder machen dürfen. Das ist nicht ganz der Auftakt, aber es sind Bilder. Und ich würde, wenn die wieder raus sind, fünf Minuten zugeben, sodass wir uns sortieren können, bevor dann die Union mit dem Frage-recht weiterfährt. Aber vielleicht können wir sitzen bleiben einen Moment und einfach die Journalisten reinbitten.

(Unterbrechung von
13.55 bis 13.58 Uhr)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Sie haben die Bilder im Kasten, die Sie brauchen? - Ich unterbreche die Sitzung noch mal für fünf Minuten, will aber sagen, dass Frau Geyer heute Geburtstag hat, den sie gemeinsam mit uns feiert. Herzlichen Glückwunsch auch noch an Sie!

(Beifall)

Wir hatten uns bemüht, Frau Kramp-Karrenbauer zum Geburtstag hier zu haben; es hat geklappt.

(Thomas Röwekamp
(CDU/CSU): Da können Sie
heute schön rausfeiern! -
Heiterkeit)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Gut, ich unterbreche die Sitzung für fünf Minuten.

(Unterbrechung von
13.59 bis 14.09 Uhr)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Sie müssen wissen, Frau Kramp-Karrenbauer, anders als bei der Bundeswehr sind die Zeiteinheiten bei uns, wenn wir über Pausen reden, immer mit Mehrwertsteuern noch ausgestattet sozusagen.

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Sehr sympathisch.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Gut, dann fahren wir fort. Und das Wort hat der Kollege Röwekamp.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Liebe Frau Kramp-Karrenbauer, ganz herzlichen Dank, dass Sie uns heute als Zeugin zur Verfügung stehen. - Ich würde gerne am Anfang zwei, drei Nachfragen zu Ihrem Eingangsstatement stellen.

Zunächst einmal haben Sie ja auch auf die Einordnung des Doha-Abkommens abgestellt. Wir wissen aus bisherigen Zeugenvernehmungen und auch den Unterlagen, dass es nach Abschluss des Doha-Abkommens bis ins Jahr 2021 auch im Auswärtigen Amt noch die Hoffnung gegeben hat, dass man von dem Time-based Approach noch wechseln könne und die Amerikaner noch davon überzeugen könne, doch eher einen Condition-based-Ansatz zu finden. Was können Sie uns über diese Bemühungen und die Resonanz Ihrer Gesprächspartner aus Amerika dazu sagen?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Also, Condition-based war ein Punkt, der natürlich auch innerhalb der NATO immer wieder besprochen worden ist, weil es natürlich ja auch vor dem Hintergrund der damaligen Situation darum ging: Was ist am Ende die Ausgangssituation, mit der man sozusagen weiter in Afghanistan arbeitet? Das war ja durchaus das erklärte Ziel. Und deswegen hat zum Beispiel diese Frage „Absicherung von Rechten der Zivilbevölkerung“, „Wie geht der Friedensprozess weiter?“ - - das hat eine große Rolle gespielt. Und das war - ich glaube,

das kann man so sagen - in allen Teilen, also sowohl in Amerika als auch in der NATO, in den NATO-Mitgliedstaaten, als auch bei uns, eine sehr grundlegende Diskussion eben zwischen, ich sage mal, Diplomatie und Militär. Auch in Amerika gab es sehr viele militärische Stimmen, die gesagt haben: Wenn wir es nur auf die Zeit machen und vor allen Dingen komplett abziehen, dann wird das sehr schwierig sein. - Also, es war da auch ein Ringen.

Und insofern war es mir immer sehr wichtig, eben auch deutlich zu machen: Condition-based setzt zum Beispiel voraus, dass es wirklich belastbare Einbeziehungen der afghanischen Seite selbst gibt, also keine Verhandlungen über deren Kopf hinweg. Das habe ich vor allen Dingen in 2019 mit Amtsübernahme - - und dann auch versucht, in das Frühjahr immer wieder deutlich zu machen. Und das war eben auch die Unsicherheit, weil in der amerikanischen Administration nach dem Wechsel von Trump zu Biden zuerst nicht ganz klar war, inwieweit dieses Time-based sozusagen durch Bedingungen noch ergänzt werden wird. Es hat sich nachher aber eben dann auch abgezeichnet, dass es vor allen Dingen zeitbasiert bleiben wird. Also, das waren auch Diskussionen und Reaktionen mit der amerikanischen Seite.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Dann will ich noch mal konkret nachfragen: Hatten Sie auf der Ebene Ihrer Gespräche während dieses Zeitraums konkrete Anhaltspunkte dafür, dass die amerikanische Administration über eine Veränderung dieser grundlegenden Voraussetzungen für den Abzug nachdenken würde?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Also konkrete Hinweise mit Blick auf, ich sage mal, belastbare Aussagen, wie es in einer idealen Welt wäre, „Das planen wir“, nicht, sondern eher eben diese auch hinter den Kulissen laufenden Diskussionen. Und man merkte: Es ist ein Ringen, es war also nicht so, dass man sagen kann, aus - - Wie gesagt, nach dem, was mir vorliegt und was ich noch in Erinnerung habe, würde ich sagen: Es war nicht so, dass man eine feste Situation hatte, sozusagen: „So wie Trump eine Situation aufgesetzt hat, so wird es auf jeden Fall exekutiert“,



Nur zur dienstlichen Verwendung

sondern es gab durchaus noch diese Debatte. Aber das war eine sehr offene Diskussion. Und es gab keine belastbare - aus meiner Sicht - Aussage, von der ich hätte schließen können: Es gibt einen grundlegend anderen Umgang mit Doha, als das vorher der Fall war.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Nun haben Sie vorhin in Ihrem Eingangsstatement auch geschildert, an diesem, sage ich jetzt mal, heißen Wochenende, also 12., wenn man den Donnerstag mit reinnimmt, bis 16. August, hätten Sie, wenn ich das richtig erinnere, am 12. August aus öffentlich zugänglichen Quellen die Nachricht erhalten, dass die Amerikaner 3 000 Soldatinnen und Soldaten an den Flughafen verlegen. Nur mal ganz kurz aus meiner Sicht nachgefragt: Sind Sie über diese Verlegung durch Ihren amerikanischen Amtskollegen vorab informiert worden?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Nein, bin ich nicht, sondern, wie gesagt, ich habe das aus den entsprechenden Meldungen entnommen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Wenn Sie jetzt auf Ihre Amtszeit und die - -

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Entschuldigung, wenn ich vielleicht gerade noch einen Satz ergänzen darf.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ja, klar.

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Wenn ich vorher informiert worden wäre, also auch schon vor dem 12., hätten wir ganz sicherlich als BMVg auch früher entsprechend die Planungen noch weiter konkretisiert.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Haben Sie Anhaltspunkte oder sogar Kenntnis davon, dass die Amerikaner diese Entscheidung mit ihren NATO-Partnern oder mit anderen NATO-Partnern als Deutschland vorab abgestimmt haben?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Also, wenn man sich die Situation anschaut der anderen NATO-Partner, die uns auch besonders nahe sind, Niederlande oder andere, ist die Tatsache, dass sozusagen auch niemand schon am 12. am

Flughafen war und einsatzbereit war, eher ein Zeichen dafür, dass das nicht passiert ist. Eine Sondersituation gibt es mit Blick auf Großbritannien, weil Großbritannien eben auch mit entsprechenden Truppen noch vor Ort war. Und ich muss noch mal betonen: Die Bundeswehr war ja sozusagen seit Ende Juni mit keinem Element, auch mit keinem Element mehr im Hauptquartier, noch vor Ort in Afghanistan.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Dann aber konkret dazu nachgefragt: Haben Sie Kenntnis davon, dass die Amerikaner diese Verlegung zuvor mit Großbritannien abgestimmt haben?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Habe ich keine konkreten Erkenntnisse. Ich weiß auch nicht, was vor Ort besprochen wurde zwischen dem Kommando. Ich kann nur für mich sagen, dass sozusagen meine Erkenntnis aus diesem 12. mit dieser Meldung „Verlegung von amerikanischen Truppen an den Flughafen“ stammt.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Wenn ich Sie richtig verstanden habe, haben Sie diese Rückverlegung zum Anlass genommen, die Entscheidung vorzuverlegen - so habe ich das vorhin wahrgenommen - und insbesondere die Sitzung des Krisenstabes bereits für den 13.08. ansetzen zu lassen. Jetzt habe ich das so verstanden, dass Federführung für den Krisenstab im Auswärtigen Amt liegt. Deswegen meine Frage: Was haben Sie konkret veranlasst, um die Vorgänge nach diesem Hinweis zu beschleunigen?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Also, es war ja eine Sitzung des Krisenstabes vereinbart. Sie sollte - ich habe das genaue Datum nicht mehr im Kopf - später stattfinden und zum Gegenstand eigentlich haben eine Entsendung oder die Debatte über die Entsendung eines sogenannten Krisenteams, also Vorerkundungsteams. Und mit Blick auf die Nachrichten am 12. habe ich, wie gesagt, über die Arbeitsebene eben gesagt: Wir müssen schneller uns im Krisenstab noch mal treffen. - Das ist dann auch an das Auswärtige Amt entsprechend adressiert worden über die Arbeitsebene und ja auch passiert. Und wir waren uns sozusagen auf der Ebene des BMVg



Nur zur dienstlichen Verwendung

auch einig: Es reicht nicht, ein Vorerkundungsteam hinzuschicken, sondern wir müssen die militärische, robuste militärische Evakuierungsmission schon vorbereiten und planen, weil wir eben eine Dynamik gesehen haben, von der wir nicht genau wussten, wohin sie sich entwickelt, auch wenn, wie gesagt, ich niemanden getroffen habe, der an dem 12. schon gesagt hätte: Am 15. ist Kabul gefallen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Nun haben wir sozusagen über die Erwartungshaltung und den tatsächlichen Ablauf dieser Krisenstabssitzung am 13.08.2021 ein bisher differenziertes Bild geschildert bekommen. Deswegen noch mal kurz meine Frage: Mit welcher Erwartungshaltung sind Sie in die Sitzung des Krisenstabes am 13.08.2021 hineingegangen, und entsprach das Ergebnis der Krisenstabssitzung dann auch Ihren Erwartungen?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Also, ich selbst habe an der Sitzung des Krisenstabes ja am 13. nicht teilgenommen. Aber sozusagen die Punkte, die das BMVg gemacht hat - „es ist eine Dynamik da; wir müssen schneller vorbereiten; wir müssen die Möglichkeit der militärischen Evakuierungsmission sehen“ -, sind vom Krisenstab ja auch entsprechend aufgenommen worden. Und für mich war dann eben auch vor allen Dingen entscheidend, in Rücksprache sozusagen mit Kanzlerin und mit dem Vizekanzler und den betroffenen Ressorts eben auch die Dinge nach vorne zu treiben. Und wir haben in den nächsten Tagen, also in den nächsten Stunden, immer auch gesehen: Die Dinge beschleunigen sich immer weiter. Und deswegen ist am Ende eben auch das Auslösen früher erfolgt, nämlich an dem Sonntag, und der Abflug dann eben schon an dem Montagmorgen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Dann will ich noch mal konkret nachfragen: War Ihre Erwartungshaltung an die Sitzung des Krisenstabes am 13.08., dass schon dort, an dem Tag, die militärische Evakuierungsoperation nicht nur vorbereitet, sondern auch schon beschlossen wird?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Sie ist ja sozusagen in den Abläufen her, muss man sagen - - Sozusagen die Federführung für die Planung erst einmal der militärischen Evakuierungsmission liegt natürlich beim BMVg. Das ist alles ausgelöst worden und, wie gesagt, angepasst dann auch beschleunigt worden. Und der erste Schritt ist, dass wir sozusagen das Go auch vom Krisenstab haben. Aber das Auslösen nachher erfolgt natürlich dann auch durch entsprechenden Beschluss in der Bundesregierung. Der ist ja am 18. offiziell nachgeholt worden, ist aber sozusagen vorher durchaus auch mündlich vereinbart worden - - die Nachricht an den Krisenstab ergangen. Also, insofern, glaube ich, haben die Abläufe durchaus dem entsprochen, wie es auch das übliche Prozedere vorsieht.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Wir haben hier zumindest aus einer Zeugenaussage gehört die Erwartungshaltung, dass man bereits am 13.08. das, was Sie eben als Go beschrieben haben, des Krisenstabes erwartet hätte. Meine Frage noch mal: Hatten Sie die Erwartungshaltung, dass dieses Go bereits am 13.08. erfolgt?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Na, man muss ja immer auch sehen, wie man realistisch bei aller Planung - - muss man sozusagen die Soldatinnen und Soldaten ja auch physisch sozusagen in den Abflug bekommen, und man muss die entsprechenden Diplo-Clearances zum Beispiel bekommen, also das heißt die Überflugrechte über die Gebiete, die wir passiert haben. Und insofern haben wir das sehr beschleunigt. Aber ich glaube, man muss dann auch realistische Zeitlinien sehen. Und es war eben an dem 13. so, dass wir - das war der Freitag - eben an dem 14. morgens auch noch mal mit dem - - vor allen Dingen auch mit Kanzlerin, mit Vizekanzler und Außenminister über die Situation gesprochen haben, inklusive der Frage „Mandatierung“. Und deswegen ist das Auslösen nicht früher erfolgt.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Dann will ich noch mal von einer anderen Seite fragen, weil auch das aus meiner Sicht bisher offengeblieben ist. Wenn jetzt bereits am Freitag eine entscheidende - - also die Entscheidung „Wir evakuieren



Nur zur dienstlichen Verwendung

militärisch robust“ getroffen worden wäre, hätte das in den Folgetagen den Prozess beschleunigt?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Es wäre die Frage gewesen, ob wir sozusagen dann statt dem 16. am 15. fliegen können. Auch das hängt dann, wie gesagt, davon ab, wie die Möglichkeiten auch sind, andere Länder zu überfliegen. Wir haben ja nicht nur den Punkt gehabt, dass wir nach Kabul reingeflogen sind, sondern wir haben ja in Taschkent sozusagen auch unseren Stützpunkt gehabt, von dem aus wir dann immer entsprechend reingeflogen sind. Ist aus meiner Sicht heute schwer zu beurteilen, ob das am Ende wirklich einen ganzen Tag beschleunigt hätte. Möglich ist es, aber ich kann es nicht mit letztendlicher Sicherheit sagen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Vielen Dank. - Noch einen kleinen Sprung zurück. Sie haben in Ihrem Eingangsstatement auch gesagt, dass Sie im April - so habe ich das mir aufgeschrieben - Hinweise hatten, dass die Ortskräfte zunehmend gefährdet sind. Meine Frage dazu ist: Welche Hinweise sind das ganz konkret gewesen, die Sie zu dieser Annahme geführt haben?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Also, das waren Einschätzungen der Nachrichtendienste, auch des Militärischen Nachrichtendienstes, dass es sozusagen eine latente Gefährdung gibt. Und es war auch die Tatsache der Rückmeldungen in den Folgewochen aus dem Einsatzkontingent in Masar-i-Scharif, wo man einfach gesehen hat, dass die Gefährdungsanzeigen - Sie wissen, in dem Verfahren müssen die Ortskräfte ja die Gefährdungsanzeige machen und sagen und darlegen, dass sie individuell gefährdet sind - massiv angestiegen sind. Und wenn man das zusammennimmt mit den Fakten, wie sozusagen die Taliban auch Raumgewinne gemacht haben, hat das einfach dieses Bild gegeben. Und der entscheidende Punkt, glaube ich, auch psychologisch, war einfach die Tatsache, dass ja bekannt war: Sozusagen dieser Abzug führt dazu, dass die Bundeswehr als die Truppe, bei der ich gearbeitet habe, weg ist ab Ende Juni und eben nicht mehr wie bei dem Umstieg von einem Mandat auf das andere doch in irgendeiner Form vielleicht reduziert, aber trotzdem vor Ort noch als

Ansprechpartner ist. - Also, ich glaube, das alles zusammen hat einfach die Lage bestimmt. Und das waren die Meldungen, die ich erhalten habe.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Nun wissen wir, dass das von Ihnen ja auch in Bezug genommene deutsche geregelte Ortskräfteverfahren funktioniert hat, allerdings doch auch schon vor April 2021 mit erheblichen Aufwendungen verbunden gewesen ist, insbesondere - das hatten Sie auch in Bezug genommen - weil die Visaerteilung auch schon zum damaligen Zeitpunkt für diejenigen, die eine Aufnahmezusage hatten, doch relativ schwierig war. In Kabul gab es keine deutsche Botschaft. Es war schwer, dann sozusagen das Visum zu beantragen; das ging nur über einen Drittstaat.

In dem Zusammenhang wissen wir, dass es im Auswärtigen Amt bereits sehr früh nach dem Doha-Abkommen die Überlegungen gegeben hat, die diplomatischen Anstrengungen in diesen Drittstaaten zu verstärken, um sich einzustellen auf eine zunehmende Anzahl von Aufnahmesuchen im Zusammenhang mit dem Ortskräfteverfahren. Hatten Sie Kenntnis davon, dass solche Überlegungen im Auswärtigen Amt bereits im Jahr 2020 angestellt wurden? Und wie haben Sie die aus Ihrer Sicht damals bewertet?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Nein, die Kenntnis hatte ich nicht. Wir haben uns natürlich als BMVg vor allen Dingen auf das Verfahren sozusagen in Afghanistan auch konzentriert, ich habe ja gesagt, mit der Frage „Wo können wir unterstützen, etwa in Amtshilfe?“, als es um die Visaanträge ging, zumal auch da ersichtlich wurde, dass die Organisation, also das IOM, das danach eigentlich diese Visavergabe und Bearbeitung hätte vornehmen sollen, seinen Start immer zeitlich weiter nach hinten geschoben hat. Und das war der Grund, weshalb wir da Amtshilfe geleistet haben und weshalb wir auch auf das Thema Charterflüge eigentlich so insistiert haben, weil wir das Gefühl hatten: Die Infrastruktur wird eben immer schlechter. - Aber von diesen konkreten Überlegungen im AA habe ich zu diesem Zeitpunkt nichts gewusst.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Sie haben nachher wieder eine Rolle gespielt nach Ende der - - oder haben nach Ende der militärischen Evakuierung eine Rolle gespielt, als es dann um die Frage ging: Wie bekommen wir sozusagen auch nach Ende dieser Evakuierung möglichst viele der Ortskräfte eben dann über andere Wege, auch über Drittstaaten hinaus?

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Nun haben wir auch erfahren, dass es das Angebot der Bundeswehr, bei der Abarbeitung von Visaanträgen behilflich zu sein, auch schon früh gegeben hat. Können Sie sich erinnern, wann das erste Mal bei Ihnen aufgeschlagen ist das Thema „Wir helfen dem Auswärtigen Amt im Zusammenhang mit der Bearbeitung von Visaanträgen“?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Ich bin mir nicht sicher, aber es müsste, glaube ich, im Mai, Mitte, Ende Mai, gewesen sein, in diesem Zeitraum, weil eben, wie gesagt, einfach erkennbar war: „Gefährdungslage steigt, sozusagen Infrastruktur wird immer schwieriger“, auch das AA signalisiert hat: „das wird immer schwieriger“, und deswegen die Überlegung war: Wie können wir helfen? Und das war eigentlich ein sehr ungewöhnlicher und pragmatischer Weg, zu sagen: Auch Geräte, die wir brauchen, um biometrische Daten zu erfassen, die kommen nach Masar-i-Scharif - - und werden da zum Teil von auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die vom BMVg aus Deutschland und von der Bundeswehr aus Deutschland noch mal zusätzlich hinverlagert worden sind, aber auch vom Einsatzkontingent vor Ort gemacht.

Und dann habe ich ja eben diesen Pendelverkehr auch schon erläutert. Also das war eine sehr pragmatische Vorgehensweise, die sich da durchaus auch bewährt hat, die aber eben ihr Ende gefunden hat im Laufe des Juni, weil dann auch klar war: Der Abzug ist so weit vorangeschritten - also, man muss sich das vorstellen -, dass die ganzen Sicherungsmaßnahmen, auch baulichen Sicherheitsmaßnahmen, Waffensysteme zum Schutz, immer weiter zurückgebaut werden. Also das heißt, mit jedem Tag ist das Risiko gestiegen.

Und ich kann mich gut erinnern, dass das für uns alle im BMVg, auch für die Kolleginnen und Kollegen im Verteidigungsausschuss eine ungeheuer große Anspannung war und diese Angst da war: Kriegen wir sozusagen wirklich alle unsere Leute da heil noch mal raus, oder passiert zum Schluss noch was? Zumal man eben gesehen hat, dass die Taliban im Umfeld immer näher rücken.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Dann wechselt das Fragerecht zu den Grünen. Frau Kollegin Nanni.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke, Herr Vorsitzender. - Guten Tag, Frau Kramp-Karrenbauer! Ich würde auch noch mal Bezug nehmen auf die Aussagen, die Sie heute hier schon gemacht haben, und fange erst mal mit einer Beobachtung an. Sie haben hier noch mal Ihre damaligen Einschätzungen vorgetragen zu, wie ich finde, Kernfragen, nämlich: Was ist eigentlich Doha? Wohin will Biden mit Afghanistan? Und: Wie sind die Taliban einzuschätzen?

Und Ihre Einschätzungen laufen darauf hinaus, dass durchaus mit einer Zuspitzung der Lage in Afghanistan zu rechnen war; das haben Sie ja hier auch noch mal ausgeführt. Das sind, wenn ich das so sagen darf, zusammenfassend aus den Befragungen, die wir mit den Beamten aus dem Auswärtigen Amt hatten, doch wesentlich unterschiedliche Einschätzungen.

Also, noch mal zu allen drei: Was steht eigentlich im Doha genau drin? Was hat Biden vor? Und wie sind auch die Taliban einzuschätzen? Deswegen würde mich interessieren, inwiefern Sie die Einschätzung über die Sicherheitslage auch mit anderen Kabinettsmitgliedern, insbesondere mit Heiko Maas, besprochen haben.

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Sie haben das im Zuge - - Ich habe ja vorhin Anlässe auch genannt, sowohl Berichte zur Lage in den Einsatzgebieten, aber auch Jours fixes und anderes.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Die Termine sind mir klar, nur die Inhalte noch nicht.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Ja. Also, ich wollte nur sagen: Das waren so die Formate, und wir haben darüber auch gesprochen. Wie gesagt, das ist keine klassische deutsche Diskussion. Die hat vergleichbar in allen Punkten oder in allen anderen Ländern, auch in Amerika selbst, meiner Kenntnis nach stattgefunden. Und es war eben vor allen Dingen die Frage: Wie schnell sind mögliche Abzüge? Gehen die Amerikaner wirklich komplett raus, oder bleibt vielleicht zum Schluss doch noch eine kleine - - sozusagen noch etwas, was auch die afghanischen Sicherheitskräfte auf Dauer stützt? Aber da war insbesondere auch das Problem, dass - - Wenn es einen Punkt in Doha gab, der absolut fest verhandelt war, dann war es eben dieser 30.04. Das hatten die Taliban wirklich als Faustpfand in der Hand. Und insofern haben wir uns darüber ausgetauscht. Aber natürlich war das auch ein permanenter Austausch zum Beispiel auf den Arbeitsebenen, also auf allen Ebenen zwischen BMVg und AA.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Den können wir auch rekonstruieren durch die Dokumente, den Austausch auf den Arbeitsebenen. Den Austausch zwischen den Hausleitungen können wir nicht dokumentieren, was wahrscheinlich daran liegt, dass das überwiegend mündlich stattgefunden hat. Deswegen noch mal die Frage: Können Sie sich an konkrete Inhalte erinnern, die Sie mit Heiko Maas besprochen haben zu diesen Themenkomplexen „Doha“, „Biden“, „Taliban“?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Also, nicht mehr im Detail, sondern nur im Großen, so wie ich es eben geschildert habe, wie sozusagen: Auffassung der Sicherheitslage, der weiteren Entwicklung vonseiten des BMVg - - und ganz sicherlich Heiko Maas auch gesagt, wie das aus Sicht des AA gesehen wird. Aber an welchem Termin ich sozusagen konkret was mit ihm ausgetauscht habe, das kann ich Ihnen leider nicht mehr sagen.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gibt es denn einen Ort, wo jenseits der Positionen, die sich dann aus den Betrachtungen ergeben, auch die Betrachtungen selber noch mal zusammen

aufgearbeitet werden, also wo man selber noch mal zusammen sich Informationen zur Sicherheitslage anschaut?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Also, wir tauschen - - oder haben das natürlich auch entsprechend ausgetauscht. Und am Ende ist es natürlich so, dass, ich sage einmal - - Die Dokumente, die dann noch handlungsleitend sind, also wie zum Beispiel Mandatstexte, die in den Bundestag eingereicht werden, basieren natürlich auch auf den abgestimmten Positionen der entsprechenden Häuser. Das sind in den Punkten federführend das AA und das BMVg.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat die Frage der Federführung eine Rolle dabei gespielt, wie die unterschiedlichen Einschätzungen im Gesamtkabinetten aufgenommen worden sind?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Nee, die Frage der Federführung ist, wenn ich das recht im Kopf habe, in der Geschäftsführung auch sozusagen festgelegt, und insofern ist das auch nie infrage gestellt worden. Wir haben versucht sozusagen als BMVg insgesamt, auf allen Ebenen - ich habe das eben geschildert - unsere Positionen auch noch mal deutlich zu machen. Aus Sicht der anderen Kollegen gab es sozusagen auch durchaus mit Argumenten andere Sichtweisen. Und dieser Prozess hat eben auch seine Zeit gedauert: nicht immer so schnell, wie wir uns das gewünscht haben, und nicht immer schneller zu dem Ergebnis, wie das BMVg sich das gewünscht hätte. Aber wir reden hier auch nicht über sozusagen eine BMVg-Mission, sondern eben über eine Verantwortung, die eine gesamten Regierung trägt.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich versuche, mir das gerade so ein bisschen vorzustellen, weil - - Also, ich kann das gut verstehen, wenn man vielleicht einmal offen aus einer Sitzung wieder rausgeht und sagt: Okay, jeder hat hier seine Meinung. - Aber das ist ja über anderthalb Jahre immer wieder der Fall gewesen, dass man unterschiedliche Einschätzungen hatte zu zwei Dingen. Erstens. Was ist überhaupt Faktenlage? Also, wie sind die verschiedenen Akteure einzuschätzen? Aber auch dann - und das ist ja



Nur zur dienstlichen Verwendung

verbunden damit - zu der Frage: Was machen wir jetzt? - Also, das müssen Sie mir mal irgendwie erklären, wie man sozusagen mehrfach aus dem Kabinett dann rausgeht als zuständige Minister/-innen - im Plural jetzt - und dann sagt: Okay, we agree to disagree. Das kann ich mir nicht so ganz vorstellen.

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Also, ich glaube nicht - das ist meine persönliche Einschätzung -, dass die Schilderung, dass sozusagen über anderthalb Jahre komplett sozusagen Welten uns getrennt haben, dass das der Realität entsprochen hat. Es war klar: Der Afghanistan-Abzug endet. Es war klar: Es gibt diese Debatte: Ist das nur zu einem Zeitpunkt X, egal wie die Situation ist? Ist es Condition-based? Das war eine Debatte, die, wie gesagt, auch, soweit ich das verfolgt habe, in der NATO, in allen NATO-Mitgliedstaaten, geführt worden ist, wo es eben durchaus auch unterschiedliche Ansätze gibt zwischen Diplomatie, will ich mal sagen, auf der einen Seite und Militär auf der anderen Seite.

Und dann sind sozusagen die konkreten Schritte eben auch erfolgt, bedeutet: Was müssen wir tun, etwa mit Blick auf Ortskräfte? Auch da gab es schon relativ früh die Vereinbarung, dass man eben auch Evakuierungsszenarien für einen Worst Case für Ortskräfte vorbereitet; aber mit zivilen Charters liegt die Federführung beim AA. Es war klar, dass wir in einen Abzug gehen. Da liegt die Federführung dann beim BMVg für die Dinge selbst. Und insofern haben wir das, was entscheidungsreif war, im Kabinett eben auch entschieden bzw. dann auch entsprechend im Bundestag vorgelegt.

Aber auf dem Weg dorthin hat es eben immer auch wieder Ressortbesprechungen gegeben auf anderer Ebene, wo man einfach auch gespürt hat: Da stoßen die Dinge aufeinander, und wir kommen nicht weiter. Und dann ist es oft so, dass man es eine Ebene hochbringt, dass dann am Ende die Minister sich unterhalten. Ich habe eben gesagt: Ich bin sozusagen mit meinen Argumenten, mit meinem persönlichen Anliegen, was vor allen Dingen Ortskräfte der Bundeswehr anbelangt, wo ich finde, dass das eine etwas andere Gemengelage war als etwa die beim BMZ, an

meine Grenzen gestoßen. Das war ja auch der Punkt, wo ich dann nachher auch gesagt habe: Wir müssen sozusagen ja auch die Kanzlerin da einschalten, damit wir da eine Lösung finden.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben gerade ein wichtiges Wort genannt: „Entscheidungsreife“. Also, auf die Entscheidungsreife zu warten, kann man sich ja in der Außen- und Sicherheitspolitik nur ganz selten erlauben. Deswegen wäre meine Frage: Wann haben Sie denn jenseits des Ortskräfteverfahrens bei der Kanzlerin um Druck, damit Entscheidungsreife hergestellt wird, gebeten?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Also, den ersten Druck, den ich ausgeübt habe - und das war im Grunde genommen entgegen der Gepflogenheiten -, war meine öffentliche, auch in den Medien öffentliche Aussage im April: Wir brauchen sozusagen einen großzügigen Umgang, was Zeit und was erweiterten Rahmen anbelangt. Damit bin ich sozusagen schon aus dem ressortgemeinsamen Ortskräfteverfahren ausgeschert, wenn Sie so wollen. Das war der erste Druck. Und ich habe dann im Lauf des Mai sozusagen immer wieder eben auch versucht, auch auf der Ebene, nachdem wir die Beschleunigung des Verfahrens durchgesetzt haben - - aber eben auch Mehrheiten dafür zu bekommen, dass wir zumindestens für die Ortskräfte der Bundeswehr und, ich sage einmal, des BMI eine Erweiterung hinbekommen. Da gab es, wie gesagt, die unterschiedlichen Diskussionen. Und dann war ich da auch im Austausch mit Angela Merkel und habe dann - aber ich kann Ihnen das genaue Datum nicht mehr sagen - gesagt: Das hat keinen Wert; wir müssen das noch mal in der Runde auch mit dir besprechen. - Das war dann am Ende der 16. Juni gewesen. Warum das genau der 16. war und nicht paar Tage vorher oder später, kann ich Ihnen aus heutiger Sicht nicht mehr nachvollziehbar erklären.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben gerade gesagt, Sie sind mit der Pressekonferenz sozusagen auch in den Druckbereich dann gegangen. Also, jetzt bin ich noch nicht so lange hier, aber das macht man ja eigentlich immer erst dann, wenn die internen Druckmöglichkeiten



Nur zur dienstlichen Verwendung

nicht mehr funktionieren. Wir können jetzt nicht rekonstruieren, dass Sie im Vorfeld dieser Pressekonferenz auch die Kanzlerin um eine Richtlinienentscheidung zum Beispiel gebeten haben. Das wäre ja noch eine formale interne Möglichkeit gewesen, auch Druck auf den Innenminister auszuüben.

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Es ging gar nicht um Druck auf den Innenminister, sondern es ging darum, dass sozusagen eine Sichtweise, die aus meiner Sicht eben noch gegeben war: Wir haben ein Verfahren. Dieses Verfahren funktioniert aus meiner Sicht mit Blick auf das - - Ich war ja auch noch mal in diesem Frühjahr selbst kurzfristig in Afghanistan, habe mir die Situation da vor Ort, also eben vor allen Dingen Masar-i-Scharif, noch mal angeschaut eben kurzzeitig. Spürbar war: Das funktioniert so nicht mehr. Und man muss sagen, dass diese Empfindung, glaube ich, vor allen Dingen beim BMVg vorhanden war.

Und mir ging es einfach auch damals mit diesem Schritt in die Öffentlichkeit darum, noch mal deutlich zu machen: Mit dem Abzug aus Afghanistan - und das war ja um die Zeit herum, wo die Entscheidung auch im NATO-Rat getroffen wurde und klar war: wir ziehen ab - haben wir eine neue Situation, weil das ist anders. Viele haben argumentiert: Wir haben das bei ISAF und Resolute Support doch auch gemacht, sozusagen das Verfahren. Das kann doch weiterlaufen. - Aber für mich war klar: Die Situation ändert sich grundlegend, weil wir, wenn Sie so wollen, als Schutz nicht mehr da sind. Das ist eine ganz andere Situation. Und das hat mich sehr umgetrieben, und deswegen bin ich diesen Weg in die Öffentlichkeit auch gegangen. Vielleicht nicht die feine klassische - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir wechseln zur FDP.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Darf ich noch eine Frage stellen?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Gut.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gegen wen richtete sich denn dann der Druck? Also, wenn Sie sagen: „Ich habe was gemacht, um Druck auszuüben“, wo sollte er denn ankommen?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Es ging nicht darum, gegen wen sich der Druck richtet, sondern es ging darum, deutlich zu machen: Das ist die Situation. Wir haben eine zunehmende Gefährdung von Ortskräften. - Wir hatten auch da im Übrigen ja schon durchaus Reaktionen aus der Bundeswehr, von Soldatinnen, Soldaten, von Institutionen, von Amnesty International und anderen, die gesagt haben: Ihr müsst zu den Ortskräften was tun. - Und deswegen war das sozusagen noch mal, um deutlich zu machen: Wir haben hier eine Aufgabe, und die können wir nicht lösen mit dem zwar gut eingeübten Verfahren, aber einem Verfahren, das, ich sage einmal, zu relativ ruhigen Zeiten funktioniert, aber nicht in so einer Situation, in der sich die Dinge so schnell verändern. Darum ging es eigentlich, dafür Bewusstsein zu schaffen und alle, die eben damit zu tun haben, dann auch mit zu bewegen, dass wir eine andere Lösung hinbekommen. Und das hat mit der Vereinfachung des Verfahrens ja auch geklappt im April. Wo es einfach schwieriger war aus den unterschiedlichen Gründen, war bei der Frage der Erweiterung der Berechtigten.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir wechseln zur FDP. Frau Kollegin Jurisch.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Vielen herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. - Hallo, Frau Kramp-Karrenbauer! Ich würde gerne da noch mal ansetzen, wo auch die Kollegin Nanni vorher gestartet hat. Sie haben ja mit Blick auf die Resortkoordination die herausgehobene Rolle auch der Jours fixes hervorgehoben. Können Sie sich vielleicht an eine oder zwei konkrete Entscheidungen aus den Jours fixes während des Untersuchungszeitraums zu Afghanistan erinnern und die kurz darstellen?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Also, ich bin mir nicht sicher, aber zu den Jours fixes ist, glaube ich, auch entsprechend von den Mitarbeitern, die dabei waren, immer auch festgehalten worden, welche Punkte besprochen worden sind.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Und wenn es Ergebnisse gab, dann sind die auch festgehalten worden. Das müsste eigentlich zur Verfügung stehen. Ich selbst habe keine Aufzeichnungen mehr darüber, sozusagen was ich an welchem Tag in welchem Jour fixe mit wem besprochen habe.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Also, Sie wurden da jetzt nicht informiert, oder es wurde auch nicht irgendeine Entscheidung an Sie herangetragen aus den Jours fixes?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Ich glaube, wir haben eben ein Missverständnis, ein akustisches Missverständnis. Sie meinen die Jours fixes zum Thema Afghanistan, also sozusagen in der Runde.

(Abg. Dr. Ann-Veruschka
Jurisch (FDP) nickt)

Doch, natürlich. Diese - - Dort, wo zum Beispiel die Staatssekretäre involviert waren, kamen natürlich die Rückmeldungen auch an mich. Und das hat ja dann zum Beispiel dazu geführt, dass, wenn klar war: „Wir kommen zum Beispiel mit dem Thema Ortskräfte nicht weiter, weil in dem Jour fixe kein Einvernehmen etwa über die Erweiterung des Kreises oder über das Thema Charterflüge erreicht werden konnte“, wir dann damit umgehen mussten. Also insofern: Dieser Rückfluss an Informationen hat natürlich stattgefunden. - Entschuldigung, ich meinte eben die Jours fixes, die ich mit Heiko Maas oder anderen hatte.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Aber können Sie sich da an konkrete Entscheidungen erinnern, die daraus erwachsen sind? Also, welche Rolle haben diese Jours fixes für Sie jetzt mit Blick auf Afghanistan gehabt in diesen Monaten?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Also, ich habe, wie gesagt, die Jours fixes nicht mehr alle im Kopf. Aber ich weiß, dass aus solchen Lagen bzw. solchen Ressortbesprechungen zum Beispiel das Thema entstanden ist, zu sagen: Wir müssen bei den Charterflügen Druck machen. - So. Da gab es sozusagen keine Übereinstimmung über alle Ressorts. Das war ja dann der Grund, weshalb wir oder weshalb ich auch noch mal insistiert habe

im Juni, kurz vor Abzug der Bundeswehr, mit sozusagen vom BMVg gecharterten Charterflügen noch Ortskräfte rauszuholen. Die Frage, wann wir mit welchen Planungen auch begonnen haben, hat natürlich auch etwas mit Einschätzungen in den Jours fixes zu tun. Aber ich kann Ihnen aus dem Kopf heraus nicht mehr genau sagen: An dem Jour fixe haben wir das und das sozusagen als Ergebnis dann abgeleitet.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Danke. - Sie sind ja vorher darauf eingegangen, dass Doha im Wesentlichen als Time-based-Vereinbarung vereinbart wurde zwischen Donald Trump und den Taliban, mit ein paar Conditions drin für den 30.04., und Sie sind auch darauf eingegangen, dass eben in der NATO am 14. April dann entschieden wurde, wann man jetzt eigentlich rausgeht. Wäre denn die Bundeswehr kurz vor dieser NATO-Entscheidung in der Lage gewesen, sehr kurzfristig abzuziehen? Und wann haben Sie mit der Eventualfallplanung begonnen, und wann wurde diese fertiggestellt?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Also, es war klar, auch mit dem NATO-Beschluss - am 14. April, glaube ich, war das, 2021 -, dass die Zeitlinie nicht zu halten ist. Das hatte auch etwas damit zu tun - ich habe das gesagt -, weil wir - wie soll ich sagen? - kein reibungsloses Administrieren und Folgen aus dem Doha-Abkommen aufseiten der Amerikaner hatten, weil es eben diesen Bruch gab zwischen Trump-Administration und einem, ich sage mal, sehr schwierigen Übergang zur Biden-Administration. Insofern gab es ja auch immer die Debatte - auch das habe ich eben geschildert -, inwieweit man sich eben auch mit dem - - oder dass wir uns auch mit dem Szenario beschäftigt haben: Was passiert eigentlich, wenn wir nach dem eigentlich in Doha gesetzten Abzugsdatum immer noch da sind? Wie werden die Taliban reagieren?

Es hat aber augenscheinlich, ohne dass ich diese Verhandlungen sozusagen mitbeeinflusst hätte oder dass ich die Ergebnisse gesehen habe, ja Gespräche auch in dieser Phase zwischen der amerikanischen Seite und der Talibanseite gegeben, wo man diese Zeitachse noch einmal rausgeschoben hat. Und - ich habe das vorhin gesagt -



Nur zur dienstlichen Verwendung

die ursprüngliche Planung lautete dann: „Abzug bis in den August“ und hat sich dann sozusagen im Laufe des Prozesses - und das war eine große Herausforderung, auch für uns - nach vorne verlagert und war dann abschließend der 04.07.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Und wann haben Sie angefangen, sich mit dem Thema Eventualfallplanung zu beschäftigen, und wann war die abgeschlossen?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Ab dem 15. Also, am 14. war die NATO-Entscheidung. Wir haben ab dem 15. sozusagen die - -

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Und warum nicht früher? - Entschuldigung, wenn ich Sie unterbreche. - Weil Sie sind ja eigentlich sozusagen - - ist man ja immer von dem 30.04. ausgegangen. Und warum hat man dann nicht schon früher mit der Eventualfallplanung begonnen?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Also, auch da gab es natürlich die, ich sage einmal, Überlegung: Wo stehen wir? Ich habe immer gesagt: Das war nie sozusagen ein deutscher Alleingang. Wir haben gesagt: In der NATO, das ist ja eine Mission: „In together, out together“. Und die NATO hat auch in ihren Gremien - und das war auch ein Gegenstand häufiger Gespräche von mir mit Jens Stoltenberg - sehr großen Wert darauf gelegt, dass das alles koordiniert stattfindet, auch mit den Planungen der NATO, und dass nicht der Eindruck entsteht: Da beginnt jetzt sozusagen der Wettlauf: Welche Nation zieht als Erstes und am schnellsten ab?

Für uns war klar ja schon im Laufe auch des Jahres 21 am Anfang - ich habe auch das schon im Verteidigungsausschuss damals gesagt -, dass wir davon ausgehen: Es bleibt bei einem Abzug. Aber eben diese Frage der Zeitachse ist schwierig, auch in der sozusagen Realisierbarkeit ab dem Moment, wo die Biden-Administration richtig am Arbeiten ist. Und deswegen: Auch hier ist es natürlich so, dass, ich sage einmal, die grundlegenden Voraussetzungen der Bundeswehr vorhanden sind. Aber die konkreten Planungen eben sind an dem 15. auch entsprechend ausgelöst

worden. Es ist aufgebaut worden die „Strategische Planungsgruppe Afghanistan“ im Ministerium. Es ist aufgelöst - - aufgebaut worden in der Bundeswehr sozusagen eine eigene Organisationseinheit, die die Rückverlegung dann auch organisiert hat. Und die eigentliche Kernphase hat stattgefunden zwischen Mitte Mai und eben Ende Juli.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Und Sie haben sich also darauf verlassen, dass die Amerikaner - - also dass die praktisch dort immer parallel laufen würden. Also, Sie haben praktisch Ihre Eventualfallplanung an die amerikanische Seite letzten Endes im Rahmen der NATO gekoppelt und sich mit Ihrer Planung darauf verlassen.

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Wir haben natürlich uns im Rahmen der NATO abgesprochen. Und ich habe eben auch Gespräche geführt, weil es zum Beispiel wichtig war, mit der amerikanischen Seite zu besprechen: Wenn wir im Laufe des Prozesses den Schutz des Camps in Masar-i-Scharif abbauen, also baulichen Schutz, Waffensysteme zurückverlagern, wie sichern wir sozusagen unsere eigenen Soldatinnen und Soldaten? Und da gab es zwei Ansätze. Das eine war, dass wir im Verlauf des Prozesses zusätzliche Sicherungskräfte hineingebracht haben. Das war einmal sozusagen ein Infanteriezug der Niederländer, und es war ein Mörserzug der Deutschen. Und es gab eben auch immer von mir die Gespräche auch mit meinen Amtskollegen, dass entsprechende Absicherungen auch durch die amerikanischen Kräfte weiter vorgehalten werden. Das war sozusagen die Vereinbarung, und das war auch die Voraussetzung dafür, dass wir unsere Leute sicher rausbekommen haben. Da gab es eine Absprache.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Ich meine, rückblickend war es ja dann so, dass die Amerikaner am 15. August nicht mitgeteilt haben, dass sie jetzt gehen. Aber in der Situation im April haben Sie sich sozusagen noch darauf verlassen können oder darauf verlassen, dass das im Einklang passiert, und haben da Ihre Planungen auch dran geknüpft. Habe ich das richtig verstanden?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Ich glaube, man muss hier noch mal sehr genau unterscheiden. Das eine ist der eigentliche Abzug, der sozusagen auch innerhalb der NATO beschlossen war, der koordiniert worden ist von uns, vor allen Dingen ja auch als Anlehnung für 16 weitere Nationen, und der auch eng koordiniert war. Dieser eigentliche Abzug und damit die eigentliche Präsenz der Bundeswehr endete Ende Juni, also zum 30. Juni.

Worüber wir sprechen in Afghanistan, vor allen Dingen im August mit den Amerikanern, war die Frage sozusagen des Abzugs amerikanischer Kräfte aus Afghanistan, des gleichzeitigen Vordringens von Taliban in Richtung Kabul und was das auslöst mit Blick auf die, ich sage einmal, Menschen, die etwa deutsche Staatsangehörigkeit haben, besonders geschützt sind, Ortskräfte sind, wie wir damit umgehen. Also, es ist eigentlich - ich habe das vorhin gesagt - eine militärische Mission gewesen, die nicht in den Rahmen von Resolute Support fällt, sondern der Abzug ist sozusagen ordnungsgemäß und auch gut abgesichert - - hat stattgefunden. Und es war eine wirklich zugespitzte Situation, aus der sich ja auch eine internationale Luftbrücke ergeben hat und die in den Abläufen so war, wie ich das geschildert habe.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir sind am Ende der Runde. Ich habe die Frage zugelassen, Frau Kollegin, obwohl sie, ich sage mal, doch sehr suggestiv war und der Zeugin eine Antwort nahegelegt hat. Ich wäre dankbar, das ein bisschen offener beim nächsten Mal zu formulieren. - So, wir wechseln zur AfD.

Stefan Keuter (AfD): Guten Tag, Frau Kramp-Karrenbauer! - Ich möchte da anknüpfen, wo Frau Jurisch gerade aufgehört hat. Und zwar haben Sie am 3. März 21 an einem Briefing des Bundesnachrichtendienstes mit General Schütt teilgenommen. Der Bundesnachrichtendienst riet Ihnen da zu Separatverhandlungen mit den Taliban, die Sie aus politischen Gründen abgelehnt haben. Ich zitiere hier aus Fundstelle MAT A BND-3.309 VS-NfD, Blatt 125. Zitat Anfang - also das Zitat des Bundes- - die Notiz vom Bundesnachrichtendienst -:

„- Frau AKK bedankte sich später bei H... und L... persönlich und unterhielt sich noch mit ihnen; sie wolle den BND künftig häufiger nutzen

- Dennoch Tenor BMVg: Es sei politisch nicht vertretbar, mit Taleban zu verhandeln; man verlasse sich da auf die USA, es werde schon nichts passieren, Verluste könne man ohnehin nie ausschließen“

Zitat Ende. - Meine Frage ist: Was war damit gemeint, dass Gespräche mit den Taliban politisch nicht vertretbar seien, und wie ist Ihre Bemerkung zu verstehen, Verluste könne man ohnehin nie ausschließen? Sind Sie von Opfern ausgegangen?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Kann ich das bitte noch mal sehen? - Danke.

Stefan Keuter (AfD): Selbstverständlich.

(Der Zeugin werden
Unterlagen vorgelegt - Sie
liest in diesen Unterlagen)

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Ich kann den Gesamtzusammenhang nicht mehr ganz genau einordnen. Aber so, wie ich es sozusagen jetzt noch mal lese und auch mit Blick auf das Datum - ich habe das ja gesagt -, war das auch im Vorfeld der NATO-Sitzung. Also, es war im März. Im April hat diese NATO-Tagung und auch der entsprechende Beschluss zum Abzug von Resolute Support stattgefunden - - zum Abschluss. Das war eine Zeit, in der es insbesondere um die Frage geht: Was passiert, wenn wir länger bleiben, sozusagen alle gemeinsam, als das vorgesehen war? Und ich habe ja eben gesagt: Die Amerikaner haben Gespräche geführt. Und hier war der Vorschlag - so deute ich es zumindest jetzt auch im Nachhinein noch mal -, dass es die Überlegung gab, möglicherweise selbst als Deutschland oder dann als BMVg, möglicherweise über das Einsatzkontingent vor Ort, eigene Gespräche mit den Taliban zu führen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ich habe eben gesagt: Wir haben uns sehr darum bemüht, auch in der NATO, dass das gemeinsam gelaufen ist. Und ich habe es für schwierig erachtet, zu sagen: Wir beginnen jetzt sozusagen neben den Gesprächen der Vereinigten Staaten Sonderabsprachen mit den Taliban. Einmal, weil es sowieso schwierig ist sozusagen als BMVg, das zu tun, wenn Federführung auch für mögliche Gespräche eben auch beim AA liegt; schließt nicht aus, dass Kommandeure vor Ort eben auch in den ganzen Jahren des Einsatzes immer wieder Kontakte hatten; das weiß ich nicht genau. Ich glaube, das muss man eben auch der Lagebewertung vor Ort, den Einzelnen als Verantwortung lassen.

Die Frage der Verluste ist natürlich ein Risiko. Deswegen, habe ich gesagt, war dieser Abzug für uns auch am Ende eben eine ganz schwierige - - Wir hatten bisher die Situation - und das war, wenn Sie so wollen, etwas Positives aus dem Doha-Abkommen -, dass die Taliban sich einigermaßen an diese Frage „Angriffe gegen internationale Truppen oder Verzicht darauf“ gehalten haben. Aber auch die Taliban sind - zumindest nach meiner Kenntnis - keine perfekt durchhierarchisierte Gruppe gewesen. Man konnte nie genau wissen, was jemand vor Ort möglicherweise tut. Und deswegen muss man - und ich glaube, das gehört eben auch zur militärischen Realität dazu - immer auch mit Verlusten rechnen. Die Aufgabe ist es, sozusagen im Rahmen dessen - - den ich eben geschildert habe, auch durch eigene Anstrengung, eigene militärische Sicherung, Absprache mit den Fähigkeiten der Amerikaner, sicherzustellen, dass unsere Truppe heil zurückgekommen ist, und das ist am Ende auch gelungen.

Stefan Keuter (AfD): Prima. Herzlichen Dank. - Ich würde gerne mit Ihnen noch einen anderen Komplex ansprechen, und zwar die verfassungsrechtliche Grundlage der Mitnahme von afghanischen Staatsbürgern. Uns liegt auf MAT A BMVg-5.20 VS-NfD, Blatt 18 ff., ein am 11. August 21 erstelltes Arbeitspapier aus dem BMVg vor mit dem Titel:

„Mögliche Unterstützungsleistungen im Rahmen des Alternativszenarios Unterstützung der Ausreise von AFG OrtsKr...“

In diesem Entwurf steht - ich zitiere -:

~~„10- Die Abholung der OrtsKr aus AFG mit militärischen Mitteln ist [sic!] nicht Teil des Verfassungsauftrages der Bundeswehr ... Die Abholung der OrtsKr aus AFG wäre ein erneuter Einsatz der Bundeswehr, für den ... eine verfassungsrechtliche Grundlage fehlt ...“~~

Das Zweite ist dann aus der Fundstelle Blatt 20; Zitat Ende. - Ich frage Sie: Wer hat die verfassungsrechtliche Grundlage geprüft und letztendlich die Entscheidung getroffen, dass afghanische Staatsbürger im Rahmen der militärischen Evakuierungsoperation mitgenommen werden?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Auch da möchte ich gern das Blatt noch mal sehen, wenn das möglich ist. - Danke schön.

Stefan Keuter (AfD): Ja, klar.

(Der Zeugin werden
Unterlagen vorgelegt - Sie
liest in diesen Unterlagen)

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Also, das ist ein Vermerk, der sozusagen ausweislich der Adressatenliste nicht an mich gerichtet war, sondern an Staatssekretär Hoofe. Und es ging um folgenden Hintergrund: Wir haben sozusagen im Ressort gemeinsam ein Verfahren eben auch besprochen mit möglichen Szenarien, auch mit Blick auf Ortskräfte, wenn ich das hier richtig nachlese. Da ging es um das Thema „Entscheidungsbedarf Visa“, aber eben auch um die Frage der Ausreise, die ich eben angekündigt habe. Und, ich glaube, man muss hier auch noch mal unterscheiden, dass das Alternativszenario, das auch vonseiten des BMVg geplant war für den Fall, dass die Sicherheitslage sich so verschärft, dass wir Ortskräfte sozusagen direkt rausholen müssen, immer geplant war unter der Maßgabe



Nur zur dienstlichen Verwendung

Charterflüge, zivile Charterflüge, also nicht als militärische Mission.

Und der zweite Punkt, die militärische Evakuierungsmission, die im August stattgefunden hat - auch das habe ich vorhin bei meinem Eingangstatement gesagt -, war keine Mission der Bundeswehr, sozusagen gezielt Ortskräfte herauszufliessen, sondern es war eine Mission, auch abgedeckt durch die nationale Krisenvorsorge, wo es um die Frage ging mit erster Priorität: Abholung deutscher Staatsangehöriger, Abholung derjenigen, die eine, ich sage einmal, Berechtigung haben, nach Deutschland zu kommen, Familienangehörige - ist die Frage von Ortskräften auch gewesen - und Menschen, die sozusagen auch unter Federführung des AA auf einer Liste waren, die, ich sage einmal, einer besonderen -

Stefan Keuter (AfD): Die Menschenrechtsliste.

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: - Gefährdung unterlagen, also Journalisten, Richterinnen usw. usf. Also insofern stand die Option, sozusagen eine gesonderte Bundeswehrmission zur Abholung von Ortskräften zu machen - - war keine Option für uns.

Stefan Keuter (AfD): Gut. - Danke.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Zum Schluss dieser Runde ist der Kollege Nürnberger von der SPD dran.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Manche der Themen wurden ja bereits erwähnt; aber trotzdem gestatten Sie mir, dass ich zu dem Thema „Veränderungen im Ortskräfteverfahren“ noch Nachfragen stelle.

Die Zeugen aus Ihrem Hause, Herr B██████ und Herr General Schütt, haben vor diesem Ausschuss übereinstimmend ausgesagt - und ich darf zum Beispiel zitieren aus der Aussage von Herrn Schütt nach vorläufigem Stenografischen Protokoll 20/74, Blatt 57 -:

„Festzuhalten bleibt meines Erachtens, dass das BMVg seit 2019“

- Sie haben das auch so angeführt -

„auf eine Vereinfachung des Ortskräfteverfahrens hingearbeitet hat, was im Ressortkreis aus unterschiedlichen Gründen nicht konsentiert werden konnte. Letztlich hat die damalige Bundesministerin“

- also Sie -

„im April 2021 noch vor dem Abzug der Truppe die Initiative ergriffen und die Vereinfachung - so möchte ich sagen - durchgesetzt ...“

Bisher allerdings noch nicht zur Sprache gekommen ist, welche Motivation, welche Beweggründe aufseiten des BMI bestanden haben, diesen Weg zunächst nicht mitzugehen. Und da würde ich Sie gerne fragen: Haben Sie vom damaligen Bundesminister des Innern und Heimat Erklärungen erhalten, warum er Ihren Vorschlägen nicht folgen kann? Wie lief da die Kommunikation an der Spitze der beiden Häuser?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Also, es gab diese Debatte, wie Sie zu Recht erwähnen, ja mit Blick auf das Innenministerium, eben auch mit Blick auf Außen und auf BMZ. Und jedes dieser Häuser hatte auch seine eigenen Argumente. Beim Bundesinnenministerium ist es sicherlich so, dass erst mal die Zahl der Ortskräfte natürlich eine sehr viel überschaubarere ist, als das zum Beispiel beim BMVg der Fall war oder beim BMZ, und dass man eben auch, gemessen an der Gesamtdiskussionslage um Migration, um Sicherheitsfragen, die damit verbunden waren, gesagt hat: Wir haben ein Verfahren, das sehr aufwendig zwar - - aber trotzdem sicherstellt: Es kommen diejenigen, die wirklich individuell gefährdet sind, wo das nachgeprüft ist, wo die Sicherheitsüberprüfung auch entsprechend stattfindet. - Und deswegen zuerst eben auch die Aussage, dass man an dem Verfahren festhalten will.

Ich habe eben ja schon geschildert, dass mein Eindruck im April war: Wir kriegen eine andere Situation. Wir hatten Hinweise: Die Gefährdung



Nur zur dienstlichen Verwendung

wird sozusagen - - Gefährdungslage für Ortskräfte mit unserem Abzug verändert sich. Das muss schneller gehen, und wir müssen da großzügiger sein. Was das Thema „vereinfachtes Verfahren“ anbelangt, ist uns das BMI ja dann auch entgegengekommen.

Bei der Frage sozusagen, wie wir erweitern, waren im Grunde genommen die größeren Probleme in der Diskussion vor allen Dingen auch mit den Häusern, die aus dem zivilen Zusammenhang und mit ihrer Absicht, diesen zivilen Aufbau in Afghanistan auch nach einem, ich sage einmal, Regimewechsel fortzusetzen - - dass dort einfach die Befürchtung war: Wenn wir den Kreis jetzt erweitern für eine Gruppe - das war ja unser Petition, zu sagen: dann erweitert es wenigstens für die Bundeswehr -, dass das dann unmittelbare Folgen hat für die Ortskräfte etwa aus dem Bereich der Entwicklungszusammenarbeit, wenn man dann mit entsprechenden Wünschen eben auch konfrontiert ist.

Jörg Nürnberger (SPD): Jetzt haben wir hier in der letzten Woche den damaligen Bundesminister des Innern auch damit konfrontiert, dass es bei ihm im Hause ganz unterschiedliche Rechtsauffassungen gab in verschiedenen Abteilungen mit den jeweiligen Staatssekretären an der Spitze, ob Visa on Arrival nach rechtlichen Erwägungen zulässig sind oder nicht. Der Herr Minister hat damals ausgeführt, dass das offensichtlich bei ihm im Hause tatsächlich so war, er sich dann aber dafür entschieden hat, der einen Rechtsauffassung zu folgen und nicht anderen, nämlich dass er diese Visa on Arrival nicht für zulässig erachtet. Wurde über diese Frage auch mit Ihrem Haus diskutiert? Und - zweiter Teil der Frage - gab es in Ihrem Haus eine bestimmte Rechtsauffassung zu dieser Frage?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Also, wir haben in der Planung und in dem Szenario, das wir eben auch ausgeplant hatten - mögliche Zuspitzung der Sicherheitsituation, die es notwendig macht, Ortskräfte gezielt rauszuholen, weil ihr Leben bedroht ist -, immer gesagt: Für uns gibt es sozusagen zwei Punkte: Das sind Charterflüge, und das ist Visa upon Arrival. Es ist klar

unter Gesichtspunkten, Sicherheitsgesichtspunkten, dass das normale Verfahren ist: Der Visaantrag wird vor Ort entsprechend geprüft, und das geht seinen vorgeschriebenen Gang. Visa upon Arrival ist sozusagen ja eine maximale Abweichung davon, aber etwas, dem ja das Bundesinnenministerium nachher auch zugestimmt hat, als im August sich die Situation zugespitzt hat. Aber aus Sicht des BMVg für einen sozusagen Worst Case, Eventualfall, den wir ausgeplant hatten, war immer die Forderung verbunden: Charterflüge und Visa upon Arrival.

Jörg Nürnberger (SPD): Sie haben jetzt gerade auch ausgeführt, dass sich diese Situation durch den zunehmenden Druck verändert hat. Wenn ich auf das vorläufige Stenografische Protokoll 20/91, Blatt 27, über die Aussage von Herrn Seehofer zurückkomme, dann steht dort weiter auf Blatt 50:

„meine Zustimmung“

- Ergänzung -

„[war] ja nur möglich, weil wir gesagt haben: Liebe Kramp-Karrenbauer,“

- ich zitiere nur -

(Vereinzelt Heiterkeit)

„wenn das 300 Leute sind und die Familienangehörigen dazu, miteinander 2 000, dann ist das kein Vergleich zum Jahre 2015. Wenn es aber 50 000 und mehr werden, dann haben wir wieder ein dickes Problem.“

Können Sie mir erläutern, ob diese Vergleiche zur Situation im Jahr 2015/2016 tatsächlich auch aus Ihrer Sicht für Ihren Gegenüber eine Rolle gespielt haben? Wurde das Ihnen so kommuniziert, wie es offensichtlich sich aus diesem Zitat ergibt?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Also, erster Punkt: Das Zitat hört sich original Horst Seehofer an, wie Sie es gesagt haben. So haben



Nur zur dienstlichen Verwendung

wir uns sozusagen auch sowohl als Ministerpräsidenten, aber auch als Kabinettskollegen miteinander unterhalten.

Es ist für mich mit Blick auf Ihre Frage natürlich etwas schwierig, sozusagen jetzt hier auch Interpretationen der Ansichten und des Verhaltens des Bundesinnenministers zur damaligen Zeit vorzunehmen. Ich will nur noch mal allgemein sagen: Wenn wir uns zurückerinnern an diese Monate im Jahre 2021, dann war das - Klammer auf: Wahlkampfjahr; das hat sicherlich auch eine Rolle gespielt - - aber es war eine öffentliche Situation, auch Debatte, wo dieses Thema Migration - vor allen Dingen: „wie war das in 2015/16/17?“, „was sind die Folgen davon?“, „was lernen wir daraus?“ - eine ganz große Rolle gespielt hat.

Und Sie erinnern sich an die Debatte um Familiennachzug. Das war so eine Frage: Wie groß sind die Zahlen? Für uns im BMVg war klar: Wir reden hier über sozusagen unsere Ortskräfte und insbesondere diejenigen, die noch aus dem erweiterten Kreis - - Und da ging es um die, die damals eine Gefährdungsanzeige nach 2013 gestellt haben, die aber damals abgelehnt worden ist, und dass wir darauf gedrängt haben: Die müssen jetzt noch mal betrachtet werden, weil sich die Situation verändert hat. Und später eben auch noch der Werksunternehmer. Das war für uns ein relativ kleiner Kreis. Aber ein Argument, zum Beispiel auch aufseiten der Entwicklungszusammenarbeit, war: Wir reden bei uns über ganz andere Zahlen an Ortskräften. - Wenn man das - und wir multiplizieren das ja in der Regel immer mal fünf, also Kernfamilie - zusammennimmt, dann reden wir allein logistisch über eine ganz andere Gruppe. Das war die allgemeine politische Lage; aber in der Debatte BMI/BMVg hat insbesondere eben die Gefährdungslage und aus Sicht des BMVg die relativ überschaubare Gruppe eine Rolle gespielt.

Jörg Nürnberger (SPD): Weil Sie gerade das BMZ erwähnt haben, vielleicht ein kleiner Einschub: Ist Ihnen der Brandbrief von Minister Müller vom 21. Juli 2021 bekannt, wo er eben genau diese Zahlen aufführt, die Sie jetzt gerade genannt haben? Mein Bezug ist MAT A BMZ-3.43 VS-NfD_

Austausch, Blatt 340. Da schreibt er unter anderem: BM Müller weist darauf hin, dass der Beginn der Entwicklungszusammenarbeit - da geht es um diese Rückdatierung - nicht das Jahr 2013 sei, sondern das Jahr 2001. Es ginge also nicht um 4 000 bis 5 000 Menschen wie bei der Bundeswehr - auch wieder ganz andere Zahlen -, sondern um 50 000. Er warnt zusätzlich vor einer Sogwirkung in der Bevölkerung. - Können Sie uns Ihre Einschätzung zu diesem Brief noch kurz darlegen, bevor wir dann wieder zu Herrn Seehofer zurückkehren?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Der Brief gibt, ohne dass ich jetzt den Wortlaut noch mal genau vor Augen habe, im Grunde genommen die Argumente wieder, die wir auch immer wieder ausgetauscht haben: zum einen die Frage beim BMZ: „Auf welche Zahl bezieht es sich?“ oder: „Auf welche Jahreszahl bezieht es sich?“, und zum anderen eben die Tatsache, dass das BMZ mit Blick auf die zivile Zusammenarbeit und das, was aufgebaut worden ist, natürlich über eine ganz andere Anzahl von Ortskräften verfügt.

Und da gab es dann immer zwei Argumente, auch im Austausch mit dem Kollegen Müller. Ein Argument war: Wenn wir oder wenn ihr jetzt anfangt, im erweiterten Kreis sozusagen den Leuten die Berechtigung zu geben und sie rauszuholen, dann hat das sofort Auswirkungen auch auf meine Community, und die werden dann auch möglicherweise versuchen, diesen Ausweg zu finden, vor allen Dingen, wenn die Sicherheitslage immer schwieriger wird. Und das hat dann sozusagen eine große Zahl an Folge. Es hat vor allen Dingen aber auch zur Folge, dass uns im Grunde genommen die gesamte Zusammenarbeit, das Netzwerk, das wir mit Blick auf das Thema „Nation Building, zivile Zusammenarbeit“ - - das wir ja eigentlich fortsetzen wollen, dass uns das zusammenbricht. Das waren immer die zwei Hauptargumente. Und die sind von Gerd Müller vorgetragen worden. Die sind aber eben auch von anderen vorgetragen worden, die in der Entwicklungszusammenarbeit in Afghanistan tätig waren.

Ich selbst bin Präsidentin des Volkshochschulverbandes. Wir haben eine internationale Toch-



Nur zur dienstlichen Verwendung

ter, die zum Beispiel noch weit nach der Evakuierung auch noch mit Mitarbeitern vor Ort in Afghanistan war. Auch wir hatten Ortskräfte, die wir dann rausgeholt haben, aber eben auch vergleichsweise spät, weil für die gesamte Community eigentlich das Ziel war: Wir wollen in Afghanistan weiterarbeiten.

Jörg Nürnberger (SPD): Entschuldigung für den Zeitsprung: wieder drei Monate zurück. Uns liegt nämlich auch eine Gesprächsvorbereitung vom 26. April 21 vor für ein Gespräch mit Herrn Innenminister Seehofer. Bezug ist MAT A BMVg-5.186 VS-NfD, die Blätter 236 bis 240. Dort steht auf Blatt 239:

„◦ Ihr Statement vom 21. [sic!] April ...“

- auch bereits mehrfach angesprochen -

„hat den ... Prozess zur Lösung des Ortskräfteverfahrens [sic!] deutlich beschleunigt.

◦ Besonders BMI tritt seither deutlich zielgerichteter auf.“

Die Frage ist: Gab es dieses Gespräch in der Folge, oder gab es nur diese Vorbereitung? Und über was hat man gegebenenfalls gesprochen, wenn es denn stattgefunden hat?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Also, ich habe die - - meine sozusagen Terminpläne nicht mehr vor Augen. Insofern: Weiß ich nicht mehr genau. Ich habe in diesen Zeiten, wie gesagt, viele Gespräche mit den Kollegen auch geführt und weiß nicht genau, ob das Gespräch stattgefunden hat. Auf jeden Fall: Im Ergebnis ist festzuhalten, dass das BMI, vor allen Dingen was die Verfahrensbeschleunigung angeht, uns da unterstützt hat im April.

Jörg Nürnberger (SPD): Ich möchte jetzt das Thema wechseln und auf die Durchführung und Vorbereitung der Evakuierungsaktion, der militärischen, kommen. Da gibt es - und Sie haben ja auch bereits dargestellt, wie lang der Planungsprozess bereits im Vorlauf war - - wo einer Ihrer Referatsleiter, Herr G., in einer Leitungsvorlage

am 18. Juni 2020 bereits geschrieben hat, dass im Hinblick auf die weitere angekündigte Truppenreduzierung der USA - MAT A BMVg-4.231 VS-NfD, Blatt 31 - angeführt wird:

„22- Eigene Vorbereitungen in alle Richtungen, inklusive Planungen zu einem DEU Abzug ohne USA „Schutzschild“, sind fortzuführen.“

Das schließt auch ein bisschen an die Frage der Kollegin Jurisch an. Und im weiteren Verlauf hat auch General Schütt in unserer Vernehmung - vorläufiges Stenografisches Protokoll 20/74, Blatt 56 - angefügt, dass dort auch entsprechende Begrenzungen durch die USA-Taliban-Absprachen vorgelegen haben. Können Sie mir noch mal erläutern, in welche Richtungen diese Planungen geführt worden sind, notfalls auch ohne Hilfe der USA einen Abzug, eine militärische Evakuierung durchzuführen, und gegebenenfalls, auf welche Hindernisse Sie dort gestoßen sind?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Kann ich dazu auch bitte das Dokument noch mal sehen? - Danke.

(Der Zeugin werden
Unterlagen vorgelegt - Sie
liest in diesen Unterlagen)

Jörg Nürnberger (SPD): Also, der ganz letzte Satz in dem Dokument.

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Also, auch das ist eine Vorlage, die sich an den Generalinspekteur richtet und sozusagen mir nicht vorgelegen hat. Und ich kann mich auch an keine Planung erinnern, konkrete Planung, die mir vorgelegt worden wäre zu einem Abzug ohne Absprache und Rückkopplung mit der amerikanischen Seite, weil - - Ich sage das noch mal, und das war auch ein wichtiger Punkt innerhalb der NATO-Staaten und vor allen Dingen für uns auch als Anlehnung im TAAC North, dass wir diese Maßgaben entsprechend koordiniert vorgeben. Und der Abteilungsleiter hat ja auch dazu geschrieben - wenn ich das hier richtig lese -, dass sozusagen das Verbindungselement auch entsprechend angewiesen wurde, die Situation vor Ort



Nur zur dienstlichen Verwendung

sehr genau zu beobachten. Das bedeutet insbesondere eben auch, was die Absprache mit der amerikanischen Seite anbelangt.

Jörg Nürnberger (SPD): In dem Zusammenhang darf ich noch mal Bezug nehmen auf das Protokoll der Aussage von Herrn General Schütt, 20/74. Dort steht nämlich auch:

„Eine eigenständige nationale Fortsetzung der Evakuierung war unter den gegebenen Umständen mangels begrenzter eigener nationaler Fähigkeiten und Mittel meines Erachtens verantwortbar nicht möglich.“

Teilen Sie diese Einschätzung?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Wir haben nach dem Ende der militärischen Evakuierungsmission den Auftrag erteilt bzw. ich auch an die Leit- - an sozusagen die Arbeitsebene den Auftrag erteilt, erst mal die Evakuierungsmission selbst aufzuarbeiten und zweitens vor allen Dingen noch mal aufzuführen und auch zu prüfen: Was hätten wir eigentlich gebraucht, um zum Beispiel den Flughafen in Kabul, ich sage einmal, als Bundeswehr alleine halten zu können? Das ist eine Frage, die uns aus dem parlamentarischen, aber auch aus dem öffentlichen Raum immer wieder gestellt worden ist. Und diese Aufarbeitung oder diese Zusammenstellung ist auch erfolgt. Das Ergebnis war: Wir hätten sozusagen vom Material her - - Also, unsere Soldatinnen und Soldaten hätten das mit ihrer Kampferfahrung auch gekonnt, aber vom Material her hätten wir natürlich ganz andere Waffensysteme dort drin haben müssen. Hätte aus meiner Sicht - aber das ist meine persönliche Auffassung - - wahrscheinlich schwierig gewesen, das mit dem laufenden Mandat auch abzudecken.

Und es hätte vor allen Dingen - das muss man noch mal deutlich sagen, und man muss sich das klarmachen - eine besondere Einstellung auch gebraucht, nicht der Bundeswehr, aber der Öffentlichkeit. Man muss sich noch mal vor Augen führen, dass bei der militärischen Evakuierungsmission am 26. August, als wir ja die Nachrich-

ten hatten aus den letzten Tagen, dass sich Terrorgruppen oder Terrorkommandos des IS in Kabul befinden und Anschläge geplant werden und konkreter werden, dieser Anschlag stattgefunden hat mit 13 Toten, vor allen Dingen US-Soldatinnen und -Soldaten - eine Soldatin erinnere ich noch sehr gut, die mit unseren Bundeswehrsoldatinnen Dienst geleistet hat an einem Tor -, und, ich glaube, 300 Verletzten. Und die Amerikaner haben, soweit ich das rekapituliere, darauf reagiert, noch zusätzliche Truppen hinschicken, um sozusagen diese Mission und diesen Kampf dann auch fortzusetzen. Das ist sozusagen die Frage: Wären wir dazu bereit gewesen, auch in der politischen, auch in der öffentlichen Diskussion? Ich glaube, das alles muss man zusammennehmen und muss sagen: Es liegt nicht sozusagen an der Kampfbereitschaft der Soldatinnen und Soldaten, es liegt daran, was wir an Ausstattung haben. Es liegt auch ein Stück daran, was wir in der politischen und auch in der öffentlichen Diskussion - - wie wir uns mit Bundeswehr auseinandersetzen.

Und wenn ich mir die Anmerkung erlauben darf: Bundeswehr hatte in den Zeiten immer einen ganz tollen Ruf, wenn es drum ging, Amtshilfe zu leisten; ob das bei Corona oder bei Ahrtal der Fall war. Ich habe immer gesagt: Die Bundeswehr ist nicht eine andere Art von THW, wenn Sie so wollen, militärisches THW. Aber diese Vorstellung: Bundeswehr im Kampfeinsatz - - Und Sie erinnern sich, dass es Debatten gab, dass die Soldatinnen und Soldaten, als sie in Wunstorf nach der Evakuierungsmission gelandet sind, sozusagen die Waffen getragen haben. Das war ein sehr neues Bild, auch für die deutsche Öffentlichkeit. Da, glaube ich, hat, insbesondere auch nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine und in der Zeitenwende und der folgenden Debatte, in der wir jetzt gerade stecken, sich auch mit Blick auf die öffentliche Wahrnehmung von Bundeswehr, auf ihre Aufgaben und Fähigkeiten doch auch vieles verändert. Veränderungen, die ich vorher auch immer mal angesprochen habe. Aber Politik besteht eben immer auch aus Timing und Zeiten, und die Zeiten sind heute anders, als sie das in 21 auch waren.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann sind wir am Ende dieser Runde und eröffnen die nächste. - Und das Wort hat der Kollege Nürnberger.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Weil Sie es gerade selber angesprochen haben, das Bild der Bundeswehr in der Öffentlichkeit und die Wahrnehmung durch die Bevölkerung: Wenn wir in der Zeit ein bisschen zurückgehen: Bei dem Abzug der deutschen Truppen bis Ende Juni meldet am 29. Juni Generalleutnant Pfeffer, dass die letzten deutschen Kräfte Masar-i-Scharif um 20.45 Uhr verlassen haben; MAT A BMVg-4.754 VS-NfD, Blatt 241 f. Das Meldewesen der Bundeswehr hat offensichtlich funktioniert. Leider waren dann beim Empfang der Streitkräfte in Deutschland keine politischen Verantwortlichen dabei. Wir haben diese Frage schon einmal in diesem Ausschuss diskutiert, und zwar auch mit der Wehrbeauftragten Dr. Eva Högl. Die hat hier im Ausschuss im Nachhinein betrachtet dies als Fehler bezeichnet. - Ich beziehe mich auf das endgültige Stenografische Protokoll 20/52 I, Seite 117. - Teilen Sie diese Einschätzung?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Die Entscheidung ist eigentlich ja auch von mir - dass wir sozusagen eine stille Ankunft haben - getroffen worden, weil zurückgemeldet worden ist von der Truppe vor Ort, noch über General Pfeffer, dass das Kontingent ja zum Teil sehr zeitversetzt auch angekommen ist, und dann vor allen Dingen, dass die Männer und Frauen eigentlich einen Wunsch hätten, dass sie nämlich direkt und so schnell wie möglich nach Hause können. Ich habe eben gesagt - - Das hat ja alles auch unter Coronabedingungen stattgefunden. Und meine Abwägung war damals eigentlich: Ich folge dem Wunsch. Wenn das der Wunsch der Truppe ist, also derjenigen, die vor Ort sind, dann folge ich diesem Wunsch. - Ich habe das dem Verteidigungsausschuss auch im Vorhinein so mitgeteilt, dass es einen großen Abschlussappell sozusagen für alle Bestandteile des Afghanistaneseinsatzes geben wird, aber eben hier eine stille Ankunft.

Gemessen an der Debatte, die wir nachher hatten, und vor allen Dingen an dem medialen Eindruck,

der entstanden ist, wir hätten keine Wertschätzung insbesondere für das - - und ich habe vorhin gesagt, was dieses letzte Einsatzkontingent unter sehr schwierigen Bedingungen geleistet hat -, muss ich sagen, tut mir das sehr leid, dass dieser Eindruck entstanden ist. Und wenn ich diese Debatte etwas, ich sage mal, vorgeahnt hätte - was ich nicht habe -, dann hätte ich ganz sicherlich auch General Pfeffer gesagt: Also, Wunsch der Truppe hin oder her, aber wir machen das anders.

Jörg Nürnberger (SPD): Deswegen bietet ja auch dieser Ausschuss die Gelegenheit, solche Dinge auch noch mal öffentlich und für die Öffentlichkeit zu diskutieren. - Es gab eine zweite Diskussionsebene, die wir hier im Ausschuss auch behandelt haben, nämlich das Empfinden und die Wahrnehmung der Soldatinnen und Soldaten, die praktisch in der Vorbereitung für den Einsatz in Afghanistan für die militärische Evakuierungsoperation hier ausgeführt hätten, dass sie aus eigener Wahrnehmung und aus eigenen Erkenntnisquellen bereits früher davon ausgegangen wären oder seien, dass es notwendig werden wird, diese Evakuierungsmission möglichst zügig zu starten. - Ich darf mich hier beziehen zum Beispiel auf den Oberstleutnant, der hier als „Tobias“ geführt wird, der das KSK dort vor Ort geführt hat, und zwar vorläufiges Stenografisches Protokoll 20/64 II, Blatt 4. - Die generelle Aussage ist:

„Ich komme persönlich zur Bewertung, dass wir zu spät kamen.“

Und auf Blatt 6 eben das, was ich gerade angeführt habe:

„Obwohl ich Tage zuvor meine vorgesetzten Stellen gefragt habe, ob wir gebraucht werden ... Freitags sind die Amerikaner und die Briten geflogen. Das hat bei uns natürlich in einer gewissen Art und Weise für ein Alarmsignal gesorgt. Wir sind erst am Sonntag 17.30 Uhr alarmiert worden,“

- das war dann am 15. -



Nur zur dienstlichen Verwendung

„mit dem Auftrag: bis zum nächsten Tag“

- so, wie Sie es auch dargestellt haben, Abflug -

„um 6 Uhr.“

Ist es denkbar, dass die Prozesse in der Bundeswehr von der Entscheidung, die Sie ja ausführlich dargestellt haben, die Evakuierungsmission durchzuführen, bis dann zu ihrer tatsächlichen, in der Realität stattfindenden Umsetzung nicht zügig genug passiert - Oder, um die Frage offen zu formulieren: Kann es da Defizite geben in der Befehlskette von der politischen Entscheidung, die Mission durchzuführen, bis es dann tatsächlich so schnell wie möglich an die betreffenden Einsatzkontingente kommuniziert wird?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Also, ganz allgemein ist es natürlich so, dass die Bundeswehr insgesamt und natürlich auch das Verteidigungsministerium sehr komplexe Organisationen sind mit sehr vielen Hierarchien und dass es da auch immer wieder Ablagen gibt; das ist ja auch hinreichend diskutiert worden, auch in anderen Ausschüssen, an anderen Stellen.

Aber an dem Punkt, muss ich sagen, war wirklich die Zusammenarbeit, vor allen Dingen in der Vorbereitung mit SE, also General Schütt, sozusagen über Einsatzführungskommando, und dann auch die Alarmierung - - habe ich keinen Zweifel daran, dass das nicht unmittelbar auch weitergeleitet worden ist. Dass natürlich diejenigen, die auch vorher schon in Afghanistan waren, sozusagen ihre eigene Kampferfahrung haben, möglicherweise die Situation für sich persönlich auch noch mal anders einschätzen, dass wir auch eine andere Situation hatten, weil die Amerikaner und die Briten eben schon nicht aus Afghanistan abgezogen waren, sondern schon vor Ort waren - - auch mit anderen Möglichkeiten zu agieren, das mag alles eine Rolle spielen. Aber die Ketten, wie ich sie geschildert habe vom 12. an, sind ohne Verzögerung eben auch weitergegangen. Ich war in diese Gespräche ja auch zum Teil involviert, habe mich da selbst eingeschaltet, also als es um die Frage ging: „Wie robust ma-

chen wir zum Beispiel - - bereiten wir diese militärische Evakuierungsmission vor?“, und ich gesagt habe: Wir bereiten alles so vor, dass wir sozusagen für den schlimmsten Fall vorbereitet sind und nicht nachher im Laufe der Mission noch mal nacharbeiten müssen, was die Planung angeht. - Also insofern war mein Eindruck, dass das alles ohne die sogenannte Ablage stattgefunden hat.

Jörg Nürnberger (SPD): Warum? Einer der Faktoren, der in diese Planungen natürlich einbezogen werden müssen, ist auch die Anzahl der Personen, mit denen man rechnet, die zur Evakuierung vor Ort aufgenommen werden müssen. Und dazu hat uns der ehemalige Generalinspekteur Zorn in seiner Anhörung berichtet, dass die Kanzlerin unmittelbar nach dem Fall Kabuls von bis zu 10 000 afghanischen Ortskräften gesprochen habe, die zu evakuieren seien. Und er sagte dann daraufhin - gemäß vorläufigem Stenografischem Protokoll 20/85, die Blätter 34 und 35 -:

„Wir gingen aus meiner Sicht sehr optimistisch hinein mit kleinen Zahlen, und die kleinen Zahlen führen am Ende dazu, dass wir natürlich dann, nennen wir es mal „eine Transportraumberechnung“ machen, also: Wie viele Flugzeuge brauche ich da eigentlich, und wie mache ich das überhaupt in der Umsetzung? - Und dass uns das so am Ende nach oben geführt hat, in solche Tausenderbereiche hinein, das hat uns dann schon überrascht.“

Wann und wie haben Sie von der Entscheidung oder von dieser Aussage der Bundeskanzlerin Kenntnis erhalten? Und wie haben Sie darauf reagiert?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Die entscheidende - - oder die Zahl, die die Bundeskanzlerin genannt hat, war ja sozusagen in der Öffentlichkeit nachzulesen.

Aus Sicht des Verteidigungsministeriums und der Bundeswehr - - Ich habe ja eben gesagt: klassische MilEvakOp, ist klar. Was bleibt von



Nur zur dienstlichen Verwendung

der Botschaft in Kabul? Da war ein Teil ja schon durch die Amerikaner ausgeflogen.

Dann gibt es eine Liste, die sogenannte ELE-FAND-Liste, mit Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern, also deutschen Angehörigen, die erste Priorität haben. Wir hatten ja unsere Liste der Ortskräfte, die sich ja zum Teil jetzt nach Kabul auch begeben haben, dort in Safe Houses waren.

Und dann ist in dieser Situation - und deswegen war mir das vorhin auch noch mal so wichtig, zu sagen -, in der das Land sozusagen implodiert ist und alle Möglichen versucht haben, sich aus diesem Land zu retten, dann ist natürlich in den Tagen auch Folgendes passiert: dass auf einmal, ich sage noch mal, die gesamte Liste Ortskräfte aus der Entwicklungszusammenarbeit, mit all den großen Zahlen - wir reden ja nie nur über die Ortskräfte, sondern immer auch: mit Kernfamilien -, auf einmal auf der Liste waren. Es gab sozusagen eine zunehmende Zahl oder eine Zahl von Personen, von denen, vor allen Dingen unter Federführung des Auswärtigen Amtes, vorher gesagt wurde: Das sind besonders schützenswerte Personen - auch mit afghanischer Staatsangehörigkeit -, die wir versuchen rauszuholen.

Und dann ist in diesen Tagen - und das haben sicherlich auch alle Kolleginnen/Kollegen, die damals dabei waren - - ja Folgendes passiert: Mit diesen ersten Bildern, auch aus Afghanistan, haben sich unglaublich viele gemeldet, sowohl - - also, aus welchem Grund auch immer - - ist die Erreichbarkeit der Luftlandebrigade in Saarlouis zum Beispiel deutlich geworden, die das Backoffice dort gemacht haben, und die sind geflutet worden mit Anrufen von Menschen aus Afghanistan, die schon lange hier in Deutschland leben, die Freunde, die Familie dort hatten.

Wir haben in Kabul selbst erlebt, dass natürlich auch Menschen entdeckt haben auf einmal, dass sie doch noch einen deutschen Pass in der Schublade haben - wenn ich das so ein bisschen despektierlich sagen darf - - dabei war natürlich auch da. Wir haben Leute rausgeholt, die noch wenige Wochen vorher sozusagen nach Kabul geflogen sind - wegen Familienangelegenheiten -,

die nicht damit gerechnet haben, dass Kabul zusammenfällt.

Also, das heißt, wir hatten eine unglaublich dynamische Lage auch an Meldungen, wer kommt noch alles mit. Wir haben das immer so gemacht, dass das gesammelt worden ist und immer über das AA auch sozusagen weitergeleitet worden ist, weil am Ende vor Ort eben auch das AA die Federführung hatte: „Wer ist auf der Liste drauf? Wie stellen wir die sogenannten Pakete zusammen?“, usw. usf. Insofern war das eine ganz andere Gruppe, inklusive derer, die wir von anderen Staaten mitgenommen haben, NATO-Mitarbeiter, andere Staatsangehörige.

Also das, was eigentlich zu Beginn mal - wie gesagt: in den Planungen - als klassische militärische Evakuierungsmission geplant war, hat sich am Ende vor Ort einfach durch die Realität als eine aus der Situation heraus entstandene internationale Luftbrücke zur Evakuierung so vieler Menschen wie möglich aus Afghanistan - - getan.

Und, wie gesagt, es gab diese Prioritäten. Es ist klar: Deutsche Staatsangehörige hatten immer Priorität. Aber am Ende war es nachher auch entscheidend: Wer hat überhaupt den Weg an den Flughafen noch geschafft, damit wir ihn auf den Flieger nehmen konnten? - Und das waren unterschiedliche Gruppen.

Jörg Nürnberger (SPD): In dem Zusammenhang wurde uns auch durch Generalleutnant Pfeffer mitgeteilt, dass seiner Einschätzung nach - MAT A BMVg-5.152 VS-NfD, Blatt 231 - auch außenpolitische Schwierigkeiten der Zusammenarbeit mit anderen Ländern dazu geführt haben, dass diese Evakuierungsmission schwieriger war in ihrer Durchführung.

Welche Erkenntnisse haben Sie darüber, dass zum Beispiel die Regierung in Usbekistan hier sich nicht besonders kooperativ verhalten haben soll?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Also, wir haben - - Zum Beispiel, als wir sozusagen montags losgeflogen sind, sind manche Überflug-erlaubnisse erst erteilt worden, als wir schon in



Nur zur dienstlichen Verwendung

der Luft waren; wir haben da mit Hochdruck ja auch gearbeitet.

Wir haben in Taschkent, wie gesagt, einen sehr guten Stützpunkt gehabt. Ich habe, als ich dann auch nach Taschkent geflogen bin, zusammen mit der Wehrbeauftragten unter anderem, um mit der Truppe zurückzufliegen, dort auch noch mal mit dem Verteidigungsminister gesprochen, dem auch noch mal gedankt.

Was jetzt die Situation in Usbekistan generell anbelangt, kann ich das nicht genau einschätzen. Aber ich weiß noch, aus meinen sozusagen Eindrücken aus Taschkent, dass natürlich auch in der Umgebung, also in den Nachbarschaften von Afghanistan, die Situation durchaus auch besorgt beobachtet worden ist mit Blick auf mögliche Flüchtlingsströme eben auch in diese Länder, mit Blick auch auf die Frage: Wie ist ein zukünftiges Verhältnis zu den Taliban? - Da gibt es ja auch Vorgeschichten sozusagen aus den ganzen Jahren. Das war zumindest in meinen Gesprächen in Taschkent im Abschluss zur MilEvakOp der Eindruck.

Aber auf was jetzt genau sich Herr General Pfeffer hier bezieht, kann ich Ihnen nicht sagen.

Jörg Nürnberger (SPD): Der Vorsitzende hat in seiner Befragung diese auch medial behandelten Hubschrauberflüge bereits angesprochen. Ich habe leider aus Ihrer Antwort keine direkte Antwort auf die Frage von Herrn Stegner heraus hören können, ob Sie denn tatsächlich diese Freigabe dieser Darstellung für Herrn Wadephul so erteilt haben oder nicht. Können Sie dazu bitte noch ganz konkret Stellung nehmen?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Also, ich kann nachvollziehen, dass Sie die Frage noch mal stellen, aber ich bleibe sozusagen auch bei meiner Haltung, dass ich damals und auch heute aus diesen Gesprächen nicht kommentiere.

Jörg Nürnberger (SPD): Wenn ich die Frage hier jetzt in den Raum stellen darf: Gibt es einen Grund, diese Frage nicht beantworten zu dürfen, der von den Regularien dieses Untersuchungsausschusses gedeckt ist?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich glaube, dass es möglich für Sie ist, die Frage zu beantworten, ohne zum Inhalt des Gesprächs Stellung zu nehmen. Zum Inhalt des Gesprächs wird nicht abgefragt, sondern ich habe - lediglich - die Frage so verstanden, ob Sie eine solche Freigabe erteilt haben. Ob Sie das in dem Gespräch oder anderswo getan haben, das ist nicht Gegenstand. Und es ist nicht mal zwingend, dass Sie die Antwort auf den Abgeordneten beziehen, sondern ich habe die Frage so verstanden: ob Sie die Information freigegeben haben, dass das verbreitet werden darf durch Abgeordnete? - Das ist, glaube ich, eine zulässige Frage, auf die Sie, glaube ich, schon antworten sollten.

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Ich habe ja gesagt, dass die Vorbereitungen mit Blick auf das Thema Hubschrauber ja schon vorher liefen. Und das war auch sozusagen bekannt in der Bundeswehr. Und wenn man die Abläufe kennt, war es auch bekannt in dem parlamentarischen Bereich. Also, alles andere wäre eben auch verwunderlich. Und die Zeitabläufe, dass sozusagen die Anfrage da ist, auch das hatte sich rumgesprochen. Insofern verwundert es mich nicht, dass sozusagen auch abends entsprechend darüber gesprochen wurde.

Jörg Nürnberger (SPD): Dann aber noch mal zu dem tatsächlichen Zeitablauf. Ist es richtig, dass es eine Obleuteunterrichtung zu diesem Thema gab, wo die Frage des Hubschraubereinsatzes von Ihrer Seite, also vonseiten des Ministeriums, angesprochen wurde?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Sie beziehen sich auf eine Obleuteunterrichtung, bei der das angesprochen wurde?

Jörg Nürnberger (SPD): Nein.

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Ich habe die im Moment nicht vor Augen.

Jörg Nürnberger (SPD): Lassen Sie mich die Frage offener formulieren: Gab es aus Ihrem Hause heraus Informationen in den parlamentarischen Raum, deren Inhalt auch darin bestand,



Nur zur dienstlichen Verwendung

dass ein geplanter Hubschraubereinsatz in Afghanistan bevorsteht und man vielleicht diese Hubschrauber bereits auf den Weg gebracht hat?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Also, die Information - - Ich weiß nicht genau. Wir haben in der Zeit ja mit sehr engen Informationen gearbeitet, auch des parlamentarischen Raums, aber eben auch an anderer Stelle, sozusagen um die Kommunikation zu halten. Und es gab sicherlich auch das Thema Hubschrauber. Ob es dazu eine eigene Obleuteunterrichtung gegeben hat, kann ich im Moment nicht sagen. Auf jeden Fall, glaube ich, kann man von der Realität ausgehen, dass aus dem parlamentarischen Bereich einige sozusagen über das Thema Hubschrauber informiert waren - nicht nur der Kollege Wadephul.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Entschuldigung, dass ich mich noch mal einen Moment einmische. Aber ich sage das noch mal mit Blick auf das, was ich Ihnen ganz am Anfang gesagt habe: Zur Wahrheit gehört, nichts wegzulassen, was zur Sache gehört. Sie haben jetzt zweimal die Frage beantwortet, dass Abgeordnete das haben wissen können. Das ist so. Aber die Frage, die gestellt wird, ist, ob Sie aktiv Abgeordneten gesagt haben, sie könnten dieses Wissen verwenden. Das ist die Frage, die gestellt worden ist. Und ich würde Sie schon bitten, die zu beantworten; denn das gehört zur Sache, unabhängig von der Wiedergabe von konkreten Gesprächen und unabhängig davon, dass Abgeordnete das haben wissen können. Uns interessiert, ob die Ministerin, die dafür zuständig ist, die Information weitergegeben hat, dass man das öffentlich mitteilen kann.

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Also, die Frage ist mir ja in der damaligen Zeit auch schon gestellt worden. Und wenn ich mich recht erinnere, habe ich die damals auch nicht mit Ja beantwortet. Und zu dieser Aussage habe ich auch nichts zuzufügen.

Jörg Nürnberger (SPD): Dann darf ich nur noch einmal nachfragen - und jetzt geht es mir nicht um den Inhalt, den Sie jetzt da gerade bezeichnet haben -: Aber war diese Nicht- - Es gab keinen Zeitpunkt, zu dem Sie diese Aussage, die hier im

Raum steht - - Das ist schwierig zu formulieren: negative Tatsachen. Es gab keinen Zeitpunkt bis zu dem Zeitpunkt, als die Hubschrauber in Afghanistan angelangt sind/einsatzbereit waren, wo Sie Dritten eine Freigabe gegeben haben, über diese Tatsachen zu berichten?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Genau dazu habe ich gerade eben eine Antwort erteilt.*

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das ist wahr.

Jörg Nürnberger (SPD): Gut. - Dann ist es für mich die letzte Minute in einer nächsten Runde.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann wechseln wir zu dem Kollegen Röwekamp.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ich will zu dem Punkt auch nur noch eine kleine Frage stellen. Nach Ihrer Erinnerung: War es zum Zeitpunkt, über den wir hier reden, also ungefähr, also nach dem Wochenende 15. August, war es nach Ihrer Erinnerung zu diesem Zeitpunkt öffentlich bekannt, dass auch Hubschrauber verlegt worden waren?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Ich würde sagen, es war fachöffentlich bekannt, wenn ich das so formulieren darf, also mit Blick auf diejenigen, die das natürlich auch ausplanen. Und, wie gesagt, dazu gehört eben auch, dass durchaus auch darüber hinaus kommuniziert wird. Insofern habe ich natürlich auch in der Zeit, wie gesagt, auch im ständigen Kontakt auch mit Abgeordneten gestanden; das gehört dazu; das war ja auch der Wunsch. Aber es ist sozusagen eine Tatsache gewesen, von der man, glaube ich, heute auch sagen kann, dass sie auch im parlamentarischen Bereich - zumindest bei Abgeordneten, die etwa aus dem Zusammenhang auch kommen, sei es VgA oder sei es auch Auswärtiger Ausschuss - durchaus bekannt war.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Nach Ihrer Erinnerung: Galten diese Informationen, dass zur militärischen Evakuierungsoperation eben auch diese KSK-Hubschrauber - so nenne ich die jetzt mal verkürzt - gehören, in irgendeiner Weise als eingestuft? Also: War diese Information Geheim?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Ich weiß nicht mehr, ob sie eingestuft war. Aber auf jeden Fall: Wenn diese Planungen, wenn die Verlegungen, sozusagen das Verladen passiert, das sind einfach Vorgänge, die in der Realität eben stattfinden, ja auch zu beobachten sind. Insofern weiß ich nicht mehr genau, wie die Einstufung war. Aber ich sehe nicht - und das war ja eine Debatte, und das ist vielleicht ja auch im Hintergrund dieser Gespräche -, dass daraus in irgendeiner Art und Weise ein Sicherheitsrisiko entstanden ist.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Vielen herzlichen Dank. - Apropos, Geheim und Vertraulich: Im Zusammenhang mit den Ereignissen der Evakuierung ist ja auch - teilweise sogar von Ihren Kabinettskollegen öffentlich - der Vorwurf erhoben worden, dass eine fehlerhafte Lageeinschätzung des BND ursächlich für die verspätete Evakuierung gewesen sei.

Meine Frage ist dazu: Können Sie uns was über Ihre Erkenntnisse in diesem Zeitraum seitens des Bundesnachrichtendienstes sagen? Und wie würden Sie die Erkenntnislage bewerten? Sie haben in Ihrem Eingangsstatement ja schon darauf hingewiesen, dass Sie zu diesem Zeitpunkt keine Erkenntnisse mehr aus der Bundeswehr selber hatten, weil wir schon abgezogen waren, und insofern auf andere Quellen angewiesen waren. Also: Wie war aus Ihrer Erinnerung heraus qualitativ die Informationslage durch den BND?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Also, ich kann mich natürlich auf das beziehen, was der BND in der entsprechenden Sitzung des Krisenstabes gesagt hat. Aber zum Fakt gehört ja auch, dass das BMVg in dieser Sitzung des Krisenstabes trotzdem darauf insistiert hat, dass wir in die Planung der militärischen Evakuierungsmission sozusagen einsteigen und nicht nur über ein Vorerkundungsteam reden. Insofern war der Eindruck eben, insbesondere auch durch die Meldung am 12. August, dass wir eine Dynamik einfach haben, von der - das kann ich zumindest für mich sagen - ich auch nicht am 12. geglaubt hätte, dass wir am 15. den Fall von Kabul erleben, aber dass wir eben doch eine sich sehr schnell verschärfende und unübersichtliche Situation haben.

Insofern hat die Einschätzung des BND ja nicht dazu geführt, dass das BMVg gesagt hat: „Wir bleiben bei dem ursprünglichen Zeitplan“, sondern wir haben trotzdem gesagt: „Wir sind der Meinung, wir müssen jetzt auch die militärische Evakuierungsmision so planen, dass sie an den Start kommt.“

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Nun hatten Sie ja schon im Verteidigungsausschuss am 18. August 2021, also mitten in dieser heißen Phase, die Gelegenheit, zu berichten und auch Fragen zu beantworten. Das Protokoll liegt uns als MAT A BTPräs-2.20 VS-NfD, Blatt 1 f., vor. Und dort berichten Sie - das ist dann hier Blatt 4 - unter anderem, dass Sie zu dem Zeitpunkt - also, wie gesagt, 18.08.2021 - telefoniert hätten mit Lloyd Austin, dem Verteidigungsminister der USA, und Ben Wallace, dem Verteidigungsminister Großbritanniens, und diese hätten Ihnen versichert, dass niemand, auch nicht der amerikanische und der britische Verteidigungsminister, in der vergangenen Woche, weder am Donnerstag noch am Freitag - also das wären dann ja 12. und 13. -, damit gerechnet habe, dass am Sonntag Kabul falle.

Können Sie uns über den Anlass und den Inhalt dieser beiden Telefonate vielleicht noch ein bisschen mehr Informationen geben?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Nur so viel, dass es natürlich Telefonate waren, die einfach geboten waren, weil natürlich die Amerikaner und auch die Briten ja noch vor Ort waren, auch an dem Flughafen waren. Und deswegen ging es zum Beispiel auch dann um Fragen: Wie ist die Zusammenarbeit vor Ort konkret? - Ich habe ja vorhin gesagt: Unsere Aufgabe war es, die Rahmenbedingungen so zu schaffen, dass die Truppe vor Ort bestmöglich arbeiten konnte. Und das war sozusagen der Gesamtrahmen.

Aber, wie ich es damals auch dem Ausschuss gesagt habe: Ich habe in diesen Gesprächen keinen Hinweis darauf bekommen, dass die Kollegen sozusagen schon der festen Überzeugung waren, dass Kabul innerhalb so weniger Tage fällt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Nun haben wir schon vorhin darüber gesprochen, dass die Verlegung der 3 000 Soldatinnen und Soldaten der Amerikaner an den Flughafen für Sie ein Impuls gewesen sei. Ich frage jetzt noch mal nach: In welcher Weise war das ein Impuls? Also, haben Sie dann das als Signal aufgenommen: „Die Taliban sind doch schneller“, und: „Die Eroberung erfolgt schneller“, oder eher als Botschaft: „Die Amerikaner verlassen das Land“? Also, was ist aus dieser Verlegung bei Ihnen als Botschaft angekommen damals?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Also, aus dieser Verlegung ist bei mir als Botschaft angekommen, dass sozusagen die Amerikaner mögliche Evakuierungen vorbereiten. Es gab jetzt sicherlich auf der amerikanischen Seite die gleichen Planungen, wie wir sie auch gemacht haben. Also, man geht nicht in einen solchen Einsatz, wenn man nicht die entsprechenden Eventualfallplanungen hat. Das habe ich auch noch mal deutlich gemacht. Aber es war einfach dieses Bauchgefühl: Da verändert sich gerade die Situation.

Wir hatten ja die Green Zone. Wir hatten ja eigentlich vorgesehen, in dem normalen Verfahren, dass zum Beispiel die deutsche Botschaft auch ein Sammelpunkt ist für Deutsche, um dann ausgeflogen zu werden. Das hatte sich natürlich dadurch erledigt, dass sozusagen die Green Zone aufgegeben wurde, dass das Personal etwa der deutschen Botschaft auch von den Amerikanern dann an den Flughafen evakuiert worden ist. Also das war eher mein Gefühl: nicht „Die Taliban überrennen jetzt Kabul“, aber mit Blick - und man muss ja sagen, der Einsatz sollte ja im September enden - - dass einfach die Amerikaner sich hier auf mögliche Evakuierungen vorbereiten.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Vielen Dank. - Das war am Donnerstag. Am Freitagmorgen hat es dann vor der Sitzung des Krisenstabes bei Ihnen eine hausinterne Besprechung gegeben. Das haben Sie auch in der Sitzung des Verteidigungsausschusses, aus der ich eben schon zitiert habe, berichtet. Und das Ziel der Besprechung war, die Vorplanung aus der Schublade zu nehmen, zu

aktualisieren, fein auszuplanen, entsprechend in Gang zu setzen, so heißt es. Uns liegt dazu auch eine Zusammenfassung aus dieser Runde vor; das ist MAT A BMVg-5.49 VS-NfD, Blatt 726. Ich habe dazu nur eine kurze Frage. In dem Papier steht im letzten Punkt:

„Durchführung einer MilEvakOp zur Evakuierung von ca. 260 Personen (ca. 200 DEU Staatsangehörige, einschl. Botschaftspersonal, und 60 OK AA zum Betrieb DEU AV; Zahlen basierten auf Angaben AA.“

Zitat Ende. - Nun haben wir eben darüber gesprochen, dass kurze Zeit danach von einer viel größeren Zahl von zu evakuierenden Personen auszugehen war. Deswegen meine Frage: Erinnern Sie noch und können Sie dem Ausschuss schildern, wie sich die Zahl der zu evakuierenden Personen und damit ja auch des Auftrages an die Bundeswehr, wie der sich in der Zeit vom 12. August - Verlegung der Amerikaner - bis zur Durchführung und Beendigung der militärischen Evakuierungsoperation aus Ihrer Sicht entwickelte?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Auch das habe ich ja schon geschildert. Die klassische MilEvakOp sieht eben vor: vor allen Dingen Priorität Botschaftspersonal, deutsche Staatsangehörige - deswegen werden die Listen geführt - und mögliche weitere Berechtigte, die sozusagen auf diesen Listen sind.

Was wir aber in Kabul ja erlebt haben und was insbesondere die Soldatinnen/Soldaten vorgefunden haben, als sie entsprechend eingetroffen sind, war eine Situation eines Landes, das zuerst einmal zusammengebrochen ist aus Sicht vieler Menschen, vor allen Dingen derjenigen, die sich ja auch in den Tagen vorher bewusst nach Kabul zurückgezogen haben, weil sie, glaube ich, auch die Einschätzung hatten: „Die Taliban beherrschen das Land relativ, aber Kabul wird gehalten werden, auch von den afghanischen Sicherheitskräften“, und die versucht haben, das Land eben zu verlassen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Und es ist sozusagen in der Zeit eben dann dadurch angewachsen, dass, ich sage mal, zu den Listen, die wir hatten - und ich sage noch mal: die Liste der Ortskräfte der Bundeswehr war ja entsprechend geführt -, aber auf einmal eben Listen anderer Ortskräfte dazukamen, die erst relativ spät und sozusagen auch dynamisch angewachsen.

Es kam dazu, dass sich immer mehr gemeldet haben, die - vielleicht Doppelstaatler - zuerst gar nicht vorhaben, das Land zu verlassen, dann aber trotzdem sich gemeldet haben vor Ort. Es war eine sehr dynamische Lage. Ich kann mich auch an viele - ohne dass ich jetzt die Einzelfälle noch weiß, aber weiß - - viele auch Telefonate, auch persönliche Anrufe bei mir. Und, wie gesagt: Jeder Abgeordnete und jede Abgeordnete auch - - viele erhalten, die noch mal Namen genannt haben, gesagt haben: „Die Frauenrechtlerin, die Journalistin oder das - -“, und: „Guckt doch, dass ihr die noch rausbekommt.“

Und das war auch die Schwierigkeit dann für das AA und vor allen Dingen auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Ort: sozusagen a) daraus Listen zu - - also in der dynamischen Lage den Überblick zu behalten: Von wie vielen reden wir? Wer kommt da eigentlich mit? - Und dann kam noch die praktische Situation dazu: Wer kommt überhaupt an den Flughafen?

Und mein Eindruck war, auch im Nachhinein, dass vor allen Dingen auch Ortskräfte der Bundeswehr diesen Weg an den Flughafen, der ja konkret bedeutet hat, dass man durch Kontrollen der Taliban musste, eben auch, ich sage mal, gescheut haben, weil natürlich für sie die Gefahr einer Talibankontrolle eine enorm höhere ist, wenn da in einem Dokument ersichtlich wird: Das ist jemand, der zum Beispiel für die Bundeswehr gearbeitet hat.

Also, das war eine total dynamische Lage. Und das ist etwas, was mir am meisten mit in Erinnerung geblieben ist in diesen Tagen: dass man das Gefühl hatte - - Auch wenn wir sozusagen im Krisenstab getagt hatten, wenn wir Gespräche, die Kontakte auch vor Ort hatten, war ja oft, war ja immer eigentlich Kabul mit zugeschaltet. Wir

haben Listen, und dann sozusagen bei der nächsten Runde waren wieder Namen mit drauf. Das muss man einfach sagen: hochdynamische Situation.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ist klar. - Mir geht es jetzt eher sozusagen um dieses Wochenende, -

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Mhm, ja.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): - also Beginn der MilEvakOp, die offensichtlich ausgerichtet war auf 260 Personen. Das heißt - - Kann ich das so verstehen - - Oder fragen wir andersrum: Ist dann die Bundeswehr tatsächlich losgeflogen mit dem Auftrag, 260 Staatsangehörige und Ortskräfte des Auswärtigen Amtes zu evakuieren? Und hat sich die Lage danach dynamisch entwickelt? Oder war das aus Ihrer Sicht schon an dem Wochenende mit der Einnahme Kabuls dann eine Dynamik, die dadurch entstanden ist?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Ich glaube, das hat sich überschritten natürlich auch mit der Einnahme von Kabul. Und das spricht aus meiner Sicht eben auch für die Fähigkeit, ich sage mal, sowohl derjenigen, die im Hintergrund geplant und da Möglichkeit ermöglicht haben, aber insbesondere derjenigen, die eben auch vor Ort in Kabul dann den Dienst geleistet haben, sich auf diese massiv dynamische Situation auch einzustellen und dann eben auch so viele Tausend Menschen da auszufliegen.

Wir haben ja während des Einsatzes sozusagen auch immer wieder nachgesteuert, was das Thema Durchhaltefähigkeit auch anbelangt. Das betraf sowohl das Material, also insbesondere natürlich den A400M, das betraf aber natürlich auch die Truppe, die ja einem enormen Stress auch in diesen Tagen ausgesetzt war.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ausweislich des Protokolls Ihrer Berichterstattung in dem Verteidigungsausschuss, auf den ich schon Bezug genommen habe, haben Sie ausgesagt, dass Sie nach der Sitzung des Krisenstabes am Freitag, den 13., alles Erforderliche ausgelöst haben - das haben Sie eben gesagt - und danach hätten



Nur zur dienstlichen Verwendung

Sie die Bundeskanzlerin umgehend informiert. Können Sie uns über den Inhalt dieses Gesprächs und die Reaktion der Bundeskanzlerin etwas sagen?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Ja, das war eigentlich ein - - Ich weiß nicht mehr genau, wie das Gespräch war, aber ich habe sozusagen ihr in etwa mitgeteilt das, was sozusagen uns dazu bewogen hat, jetzt in diese veränderte Situation zu gehen, also mehr Druck zu machen, zu sagen: „Wir brauchen diese militärische Evakuierungsmission“, insbesondere auch meinen Eindruck, dass die Amerikaner da auch auf dem Evakuierungsweg sind und dass ich der Meinung bin, dass wir da aktiv werden müssen, vorbereiten müssen und aktiv werden müssen.

Und dann haben wir uns eben abgestimmt, dass wir an dem Samstagmorgen - ich glaube, das war ganz früh; ich kann mich auch erinnern: die SPD-Kollegen hatten, glaube ich, gerade Bundesparteitag, da ging es auch um die Frage Spitzenkandidatur und anderes, und deswegen haben wir gesagt: Samstagmorgen, ganz früh - mit, wie gesagt, Olaf Scholz und Heiko Maas auf jeden Fall dabei, wo ich dann noch mal die Lage geschildert habe, auch dass ich der Meinung bin, wir müssen die MilEvakOp sozusagen als wirklich robuste Mission auch entsprechend vorbereiten und dann auch entsprechend auslösen. Es gab in diesem Telefonat eben auch noch mal die Diskussion um die Frage Mandat: Ist das gedeckt von dem alten Mandat oder nicht? - Und es gab die klare Vereinbarung, auch den Auftrag an mich - unabhängig von der Frage, wie man zum Mandat steht -, die Vorbereitung weiter voranzutreiben und dann, wann notwendig, eben auch mit Rückgriff auf Kanzlerin und dann entsprechend auch durch Entscheidung im Krisenstab und dann nachgeholt formal im Kabinett, die Evakuierungsmission auszulösen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Mich würde interessieren, ob es in diesem Telefonat, also in dieser Telefonkonferenz, die am Samstagmorgen dann um 8 Uhr nach unseren Unterlagen oder nach Ihrer Aussage stattgefunden hat - - ob da das Thema Ortskräfte auch schon aufgerufen worden

ist, also ob da die Befürchtung auch der beteiligten Ressorts, BMZ oder Auswärtiges Amt, geäußert worden ist, die Mission kann größer werden, oder so was. Bis dahin war ja nach Papierlage immer noch von 260 die Rede. Samstagmorgen, sagen Sie dann: Wir wollen jetzt starten. - Gab es da Hinweise in der Telefonschaltkonferenz?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Das weiß ich nicht mehr. Mir ist vor allen Dingen in Erinnerung geblieben eben die Debatte um die Frage Mandat und sozusagen das grüne Licht, alle Vorbereitungen voranzutreiben und sich nicht von dieser Debatte Mandat sozusagen jetzt erst mal, bis das geklärt ist, stoppen zu lassen. Das war die Vereinbarung.

Alles Weitere sind Punkte, wo ich jetzt nicht mehr genau sagen könnte, ob die angesprochen worden sind oder nicht. Aber, ich glaube, das war auch eine relativ kurze und kompakte Runde.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Der Ablauf wird dann - meine letzte Frage - weiter geschildert, dass Sie dann eben die Operation ausgelöst hätten, dann die Kanzlerin, so habe ich das verstanden nach dem Bericht, wieder informiert hätten, dass Sie ausgelöst hätten. Und dann gab es nach unseren Unterlagen ein Telefonat von Staatssekretär Berger aus dem Auswärtigen Amt bereits am Sonntag an Staatssekretär Hoofe, in dem er darum gebeten hat, die militärische Evakuierung so schnell wie möglich zu starten. Das war um die Mittagszeit nach unseren Unterlagen; das ist MAT A BMVg-5.144 VS-NfD, Blatt 50.

Meine Frage ist jetzt: Haben Sie von diesem Telefonat der Staatssekretäre Kenntnis bekommen? Und war das der Anlass für Sie, die Operation auszulösen und die Kanzlerin zu informieren?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Wenn ich mich recht erinnere, lag sozusagen das Go, auch von meiner Seite aus, sogar schon vorher - - weil einfach ersichtlich war nach den Ereignissen in Kabul, dass die Situation sich weiter beschleunigt und zuspitzt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ich glaube, dass in der damaligen Zeit sehr viele Gespräche/Kontakte einfach auch parallel miteinander gelaufen sind. Aber wenn ich die Zeitpläne recht im Kopf habe, habe ich relativ früh an dem Tag sozusagen gesagt: „Okay, wir legen los. Wir müssen das vorziehen“, und habe dann auch entsprechend mit der Kanzlerin gesprochen.

Und dann gab es ja am Nachmittag, wenn ich das recht in Erinnerung habe, das offizielle Go des Krisenstabes und dann auch die entsprechende Unterrichtung abends auch der Fraktionsvorsitzenden.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Bevor ich das Fragerecht weitergebe: Frau Kramp-Karrenbauer, uns ist immer am Wohlbefinden der Zeugen und Zeuginnen gelegen. Deswegen wollte ich fragen, ob Sie am Ende dieser Runde, nach den drei, die jetzt kommen, eine Pause wünschen? Sie haben am Anfang leider nichts essen können - ich habe das gesehen -; das Interesse an Ihrer Person war sehr groß, als Sie gekommen sind. Also, wenn Sie das wollten, könnten wir nach den drei folgenden Fragen Pause machen.

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Also, ich bin noch versorgt. Ich habe Wasser und ich habe Gummibärchen hier, die mir Frau Geyer freundlicherweise zur Verfügung gestellt hat. Insofern könnte ich sozusagen auch ohne Pause weitermachen. Aber ich richte mich auch nach den Bedürfnissen der Abgeordneten hier.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Gut. - Wir fahren fort mit Frau Kollegin Nanni.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der einzige Durst, der bei mir zu stillen ist, ist meine Neugierde sozusagen. Und das kriegen wir dann zusammen hin.

Ich würde noch mal einsteigen, wo ich vorhin aufgehört habe, nämlich bei der Frage, wo und wie im Kabinett die Sicherheitslage rund um die Situation in Afghanistan besprochen wurde. Da bleibt mir auch noch eine kleine Restfrage, nämlich: War der Abzug und die weitere Lage in

Afghanistan auch Teil der Beratungen im Bundessicherheitsrat?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Entschuldigung - ich habe es eben akustisch nicht verstanden -, in welchem - -

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Im Bundessicherheitsrat.

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Sie wissen, dass aus dem Bundessicherheitsrat - aus guten Gründen - nicht berichtet wird. Aber ich würde es so formulieren: Mit Blick auf die sicherheitsrelevante Situation oder die Sicherheitsrelevanz dieser Fragen, glaube ich, spricht vieles dafür.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Ganz kurz noch Frage an den Vorsitzenden: Wenn aus dem Bundessicherheitsrat generell nicht berichtet werden darf, dann auch nicht, wenn wir unter Geheim tagen?

(VLR Andreas Gloßner
(AA) schüttelt den Kopf)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Auch unter Geheim nicht. Nein, glaube ich, auch nicht.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also meine Neugierde findet schnell Grenzen an der Stelle.

Dann würde ich mit einer anderen Frage weitermachen. Sie haben ja am 12.08. auch diese Unruhe gespürt und dann dafür gesorgt, dass der Krisenstab eher tagt als geplant. Warum haben Sie nicht selber am Krisenstab teilgenommen?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Also, ich war an diesem Tag unterwegs. Es war so, dass insbesondere - ich habe das ja vorhin gesagt - in den Wochen vorher, also insbesondere auch im Juli, ich eine ganze Reihe von Truppenbesuchen gemacht habe, die eben durch die Coronasituation in der Zeit vorher nicht stattfinden konnten. Ich war sozusagen nicht in Berlin. Deswegen habe ich auch nicht an der Sitzung teilgenommen, was aber auch in dem Fall nicht nötig war,



Nur zur dienstlichen Verwendung

weil sozusagen ja abgestimmt war mit den Vertretern des BMVg, wie wir dort agieren und was wir vor allen Dingen auch vorschlagen - was ja nachher auch akzeptiert worden ist.

An allen weiteren als - - Ich bin ja zu dem Wochenende dann auch wieder direkt nach Berlin geflogen. Und alle anderen und weiteren Sitzungen des Krisenstabes habe ich immer auch persönlich mitgemacht, das heißt, bin immer zugeschaltet worden, weil auch die Sitzungen des Krisenstabes natürlich unter Coronabedingungen noch stattgefunden haben. Das heißt, wir waren nicht alle im selben Raum.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Sie haben vorhin auch erzählt von den regelmäßigen Treffen, die Sie beim sogenannten Koalitionsfrühstück gemacht haben. Wann hat das letzte Koalitionsfrühstück vor Ende des Untersuchungszeitraums stattgefunden?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Muss ich noch mal überlegen. - Bin mir nicht ganz sicher, wann das war.

(Die Zeugin blättert in ihren Unterlagen)

Aber das müsste eigentlich eine deutliche Zeit vorher gewesen sein, weil natürlich, wenn ich es recht im Kopf habe, da auch schon Parlamentspause war; ich bin mir nicht sicher. Und die Koalitionsfrühstücke finden natürlich statt - -Also, das war ja sozusagen das Treffen auch innerhalb der Koalition mit den Verteidigungspolitikern, und die finden dann statt, wenn eben normalerweise die Sitzungswochen sind.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie sich dran erinnern, ob es bei dem letzten Koalitionsfrühstück eine Debatte dazu gab innerhalb der Großen Koalition mit Blick auf Afghanistan?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Wie ich eben gesagt habe: Diese Koalitionsfrühstücke, von denen ich rede, das sind die, die wir sozusagen mit den Koalitionsmitgliedern aus dem

Verteidigungsausschuss auch entsprechend geführt haben. Und da gab es natürlich diese Debatte nicht, weil sozusagen sich die Verteidigungspolitiker sowohl der SPD als auch der CDU in der Einschätzung da sehr einig waren.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Ach so. Ja, das ist ja bei jedem anders. Ich habe es jetzt bei zwei Minister/-innen mitgemacht; das war auch jeweils ein sehr unterschiedliches Mittagessen und Frühstück. Aber ja.

Dann würde ich Ihnen gerne noch einen Vorhalt machen, und zwar geht es um das vorläufige Stenografische Protokoll 20/85; das ist die Aussage von Eberhard Zorn. Auf Seite 58 heißt es hier:

„Also, ich würde mir da eine klarere Führungsstruktur wünschen ... Nach innen geguckt ...: Das Ministerium zum damaligen Zeitpunkt hatte im Grunde keine echte eigene Führungseinrichtung, die auf strategischer, politischer Ebene so ein Ding hätte führen können. Wir haben uns abgestützt auf das Einsatzführungskommando. Alles in Ordnung; da war das vorhanden, operative Ebene. Aber ein Ministerium, bin ich fest von überzeugt, in einer solchen Lage, mit so einem Unterbau - also, wir reden von 260 000 Mitarbeitern - braucht ein Führungselement. Haben wir jetzt - jetzt heißt das Ding „Planungs- und Führungsstab“ -, aber hatten wir damals nicht.“

Würden Sie die Einschätzung von Eberhard Zorn teilen, dass das in der Krise in Afghanistan geholfen hätte, so einen Führungsstab zu haben? Haben Sie das damals diskutiert im Haus?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Also, es hat sozusagen in dieser vor allen Dingen krisenhaften Zuspitzung im August funktioniert, vor allen Dingen natürlich auch in der sehr guten und engen Zusammenarbeit mit dem Einsatzführungskommando und dieser sehr, ich sage mal, flachen Hierarchie rund um den Tisch, wie ich sie vorhin auch geschildert habe.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Nach dem, wenn ich es einordnen soll, was Eberhard Zorn hier angesprochen hat, war oder ist eine Frage, die auch zum damaligen Zeitpunkt und auch schon aus der Vorvergangenheit auch meiner Vorgängerinnen und Vorgänger eine immerwährende Debatte war: Wie soll ein solcher Stab auch aussehen? Ist der eher militärisch geführt? Ist der eher zivil geführt? Und das war sozusagen eine Dauerdiskussion auch im BMVg. Wenn das jetzt auch verändert worden ist, dann geht das sicherlich - - oder setzt das sicherlich auch auf dieser schon lange andauernden Debatte an.

Ich kann nur sagen: Aus der konkreten Situation heraus hat das damals mit den Mitteln, die wir hatten, eben auch funktioniert. Es hat aber auch - und das darf man nie vergessen; wir reden sehr viel von der Leistung derjenigen, die vor Ort in Kabul waren -, aber es hat sozusagen im Backoffice sowohl bei der Bundeswehr, beim Einsatzführungskommando, aber eben auch insbesondere bei „Strategie und Einsatz“ viele Referate wirklich fast in diesen Tagen 24/7 im Dienst gehalten. Das war also schon eine enorme Leistung.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, danke erst mal dafür. - Eine Rückfrage noch zu dem organisatorischen Aufgestelltsein: Welche Führungsmittel standen Ihnen im Untersuchungszeitraum denn zur Verfügung technischer Natur - also insbesondere die Frage Verfügbarkeit -, auch wenn Sie nicht an einem der Dienstorte waren, zu eingestuftem Material und rotem Telefon?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Also, es gab ja zum einen auch in der öffentlichen Berichterstattung die Debatte darüber, dass zum Teil Leitungen an dem einen Wochenende im BMVg in Berlin ausgefallen sind, und zwar noch in Folgen sozusagen, glaube ich, auch des Hochwassers, wenn ich das recht im Kopf habe, weil es über Zentralstellen ging. Aber es stand sozusagen ja immer zur Verfügung das Equipment in Bonn. Da bin ich auch an dem Wochenende, als das losging, zuerst sozusagen nach Bonn gefahren, habe dort mich auch mit dem GI getroffen. Dort gibt es auch die entsprechenden Sitzungssäle, die die entsprechenden Einstufungen eben

auch ermöglichen, also auch über rote Leitungen zu reden. Das haben wir in Bonn, das haben wir in Berlin. Es gibt durchaus auch mobile Möglichkeiten, wenn ich unterwegs war, um zum Beispiel auch über eine rote Leitung mit Kollegen zu besprechen; auch das gab es damals.

Aber in der konkreten Evakuierungsmission hat es sozusagen zuerst in Bonn und nachher aber vor allen Dingen in Berlin alles gegeben, was wir brauchten, um auch vom Ministerium im engen Kontakt mit denen vor Ort diese Evakuierungsmission zu leiten.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie noch einmal kurz ausführen - ich habe das nicht ganz verstanden -: Auf welchem Einstufungsgrad konnten Sie telefonieren, wenn Sie an keinem der beiden Dienstorte waren?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Also, beide Dienstorte, sowohl Bonn als auch Berlin, haben Räume - -

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das weiß ich. Da war ich ja teilweise schon drin selber jetzt.

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Ja, ja. Genau, deswegen.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber wenn Sie an keinem der beiden Dienstorte waren, weil Sie auch gerade sagten, Sie waren im Juli noch viel unterwegs, -

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Ja.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - welche Möglichkeit - - also bis zu welchem Einstufungsgrad konnten Sie, wenn Sie an keinem der Dienstorte waren, telefonieren bzw. Dokumente erhalten?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Also, es gab sozusagen ein mobiles Gerät. Und wenn zum Beispiel klar war, dass - und das war ein Thema, auch zu einem Zeitpunkt, wo es in der Vorvergangenheit etwa um Abzugsentscheidungen der



Nur zur dienstlichen Verwendung

Amerikaner aus Deutschland ging - ich unterwegs war, und klar war, ich muss und will in dieser Sache aber mit dem amerikanischen Kollegen telefonieren, dann konnten wir das sicherstellen, dass das eben auch von unterwegs möglich war. Dazu gab es die Möglichkeiten.

Aber das hat jetzt erst einmal bei dieser konkreten Evakuierungsmission keine Rolle gespielt, weil da die Führung sozusagen fest aus Berlin vor allen Dingen ab dem Sonntag, dem 15., erfolgt ist.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Dann würde ich noch weitermachen mit einem Vorhalt - ich muss leider da noch mal auf dieser Hubschrauber-Geschichte insistieren -, und zwar ist das endgültige Stenografische Protokoll 20/64 II, Seite 10.

Das ist der - und dass Sie das auch wissen, das war für uns auch hier eine sehr beeindruckende Befragung - Kommandeur der KSK vor Ort, hier unter dem Namen „Tobias“ in nichtöffentlicher, aber in nicht eingestufte Sitzung vernommen. Deswegen darf ich auch aus dem Protokoll heute hier zitieren - und damit beginne ich jetzt -:

„Ich kann mich erinnern: Nachdem es presseöffentlich wurde, dass die Bundeswehr diese Hubschrauber entsendet, konnte ich mich nicht davor retten, Partnernationen auf meinem Gefechtsstand stehen zu haben, die gefragt haben: Kann ich diesen Hubschrauber nutzen? - Ich musste zwei Offiziere abstellen, die Österreicher, Schweizer, Rumänen, Polen nur in freundliche Gespräche verwickelt haben, dass es einfach nicht geht, dass wir die brauchen. Deutsche Schutzbefohlene hatten den Anspruch, mit diesen Hubschraubern abgeholt zu werden. Ich zitiere: Aber Ihre Regierung hat diese Hubschrauber geschickt. Holen Sie mich bitte auf dem Dach vom Hotel mit diesem Hubschrauber ab!

Und ich kann Ihnen auch sagen: Auch die Taliban wussten über

diese Hubschrauber Bescheid, so dass ich davon ausgehe, auch an der Reaktion der dortigen Spezialkräfte der Amerikaner abgeleitet, die uns im Endeffekt durchaus höhnisch behandelt haben, warum wir diesen Einsatz von Spezialkräftehubschraubern öffentlich publik geben - - Ich sage es so flapsig: Die haben uns ausgelacht. Das ist jetzt von mir eine Kausalvermutung. Es kann aber auch die Risikolage dort vor Ort gewesen sein.“

Das sind ja schon sehr starke Eindrücke. Und wenn ich das noch ergänzen darf: Der Zeuge „Tobias“ ist mir vor allem deswegen in Erinnerung geblieben, weil er hier gesagt hat, er hätte seinen Auftrag nicht erfüllen können, weil er eben nicht alle Deutschen von der Liste retten konnte, was für uns auch hier, glaube ich, eine emotionale Befragung war in der Tat.

Ist Ihnen diese Einschätzung zu Ohren gekommen während der laufenden Evakuierungsmission, dass es doch einen Einfluss auf die tatsächliche Einsatzbereitschaft hatte und so viele Störungen vor Ort verursacht hat, wie der Kamerad es hier schildert?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Nein, diese Einschätzung ist mir nicht zu Ohren gekommen. Ich kann zuerst einmal die Emotionen vor allen Dingen, was Sie geschildert haben, mit Blick auf die Frage „Habe ich diesen Auftrag erfüllt, ja oder nein?“, durchaus nachvollziehen. Ich habe das ja eben geschildert. Gerade auch mit Blick auf nicht nur Schutzbedürftige, sondern auch die eigenen Ortskräfte war natürlich der Wunsch, alle, die die Berechtigung hatten, auch mitzunehmen. Das war, glaube ich, der Anspruch jedes einzelnen Soldaten.

Deswegen habe ich vorhin auch gesagt: Mit Blick auf die Gegebenheiten vor Ort, mit Blick auf das, was leistbar war, hat die Bundeswehr diesen Einsatz und die Aufträge, die damit verbunden waren, wirklich, wirklich erfüllt. Dass Einzelne das anders spüren, sagt etwas über die Tragik aus, ist aber durchaus nachvollziehbar.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Und was die Frage der Hubschrauber anbelangt: Also, mir ist sozusagen keine entsprechende Reaktion der Amerikaner bekannt; sondern das, was mir zurückgemeldet worden ist, war eher umgekehrt: dass die Amerikaner durchaus wahrgenommen haben, wie robust wir in diesen Einsatz hineingegangen sind. Und es ist vollkommen klar, dass alles, was an Bildern kommt und selbst ab dem Moment, wenn die Hubschrauber sozusagen vor Ort gewesen wären - - erst dann die entsprechenden Reaktionen gekommen wären.

Also, wir haben das ja in diesem Einsatz andauernd erlebt, dass sozusagen auch zwischen den Nationen gesprochen worden ist: Könnt ihr noch jemanden mitnehmen? Da ist noch wer von uns. - Das war also - und ich glaube, das hat ganz sicherlich General Arlt zumindest damals im Verteidigungsausschuss auch sehr nachdrücklich dargelegt - keine Situation, die sehr wohlgeordnet war und wo man gesagt hat: „Okay, wir gehen jetzt soundso vor“, sondern das war eine, ich sage mal, hochdynamische Situation. Und insofern hätte spätestens mit der Ankunft der Hubschrauber die entsprechende Debatte auch stattgefunden.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Gut. - Dann wechseln wir jetzt zur FDP. Frau Kollegin Jurisch.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Ja, vielen herzlichen Dank. - Frau Kramp-Karrenbauer, Sie hatten vorher in Ihrer Darstellung gesagt, nachdem der Abzug verfügt worden sei, hätten Sie sich engmaschig über das Ortskräfteverfahren informieren lassen. Da wäre meine Nachfrage einfach noch mal, wie lange diese engmaschige Information gelaufen ist oder wie ich mir das vorzustellen habe.

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Also, ich habe ja gesagt, dass sozusagen mit dem Beginn, also dann im April 2021, ich insbesondere SE gebeten hatte, ein umfassendes Lagebriefing immer zu erstellen, wie gesagt, über die Sicherheitslage, über die Frage: „Wie entwickelt sich unser eigenes Kräftedispositiv? Wie ist das mit dem Material, was wird verlagert?“, usw. usf.

Aber eben auch einer der stetigen Punkte, die entsprechend berichtet worden sind, war das Thema Ortskräfte. Und diese Berichterstattung hat sozusagen als gesonderte Berichterstattung im April bis zum Ende des Abzugs zum 30. Juni wöchentlich stattgefunden, danach zweiwöchentlich, wobei auch zwischendurch dann immer sowohl in den Morgenlagen, wie ich angesprochen habe, aber auch in anderen Gesprächen das Thema Ortskräfte weiter eine Rolle gespielt hat. Also, insofern war ich sehr nahe eben auch an diesem Thema dran.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Also gab es Sitzungen zum Thema Ortskräfte.

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Es gab die entsprechenden Informationen, die entsprechenden Rücksprachen auch zum Thema Ortskräfte, wo dann zum Beispiel, wenn Sie die einzelnen Phasen durchgehen wollen, eine große Rolle gespielt hat diese Amtshilfe für das BMVg sozusagen vor dem 30.06.

Danach war ja das Verfahren so gestellt: Als wir als Bundeswehr vor Ort keine eigenen Strukturen mehr hatten, war das Verfahren gestellt, dass wir gesagt haben: Das wird über das Einsatzführungskommando gemacht, über das Callcenter, die haben Kontakte zu den Ortskräften. - Wir haben uns da im Loop gelassen. Also, insofern war das ein permanentes Thema.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Darf ich Sie kurz unterbrechen? Und zwar, wir haben hier MAT A BMVg-5.208 VS-NfD, Blatt 106, da haben wir Ihren Kalender. Und da sehe ich als letzten Termin am 30. Juni 2021 einen Termin zu Afghanistan - das war mit Ihrem Kollegen in den USA -, und dann der nächste Termin - das ist dann auf Blatt 107 - ein Webex-Gespräch zu Afghanistan am 13. August. Und dazwischen finde ich leider überhaupt nichts zu Afghanistan.

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Ich habe ja gesagt, dass ich in diesen Wochen eben auch viel auf Einsatzreise war und dass natürlich in den entsprechenden Unterrichtungen, wenn auch nicht als Tischgespräch, aber das Thema immer



Nur zur dienstlichen Verwendung

ein Thema geblieben ist, mit der Frage: Wie entwickelt sich das Verfahren weiter, die Zahlen weiter, gerade auf den erweiterten Kreis, den wir vor dem Abzug eben noch nicht entsprechend behandeln konnten?

Das ist koordiniert worden über das Einsatzführungskommando. Dort sind die Namen aufgenommen worden, dort ist über den Ressortbeauftragten auch das Verfahren weitergelaufen. Also, das ist gelaufen, auch ohne dass es dazu eigene ganz aktive Gespräche gab.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Aber ist es richtig, dass Sie in der Zeit zwischen dem 30. Juni und dem 13. August keine Termine zu Afghanistan hatten?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Wenn das der Kalender, der dem Ausschuss so vorliegt, so vorgibt, dann gab es keine gesonderten Tischgespräche, die da vermerkt worden sind, was aber nicht heißt, dass im Laufe von anderen Gesprächen oder Terminen eben das Thema Afghanistan-Situation und Ortskräfte auch eine Rolle gespielt hat [sic!].

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Gut. - Dann komme ich zu einem spezifischen Vorgang. Und zwar am 13.12.2020 - das ist ein bisschen früher - schrieben Sie eine E-Mail an Ihren Stabsleiter - und das ist MAT A BMVg-4.169 VS-NfD, Blatt 8 bis 9 -:

„Die Kollegin

- in Klammern: MdB Rottmann von den Grünen -

spricht ein wichtiges Thema an, dass [sic!] mir auch sehr am Herzen liegt.

Bitte Antwortentwurf und kurze Rsp in der Sache selbst“

Und da geht es in dem Schreiben um das Ortskräfteverfahren. - Ihr Stabsleiter hat dann daraufhin eine Mitarbeiterin beauftragt - und ich zitiere -:

„Das Thema "Afghanische Ortskräfte" wird uns noch sehr beschäftigen ... Daher bitte ich darum, dass Du Dich des Themas an nimmst ...“

Können Sie sich an diesen Vorgang noch erinnern?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Ich kann mich an den konkreten Vorgang nicht mehr erinnern. Aber es ist sozusagen auch ein Ausdruck und, wenn Sie so wollen, auch eine Bestätigung dafür, dass das Thema das gesamte BMVg und auch mich persönlich sehr emotional eben begleitet hat.

Sie haben eben den 13.12. angesprochen. Ich war, glaube ich, um den 1. Dezember herum in Afghanistan, habe dort eben auch viele Ortskräfte kennengelernt, auch viele afghanische Soldaten, die mit unseren gemeinsam im Einsatz waren. Also, insofern war das Thema präsent bei mir, und das hat auch dazu geführt, dass ich versucht habe, die Dinge zu beschleunigen.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Und wissen Sie denn, welcher Arbeitsprozess daraufhin eingeleitet wurde?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Das kann ich Ihnen nicht mehr genau sagen.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Okay. - Im weiteren Verlauf haben das BMI und das BMVg beschlossen, ein gemeinsames Antwortschreiben für die Abgeordnete Rottmann aufzusetzen. Können Sie sich noch erinnern, wie involviert Sie darin waren?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Nein, ist mir nicht Erinnerung.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Ja. - Der Prozess des Antwortschreibens hat sich dann über mehrere Monate hingezogen. Wie lange dauert denn die Abstimmung zwischen Ressorts bei solchen Schreiben Ihrer Kenntnis nach so im Durchschnitt?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Aus Erfahrungen aus der Vergangenheit kann ich sagen: Es kommt darauf an. Wenn es Themen sind, die, ich sage mal, vielleicht weniger diskutiert werden und umstritten sind, dann geht es schneller.

Aber ich habe ja gesagt, dass es zum Thema Ortskräfte und der Frage: „Wie muss das Verfahren verändert werden, wie muss es möglicherweise erweitert werden?“ , durchaus unterschiedliche Sichtweisen auch zwischen den Ressorts gab. Und ich kann nur vermuten, dass das einer der Gründe war, weshalb das Schreiben so lange gedauert hat.

Aber normalerweise haben wir uns auch immer bemüht, auch aus Respekt vor den Kolleginnen und Kollegen des Deutschen Bundestages, wenn es Schreiben gab, die auch schnell zu beantworten.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): In einem Entwurf des gemeinsamen Antwortschreibens schrieb der Unterabteilungsleiter SE II in einem Vermerk vom 14. Januar 2021 an Sie - ich zitiere, und das ist dann MAT A BMVg-5.75 VS-NfD, Blatt 13 f. -:

„Das Thema ist für uns misslich und besitzt mit Blick auf Außenwahrnehmung eine nicht zu unterschätzende Brisanz. Das BMI bremst und die Visabearbeitung durch das AA ist eher suboptimal (siehe HiGru), aber zurückfallen wird die Sache auf uns. Sollte es nicht gelingen auf Sts-Ebene weiter in unserem Sinne voranzukommen, halte ich es für notwendig und zielführend, dass Sie „aufschalten“.“

Deckt sich die Einschätzung des Unterabteilungsleiters mit Ihrer damaligen Einschätzung, in Ihrer Erinnerung? Und gibt es vielleicht noch was, was Sie ergänzen möchten?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Also, das war natürlich auch Ausdruck, ich sage mal, von, ja, ich will nicht sagen, Frust, aber eben auch ein

Ausdruck davon, dass ja über die unterschiedlichen Arbeitsebenen des BMVg auch in der Vergangenheit versucht worden ist, mit Blick auf unsere besonderen Beziehungen zu unseren Ortskräften in Afghanistan die Dinge zu beschleunigen. Und es war auch Ausdruck davon - und, ich glaube, das war durchaus auch berechtigt -, dass natürlich die Frage der Ortskräfte in der Öffentlichkeit fast ausschließlich oder ausschließlich wahrgenommen worden ist im Zusammenhang mit der Bundeswehr.

Also wenn man über Ortskräfte gesprochen hat, hat man immer automatisch Ortskräfte der Bundeswehr vor Augen gehabt, nicht die des BMZ oder von anderen. Und deswegen hatte das von uns eine besondere Bedeutung. Und am Ende war es natürlich so, dass gerade die Arbeitsebene auch gesagt hat: Auch wir kommen an einen Punkt, wo wir nicht weiterkommen. Und da muss man politisch zueinanderkommen.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Sind Sie denn auf dieses „aufschalten“, um den Begriff zu verwenden, sind Sie auf diese Forderung des Aufschaltens denn eingegangen?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Ja, das hat sich ja in der Folge gezeigt - ich habe das vorhin gesagt -, als ich auch in meinen Bemühungen auf Ministerebene nicht weitergekommen bin, etwa im April, an die Öffentlichkeit gegangen bin und gesagt habe: Wir müssen hier großzügig aufnehmen. Wir müssen die Dinge verändern.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Wieso sind Sie an die Öffentlichkeit gegangen und nicht auf die Kanzlerin zugegangen?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Weil ich es eben noch mal erläutert habe, dass das ja ein Ausdruck der Debatte war, die Sie eben ja auch geschildert haben, von durchaus unterschiedlichen Herangehensweisen, Sichtweisen zu diesem Thema, ich vor allen Dingen aber getrieben war zu dem Zeitpunkt, als klar war, die Bundeswehr zieht sich komplett aus Afghanistan zurück, dass wir einen Punkt haben, der die Lage komplett verändert, und deswegen ich eben auch zu dem



Nur zur dienstlichen Verwendung

Instrument gegriffen habe, hierüber Öffentlichkeit herzustellen, damit wir über diesen Punkt auch noch mal mit größerer Dynamik reden und entscheiden können.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Hatten Sie hier - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir sind am Ende.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Darf ich noch eine Rückfrage stellen?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Eine kurze.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Hatten Sie hier die Erwartung, dass die Kanzlerin steuernd eingreift?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Ich habe ja vorhin erläutert: Normalerweise, also so, wie ich Regierungen erlebt und meine eigenen auch geführt habe, ist es erst mal so, dass man versucht - und da sind alle Kolleginnen und Kollegen, Bundesminister oder Landesminister, auch erwachsen genug -, Dinge sozusagen zwischen den Ressorts zu klären, und dann, wenn es nicht zu klären ist, eben auch Regierungschef oder Regierungschefin eingeschaltet wird. Das hat sich ja nachher eben auch als notwendig erwiesen; siehe der Beschluss im Kabinett am 16.06.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das Fragerecht wechselt zur AfD.

Stefan Keuter (AfD): Vielen Dank. - Frau Kramp-Karrenbauer, ich möchte mit Ihnen noch mal über die militärische Evakuierungsoperation sprechen. Ein AA-Beamter hat im Krisenstab vom 15.08.21 eine von Ihnen getroffene Aussage notiert - ich zitiere aus Fundstelle MAT A AA-8.312 VS-NfD, Blatt 119; Zitat Anfang -:

„BM'in AKK: ...

- Selbstverständlich sollten auch OKs mit transportiert werden.“

Zitat Ende.

Dr. Jens Jokisch, Leiter des Krisenzentrums des AA, sagte vor diesem Untersuchungsausschuss diesbezüglich aus - Zitat aus dem endgültigen Protokoll der Sitzung vom 30.03.23, Seite 85; Zitat Anfang -:

„Der Grundsatz ist - und das hat auch die Bundeswehr immer ganz klar gesagt -: Ortskräfte evakuieren wir nicht in unseren Fliegern; das ist nicht unser gesetzlicher Auftrag. - Das hat sie gesagt, bevor diese Entscheidung am 15.“

- 15.08.21 -

„getroffen worden ist ... Das spiegelt eben auch die Rechtslage wider.“

Zitat Ende. - Können Sie uns sagen, ob für die Durchführung der militärischen Evakuierungsoperation Gesetze geändert worden sind, um dann doch Ortskräfte mitzunehmen?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Nein, es sind keine Gesetze geändert worden. Und das war auch nicht notwendig, weil ich eben auch schon auf Ihre erste Frage - wenn Sie mir das gestatten, darauf zurückzukommen - ja gesagt habe, dass das, was Sie mir ja auch im Vorhalt gezeigt haben, sich darauf bezogen hat: auf eine mögliche Mission, in der die Bundeswehr ganz gezielt mit eigenen Maschinen nach Afghanistan fliegt, einzig und allein um ihre eigenen Ortskräfte rauszuholen. Das war nie geplant. Wir haben immer gesagt: Das ist eine Eventualfallplanung, bei der wir unter Federführung des AA zivile Charterflugzeuge nutzen.

Bei der Evakuierungsmission jetzt war ganz klar - und das war auch besprochen -: Es gibt Prioritäten. Die erste Priorität sind immer deutsche Staatsangehörige und sozusagen die, die in ihrem Umfeld berechtigt sind; die zweite Priorität sind Menschen, die eine entsprechende Berechtigung haben.

Und die Ortskräfte, über die wir sprechen, haben eine Aufnahmezusage aus Deutschland gehabt, haben zum Teil auch schon Visa gehabt, sind



Nur zur dienstlichen Verwendung

zum Teil noch nicht ausgereist oder waren noch nicht in dem Verfahren; aber die, über die wir sprechen, hatten sozusagen, bevor wir Visa on Arrival eingeführt haben, eine Aufnahmezusage, und insofern standen sie auch auf der Liste der Berechtigten.

Und dann gab es noch die Liste, die vom AA geführt worden ist mit Blick auf besonders vulnerable Personen aus Afghanistan, von denen ebenfalls gesagt worden ist: Sie werden sozusagen im Rahmen der militärischen Evakuierungsmission mitgenommen.

Insofern hat die militärische Evakuierungsmission alle diese Gruppen - und das bedeutet, auch Ortskräfte - umfasst. Und wir haben ja, wenn man sich die Liste anschaut, wen wir aus Kabul ausgeflogen haben, auch neben anderen Staatsangehörigen Ortskräfte sowohl des BMZ, sozusagen des AA, aber eben auch noch, wenn auch nur in einem kleinen Teil, der Bundeswehr ausgeflogen.

Stefan Keuter (AfD): Ja, das habe ich verstanden. Ich frage mich nur, inwieweit das durch das Grundgesetz gedeckt ist.

Ich habe hier noch eine andere Fundstelle, um jetzt den Fokus noch mal auf Ihr Haus zu drehen, und zwar ist das Fundstelle MAT A BMVg-5.13 VS-NfD, Blatt 35. Das ist ein BMVg-interner Nachrichtenwechsel vom 21. August 2. Hieraus zitiere ich; Zitat Anfang:

„Hallo Herr Conradi,“

- also der Abteilungsleiter „Recht“ vom BMVg -

„Folgendes zur Info, zzt Krisenstab. 17:00 wohl Gespräch BMin, zumindest mit AL Pol. RL Pol II hat mich angerufen, fragt nach Grundlage für Evak nicht DEU, Antwort: Gewohnheitsrecht, aber ggf wackelig, muss politisch getragen werden. Geht auch um "Exit Strategie". Dies zur Info ...“

Zitat Ende. - Also, offensichtlich ist das in Ihrem Hause ja doch durchaus kritisch gesehen worden,

Nichtdeutsche bei dieser Evakuierungsmission zu berücksichtigen.

Können Sie sagen, wer letztendlich dann die politische Verantwortung dafür getragen hat?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Könnte ich das noch mal nachlesen?

Stefan Keuter (AfD): Ja, selbstverständlich. Kommt.

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Danke.

(Der Zeugin werden
Unterlagen vorgelegt - Sie
liest in diesen Unterlagen)

Ich habe ja eben gesagt - und ich vermute, dass es sich vor allen Dingen darauf bezieht -, dass sich sozusagen diese militärische Evakuierungsmission ja eigentlich zu einer internationalen Luftbrücke auch entwickelt hat. Und wir haben auf unseren Fliegern ja auch Menschen anderer Nationen mitgenommen, und wir selbst oder Deutsche sind auch ausgeflogen worden von anderen Nationen.

Es mag sein, dass es sich darauf bezieht, weil die Ortskräfte, von denen ich rede, inklusive ihrer Familien, also immer die Kernfamilien, von denen wir reden, auf der Liste der Berechtigten standen. Insofern waren sie aus unserer Sicht und aus meiner Sicht eben auch gedeckt von dieser militärischen Evakuierungsmission. Und dazu stehe ich auch.

Stefan Keuter (AfD): Okay. - Laut MAT A BT-Präs-2.20 VS-NfD, Blatt 5, führten Sie am 18. August 21 vor dem Verteidigungsausschuss aus - das Protokoll gibt Ihre Ausführungen in indirekter Rede wieder; Zitat -:

„Es gebe eine klare Rücksprache und Weisung an die Verantwortlichen vor Ort,“

- in diesem Fall General Arlt -

„... dass der A400M mit allem beladen werde, was hineinpasste.“



Nur zur dienstlichen Verwendung

Gerade eben seien es 180 Personen gewesen. Es werde kein Dienst nach Vorschrift durchgeführt, sondern es komme alles rein, was irgendwie gehe.“

Zitat Ende. - Ich möchte nun gerne verstehen, was genau mit diesen Worten zum Ausdruck gebracht werden sollte. Sind diejenigen Afghanen, die weder Ortskräfte waren noch auf der vom AA aufgeführten Menschenrechtsliste, also der insbesondere Schutzbedürftigen, standen und auch keine Familienangehörigen dieser beiden Personengruppen waren, im Auftrag der Bundesregierung von der Bundeswehr aus Kabul geflogen worden?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Nein, das ist sozusagen in dem Zusammenhang nicht richtig, sondern es hat einen anderen Hintergrund. Sie erinnern sich vielleicht: Als wir in Kabul angekommen sind, einer der ersten Flieger, mit dem wir wieder raus sind - wir hatten ja immer nur Standzeiten von wenigen - -

Stefan Keuter (AfD): Kurz, ja.

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: - von relativ knapper Zeit -, waren da nur sieben Leute drin. Da gab es eine Riesendebatte, warum - Sie erinnern sich an die Bilder der Amerikaner: Flugzeug sozusagen bis unter die Decke voll mit Menschen - Deutschland nur mit sieben. Und das war zu dem Zeitpunkt, als wir sozusagen reingekommen sind - - hatten die Kollegen der Botschaft vor Ort noch keine Möglichkeit gesehen, weil nicht klar, wann wir jetzt genau kommen und einen Slot haben, diejenigen von uns, die berechtigt sind - also Staatsangehörige, Berechtigte oder schutzbedürftige Personen -, an den Flughafen zu bringen. Und dann waren das nur diese sieben.

Und dann gibt es ja immer Sicherheitsvorkehrungen für Flugzeuge, wie viele man auch in so einem A400M mitnehmen darf. Und es gibt Vorschriften über, wissen Sie, Arbeitszeiten und Ruhepausen und alles. Und ich kann sagen, dass die Soldatinnen und Soldaten vor Ort sozusagen Dienst in der Lage geleistet haben, und der hatte

nichts zu tun mit normalen Arbeitszeitvorschriften, Pausen oder sonst was.

Und wir haben - und das war der Punkt, der hier mit „Vollpacken“ gemeint ist - gesagt: Solange der Pilot selbst - und der muss das wissen, die kennen diese Flugzeuge am besten - das Gefühl hat, wir können noch drei Leute da mitreinnehmen, auch wenn die gesetzliche oder, ich sage mal, vorgeschriebene Obergrenze erreicht ist: Mach das! Das war sozusagen die Freigabe von Handlungsfreiheit für diejenigen, die vor Ort waren. Das hatte nichts damit zu tun, zu sagen: „Geht jetzt nach Kabul und sammelt alle ein“, sondern es hat sich nur auf die, wenn Sie so wollen - -

Stefan Keuter (AfD): Ich wollte eher auf die 3 500 abzielen, die nicht auf den Listen standen. Aber da machen wir nächste Runde weiter.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ja.

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Nein, es hat sich nur darauf bezogen: Wie viele Menschen kann man eigentlich nach den normalen Vorschriften mitnehmen? Und in einer Notsituation, wie legt man die Vorschriften dann auch mal zur Seite und nimmt mehr mit?

Stefan Keuter (AfD): Danke.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich unterbreche jetzt die Sitzung für zehn Minuten, und dann fahren wir wieder fort.

(Unterbrechung von
16.36 bis 16.50 Uhr)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: So, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir fahren mit unseren Beratungen fort, und wir beginnen in der üblichen Reihenfolge. Und das Wort hat der Kollege Nürnberger.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich habe noch einen größeren Themenkomplex, den ich mit Ihnen besprechen möchte, und einige ergänzende Fragen zu Themen, die



Nur zur dienstlichen Verwendung

entweder von mir selbst oder von den Kolleg/-innen bereits angesprochen wurden.

Es geht mir noch einmal um die Charterflüge, die Sie für den Juni 2021 diskutiert und angeregt haben. Dazu gibt es eine Aussage von Herrn B■■■■, den ich auch bereits erwähnt habe, der im Ausschuss anführte - endgültiges Stenografisches Protokoll 20/36 I, Seite 43 -, dass es lediglich 14 Personen gegeben habe, die diesen Charterflug in Anspruch hätten nehmen wollen und können. - Woher rührt diese geringe Zahl der möglicherweise vorhandenen Nutzer für diesen Charterflug? Und war Ihnen diese Zahl überhaupt bekannt?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Ich habe ja vorhin darauf hingewiesen, dass diese auch Anregung, Wunsch, Anweisung von mir, noch vor dem Abzug der Bundeswehr zwei zivile Charterflugzeuge zur Verfügung zu stellen, eben nachher aus verschiedenen Gründen auch nicht realisiert wurde. Das eine waren Sicherheitsbedenken, das andere waren sozusagen auch Bitten aus dem diplomatischen Bereich.

Und es war zu der damaligen Situation eben auch noch so, dass es durchaus ja zivile Möglichkeiten gab, auszufliegen. Wir haben ja nachher, später auch über das Einsatzführungskommando etwa bei der Buchung und Besorgung von Flugtickets auch geholfen. Und zu den Erfahrungen vor Ort gehört auch, dass nicht jede Ortskraft direkt gesagt hat: „Ich fliege jetzt morgen, wenn es einen Charter gibt, mit meiner Familie aus“, weil man ja einfach sagen muss: Das ist für diese Menschen ja im Grunde genommen ein Beenden des Lebens, so wie sie es bisher kannten, und ein Neuanfang in einem anderen Land. Und das hat natürlich auch viele Fragen. Insofern war mir die konkrete Zahl jetzt nicht bekannt.

Aber wir haben nachher, als es auch um weitere Charterflüge ging, noch einmal über den zivilen Bereich unter Federführung AA - - hatten wir auch die Situation, dass es nur ganz geringe Zahlen gab, die damals sich gemeldet haben, Interesse angemeldet haben, sowohl was Ortskräfte BMI als auch Ortskräfte BMVg angeht. Also insofern spiegelt das ein wenig die Situation.

Trotzdem wollte ich in der damaligen Situation, kurz vor dem Abzug, eben nichts unversucht lassen an Möglichkeiten, dass Leute, Berechtigte das Land verlassen können und es nicht nachher daran scheitert, dass sie zum Beispiel nicht mehr zu einem Flugzeug kommen oder keinen Flieger mehr haben.

Jörg Nürnberger (SPD): Und wenn ich Sie jetzt richtig verstanden habe, heißt das, dass Sie nach dieser ersten Erfahrung, dass es nur wenige Personen gab, deren genaue Anzahl Sie nicht gekannt haben, die auf diesen Flieger hätten draufgehen können und wollen, dennoch einen zweiten Versuch gestartet haben und es wieder zum gleichen Ergebnis geführt hat: dass nur eine geringe Anzahl in der Lage gewesen wäre, dieses Angebot zu nutzen.

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Also, Sie haben ja richtig auch noch mal zitiert, dass es ja eine Eventualfallplanung gab, auch abgestimmt, was passiert, wenn sich die Lage massiv verschlechtert und wir Ortskräfte sozusagen evakuieren müssen. Dafür war ja vorgesehen - ich habe das vorhin erläutert -: Abholung durch zivile Charterflugzeuge und Visa upon Arrival.

Und im Zuge sozusagen der nächsten Wochen - - Das war der Punkt, wo ich mit der Bundeskanzlerin auch gesprochen hatte und wo sie gesagt hat: „Bitte, besprecht das noch mal, auch mit dem AA und unter den Ressorts“, dass wir noch mal geschaut haben: Können wir jetzt oder müssen wir jetzt schon mit Charterflügen vorangehen? - Und auch da war zuerst einmal die Situation, dass es nur sehr wenige gab. Das kann sein, dass auch aus dem 2013er-Kreis, der ja erst relativ spät in das Verfahren gekommen ist, einfach auch die notwendigen Aufnahmezusagen/Visa noch gar nicht vorhanden waren. Aber das war ein Punkt zum damaligen Zeitpunkt, wo wir noch nicht dann auch die Masse an Leuten hatten, wo wir gesagt hätten: Okay, dann macht der Charterflieger Sinn.

Aber das BMVg hat immer darauf gedrängt, dass diese Option Charterflug und Visa upon Arrival auf jeden Fall weiter beibehalten wird, weil ein-



Nur zur dienstlichen Verwendung

fach unser Impuls war: Wenn sich die Lage weiter verschlechtert, ist das möglicherweise ein Instrument, das wir brauchen - immer natürlich vorausgesetzt, dass es noch zivile Flughäfen oder zivile Teile von Flughäfen etwa am internationalen Flughafen in Kabul gibt. Und das hat sich ja dann nachher zuzeiten der militärischen Evakuierungsmission eben vollkommen geändert, weil der zivile Teil des Flughafens nicht mehr zu nutzen war, nur noch der militärische.

Jörg Nürnberger (SPD): Sie haben jetzt quasi eine obere und eine untere Grenze definiert, wo Charterflüge Sinn gemacht haben. Die untere Grenze, wenn ich Sie so - bitte korrigieren Sie mich, falls ich das falsch verstanden habe - - Für den Fall, dass es noch reguläre Linienflüge aus Afghanistan gegeben hat, mit den Menschen, die die Zusage der Aufnahme in Deutschland hatten, das Land hätten verlassen können, hat man parallel dazu Charterflüge geplant. Und gleichzeitig hat man aber auch diese Planungen unter der Voraussetzung, dass die Flughäfen gar nicht mehr nutzbar waren, dann als nicht mehr sinnvoll erachtet. - Ist dieses mein Verständnis richtig?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Also, es ist zum einen richtig, dass wir gesagt haben mit Blick auf die Frage: Wie kommen die Menschen, wenn sie sozusagen alles haben, was sie brauchen - also vor allen Dingen die Aufnahmezusage, möglicherweise auch schon das Visum durch die Amtshilfe der Bundeswehr oder später, das war ja im August der Fall, durch Visa on Arrival -, wie kommen sie de facto aus dem Land? Und da gab es eben bis zur Schließung des zivilen Teils in Kabul eben immer noch die Möglichkeit, auch zivile Flieger zu nutzen. Da haben wir auch über das Einsatzführungskommando unterstützt bei Flugbuchungen usw. usf. Wir haben aber darauf Wert gelegt, dass sozusagen alle Optionen offenbleiben, also, das heißt auch Charter, Visa upon Arrival.

Es gab auch sozusagen in Richtung militärische Evakuierungsmission, als das AA ja gesagt hat mit Blick auf die Situation vor Ort: „Es ist einfach so schwierig, dass wir das gar nicht mehr leisten können“ - - da war eigentlich klar, dass

diese Möglichkeit zumindest für die Zeit der militärischen Evakuierung verschlossen ist.

Danach, als sozusagen die Evakuierung abgeschlossen war, und in den Wochen danach hat es ja zusammen mit dem AA und vor allen Dingen auch unter Federführung des AAs eben auch die Anstrengung gegeben - da sind auch ja noch viele aus dem Land gekommen über den Landweg oder auch über Flugwege sozusagen -, das Land noch zu verlassen. Aber, wie gesagt: In dieser konkreten Situation vom 15. August bis zum Ende der militärischen Evakuierungsmission waren auch einfach die objektiven Bedingungen für zivile Charterflüge nicht mehr gegeben.

Jörg Nürnberger (SPD): Ein etwas anderes Thema: Es ging vorhin bei der Besprechung auch über das Doha-Abkommen auch darum, welche Perspektiven für die weitere Entwicklung es in Afghanistan geben wird und welche Konsequenzen der Abzug der internationalen Truppen für die weitere Arbeit in Afghanistan haben wird. Und da ist bei uns in den vergangenen Sitzungen öfter mal der Begriff „homöopathische Dosen“ aufgetaucht im Hinblick auf die Kommunikation aus dem Ministerium heraus in den parlamentarischen Raum. Das wurde - das muss man auch ehrlich sagen - dann auch gelegentlich von den handelnden Personen relativiert. Aber wenn man den Originalvermerk liest - - Im April 2020 schrieb Herr O., ein Referent in II 1, zu den UdPs Folgendes - MAT A BMVg-3.55 VS-NfD, Blatt 89 -:

„Ergänzend wird angemerkt, dass es wohl langsam an der Zeit ist, dem Leser der UdP -“

- also uns Abgeordneten -

„wie heute in der MoLA SE vom acting UAL SE III vorgeschlagen -“

- und jetzt kommt eben dieser Satz -

„in homöopathischen Dosen darzustellen, dass die Taliban sich zwar an das USA-Taliban-Abkommen halten, was dies aber für AFG und seine Zukunft bedeutet. Wir



Nur zur dienstlichen Verwendung

werden mittelfristig als Zuschauer erleben, wie Distrikte nacheinander und ausgewählte Provinzhauptstädte wie Kunduz oder Mazar-e Sharif an die Taliban fallen ...“

(Der Zeugin werden
Unterlagen vorgelegt - Sie
liest in diesen Unterlagen)

Ist Ihnen dieser Vorgang bekannt?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Das konkrete Dokument, auf das Sie sich beziehen, nicht. Ich kann auch nicht mehr mit aller Sicherheit sagen, ob das genau so - also auch in der Formulierung „homöopathische Dosen“ - in der Morgenlage vorgetragen worden ist. Aber mit Blick auf die Tatsache, dass das ein Dokument ist vom 09.04. und ich zum Beispiel in meiner Stellungnahme ja auch nach dem Beschluss des NATO-Rates zum Abschluss von Resolute Support etwa mit Blick auf die Ortskräfte gesagt habe, wie sich die Bedrohungssituation ändert, dass wir eine komplett andere Situation haben, glaube ich, kann man eher weniger von „homöopathischen Dosen“ sprechen. Es gab generell die Debatte - und das schließt die NATO ein, und das schließt auch den Verteidigungsausschuss ein -: Wie kann es nachher weitergehen in Afghanistan? Da gab es Diskussionen darüber. Sie wissen, es gab den ANA Trust Fund und anderes. Und es gibt - -

Jörg Nürnberger (SPD): Entschuldigung, diese Diskussion ist uns ja auch bekannt und wurde an anderer Stelle hier auch intensiv geführt. Mir geht es nur darum, ob es eine Politik der Hausleitung gab - und ich formuliere es jetzt bewusst provokativ -, den parlamentarischen Raum mit Informationen zu versorgen, die eben nicht völlig offen und abschließend den gesamten Kenntnisstand des Ministeriums in einer Portion Information zur jeweiligen Situation wiedergegeben haben.

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Nein, diese Politik gab es nicht. Und das hätte auch gar keinen Sinn gemacht, wenn ich im April ja gesagt habe: Ich bin bewusst auch an die Öffentlichkeit gegangen. - Und im Übrigen hat, ich glaube, der

Vorsitzende des Verteidigungsausschusses im April sozusagen diese Position: „Wir müssen mit Blick auf die Ortskräfte großzügiger werden“, auch in einer Presseerklärung unterstützt. Also, diese Öffentlichkeit herzustellen - - Mit Blick auf die Dringlichkeit, auf die sich verschärfende Lage in Afghanistan hätte es ja überhaupt keinen Sinn gemacht, sozusagen die Mitstreiterinnen und Mitstreiter, die ich brauche, auch im parlamentarischen Raum, sozusagen nicht so zu informieren, dass sie an meiner Seite in dieser Frage stehen können.

Jörg Nürnberger (SPD): Gut. - Ganz anderer Themenkomplex: Es geht mir jetzt darum - und das hat die Kollegin Nanni bereits in einem Punkt tangiert -: die Erfahrungen aus der Evakuierungsmission. Und eine der grundlegenden Voraussetzungen für eine erfolgreiche Durchführung jedweder militärischen Aktion ist natürlich, dass man ausreichend Informationen hat und die zu einem Lagebild zusammenstellt. Haben Sie damals die militärischen Fähigkeiten Deutschlands und der entsprechend auch eingebundenen Nachrichtendienste für ausreichend bewertet, ein hinreichend genaues Lagebild über die Situation in Afghanistan zu besitzen, um diese Evakuierungsmission dann auch erfolgreich durchführen zu können?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Also, das Lagebild war ja sozusagen auch während der Evakuierungsmission - so habe ich es zumindest noch in Erinnerung - zunehmend schwierig, weil ja sozusagen auch die anderen Mittel, mit denen Nachrichten und Erkenntnisse generiert werden, zurückgegangen sind im Zuge der allgemeinen Situation. Ich habe am 29. August eben auch beauftragt neben anderen Dingen, wie gesagt, die Zusammenstellung der Maßnahmen, die das BMVg von April bis zum Ende der militärischen Evakuierungsmission unternommen hatte, eine entsprechende Aufarbeitung eben auch unter dem Gesichtspunkt: Was hat funktioniert? Wo müssen wir möglicherweise auch besser werden für die Zukunft? Ich habe beauftragt sozusagen Lessons learned für Ortskräfte und Evakuierungen in anderen Einsatzgebieten, also in Sahel und im Irak, weil die Frage war: „Wenn dort etwas Ähnliches passiert, wie gehen wir damit um?“,



Nur zur dienstlichen Verwendung

weil dieses Ortskräfteverfahren zum Beispiel ja nur speziell für Afghanistan aufgesetzt war, und, wie gesagt, die militärische Analyse: Was würden wir brauchen, um den Flughafen zum Beispiel zu halten? Was braucht die EU? - Und zwei weitere Debatten waren die schnellstmögliche Umsetzung weiterer Möglichkeiten, Ortskräfte nach Deutschland zu holen. Und dann gab es noch die Debatte damals um das sogenannte Löschmoratorium mit Blick auf den ja schon angekündigten Untersuchungsausschuss.

Und insofern ist unter dem Thema „Lessons learned“ sicherlich auch noch mal zu fragen bei Abzugssituationen, wenn sozusagen die Bundeswehr komplett das Land verlässt - ich will das nur ganz allgemein formulieren -: Gäbe es dennoch Elemente, die sozusagen im Verbund mit anderen vor Ort bleiben müssten, damit man wirklich auch eigene Möglichkeiten hat, sich abzustützen, oder nicht? - Alles das sind Fragen, die aufgeworfen worden sind, von denen ich aber heute - dafür bin ich auch nicht mehr zu sehr im Thema drin - nicht sagen kann, wie das mittlerweile vom Bundesverteidigungsministerium beantwortet wird.

Jörg Nürnberger (SPD): Diese Erwartungshaltung ist bei uns auch gar nicht vorhanden. Es geht aber ja auch noch um zwei, drei Detailfragen aus diesem Bereich, den Sie ja sehr allgemein bereits dargestellt haben. Haben Sie damals die Lufttransportkapazitäten, die wir zur Verfügung haben als Bundeswehr, für ausreichend erachtet? Oder wäre es auch zum damaligen Zeitpunkt bereits wünschenswert gewesen, über größere Kapazitäten zu verfügen mit den entsprechenden militärischen Fähigkeiten wie auch Drohnenbekämpfung und Ähnliches, um den Einsatz noch effektiver durchführen zu können?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Also, wir haben damals sozusagen das geschickt, von dem die militärische Seite auch gesagt hat: Das ist das, was wir brauchen, das ist das, was auch zur Verfügung steht. - Wahrscheinlich - wir sind ja, wie gesagt - - Es gibt ja diesen Spruch: „Der Soldat lebt in der Lage“, und das gilt auch für das Minis-

terium. Wir hätten sicherlich auch bei einem zusätzlichen Bedarf noch andere Möglichkeiten gefunden.

Aber eben genau zu dieser Frage: „Militärische Analyse, was brauchen wir eigentlich, um durchhaltefähig, und zwar auch ohne Abstützung auf andere Nationen, zu sein?“ - eine Frage, die wir im Zusammenhang mit anderen sicherheitspolitischen Debatten jetzt im Zusammenhang mit Ukraine und Russland, aber auch in anderen Kontexten haben -: Das ist damals mit beauftragt worden, weil, wie ich das vorhin schon gesagt habe, es mangelt nicht an sozusagen der Kampfbereitschaft und auch der Kampffähigkeit der Soldatinnen und Soldaten, aber zum Teil die Voraussetzungen, die wir haben - sei es in Mandaten, sei es im Mindset, aber eben auch im Material -, geben das so nicht her. Und deswegen war auch klar - und zwar nicht nur für Deutschland, sondern für alle NATO-Partner -: Ohne die amerikanische Seite hätte kein NATO-Partner weiter in Afghanistan bleiben können. Das war auch innerhalb der NATO vollkommen unbestritten.

Jörg Nürnberger (SPD): Eine Sache, die die Kollegin Nanni in einem anderen Zusammenhang angesprochen hat, war die Möglichkeit, Führungsfähigkeit aufrechtzuerhalten. Da geht es ja nicht nur um Ihre persönliche Einbindung als Inhaberin der Befehls- und Kommandogewalt, sondern es geht auch um die Verbindungen zu den im Einsatz befindlichen Truppen. Und da wurde uns - ich beziehe mich wieder auf den Generalleutnant Pfeffer; vorläufiges Stenografisches Protokoll 20/74, Seite 46 - sehr eindrücklich geschildert, dass es dort Schwierigkeiten gab, die Datenkommunikation so aufrechtzuerhalten, dass das Lagebild, das wir vorhin kurz besprochen hatten, eben auch für die Einsatzkräfte zur Verfügung war. Gab es dann zu Ihrer Amtszeit noch Maßnahmen, um dieses erkannte Defizit zu verringern oder auszugleichen?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Nein, zu meiner Amtszeit nicht mehr, also nicht mehr in konkreten Schritten, weil die Amtszeit - Sie wissen ja - im Dezember geendet hat und vor allen



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dingen ja schon kurz nach der militärischen Evakuierungsmission dann auch die Phase eintritt, wo die Regierung im Grunde genommen auch nur noch geschäftsführend im Amt ist und viele weitere Punkte dann nicht mehr angestoßen werden.

Jörg Nürnberger (SPD): Eine letzte Frage, wenn ich das darf: Der Generalinspekteur Eberhard Zorn hatte auch in seiner Anhörung dazu ausgeführt, dass es sinnvoll sei, gerade auch bei solchen Missionen vorab eine internationale Zusammenarbeit möglichst intensiv zu etablieren, um unter anderem auch Stützpunkte anderer befreundeter Nationen in dritten Staaten nutzen zu können, um eine höhere Effektivität, wie es vielleicht zum Beispiel im Südsudan ja gelungen ist, tatsächlich zu erreichen. Haben Sie diese Einstellung, diese Einschätzung auch geteilt zu dem Zeitpunkt, wo Sie noch Ministerin waren?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Ja, habe ich absolut geteilt, weil ich der festen Überzeugung bin - auch noch heute -, dass wir sozusagen - ob das jetzt innerhalb der NATO ist, ob das innerhalb der EU ist, aber eben auch aus unseren Erfahrungen, etwa in den Einsätzen in der Sahelzone oder im Irak - immer auch gute Partner und gute Bedingungen vor Ort brauchen, auch in den Nachbarstaaten. Und deswegen war ich zum Beispiel bei den Einsatzreisen, wenn es um den Irak ging, auch immer in Jordanien, weil ohne die Stützpunkte in Jordanien vieles im Irak gar nicht machbar gewesen wäre; insofern hat General Zorn an dem Punkt absolut recht. Das ist eine Aufgabe, an der wir, glaube ich, mit Blick auf die Konflikte rund um die Welt sogar noch weiter und intensiver arbeiten müssen, als das bisher der Fall war.

Jörg Nürnberger (SPD): Frau Kramp-Karrenbauer, danke für Ihre Aussagen. - Wir wären damit durch.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann ist der Kollege Röwekamp wieder dran.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ich habe auch nur noch ein paar Restfragen. Ich muss noch mal kurz auf die Hubschrauber zurückkommen,

in diesem Fall aber über die Frage eines Einsatzes. Wir wissen, dass es ein Telefonat zwischen Ihnen und Ihrem Amtskollegen der Vereinigten Staaten gegeben hat, als es um den Einsatz in einer konkreten Situation ging. Und wir haben unter MAT A BMVg-5.152 VS-NfD, Blatt 347, einen E-Mail-Verkehr, der am Ende von Herrn Dr. Wächter an Sie weitergeleitet wird:

„Liebe Frau Ministerin,

Anbei nochmals die Bestätigung aus dem Pentagon, dass Ihre Nachtschicht Sinn gemacht hat.“

Können Sie sich an diesen Vorgang noch erinnern? Weshalb war es erforderlich, dass Sie mit Ihrem amerikanischen Amtskollegen über ein so konkretes Einsatzgeschehen sprechen?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Manche Ereignisse in diesen bewegten Tagen bleiben einem wirklich in Erinnerung. Und „Nachtschicht“ in dem Sinne, weil das bei uns in der Nacht war und mit Blick auf die Zeitverschiebung ich da mit Lloyd Austin telefoniert hatte; ich habe das ja vorhin kurz erläutert. Die amerikanischen Streitkräfte und das Verteidigungsministerium haben damals mit den Ereignissen, mit den schrecklichen Bildern aus Somalia, als sozusagen die Hubschrauber niedergegangen sind und auch amerikanische Soldaten getötet worden sind, eine ganz hohe Sensibilität mit Blick auf Einsätze in solchen Situationen von Hubschraubern, insbesondere natürlich dann in einer solchen Situation, wenn das auch noch Hubschrauber sind und Nationen - - also nicht die eigenen, sondern auch noch von Partnernationen.

Deswegen gibt es - und das war die Information an mich - die klare Weisung, dass solche Einsätze sozusagen von höchster Stelle, heißt: aus dem Pentagon, freigegeben werden müssen. Und das war die politische Begleitung, weil General Arlt ja über gute persönliche Kontakte auch zu seinem US-Counterpart verfügte, aber klar war: Ohne ein entsprechendes Go des Pentagon wird das nicht funktionieren.

Und das war sozusagen mein Telefonat mit Lloyd Austin, das dann dazu geführt hat, dass vor Ort



Nur zur dienstlichen Verwendung

freigegeben worden ist, aber - so weit habe ich das in Erinnerung - der Commander vor Ort gesagt hat mit Blick auf die Lage: „Bitte unsere Hubschrauber“, weil man damit auch wesentlich mehr Leute transportieren kann als mit den kleinen, die wir drin hatten. Und deswegen ist sozusagen die Mission oder dieser Hubschraubereinsatz gelaufen, aber eben nicht mit eigenem Gerät, sondern in Zusammenarbeit mit den Amerikanern.

Und es gab in einer ähnlichen Situation - Sie erinnern sich, dass die Amerikaner Ortskräfte, die sie ausgeflogen haben, zuerst einmal nach Ramstein gebracht haben und dann von dort weiter - - Und dann gab es - daran kann ich mich auch noch erinnern - auch Ablagen mit Blick auf die Fluggenehmigungen, Landegenehmigungen. Dann war das sozusagen umgekehrt, dass Lloyd Austin bei mir angerufen hat mit der Bitte, dort auch mit zu unterstützen, dass das reibungslos vonstattengeht. So eng und so, ich sage mal, pragmatisch war da unser Austausch in diesen Tagen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Vielen Dank. - War dieser Sachverhalt der einzige Anlass für das Gespräch, oder haben Sie bei der Gelegenheit auch über die Gesamtsituation in Afghanistan noch mal mit ihm sprechen können?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Also, bei diesem Telefonat ging es in der Tat nur um diesen Punkt, weil natürlich - kann man sich vorstellen - auch der amerikanische Verteidigungsminister sozusagen in einer besonderen Situation da war. Und insofern haben diese Telefonate auch in diesen Tagen - auch mit dem türkischen Amtskollegen und mit anderen - eigentlich immer nur dazu gedient, konkrete Fragestellungen vor Ort in Kabul zu klären, damit die Truppe ihren Auftrag wahrnehmen kann.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Vielen Dank. - Am nächsten Tag, am 24., 25. August, wurde eine deutsch-afghanische Großfamilie von einem Treffpunkt außerhalb Kabuls in den Flughafen eingeflogen. Und nach unseren Akten haben Sie und der damalige Generalinspekteur Zorn diese

Hubschrauberevakuierung der KSK im Kanzleramt verfolgt. Können Sie sich an diesen Vorgang erinnern? Das ist MAT A BMVg-5.145 VS-NfD, Blatt 46 bis 51. Herr Zorn schreibt am 24. August 21:

„Komme gerade aus dem Kanzleramt. Wir haben den Verlauf der Hubschrauber Operation hier verfolgt. Alles ging gut, Kanzlerin war sehr zufrieden, auch mit den Gesamtleistungen in dieser Operation.“

Zitat Ende. - Deswegen noch mal meine Frage: Können Sie sich daran erinnern, dass Sie das gemeinsam mit der Kanzlerin nachverfolgt haben?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Also, es gab ja in dieser Zeit der Evakuierung mehrere Treffen auch im Kanzleramt. Bei einem Treffen, wo ja auch die Kanzlerin Gelegenheit hatte, mit General Arlt persönlich auch zu reden - - Ich kann mich jetzt nicht mehr ganz bewusst daran erinnern, dass wir da sozusagen die Aktion selbst verfolgt haben. Aber es kann sein, dass das eines der Treffen war, wo das gerade stattgefunden hat und wo man sich die Verfolgung dann sicherlich nicht so vorstellen darf, dass wir da irgendwie am Telefonhörer live dabei waren, sondern dass wir nach Abschluss im Grunde genommen der gelungenen Mission dann aus Kabul auch das entsprechende Signal bekommen haben: Das Paket ist sozusagen auch sicher am Flughafen angekommen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Jawohl, vielen Dank. - Dann hätte ich noch einen anderen Sachverhalt. Sie haben sich persönlich dafür eingesetzt und waren auch zugegen bei der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes an General Arlt nach unseren Unterlagen. Sie haben sich auch bei dem damaligen Geschäftsträger der Botschaft in Kabul, Herrn van Thiel, in einem Schreiben persönlich bedankt für seine Leistung und diese auch gelobt. Können Sie sich an eine Diskussion erinnern, ob auch an Herrn van Thiel das Bundesverdienstkreuz verliehen wird? Und waren Sie in eine solche Diskussion eingebunden?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Ich war in eine solche Diskussion meines Wissens nicht eingebunden. Das liegt ja auch in Zuständigkeit des Auswärtigen Amtes. Der Dank auch an Herrn van Thiel ging vor allen Dingen auch zurück - das konnten wir ja live erleben in den Schalten nach Afghanistan auch im Krisenstab, wenn beide, sowohl General Arlt als auch Herr van Thiel, wirklich sehr eng zusammengearbeitet haben vor Ort - -

Und für mich vor allen Dingen auch wichtig war das Urteil von General Arlt, der gesagt hat: Das war eine sehr gute Zusammenarbeit. Und das hat uns auch sehr geholfen. - Und für mich war eben auch klar, dass mit diesem Bundesverdienstkreuz für General Arlt zum einen natürlich seine persönliche Leistung, aber - so hat er das, glaube ich, auch immer selbst empfunden - - sozusagen das auch eine Anerkennung war für all die Männer und Frauen, die in diesem Einsatz waren. Inwiefern dann nachher Diskussionen oder Entscheidungen im Auswärtigen Amt mit Blick auf Herrn van Thiel fortgeschritten sind, kann ich nicht sagen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Dann würde auch ich gerne mit Ihnen noch einmal kurz über das Thema „Ausweitung der Ortskräfte“ sprechen wollen. Uns liegt hier ein E-Mail-Verkehr aus dem Auswärtigen Amt - das ist MAT A AA-9.55 VS-NfD, Blatt 4 - vor, wo darauf hingewiesen wird, dass wohl ein Gespräch zwischen Ihnen und dem Bundesminister Seehofer stattfinden soll, aber zu diesem Zeitpunkt noch nicht stattgefunden hatte. Und im Vorfeld dieses Gesprächs wird hier gesagt: Ich hatte heute Vormittag mit Arbeitsebene im BMVg SE II 1 ein Gespräch.

„Dort gibt es Weisung, weiter so vorzugehen, als sei über Erweiterung des Berechtigtenkreises ... noch nicht entschieden.“

Und dann wird hier der Vorschlag gemacht hausintern:

„BMVg hält an der breiten Einbeziehung von Altfällen ... fest. Dass AKK im Telefonat mit BM am

Wochenende zugesagt hatte, ein Vorgehen über Einzelfall-Aufnahmen ... zu prüfen, ist also offenbar nicht dortige Hauslinie geworden.

Das BMVg scheint auch unbeeindruckt davon zu sein, dass sowohl BMI als auch BPA in der BPK gestern einer Aufweichung der Zwei-Jahres-Frist eine Absage erteilt haben.

Es wäre daher gut, wenn wir in Vorbereitung des AFG JF“

- Jour fixe -

„kommenden Dienstag Telefonate führen würden mit“

- jetzt kommt es -: Staatssekretär Engelke und Bundeskanzleramt, Hecker, um sozusagen die „fortbestehende Unterstützung“ für die Ablehnung Ihres Anliegens - - sich zu versichern.

„Ein Telefonat mit Jäger erscheint entbehrlich, da das BMZ sehr fest an unserer Seite steht.“

Was wissen Sie darüber, dass es im Vorfeld Ihrer Bemühungen offensichtlich auf Arbeitsebene die Versuche gegeben hat, den Widerstand gegen Ihren Vorschlag zu bündeln und hier sozusagen noch mal zu formieren?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Ich weiß das konkret nicht. Mit Blick auf politische Erfahrung kann man es nicht ganz aus der Lebenswahrscheinlichkeit ausschließen, dass es so etwas gegeben hat. Und es macht natürlich deutlich auf der einen Seite, dass das BMVg zumindest zu Anfang alleine auch mit seiner Position gestanden hat und dass die anderen Häuser - ich will das noch mal betonen - durchaus aus ihrer Sicht auch mit Argumenten eben eine andere Position vertreten haben und dafür auch eingetreten sind. Aber am Ende, wenn auch nicht so zügig, wie ich das gerne gehabt hätte, ist es ja trotzdem gelungen, sowohl das Verfahren zu vereinfachen als auch vor allen Dingen den Kreis zu erweitern.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Mich würde mal interessieren: Sie haben ja vorhin schon gesagt, irgendwann mussten Sie eskalieren. Können Sie uns schildern, wie das konkret aussieht? Also, wenn Sie sagen: „Ich komme jetzt mit dem Minister nicht mehr auf - - also, wir finden keine Lösung“, rufen Sie dann die Bundeskanzlerin an und sagen: „Hey, du musst da mal vermitteln“, oder wird das auf die Arbeitsebene runtergebrochen und gesagt: „Da muss es nach oben eskaliert werden“? Also, wie läuft das praktisch ab?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Also, normalerweise ist es ja so, dass das immer einen Vorlauf hat schon auf der Arbeitsebene und dass es eigentlich umgekehrt ist, dass die Arbeitsebene zurückmeldet: Also, wir kommen an dem Punkt nicht mehr weiter. Es muss sich aufschalten entweder Staatssekretär, oder das Parlament muss mit eingeschaltet werden, oder Ministerin. - So. Und das sind ja die vielen Punkte, die ich vorhin auch geschildert habe, wo es immer wieder Gespräche gab, immer wieder auch Gespräche, die nicht im Kalender sind. Das waren dann Begegnungen, Sidesteps, sei es bei gemeinsamen - - bei Plenarsitzungen, bei Fraktions-sitzungen - wie auch immer -, wo wir immer wieder auf das Thema gekommen sind. Und dann gibt es eben einfach einen Punkt, wo ich eben auch erkennen musste: Ich komme sozusagen in dieser gleichen Hierarchieebene, also der unterschiedlichen Minister, einfach nicht zu einer Lösung. Und da ist es dann aus meiner Sicht auch die Zeit, sozusagen Regierungschef oder Regierungschefin einzuschalten.

Jetzt hat da jeder auch seine eigene Methode; also von anderen Kanzlern ist bekannt, dass sie das eher mit „Basta“ oder so gemacht haben. Die Methode Angela Merkel - und die Tonalität - ist eine andere gewesen. Trotzdem: Am Ende hat sie am 16. auch wirklich mit dafür gesorgt - und dafür bin ich ihr und bleibe ihr sehr dankbar -, dass wir den Kreis erweitern konnten.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Direkt im Anschluss daran hat es dann nicht nur die - - Am Anfang gab es ja die Kritik: Das wollen wir nicht. - Und danach gab es dann die Kritik: Jetzt

kriegt das BMVg eine Lösung, und da wird gesagt, deren Ortskräfte seien viel gefährdeter als unsere Ortskräfte. - Und dann erzeugt es einen anderen Widerstand nach unserer Papierlage so nach dem Motto: Wenn das schon ausgeweitet wird, dann aber auch bitte für uns. - Können Sie uns noch mal schildern, wie Sie diese Diskussion verfolgt haben?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Also, ich habe diese Diskussion in einer anderen Form wahrgenommen, dass das Angebot - - also dass natürlich die erste Priorität war, die Ortskräfte, die per se - und das kann man einfach bei Bundeswehrortskräften sagen - gefährdeter sind als möglicherweise die, die in einem zivilen Zusammenhang gearbeitet haben - - dass diese Regelungen eben für BMVg und für BMI galten. Ich meine aber auch, in Erinnerung zu haben, dass damals die anderen Häuser auch bewusst gesagt haben: „Wir nehmen erst mal an diesem Verfahren nicht teil“ - auch mit Blick auf die Listen und auf die Benachrichtigungen - und erst später, sozusagen im August, entweder unmittelbar vor der Evakuierung oder mit Beginn der Evakuierung eben auch ihre Ortskräfte miteinbezogen haben.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay. - Dann hätte ich auch aus meiner Sicht nur noch eine Abschlussfrage. Sie haben sich in Ihrem Eingangsstatement auch bei den Soldatinnen und Soldaten ausdrücklich bedankt. Wir selber haben, glaube ich, in unseren Vernehmungen - kann ich zumindest für mich sagen - auch sehr eindrucksvoll geschildert bekommen, welche menschlicher Belastung unsere eingesetzten Kräfte vor Ort, insbesondere an den Tagen am Flughafen in Kabul, ausgesetzt gewesen sind, dass sie Entscheidungen treffen mussten, wer evakuiert werden darf, und mitteilen mussten, wer nicht auf der Liste stand. Das ist ja eine Situation, auf die man sich, glaube ich, schwer vorbereiten kann.

Jetzt ist meine Frage: Haben Sie auch Gespräche mit zurückgekehrten Soldatinnen und Soldaten geführt, gerade aus dieser Evakuierungssituation am Flughafen in Kabul? Und was ist Ihr Eindruck von den Schilderungen und den Einsätzen, was



Nur zur dienstlichen Verwendung

hat das mit der Truppe aus Ihrer Wahrnehmung als damals verantwortliche Ministerin gemacht?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Ich bin ja beim sozusagen Ende der militärischen Evakuierungsoperation zusammen mit dem GI, zusammen mit der Wehrbeauftragten und auch dem Vorsitzenden des Bundeswehrverbandes nach Taschkent geflogen und habe dort die Soldatinnen und Soldaten, die im Einsatz waren, getroffen. Wir sind ja dann gemeinsam nach Wunstorf zurückgefliegen. Und in Taschkent, als wir gelandet sind, gab es frühmorgens - das habe ich vorhin erwähnt - ein Gespräch am Flughafen mit dem Amtskollegen. Und danach, bis wir abends oder nachmittags die Clearance hatten, wegfliegen zu können - - Das ist so ein Detail, das mir im Kopf geblieben ist, weil, glaube ich, der Präsident des besagten Landes da gelandet ist, und wenn der Präsident da landet, sozusagen der gesamte Flughafen und der gesamte Flugverkehr eingestellt wird. Deswegen mussten wir warten. Und wir haben diese Zeit genutzt - das gilt für Eva Högl, das gilt auch für den Kollegen vom Bundeswehrverband und für mich persönlich und natürlich auch den GI -, sehr viele persönliche Gespräche zu führen. Und das war eine sehr eindrückliche Situation - sehr unterschiedliche Reaktionen. Ich weiß noch, dass ich mit Soldaten gesprochen habe, aus denen im Grunde genommen wie aus einem Wasserfall sozusagen alles rausgesprudelt ist, was sie in den Tagen erlebt haben. Und ich habe andere Soldaten erlebt, insbesondere auch der Spezialkräfte, von denen man ja weiß, dass sie schon sehr vieles auch gesehen haben, die sozusagen noch nicht in der Lage waren, darüber zu reden.

Aber es gab halt Schilderungen, wie schwierig das war für ja zum Teil auch junge Soldaten und Soldatinnen, zu entscheiden: Kernfamilie - die deutsche Vorstellung von Kernfamilie ist eine andere als die afghanische Vorstellung -, Fragen, dass wir dann zum Beispiel Töchter hatten, die 18 waren, die eigentlich nach der Definition nicht mehr mit können, Situationen, dass Eltern ihre Babys sozusagen Wildfremden über den Zaun in die Hand gedrückt haben nach dem Motto: „Hauptsache, das Kind ist in Sicherheit“ - das muss man sich einfach vorstellen -, bis hin

zu dem Anschlag am 26. und auch zu der Angst, als ja noch zwei Kameraden zurückgeblieben sind. Und das war sehr unterschiedlich.

Ich habe in der Vergangenheit, in den Monaten danach, auch häufiger noch mal Kameradinnen und Kameraden vor allen Dingen aus der Luftlandebrigade getroffen. Ich war ja auch mit der Kanzlerin noch mal in Seedorf; auch da sind Gespräche geführt worden. Und ich habe auch häufiger noch mal mit General Arlt gesprochen. Und auch Monate danach ist eigentlich die Meldung gewesen, dass wir bei vielen eine wirklich posttraumatische Belastungsstörung haben, auch als sozusagen Auswirkung dieses Einsatzes. Das zeigt einfach, dass das alles andere als ein normaler Einsatz war und dass er tiefe Spuren und Narben bei den Soldatinnen und Soldaten hinterlassen hat.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir sind am Ende hier. - Das Fragerecht geht zu Frau Kollegin Nanni.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke, Herr Vorsitzender. - Und ich kann eigentlich, Frau Kramp-Karrenbauer, jetzt gut anschließen an das, wie Sie aufgehört haben. Das ist ja auch einer der Gründe, warum wir hier sitzen seit jetzt über zwei Jahren und viele Zeuginnen und Zeugen vernommen haben und haufenweise Gigabyte Dokumente uns angeschaut haben. Sie haben auch schon relativ früh gemerkt, dass es wahrscheinlich einen Untersuchungsausschuss geben wird, und haben ein Löschmoratorium veranlasst. Können Sie uns noch mal kurz darstellen, wie es dazu kam und wie das vielleicht auch ressortübergreifend diskutiert wurde?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Also, es gab ja schon in der entsprechenden Sitzung des Verteidigungsausschusses entweder noch bei der laufenden Evakuierungsmission oder am Ende die Ankündigung im Verteidigungsausschuss - ich weiß nicht mehr, von welcher Fraktion -, dass es einen Untersuchungsausschuss geben wird. Und relativ schnell danach ging dann eben auch eine Debatte los und Vorwürfe waren in den Raum gestellt, dass möglicherweise versucht



Nur zur dienstlichen Verwendung

wird, Dinge zu löschen und damit nicht mehr zugänglich zu machen. Und wir haben uns dann im Haus unterhalten - ich glaube, das war insbesondere auch ein Gespräch mit Staatssekretär Hoofe, und das war einer der Aufträge, die ich an dem 29.08. auch gegeben habe - mit Blick auf das Thema Löschmoratorium, ob wir das sozusagen als Haus einseitig verhängen können für uns, weil das auch immer klar war, dass das alles gesichert wird, oder ob das regierungsintern abgesprochen werden muss. Ich kann Ihnen im Nachhinein gar nicht mehr genau sagen, wie es dann nachher gelaufen ist. Ich kann nur für das BMVg sagen, dass es auf jeden Fall ein entsprechendes Löschmoratorium auch gab.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das führt dazu, dass Sie die einzige Ministerin sind, deren Kalender wir haben. Alle anderen Häuser haben so ein Löschmoratorium nicht angeordnet, und die Kalender liegen uns entsprechend nicht vor, also zumindest nicht für Heiko Maas und für die Bundeskanzlerin und auch für den Innenminister nicht.

Sie haben aber noch was anderes gemacht, nämlich versucht, einen Aufarbeitungs- und Lessons-learned-Prozess anzustoßen. Und im Zuge dessen hat das BMVg im September einen Sachstandsbericht zur Evakuierung schon aufgeschrieben. Da beziehe ich mich jetzt auf einen Vorhalt, und zwar ist das MAT A BMVg-5.218 VS-NfD, Blatt 272 f. Das ist eine E-Mail von Herrn Schütt unter anderem an den GI. Und da heißt es:

„Aus dem soeben entgegengenommenen Telefongespräch mit dem Sonderbeauftragten des AA für AFG halte ich fest: AA hat im Rahmen einer fachlichen Prüfung "gravierende Dinge" (die nicht näher erläutert wurden) festgestellt, die gegen eine Herausgabe sprechen.“

Können Sie sich an diesen Vorgang erinnern?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: An diesen Vorgang konkret nicht. Ich weiß, dass es eine Diskussion gab, weil das Verteidigungsministe-

rium ja auch schon vor der militärischen Evakuierungsmission gesagt hatte: Wir machen den großen Abschlussappell für den gesamten Afghanistan-Einsatz. Wir wollen aber nicht den Eindruck entstehen lassen, das ist sozusagen der Appell und damit ist das Thema erledigt, sondern wir selbst wollen auch in eine Aufarbeitung und vor allen Dingen in „Was lernen wir daraus, aus den gesamten 20 Jahren in Afghanistan?“ gehen, und haben diesen ersten Schritt ja noch durchgezogen auch als Veranstaltung. Das war durchaus auch umstritten, auch mit dem Parlament; hatte natürlich alles auch etwas in Betrachtung von außen möglicherweise mit Wahlterminen zu tun.

Aber was jetzt konkret Einwände des AA gewesen sind, weiß ich nicht. Der Sachstandsbericht ist ja nachher auf jeden Fall auch veröffentlicht worden. Also, zumindest habe ich das noch so in Erinnerung.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Und weil hier in dem Vorhalt jetzt auch noch mal der Sonderbeauftragte für Afghanistan genannt wurde - das war ja der Sonderbeauftragte der Bundesregierung für Afghanistan -: Wie war denn Ihr Kontakt zu dem Sonderbeauftragten im Untersuchungszeitraum?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Zu diesem Zeitpunkt eigentlich kein oder wenig Kontakt zu ihm. Während der militärischen Evakuierungsmission waren natürlich immer die direkten Ansprechpartner oder die, mit denen wir im Krisenstab zusammen auch die Dinge besprochen haben und die Arbeitsaufträge sozusagen auch besprochen haben - - waren das natürlich die Verantwortlichen vor Ort direkt.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie lange habe ich noch?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Sechs Minuten.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehr gut, okay. - Dann würde ich nämlich jetzt noch mal ein bisschen in den Details graben. Und ich fange an mit Ihrer Rede zum Mandat, zur Verlängerung am 4. März. Das ist - so, ja, wie gebe ich



Nur zur dienstlichen Verwendung

das jetzt hier an? - „Rede der Bundesministerin der Verteidigung ... zur Fortsetzung des Bundeswehreininsatzes in Afghanistan vor dem Deutschen Bundestag am 4. März 2021 in Berlin“. Da heißt es unter anderem, es ginge darum, „dass wir die afghanischen Sicherheitskräfte nicht unkontrolliert von heute auf morgen alleinlassen“. Verzeihen Sie mir die etwas ketzerische Rückfrage, aber es ging dann schon darum, sie kontrolliert von heute auf morgen alleinzulassen?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Nein; das ist sicherlich nicht meine beste Formulierung gewesen. Aber es ging vor allen Dingen darum - - Und ich war ja, wie gesagt, auch kurz vorher noch mal in Afghanistan mit General Schütt. Und ich kann mich da erinnern, dass bei den Gesprächen, die wir auch vor Ort hatten, eben ersichtlich wurde, dass die Probleme, von denen mir General Schütt - der ja über entsprechende Afghanistan-Erfahrungen auch verfügt, insbesondere was Durchhaltefähigkeit, was, ich sage nur mal, Nachschub, Logistik usw. anbelangt - - Mir ist noch im Kopf geblieben, dass er gesagt hat: Das sind fast wieder die gleichen Probleme, wie wir sie vor so viel Jahren auch schon hatten. - Und das war mit „Kontrolle“ quasi gemeint, nicht nach dem Motto: „Wir lassen sie sozusagen jetzt auf jeden Fall allein“, sondern es war die Frage - und das war auch eine Debatte nicht nur in Deutschland, sondern eben auch in anderen Staaten -: Gibt es etwas, was als, ich sage mal, Kernstrukturen weiter zur Verfügung gestellt werden muss, damit die afghanische Armee sozusagen auch weiter agieren kann? Das verbirgt sich hinter dieser Formulierung.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist ganz interessant, dass Sie sich jetzt noch mal auf Herrn Schütt beziehen. Ich würde jetzt mal in den Mandatstext selber reingehen. Das ist Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Drucksache 19/26916. Da heißt es dann in der Begründung unter anderem:

„Durch den deutschen militärischen Beitrag im Rahmen der NATO-Mission Resolute Support konnte die Leistungsfähigkeit der afghanischen nationalen Verteidigungs- und Sicherheitskräfte an

den Standorten Masar-e Scharif und Kundus zur selbstständigen Wahrnehmung von Sicherheitsverantwortung weiter gesteigert werden.“

Worauf bezieht sich denn dann das „gesteigert“, weil - - wenn Herr Schütt sagt, es war am Ende fast so schlecht wie ganz am Anfang?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Also, es bezieht sich auf viele, viele unterschiedliche Punkte. Und ich darf auch hier ein konkretes Beispiel nennen aus meiner ersten Einsatzreise nach Afghanistan. Sie wissen, dass ich als eine der ersten Ministerinnen oder Minister seit langer Zeit auch nach Kunduz geflogen bin und dort zum Beispiel auch mit unserem Einsatzkontingent vor Ort gesprochen habe. Und da ist - vielleicht erscheint das auf den ersten Blick irrelevant, aber - - so etwas wie sozusagen eine Einführung eines klaren Verfahrens etwa für die Versorgung von Familien, von Witwen, wenn einem afghanischen Soldaten etwas passiert - - dass ein solches System eingeführt worden ist, dass sozusagen die Gelder wirklich auch ankommen. Das hat zum Beispiel - und das haben mir die Soldaten, auch die afghanischen Soldaten bestätigt - unwahrscheinlich viel zu tun mit Vertrauen in die Institutionen, Motivation usw. usf.

Und was General Schütt sicherlich auch in dem Gespräch sozusagen, als wir kurze Zeit später noch mal in Afghanistan waren, eben auch gemeint hat, war, dass man zum einen sehen muss, dass insbesondere die Spezialkräfte mit Blick auf ihren Auftrag sehr gedehnt waren, sehr überdehnt waren, also sehr belastet waren, und dass es auch die Frage war: Wie ist das Logistiksystem aufgebaut? Und da ist vieles aufgebaut worden. Das hat sich auch verbessert in der Vergangenheit. Aber was Schütt mir sagen wollte, war, dass, wenn man das alles wegnimmt, alle Unterstützung - das bezog sich natürlich insbesondere auch auf Leistungen der amerikanischen Seite -, dann sozusagen die alten Verfahrensweisen durchaus auch wiederauftauchen können. Und das war eine dynamische Entwicklung, die man einfach auch sehen muss.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie hatten gerade auch noch die Bedeutung der Moral für die Kampfkraft angesprochen. Im Mandatstext ist im Weiteren auch die Rede davon, dass die afghanischen Streitkräfte - ich zitiere - „erhebliche personelle Verluste“ erleben müssen. Können Sie sich erinnern, dass Sie das in Ihrem Haus oder auch mit den anderen Kabinettsmitgliedern mal besprochen haben, was diese erheblichen Verluste für die Moral und damit auch für die Durchhaltefähigkeit bedeuten?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Ja, natürlich. Das war Gegenstand auch der Besprechung, war später ja auch Gegenstand der Darstellungen der Situation aus Afghanistan. Ich habe ja gesagt, auf der Grundlage sicherlich auch des Doha-Abkommens haben die Taliban die Strategie „Fight and Talk“ vollzogen. Und das heißt, während sie auf der einen Seite die Friedensgespräche immer wieder hinausgeschoben haben, und zwar über ein halbes Jahr Verspätung, und ihre Zusage, die internationalen Truppen nicht anzugreifen, eingehalten haben, haben sie die Angriffe auf die afghanische Seite massiv verstärkt. Das heißt, es hat hohe Tribute gefordert zum Beispiel bei den Spezialkräften. Die Taliban haben wichtige Verkehrsverbindungen kontrolliert. Am Ende konnte man von Masar-i-Scharif nach Kabul nur noch, wenn man sozusagen Talibanposten passiert hat. Also, alles das waren zusätzliche Herausforderungen für die afghanische Armee.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Fluktuation von Führungskräften, würde ich sagen, kann man noch dazurechnen: immer wieder, immer kürzere Taktungen bei den Entlassungen usw.

Und wenn ich das jetzt alles so zusammennehme - und ich habe ja auch gesehen in den Dokumenten, wie Sie sozusagen selbst, aber auch mit Ihrem Haus immer wieder wahrgenommen haben, wie die Sicherheitslage ist -, dann erschließt sich mir noch viel weniger, mit welcher Vehemenz alle anderen Ressorts über einen Verbleib auch über den Abzug der Amerikaner hinaus überhaupt nur nachdenken konnten. Wenn Ihnen dazu noch was einfällt, wo war sozusagen dieser Wahrnehmungs-Gap, ja, also - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wobei wir schon in der Nachspielzeit sind, ne.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Wenn ich das vielleicht kurz noch beantworten darf: Ich weiß gar nicht, ob das ein Wahrnehmungs-Gap war. Aber es war vor allen Dingen ja auch die Frage, die wir, wie gesagt, durchaus auch in der NATO diskutiert haben, also zum Beispiel weitere Ausbildung von afghanischen Soldaten eben nicht in Afghanistan, sondern in NATO-Partnerstaaten oder in anderen Ländern. Es war die Frage nach Finanzierung: ANA Trust oder Weiteres. Es war die Frage nach der Zusammenarbeit auch im zivilen Bereich, weil man natürlich zu dem Zeitpunkt davon ausgegangen ist: Entweder es läuft - ich habe ja die zwei Szenarien gesagt - in einen Bürgerkrieg, oder, wie gesagt, die Taliban kommen an die Regierung, mit welchen Mitteln auch immer.

Aber alle Ansätze damals bis hin auch in die NATO waren eigentlich: Wir sind danach, in welcher Form auch immer, noch präsent im Land - jetzt nicht mit einer Militäraction, aber es gibt sozusagen weiter einen Kontakt und internationale Zusammenarbeit mit Afghanistan. Und es gab ja in der Zeit nach der MilEvakOp auch zuerst die - - nachher die ersten Diskussionen: Soll irgendjemand - - oder plant irgendjemand zum Beispiel, seine Botschaft wieder zu eröffnen? Wie ist es mit den internationalen Organisationen? Aber in der Zeit davor, bei aller veränderten Sicherheitslage, war das durchaus ein Thema, das wir immer auch im Verteidigungsausschuss noch besprochen haben, wo zum Beispiel der - - auch Kollegen, die im parlamentarischen Rat der NATO waren, genau über diese Fragen und die Debatten über diese Fragen auch berichtet haben.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann sind wir bei den Kollegen von der FDP. Herr Kollege Heidt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Peter Heidt (FDP): Ja, vielen Dank. - Ich würde anschließen bei der Sache von meiner Kollegin mit dem Schreiben der Kollegin Rottmann über die Ortskräfte und die Beantwortung. Und am 14. Januar 2021 fand dann ein Gespräch zwischen Ihnen und Herrn Seehofer statt; MAT A BMI-3.12 VS-NfD, Blatt 384. In diesem Gespräch wurde unter anderem über die Notwendigkeit der Anpassung des ressortgemeinsamen Ortskräfteverfahrens gesprochen. In dem Gespräch, spielte da das Schreiben Rottmann eine Rolle?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Dazu könnte ich mich nicht dran erinnern, konkret.

Peter Heidt (FDP): Wissen Sie noch die Position von dem Minister Seehofer und welche Ziele der Minister Seehofer in dem Gespräch verfolgt hat?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Das habe ich versucht vorhin auch noch mal darzulegen. Es waren sozusagen die unterschiedlichen Betroffenen der Ressorts, also BMI mit relativ wenig Ortskräften, eigentlich mit der Erfahrung eines eingeführten Verfahrens seit 2013, allgemeine Debatte über Sicherheitslage und Migration. Und das war zuerst eine Zurückhaltung, aber sozusagen im Laufe nachher auch, vor allen Dingen in den April hinein dann, auch die Zustimmung zu einem vereinfachten Verfahren, wenn auch noch nicht die Zustimmung zu einem erweiterten Kreis.

Peter Heidt (FDP): Dann verging ja Zeit, und einige Monate später gab es ein weiteres Gespräch zwischen Ihnen und dem Minister Seehofer. Da gab es eine Gesprächsvorbereitung. Die hat schon Ende April 2021 - - Das ist MAT A BMVg-5.93 VS-NfD, Blatt 8.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Herr Kollege Heidt, ich mache das wirklich extrem ungern, aber ich will schon sagen - Sie sind jetzt noch nicht so ganz lange wieder hier -: Wir haben manche dieser Fragen wirklich in extenso hier erörtert. Und wir wollen vermeiden auch mit Blick auf die Zeitökonomie nicht nur der Kollegen, sondern auch der Zeugen, dass wir - -

Peter Heidt (FDP): Nein, ich will ja wohin sozusagen, was bestimmt noch nicht gefragt worden ist. Da bin ich mir sehr sicher.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich wollte Sie nur darauf aufmerksam machen. Das war bei der Frage eben schon so, das habe ich laufen lassen. Ich wollte Sie nur bitten sozusagen, dass Sie im Zweifelsfall Ihre Kollegin dann auch noch mal fragen; denn wir haben hier viele Dinge sehr intensiv erörtert, und ich würde ungern - das ist in unserer Verabredung - Fragen wiederholen, jedenfalls nicht zu oft. Bitte.

Peter Heidt (FDP): Zum einen hat es dann sehr lange gedauert, bis das Gespräch tatsächlich stattgefunden hat, und zum anderen - Sie haben ja davon berichtet -, am 16.06. hat es dann die Entscheidung gegeben der Bundesregierung. Hat das da eine Rolle gespielt, dass wenige Tage später im Bundestag zum einen eine Vereinbarte Debatte, also eine Aktuelle Stunde, zu dem Thema stattgefunden hat - da haben Sie auch geredet - und ja auch ein Antrag debattiert worden ist, die Ortskräfteverfahren eben noch mal weiter zu verändern und zu beschleunigen?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Also, für mich hat das keine Rolle gespielt. Ich habe ja versucht, das Verfahren so schnell wie möglich auch nach vorne zu bringen, und habe vorhin gesagt, ich weiß nicht mehr genau, warum es jetzt der 16.06. war und nicht eine Woche vorher. Und bei dem Thema gab es eigentlich auch vor allen Dingen Diskussionen zwischen dem BMZ wegen der besonderen Situation deren Ortskräfte und dem BMVg. Das war zu dem Zeitpunkt dann eigentlich weniger ein Thema des BMI.

Peter Heidt (FDP): Ja, da will ich jetzt auch mal gern was wissen. Also, ich überlege mir das jetzt gerade mal so: Sie diskutieren gerade mit dem BMI über Monate hinweg, dass Sie es schaffen, sozusagen zurückzugehen bis zum Jahre 2013. Und dann beschließen Sie das, wie auch immer, für das Verteidigungsministerium und fürs BMI, nicht fürs AA und nicht fürs BMZ inklusive GIZ. Haben die anderen Kollegen das nicht auch dann thematisiert? Oder warum haben Sie zwischen diesen Ortskräften unterschieden?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Ich habe das erläutert, dass nach meiner Erinnerung die Situation so war, dass BMVg und auch BMI mit Blick auf die besondere Natur der Zusammenarbeit mit Ortskräften zum einen gesagt haben: „Wir nehmen für unsere Ortskräfte eine hohe Gefährdungslage wahr“, und es so war, dass die beiden anderen Ressorts eben mit Blick auf die besondere Situation und die gewünschte zivile weitere Zusammenarbeit bewusst gesagt haben, sie nehmen dieses erweiterte Verfahren noch nicht in Anspruch - nachher im August. Ich kann mich jetzt an keine Diskussion erinnern, dass die Häuser gesagt hätten: „Wir wollen sozusagen unsere Ortskräfte auch in das erweiterte Verfahren beziehen“, und es geheißen hat: „Das ist von der Zahl zu hoch, das funktioniert nicht“, sondern das war aus der Motivation der Häuser, die dann selbst entschieden haben: „Das ist für uns noch nicht das Thema“, aber eben zugestanden haben, dass es für BMVg und fürs BMI so geregelt wird.

Peter Heidt (FDP): Interessant ist immer schon, wie man zu dieser Einschätzung kommt. Wenn man mal anschaut: Todesfälle gab es unter anderem in 21 mehrere bei GIZ. Am 10.07. ist ein Pfarrer von denen bei einem Bombenanschlag gestorben. Haben das die Minister nicht gewusst, dass es diese Gefährdung gibt, oder was ist der Hintergrund?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Ich bitte um Verständnis, dass das aus meiner Sicht jetzt auch von mir etliches an Spekulationen bedarf, was Minister gewusst haben oder nicht gewusst haben, wie sie es eingeschätzt haben. Und Sie haben ja, glaube ich, noch die Gelegenheit, mit den Kollegen auch selbst zu reden.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das ist so. Wir haben die beiden Zeugen. Die kommen noch. Aber ich will schon darauf aufmerksam machen, dass natürlich auch andere Vertreter aus diesen Häusern, die Staatssekretäre, sehr ausführlich erläutert haben, was sie bewogen hat, solche Erwägungen anzustellen, nämlich in der Regel beim BMA [sic!], beim Außenministerium, der Punkt, dass man angewiesen ist - beim BMZ noch stärker -, in Ländern zu arbeiten, auch danach, und dass die Perspektive eine andere war. Das ist uns wirklich

sehr oft hier vorgetragen worden. Aber mein Vorschlag wäre, Sie fragen das in der Tat Herrn Müller und Herrn Maas.

Peter Heidt (FDP): Das werde ich auch tun. - Ich habe mir am Wochenende, weil ich damals selbst gesprochen habe bei einer der Debatten, das mal alles angeschaut, wer was gesagt hat. War schon faszinierend. Also, wenn Sie Langeweile haben, Herr Vorsitzender, machen Sie das mal. An diesem - - gab es, wie gesagt, eine Aktuelle Stunde und einen Antrag der Grünen zum Ortskräfteverfahren. Hören Sie sich die Debatte noch mal an! Schon interessant, auch welcher Tenor dort teilweise gesagt worden ist. So im Nachhinein wundert man sich da schon ein bisschen.

Ich habe am Schluss vielleicht noch eine Frage. Kollege Röwekamp hatte schon gesprochen über das Bundesverdienstkreuz. Wissen Sie noch, ob es insgesamt noch neben der - - van Thiel noch andere Personen gab, über die man nachgedacht hat wegen Bundesverdienstkreuz?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Nein, weiß ich nicht. Ich habe sozusagen auch mit unserer Entscheidungsebene, auch mit der militärischen Führung, über das Thema Arlt gesprochen, weil das ja durchaus auch die Frage hätte aufwerfen können: Warum sozusagen an einen, und warum nicht Auszeichnung an das ganze Kontingent? Aber wir waren alle der Auffassung, sozusagen stellvertretend an alle wäre das ein wichtiges Zeichen. Aber wie das in anderen Häusern gelaufen ist, kann ich Ihnen nicht sagen.

Peter Heidt (FDP): Okay, danke.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: So, dann wechseln wir noch mal zur AfD.

Stefan Keuter (AfD): Ja, vielen Dank. - Frau Kramp-Karrenbauer, hat sich Ihr Haus jemals des Hawala-Bankings bedient im Untersuchungszeitraum?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Entschuldigung, ich habe das akustisch nicht verstanden.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Stefan Keuter (AfD): Hat sich Ihr Haus am Hawala-Banking beteiligt? Also diese islamische Zahlungsart, die auch durch das Auswärtige Amt nach Afghanistan genutzt worden ist, oder - -

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Bin ich im Moment, ehrlich gesagt, überfragt.

Stefan Keuter (AfD): Okay. - Haben Sie sonst mal Zahlungen für die Taliban freigegeben oder freigegeben lassen?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Also, ich persönlich sicherlich auf keinen Fall, also zumindest nicht, dass mir das bewusst wäre. Ich habe aber vorhin gesagt, es geht ja sozusagen sowohl in den fast 20 Jahren in Afghanistan, sicherlich auch bei dem Thema „militärische Evakuierung“ auch um die Frage: Mit welchen Mitteln kann man das Ziel, das ja grundgelegt ist in den Mandaten auch des Deutschen Bundestages, erreichen? Und da ist es am Ende auch wichtig, dass die Kommandeure vor Ort die Möglichkeit haben, nach Einschätzung der Lage, auch der Gegebenheiten vor Ort agieren zu können.

Und insbesondere was das Thema „militärische Evakuierungsmission“ anbelangt, habe ich General Arlt - und das habe ich auch so in der Öffentlichkeit erklärt - sozusagen sehr deutlich gemacht, dass er freie Hand hat bei allem, was er vor Ort tut, und dass ich für alles, was er vor Ort tut, eben auch die politische Verantwortung übernehme. Und das hat dann auch nicht zu einem Mikromanagement oder Mikroführung geführt, sondern das setzt einfach Vertrauen in diejenigen, die vor Ort die Erfahrung haben und die das am besten einschätzen können.

Stefan Keuter (AfD): Es kursierte ja in den Untersuchungsunterlagen auch mal der Begriff „Talibanexpress“, also dass Taliban angeboten haben, gegen Zahlungen Personen an den Flughafen zu bringen. Für solche Aktionen - die meinen Sie damit - haben Sie dann die politische Verantwortung übernommen.

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Also, es war so: Ich habe ja vorhin gesagt, die Personen, die Menschen, die auf die Flieger sollten - - Von

allen Nationen gab es unterschiedliche Phasen, insbesondere zu Beginn. Das waren ja auch die Bilder: sehr unkontrollierte Situationen am Flughafen, Menschen, die auf eigene Faust dorthin gekommen sind. Es gab im Übrigen etwa im britischen Parlament eine Diskussion darüber, dass sozusagen die britischen Kräfte Empfehlungen ausgesprochen haben an ihre Kräfte, an den Flughafen zu kommen. Wir waren da zurückhaltender wegen der Sicherheitssituation. Und dann gab es die Kritik daran mit Blick auf den Terroranschlag, dass man die Leute quasi bewusst auch in diese gefährliche Situation geschickt hat.

Wir haben alle Wege probiert, alle Nationen. Es gab auch zwischen den USA zum Beispiel und den Taliban vereinbarte feste, ich sage mal, Transporte, wo klar war, man kann in einen - - es wird ein Bus bestückt, und der kann zum Flughafen durchfahren. Wir wissen, dass russische Staatsangehörige bevorzugt ausgeflogen worden sind und durchgelassen worden sind. Das spricht für Absprachen und für entsprechende Zahlungen auch an die Taliban.

Und wir haben eben auch durchaus gefährliche Aktionen dann auch mit unseren Kräften gemacht, indem wir in die Stadt hinein sind, um dort, sei es per Hubschrauber oder auch auf anderen Wegen, gezielt Leute wieder an den Flughafen zu nehmen. Und das Ziel war, dass wir so viel wie möglich derjenigen - und das sage ich noch mal -, die eine Berechtigung hatten, nach Deutschland zu kommen - und die Kategorien haben wir ja eben besprochen -, dass wir so viel wie möglich von denen auch aus dem Land bekommen. Und deswegen eben auch die Freiheit, wenn Arlt das Gefühl hatte, er muss auch solche Wege gehen, dass er die gehen kann, ja.

Stefan Keuter (AfD): Können Sie uns ein Gefühl dafür geben, in welcher finanziellen Größenordnung General Arlt von Ihrer Ermächtigung da Gebrauch gemacht hat?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Nein, das weiß ich nicht, und ob er davon gebraucht hat und wie er davon Gebrauch gemacht hat. Ich sehe am Ende nur, dass wir über 4 500 oder



Nur zur dienstlichen Verwendung

knapp 4 500 Menschen da rausgeholt haben. Und das ist für mich eigentlich jeden Einsatz wert.

Stefan Keuter (AfD): Gut. - Dann würde ich gerne noch über einen anderen Sachverhalt mit Ihnen reden. Frau Kramp-Karrenbauer, bekanntlich setzten Sie sich ab Mai 21 für die Aufhebung der Zweijahresfrist für BMVg-Ortskräfte ein. Diese wurde von den anderen Ressorts damals noch abgelehnt. Die Wahrnehmung Ihres eigenen Hauses bezüglich Ihres Einsatzes für die Erweiterung des Berechtigtenkreises ist auf MAT A BMI-3.418 VS-NfD, Blatt 346, dokumentiert. Die BMI-Referatsleiterin Bender schrieb an ihre Unterabteilungsleiterin Däbritz - ich zitiere; Zitat Anfang -:

„... ich habe gerade mit BMVg telefoniert: die Einschätzung des zuständigen Kollegen ist, dass AKK durchaus alle Fakten und unsere Sachargumente kennt, aber immer wieder auf den politischen Druck verweist ... Auch nach Kenntnis ... BMVg gibt es tatsächlich KEINE erhöhte Gefährdung für ehemalige Ok, dh. faktisch nehmen wir ... Personen, die gar nicht die Kriterien erfüllen.“

Zitat Ende. - Welchem „politischen Druck“ sind Sie nach dieser Aussage damals gefolgt?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Zum einen mache ich mir diese Aussage nicht zu eigen. Zum Zweiten gibt es basierend auf nachrichtendienstlichen Erkennungen und Einschätzungen - das betrifft sowohl Nachrichtendienste anderer Ressorts, aber auch das militärische Nachrichtenwesen - klare Aussagen, dass vor allen Dingen für die Zeit, wenn die Bundeswehr abgezogen ist, eine latente Gefährdung der Ortskräfte anzunehmen ist. Das ist eine andere Einschätzung. Das hat sich auch gedeckt mit den Rückmeldungen vom Einsatzkontingent, dass die Gefährdungsanzeigen massiv angestiegen sind. Und diese Gefährdungsanzeigen müssen im vereinfachten Verfahren ja vom entsprechenden Ressortbeauftragten auch auf Plausibilität eben geprüft werden. Insofern kann man da auch nicht irgendetwas aus der Luft greifen, sondern wird das dann auch getan.

Natürlich kann ich nicht ausschließen, dass es auch im BMVg Stimmen gab, die das möglicherweise anders gesehen haben, genauso wie es in der Bundeswehr Stimmen gab, die gesagt haben: All das reicht immer noch nicht aus; wir hätten noch mehr sozusagen aufnehmen müssen. - Aber am Ende ist entscheidend, was ich als Ministerin dieses Hauses auch in die politische Debatte gebracht habe.

Und zu dieser politischen Debatte gehörte eben auch, dass wir zunehmend auch in der Öffentlichkeit durchaus Diskussionen hatten, dass wir Schreiben bekommen haben mit Blick auf Ortskräfte. Und das waren nicht nur Schreiben - ich habe die vorhin erwähnt - von Amnesty International, sondern das waren Schreiben von Bundeswehrsoldaten, das waren Schreiben von ehemaligen Generälen auch, weil einfach dieses Prinzip „Kein Kamerad bleibt zurück“ ganz tief verwurzelt ist. Und das haben eben sehr, sehr viele nicht nur für sozusagen die afghanischen Soldaten definiert, mit denen sie zusammen im Einsatz waren oder die sie ausgebildet haben, die sie begleitet haben. Das galt genauso für den Dolmetscher vor Ort. Das galt genauso für denjenigen, der vielleicht im Lager mitgearbeitet hat. Also, da gab es eine ganz tiefe Emotionalität.

Und ich habe noch mal gesagt - das ist mir eben auch wichtig, und ich glaube, das kann man auch nachvollziehen - als entsprechende Ressortverantwortliche: Die Debatte darüber: „Wie gehen wir mit den Ortskräften um?“, ist am Ende des Tages in der öffentlichen Diskussion, vor allen Dingen auch hin zur militärischen Evakuierungsmi-
sion, nur geführt worden mit Blick auf die Bundeswehr. Es hieß immer: der Einsatz der Bundeswehr. Es war ja auch der Einsatz Deutschlands in Afghanistan. Es hieß immer nur: die Ortskräfte der Bundeswehr. Aber wir sprechen natürlich über viele andere; das haben ja die Kolleginnen und Kollegen eben auch deutlich gemacht. Und deswegen war es mir natürlich auch ein besonderes Anliegen, auch mit Blick auf die emotionale Verfasstheit unserer eigenen Soldatinnen und Soldaten, deutlich zu machen, dass wir unsere Verantwortung auch wahrnehmen, und auch dafür zu arbeiten, dass nicht der Ein-



Nur zur dienstlichen Verwendung

druck entsteht am Ende, diejenigen, die eigentlich sich am meisten dafür eingesetzt - - werden, sind die, die am meisten dafür kritisiert werden, auch für Entscheidungen, die andere Häuser durchaus mit guten Argumenten in ihrer eigenen Ressortzuständigkeit getroffen haben.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir sind am Ende der Befragung angekommen. Und Wertungen stehen mir nicht zu; aber ich will bei der letzten Frage dann doch sagen: Ich habe solche Fragen in der Regel nicht zugelassen. Ich war bei Ihnen sicher, dass Sie da keine Unterstützung brauchen.

Insofern sind wir am Ende der Befragung angekommen. Ich darf mich bei Ihnen bedanken, dass Sie uns zur Verfügung gestanden haben. Die - -

(Stefan Keuter (AfD): Herr Vorsitzender, wir hätten da noch abschließende Fragen! Wir würden gerne noch weiter - -)

- Ja, Sie würden manchmal manches gerne, das weiß ich. Aber wir hatten eigentlich die Runde beschlossen. Nicht mit Ihnen?

(Stefan Keuter (AfD): Uns hat da vorher keiner angesprochen, ob wir noch Restfragen haben! Es wäre sehr nett, wenn Sie noch zwei abschließende Fragen zulassen! Darauf können wir uns dann beschränken!)

- Okay.

Stefan Keuter (AfD): Vielen Dank. - Ich beziehe mich im Folgenden auf das Beweismittel MAT A AA-8.116 VS-NfD, Blatt 61. Laut einer dpa-Meldung sollen Sie nach der Ankündigung Präsident Trumps vom November 2020, die Mannstärke der US-Truppen auf 2 500 zu reduzieren, im Bundestag gesagt haben - Zitat -:

„«Wir haben gewusst, dass eine solche Truppenreduzierung möglich ist, und wir haben uns darauf vorbereitet» ...“

Zitat Ende. - Ein Beamter des Auswärtigen Amtes kommentierte Ihre Einlassung wie folgt - selbe Fundstelle -:

„Das klang bei Schütt aber ganz anders!“

Zitat Ende. - Woraufhin er eine Antwort von einem AA-Beamten hielt, der lakonisch sagte - Zitat Anfang -:

„Politik vs. Experte.“

Zitat Ende. - Wussten Sie, dass General Schütt in der Frage, ob die Bundeswehr auf die weiteren US-Truppenreduzierungen vorbereitet sei, sich anders als Sie eingelassen hatte, und, wenn ja, warum sagten Sie dem Bundestag, man sei auf dieses Szenario vorbereitet gewesen?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Also, wir haben die Planungen natürlich insbesondere oder insgesamt auch im Rahmen der NATO immer entsprechend angepasst. Und das beinhaltet dann auch, darauf zu reagieren, was passiert, wenn andere Truppensteller sozusagen ihre Zahl verringern. Und das ist auch ein normaler Prozess - auch und gerade in einem Bundesverteidigungsministerium -, dass es sozusagen Einschätzungen der Arbeitsebene gibt, auch der militärischen Ebene. Die werden auch diskutiert, und am Ende steht aber eine politische Leitungsentscheidung. Und der Punkt - -

Zum Beispiel an anderer Stelle hatten wir ja durchaus auch die Diskussion - auch eine Ankündigung des Kollegen Maas -, dass man auch darüber nachdenken kann, danach möglicherweise in Afghanistan zu bleiben. Und auch da war unsere Antwort: Das muss man diskutieren, und das geht nur dann, wenn die entsprechenden Voraussetzungen vor allen Dingen für die Sicherheit unserer eigenen Truppe auch gewährleistet sind. - Also, insofern ist das ein normaler Vorgang gewesen.

Und wenn ich nicht den Eindruck gehabt hätte, dass die entsprechenden Planungen das auch vorsehen - vielleicht nicht so viel, wie General



Nur zur dienstlichen Verwendung

Schütt das ja gerne wollte -, dann hätte ich das so sicherlich in der Öffentlichkeit auch nicht gesagt.

Stefan Keuter (AfD): Vielen Dank. - Wir kommen zur letzten Frage. Das bezieht sich auf Fundstelle MAT A BMVg-4.392 VS-NfD_Austausch. Uns liegt hier das Einsatztagebuch zur militärischen Evakuierungsoperation vor. Hierin ist auch ein Telefonat festgehalten, das die Abteilung Politik, der Unterabteilungsleiter SE II und der Chef des Einsatzstabes Evakuierungsoperation am 23. August 21 führten. Ich zitiere aus dieser Fundstelle, Blatt 166 - Zitat Anfang -:

„«Politikum» warum bisher ... so wenig DEU OrtsKr?

- 1 Frage der Priorisierung militärischen OrtsKr vor anderen Ressorts stellt sich?
2. Warum bisher nur 3 eigene OrtsKr?
3. Minister unter Druck (politisches Überleben).
4. Sicherstellen, bevorzugt eigene“

- also BMVg -

„OrtsKr herausbringen.“

Zitat Ende. - Sind Sie über den Sachverhalt informiert gewesen, dass dieses Gespräch geführt wurde, oder haben Ihre Mitarbeiter sich da ver selbstständig?

Zeugin Annegret Kramp-Karrenbauer: Nein, bin ich nicht. Und, wie gesagt, ich mache mir auch hier die Einschätzung, wann Ministerin ums Überleben kämpft und unter Druck ist oder wie das von der Arbeitsebene gesehen wird, auch - - habe mir das damals nicht zu eigen gemacht und würde mir - - das auch heute nicht tun.

Der Punkt war, dass die Federführung für die Frage „Wer ist auf den Listen, wen fliegen wir aus?“ - ich habe das ja eben gesagt - in den Prioritäten eben auch beim AA lag. Und ich habe vorhin geschildert, dass mein Eindruck war, dass insbesondere die Ortskräfte der Bundeswehr

eben auch aus Sicherheitsbedenken dann auch weniger zum Flughafen gekommen sind, weil sie auch durch die Kontrollen der Taliban besonders gefährdet waren, und dass das am Ende dazu geführt hat, dass vergleichsweise wenig Ortskräfte der Bundeswehr in dieser Zahl von knapp 4 500 mit dabei waren, aber eben mehr Personen, die sozusagen besonders zu schützen waren - deutsche Staatsangehörige auch natürlich -, und auch Ortskräfte anderer Ressorts, also etwa im Bereich der zivilen Zusammenarbeit, für die es aber zum Teil auch einfacher war und ungefährlicher war, etwa an den Flughafen zu kommen.

Und das ist natürlich ein Punkt, wo ich auf der einen Seite sage: Ich bin froh für jeden einzelnen Menschen, der es geschafft hat und den wir rausfliegen konnten, mit Blick auf diese Emotionalität der eigenen Truppe, auch der eigenen Ortskräfte, und vor allen Dingen, wenn - und ich hoffe, das konnte ich heute auch darlegen - noch mal deutlich wird, wie sehr wir alle auf den unterschiedlichen Ebenen, auch in den Monaten vorher, dafür uns eingesetzt haben, dass diese Ortskräfte eine Chance haben, das Land zu verlassen. Dass das nachher sozusagen im Rahmen der Evakuierung so schwierig war, das schmerzt einfach. Und das, glaube ich, muss ich auch - - kann man vielleicht auch nachvollziehen.

Umso positiver und dankbarer bin ich, dass wir es sozusagen im unmittelbaren Anschluss, über die sogenannten Land- und Flugwege, aber eben auch jetzt in der Zeit danach geschafft haben, doch mittlerweile einen sehr hohen Anteil dieser Ortskräfte mit ihren Familien, denen wir auch viel zu verdanken haben, wieder nach Deutschland zu holen.

Stefan Keuter (AfD): Vielen Dank, dass Sie uns heute zur Verfügung standen. - Und danke, Herr Vorsitzender, dass Sie die Fragen noch zugelassen haben.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Frau Kramp-Karrenbauer, herzlichen Dank, dass Sie uns zur Verfügung gestanden haben und die Arbeit des Ausschusses unterstützt haben.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ich wollte Sie darauf aufmerksam machen, dass die Befragung noch nicht formell abgeschlossen ist. Sie bekommen das Protokoll, haben 14 Tage Zeit, Korrekturen vorzunehmen, und erst dann wird die förmliche Beendigung festgestellt. Wir bedanken uns bei Ihnen. Alles Gute für Sie!

Und ich unterbreche die Sitzung für 15 Minuten.

(Unterbrechung von
18.08 bis 18.28 Uhr)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir setzen unsere Sitzung fort.

Vernehmung des Zeugen Olaf Scholz

Ich begrüße unseren zweiten Zeugen, den Bundeskanzler Olaf Scholz, der bereits Platz genommen hat und stelle fest, dass der Zeuge ordnungsgemäß geladen ist und den Erhalt der Ladung am 7. Mai 2024 bestätigt hat. Herr Bundeskanzler, ich heiße Sie herzlich willkommen und bedanke mich, dass Sie im Ausschuss als Zeuge zur Verfügung stehen.

Ich bin zunächst gehalten, Sie über Ihre Rechte und Pflichten als Zeuge aufzuklären. Diese Belehrung schreibt mir das Gesetz für jeden Zeugen wortgleich vor.

Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge vor einem Untersuchungsausschuss sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Das heißt, Sie müssen richtige und vollständige Angaben machen, Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Wer vor einem Untersuchungsausschuss vorsätzlich falsche Angaben macht, kann sich nach § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches strafbar machen. Solch eine uneidliche Falschaussage kann eine Geldstrafe oder eine Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren nach sich ziehen.

Auf bestimmte Fragen dürfen Sie allerdings die Auskunft verweigern. Das gilt zum einen für Fragen, deren Beantwortung Sie oder einen Ihrer Angehörigen der Gefahr zuziehen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Das können Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit sein, aber auch Disziplinar- oder berufsgerichtliche Verfahren.

Darüber hinaus dürfen sogenannte Berufsgeheimnisträger und ihre Gehilfen grundsätzlich die Auskunft in Bezug auf Dinge verweigern, die ihnen in dieser Eigenschaft anvertraut oder bekannt geworden sind.

Haben Sie dazu Fragen?

Zeuge Olaf Scholz: Nein.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann will ich Sie darauf hinweisen, dass eine Tonaufnahme gefertigt wird, um die Protokollierung der Sitzung zu erleichtern. Deshalb ist es wichtig, dass Sie Ihr Mikrofon einschalten und laut und deutlich sprechen. Die Aufnahme wird nach Abschluss der Protokollerstellung gelöscht. Das Protokoll wird Ihnen vor der endgültigen Fertigstellung übersandt.

Sollten Sie während Ihrer Vernehmung zu der Auffassung gelangen, dass Sie als VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen oder sonstige Dinge zur Sprache bringen müssen, deren öffentliche Erörterung überwiegende schutzwürdige Interessen verletzen würde, bitte ich um einen Hinweis. Der Ausschuss hätte dann über den Ausschluss der Öffentlichkeit sowie den Geheimhaltungsgrad der Sitzung zu beschließen. Es handelt sich hierbei jedoch um ein Regelausnahme-Verhältnis. Der Öffentlichkeitsgrundsatz für Beweiserhebungen in Untersuchungsausschüssen hat nach Artikel 44 des Grundgesetzes Verfassungsrang. Die Gründe für eine Ausnahme müssen daher von besonderem Gewicht sein. Und es ist der Ausschuss, der darüber befindet.

Haben Sie zu diesen Hinweisen Fragen?

Zeuge Olaf Scholz: Nein.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann komme ich nun zum Ablauf der Vernehmung. Eingangswort werde ich Sie kurz zu Ihrer Person befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie nach § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen, wenn Sie das wünschen. Anschließend oder wenn Sie darauf verzichten, werden Sie von den Mitgliedern des Ausschusses befragt. Die Fragezeit richtet sich nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen.

Wenn Sie zum Ablauf keine Fragen mehr haben, dann darf ich Sie nun bitten, sich dem Ausschuss



Nur zur dienstlichen Verwendung

zu Beginn Ihrer Ausführungen mit Ihrem Namen, Ihrem Alter, Ihrem Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen.

Zeuge Olaf Scholz: Ich bin Olaf Scholz, 66 Jahre alt, von Beruf Rechtsanwalt und gegenwärtig über das Bundeskanzleramt zu erreichen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Ich will Sie noch darauf hinweisen, dass, wenn Sie Vorhalte gemacht bekommen aus Akten, die Ihnen zur Verfügung gestellt werden können, sodass Sie das nachlesen können. Und mein Hinweis an die Kollegen ist derselbe wie immer, nämlich die Bitte, dass, wenn Fragen gestellt werden, erstens, die MAT-Nummer zuerst genannt wird, dass man das verfolgen kann, und, zweitens, Sie das beachten und bedenken, was ich zum Thema „korrektes Zitieren“ und Ähnlichem hier vorhin gesagt habe.

Wenn Sie wünschen, hätten Sie Gelegenheit, im Zusammenhang vorzutragen, was Sie zu den Angelegenheiten des Untersuchungsausschusses zu sagen haben. - Bitte schön.

Zeuge Olaf Scholz: Schönen Dank. - Schönen Dank auch für die Einladung, und - das will ich gerne ausdrücklich sagen - schönen Dank für die viele Arbeit, die Sie bisher geleistet haben und jetzt ja auch noch in größter Geschwindigkeit vor sich haben. Ich möchte ganz gerne auch zu der Aufgabe beitragen und das tun, was ich kann. Vielleicht ein paar Worte vorab.

Ich war - das ist genauso bekannt, wie dass ich jetzt Bundeskanzler bin - zu dem Zeitpunkt Bundesminister der Finanzen und Vizekanzler im Kabinett der Bundeskanzlerin Angela Merkel. Die Entwicklung in Afghanistan habe ich natürlich als Bürger, als politisch Interessierter, als Minister verfolgt. Und mein damaliges Ressort allerdings war nur in relativ geringem Umfang an den Fragen beteiligt und kein zentraler Akteur. Es gab auch keine eigenen Lageberichte des Bundesministeriums der Finanzen. Und das Bundesministerium der Finanzen war auch in dem betrachteten Zeitraum nicht im Krisenstab des Auswärtigen Amtes vertreten. Informatorische Grundlage - -

(Aufgrund von
Tonproblemen schaltet
MRn Dr. Kerstin Schultheiß
(BT) das zweite Mikrophon
des Zeugen aus)

Ich wollte es besonders gut machen. - Gut.

(Heiterkeit)

Informatorische Grundlage waren für mich daher die Lageberichte der federführenden Ressorts im Kabinett. Am Rande des Kabinetts habe ich mich darüber hinaus selbstverständlich mit einzelnen Ressortkollegen immer mal wieder besprochen zu diesem Thema. Auch habe ich, wie Sie wahrscheinlich alle wissen, an Mehrministergesprächen teilgenommen und an Schalten unter Leitung der Bundeskanzlerin zu der aktuellen Entwicklung in Afghanistan. Um die Mitte des Jahres, des Augustes, 2021, also in der heißen Phase, war ich bei telefonischen Unterrichtungen zugeschaltet, in denen die Bundeskanzlerin die Fraktionsvorsitzenden über aktuelle Entwicklungen in Afghanistan informierte. Natürlich habe ich mich mit vielen Zeitungen, Medienberichten und anderen Dingen in der Zeit beschäftigt. Deshalb wird das sicherlich auch einen Teil meiner Erinnerung mitgeprägt haben und die klare Zuordnung etwas schwer machen. Aber das Thema ist ja klar.

Natürlich habe ich die rapide Verschlechterung der Lage in Afghanistan mit Sorge betrachtet. Im Nachgang zum Doha-Abkommen im Februar 2020 war ich der Ansicht, dass zeitnah die notwendigen Vorkehrungen getroffen werden müssten, damit das Bundeswehrkontingent Afghanistan unter sicheren Umständen verlassen kann. Das ist ein Thema, das mich immer wieder umgetrieben hat, auch nach der Wahl in den USA in dem Jahr, weil ich jedenfalls für möglich gehalten habe, dass die amerikanische Regierung noch bis zum Ende ihrer Amtszeit einen kompletten Abzug durchführt. Und deshalb war das für mich immer wichtig, zu wissen: Kriegen wir unsere Soldaten da raus? Die Auskunft war, dass das möglich sein würde, wenn es drauf ankäme.

Selbstverständlich hat uns immer wieder auch die Frage des verantwortungsvollen Umgangs mit



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ortskräften beschäftigt nach der Ankündigung der damaligen US-Administration, und ich habe dabei den pragmatischen Vorschlag der Verteidigungsministerin unterstützt, den Sie wahrscheinlich hier auch erläutert hat. Selbstverständlich muss das immer alles abgewogen werden mit unseren Sicherheitsinteressen, und trotzdem, glaube ich, war das ein kluges Vorgehen, das wir dann am Ende ja auch gewählt haben.

Als sich die Lage durch Vorrücken der Taliban Mitte August 21 weiter dramatisch zuspitzte und der Fall Kabuls auch nach dem Lagebild des Krisenstabes unmittelbar bevorstand, habe ich die rasche Evakuierung befürwortet. Rasches, situationsgerichtetes Handeln war für mich auch bei der Frage entscheidend, ob wir für die Evakuierung ein neues Mandat brauchen. Mir war wichtig, dass es keine zeitlichen Verzögerungen gibt, und ich hätte auch einen Weg möglich gefunden, mit dem vorhandenen Mandat die Evakuierung durchzuführen. Wir haben uns schließlich anders entschieden, wie Sie wissen. Pragmatismus und enge Abstimmung mit internationalen Partnern galt für mich auch bei der Frage, ob Ramstein für die Ausreise der US-Ortskräfte genutzt werden könne. Ich habe dem zugestimmt.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Entschuldigung, Herr Bundeskanzler, ich muss Sie kurz unterbrechen. Sie müssten ein bisschen lauter sprechen, auch dass die Kollegin, die hier protokolliert, das mitverfolgen kann und mitprotokolliert und wir das hier in allen Reihen auch verstehen - eine Bitte -, oder wir müssen das Mikro ein bisschen höherdrehen.

Zeuge Olaf Scholz: Ja, gerne. Gerne. - Ich hatte jetzt erst gedacht, ich mache zwei Mikrofone an. Das wurde dann wieder geändert.

Also, das sind die Lessons learned, mit denen Sie sich ja auch beschäftigen in diesem Rahmen. Vielleicht ist das so zu beschreiben: Wir brauchen vor allem realistische Zielsetzungen für solche Einsätze. Das Nation Building ist möglicherweise nicht das, was uns in einem solchen Einsatz besonders gut gelingt. Und ich will Ihnen gerne deshalb noch mal sagen, dass mich sehr beeindruckt hat, was nach dem Ende des Einsatzes

der amerikanische Präsident, also Mitte August, gesagt hat.

„Our mission in Afghanistan was never supposed to have been nation building. It was never supposed to be creating a united, centralized democracy. ...“

Our mission to degrade the terrorist threat of al Qaeda in Afghanistan ... was a success.

Our decades-long effort to overcome centuries of history and permanently change and remake Afghanistan was not ...“

Und ich glaube, das ist etwas, was wir miteinander auch im Blick haben müssen. Das gilt auch für die Frage der Exit-Strategien, über die bei solchen Einsätzen in Zukunft diskutiert werden müssen.

Was wir sicherlich auch brauchen, ist ein realistisches, zutreffendes Lagebild. Sie werden jetzt noch viel genauer als ich wissen, dass es immer wieder Einschätzungen gegeben hat, die nicht darauf hinausgelaufen sind, das zu dem genauen Zeitpunkt Kabul fällt, wo es dann auch tatsächlich der Fall war. Und deshalb ist es auch gut, dass Sie sich mit dieser Frage beschäftigen, weil wir ja dafür ein Verständnis entwickeln müssen, wie es dort plausible Einschätzungen geben kann für die Zukunft.

Viel mehr möchte ich zum Anfang nicht sagen und Ihnen die Gelegenheit geben, mir alle Fragen zu stellen, die Sie mir stellen möchten.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Dann steigen wir in die Befragung ein. Und zu nächst mal möchte ich Sie fragen, Herr Bundeskanzler, wie Sie sich auf die heutige Sitzung vorbereitet haben.

Zeuge Olaf Scholz: Ich habe mich vorbereitet mit den Unterlagen, die das BMF dem Ausschuss zur Verfügung gestellt hat und die ich auch zur Verfügung gestellt bekommen habe. Das ist das, was ich als Grundlage meiner heutigen Ausführung und als Erinnerungstütze nutze.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Welche Rolle und in welchem Umfang hat das Thema Afghanistan die Bundesregierung, der Sie angehört haben als Bundesminister der Finanzen - - Welche Rolle hat das gespielt, welchen Umfang hat das eingenommen?

Zeuge Olaf Scholz: Es hat immer wieder eine Rolle gespielt, ist diskutiert worden bei den verschiedensten Gelegenheiten. Sie kennen die Termine der Mehrministergespräche, Sie kennen auch einige der Themen davon. Ich habe eben schon darauf hingewiesen, dass mich insbesondere im Vorjahr des endgültigen Abzugs und des Falls von Kabul, die Frage interessiert hatte, ob wir unsere Soldaten rechtzeitig rausbekommen, falls die amerikanische Regierung schneller abziehen würde, als es damals vereinbart war.

Und selbstverständlich hat es immer auch Diskussionen über die Frage gegeben, ob der von den USA mit den Taliban vereinbarte Rückzugsprozess genau der richtige ist. Aber es hat sich schnell herausgestellt, dass die neue amerikanische Administration unter Präsident Biden der Meinung war, man sollte sich in dem vereinbarten Rahmen halten und den nicht verändern. Auch eine Frage übrigens, die bei der Terminierung, bei der Dauer des verlängerten Mandats eine Rolle gespielt hat, nämlich wie lang man das machen muss. Da kann man ja hin- und herwägen. Am Ende haben wir es ein bisschen länger gemacht, als es nach diesem Abzugsplan nötig gewesen wäre. Und das hat auch reflektiert, dass sich abgezeichnet hat, dass die amerikanische Regierung sich ungefähr an dem Ablauf orientieren will, den sie oder ihre Vorgänger, die Vorgängeradministration mit den Taliban vereinbart hatte.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Die Abteilung L Ihres Hauses war für die Koordinierung der von den SPD-geführten Ressorts zuständig, und obwohl das mit dem Vizekanzler ja sozusagen ein De-facto-Amt ist, aber keines, was sonstige Beschreibungen enthält, die für die Öffentlichkeit komplett nachvollziehbar wären, würde mich interessieren, wie die Form der Koordinierung der Aktivitäten der SPD-geführten Ressorts ausgesehen hat, bezogen auf diese Frage. Vielleicht

können Sie uns das ein bisschen näher erläutern, welche Formen der Zusammenarbeit es da gegeben hat, welchen Umfang das hatte, bis zu welchen Details Sie sich haben informieren lassen, wie man sich da so eine Steuerung vorzustellen hat.

Zeuge Olaf Scholz: Es ist, wie gesagt, immer diskutiert worden über diese Frage, auch unter den Kabinettsmitgliedern, die das ja alles bewegt. Ich habe auf die Treffen schon hingewiesen, bei denen das eine besondere Rolle gespielt hat. Ansonsten ist es so gewesen, dass das natürlich auch unter den sozialdemokratischen Ministern und Ministerinnen ein Thema gewesen ist - der Außenminister war ja auch Teil dieser Ministerriege -, und wir haben uns immer mal wieder damit befasst, aber nicht sehr unterschiedlich, als die Diskussionen im gesamten Kabinett gewesen sind.

Eine Frage hat immer eine Rolle gespielt: Wie kann man die Möglichkeit schaffen, dass die Ortskräfte ausreisen können? Da ist ja am Ende der Vorschlag relevant gewesen, den die Verteidigungsministerin gemacht hat, und das ist auch unterstützt worden von den sozialdemokratischen Ministerinnen und Ministern.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Aus den uns vorliegenden Unterlagen geht hervor, dass der Staatssekretär Gatzer regelmäßig für das BMF an der Staatssekretärsrunde zu Afghanistan und Mali teilgenommen hat. Inwiefern haben Sie sich mit dem Staatssekretär Gatzer zu den Ergebnissen dieser Runden ausgetauscht? Oder hat er Ihnen berichtet? Wie intensiv haben Sie sich darum gekümmert?

Zeuge Olaf Scholz: Wir haben über die Dinge gesprochen, allerdings mit dem Staatssekretär mehr über Fragen, die sich aus BMF-Sicht ergaben, und das waren nicht sehr viele, wie man sehen kann. Es gab natürlich immer die Frage der Finanzierung der verschiedenen Themen. Und ansonsten ist das etwas, das eine Rolle gespielt hat, aber jetzt nicht im Vordergrund gestanden hat.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir müssen doch noch ein bisschen was an der Lautstärke machen; denn wir verstehen das, aber oben - wir haben ja eine öffentliche Sitzung, Herr Bundeskanzler - auf der Tribüne die Kollegen können dem sonst überhaupt nicht folgen und die Zuschauer auch nicht. Deswegen müssten wir das jetzt irgendwie technisch versuchen zu lösen. Vielleicht geht es auch mit dem anderen besser. Wir verstehen es gerade noch, aber auf der Tribüne ist es nicht mehr zu verstehen, und das ist ja nicht der Sinn der Sache.

So, wir versuchen das jetzt noch mal, und meine nächste Frage geht dahin, inwieweit Sie sich regelmäßig mit dem damaligen Außenminister Heiko Maas ausgetauscht haben zu Entwicklungen in Afghanistan und ob das - - Wie weit ging das sozusagen von Ihnen aus, oder gab es da regelmäßige Formen, dass der Außenminister Ihnen berichtet hat, oder wie hat man sich das vorzustellen?

Zeuge Olaf Scholz: Ich erinnere nicht, dass wir einen Afghanistan-Termin hatten. Dass wir aber über das Thema gesprochen haben, das ist immer wieder der Fall gewesen am Rande von Sitzungen, im Rahmen der Sitzung, die hier ja als Mehrministergespräche angeführt worden sind, und auch bei anderen Gelegenheiten. Insofern war das ein Thema, das ja nicht nur die Öffentlichkeit, sondern auch jemand, der Verantwortung in der deutschen Politik hat, sehr umgetrieben hat. Ein paar Fragestellungen habe ich ja schon erwähnt. Und natürlich hat uns immer wieder die Frage bewegt: Wie lange - - Also, wie wird die Regierung stabil sein können? Schafft sie es überhaupt, stabil sein zu können am Anfang und sich gegen den Druck der Taliban zu wehren? Da waren ja, wie Sie wissen, die Einschätzungen der Dienste, auch ausländischer Dienste, am Anfang sehr zuversichtlich.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Für das Jahr 2020 ist in den Akten, die wir haben - und das sind ja ziemlich viele - wenig zu finden - was ja auch aufgrund der Zuständigkeiten des BMF nicht so verwunderlich ist. Aber immerhin: Am Abend des 24. November nehmen Sie an einem Treffen auf Ministerebene im Bundeskanzleramt teil;

das haben wir entnommen im Kalender der ehemaligen Verteidigungsministerin, MAT A BMVg-5.219 VS-NfD, Blatt 44; Anlage 34. Und aus einem Dokument des Auswärtigen Amtes, MAT A AA-8.283 VS-NfD, Blatt 44 - Anlage 35 - geht hervor, dass dieses Treffen auf Ihre Bitten hin zustande gekommen ist.

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Kurz vor dem Treffen hatte der damalige US-Präsident Trump angekündigt, die US-Truppen in Afghanistan massiv zu reduzieren. Können Sie uns erläutern, was das mit dem Treffen auf sich hat und ob das tatsächlich auf Ihre Bitte hin stattgefunden hat und was, natürlich sicherlich nicht im Detail, die Ausrichtung dieses Treffens gewesen ist?

Zeuge Olaf Scholz: Ich erinnere mich dunkel, dass es auf meine Bitte hin zustande gekommen ist, und unterstelle also aufgrund Ihrer Nachfrage, dass es auch tatsächlich so war. Und das Gespräch - - Die Gespräche in dieser Zeit - - und das dann wohl bei diesem Treffen war für mich ausdrücklich wichtig, weil ich wissen wollte: Was passiert, wenn der scheidende Präsident Trump noch vor Ende seiner Amtszeit die amerikanischen Truppen aus Afghanistan abzieht, und schaffen wir es dann, unsere auch abzuziehen?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wie haben Sie damals den Umstand bewertet, dass der amerikanische Präsident ein Abkommen mit den Taliban schließt und - - Sie müssen das Mikrofon zwischendrin leider immer an- und ausmachen.

Zeuge Olaf Scholz: Ich habe nur eins an.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ja, das müssten Sie immer ausmachen, wenn ich spreche, und ich muss meins ausmachen, wenn Sie sprechen, sonst pfeift es.

Zeuge Olaf Scholz: Gut.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Jetzt könnte es gehen. Okay. Ja, wir kriegen das auch technisch



Nur zur dienstlichen Verwendung

hin. - Also noch mal zurück. Wie haben Sie damals das Doha-Abkommen bewertet und die Tatsache, dass der amerikanische Präsident Trump eine Vereinbarung mit den Taliban schließt, ohne die afghanische Regierung einzubeziehen und auch ohne die Verbündeten einzubeziehen? Wie haben Sie die Folgen eingeschätzt zum damaligen Zeitpunkt, die das haben könnte?

Zeuge Olaf Scholz: Ich glaube, dass ich hier kein Geheimnis mehr verrate, wenn ich sage, dass die deutsche Regierung das nicht richtig gefunden hat, dass direkt mit den Taliban eine Vereinbarung unter Umgehung der afghanischen Regierung zustande gekommen ist, und natürlich haben wir uns gefragt, welche Folgen und Konsequenzen das hat. Ich persönlich hätte es gut gefunden - und ich denke, aber auch alle anderen -, wenn eine Vereinbarung zustande gekommen wäre, in die die afghanische Regierung auch mit einbezogen gewesen wäre. Übrigens ist das auch einer der Gründe, warum ich dann diese Nachfragen gestellt habe, über die gesprochen worden ist.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Inwieweit haben Sie sich als Vizekanzler mit der Bundeskanzlerin über dieses Thema ausgetauscht, und mögen Sie uns verraten, ob die Einschätzung zu dieser Frage konsensual gewesen ist zwischen Frau Merkel und Ihnen oder ob es da unterschiedliche Einschätzungen gegeben hat?

Zeuge Olaf Scholz: Wir haben uns ja fortlaufend unterhalten bei den verschiedensten Gelegenheiten und nicht nur bei denen, die Sie in Ihren Unterlagen finden, weil wir uns wegen des Themas getroffen haben. Aber wenn man sich trifft, spricht man ja auch über die Dinge, die von Bedeutung sind, mal so, und insofern hat das immer mal wieder eine Rolle gespielt. Ich habe jetzt keine konkrete Erinnerung an ein konkretes Gespräch, aber meine - - Ich gehe davon aus oder erinnere mich so, dass die Bundeskanzlerin keine andere Einschätzung zu dieser Frage hatte wie die, die ich Ihnen eben mitgeteilt habe.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ein Thema, was uns hier sehr beschäftigt hat und eine große Rolle

gespielt hat bis heute - ich habe gerade vorhin gehört, dass ein Flug mit ehemaligen Ortskräften aus Afghanistan heute oder morgen in der Bundesrepublik ankommt; es ist also ein Thema, das bis heute eine Rolle spielt -, war der Umgang mit den Ortskräften der verschiedenen Ressorts, die unterschiedlich lang in unterschiedlichen Funktionen für Deutschland gearbeitet haben. Und die Bundesregierung hat ein Leitbild für den Umgang mit Ortskräften. In diesem Leitbild ist von Fürsorgepflicht für die Ortskräfte eine Rede. Mich würde interessieren, erstens, wie Sie das bewerten. Welche Fürsorgepflicht hat die Bundesregierung für ihre Ortskräfte? Und ist die Bundesregierung aus Ihrer Sicht dieser Fürsorgepflicht nachgekommen?

Zeuge Olaf Scholz: Ich bin nicht sicher, ob ich das Leitbild kenne. Ich glaube nicht. Aber ich nehme an, da stehen die richtigen Dinge drin, dass man nämlich sich fürsorglich zeigen muss.

Was die Frage betrifft: Was müssen wir tun? Wir müssen sicherstellen, dass diejenigen, die sich für uns einsetzen, nicht später deswegen in Gefahr geraten; das ist ja das Thema, das auch den Ausschuss hier mit motiviert hat und auch bewegt, und das ist auch meine Auffassung. Natürlich ist das eine Sache, die immer konkret bewertet werden muss. Es gibt ja sehr viele unterschiedliche, die vor Ort etwas tun, mit ganz unterschiedlichen Qualifikationen und zeitlichen Engagements. Aber trotzdem bleibt da eine Verantwortung für diejenigen, die für uns gearbeitet haben, und das gilt natürlich auch, was den konkreten Fall Afghanistan betrifft.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Mit der endgültigen Entscheidung Mitte April 2021 zum Abzug aller internationalen Truppen spätestens bis zum 11. September hat sich ja dann die Debatte zum Umgang mit den gefährdeten Ortskräften verschärft. Die Verteidigungsministerin hat nach der endgültigen Abzugsentscheidung angekündigt und - Sie haben uns das eben bei der Befragung gerade eben noch mal unterstrichen - auch öffentlich dafür geworben, die Ortskräfte in Sicherheit zu bringen, die da besonders gefährdet waren. Herr Staatssekretär Wolfgang Schmidt, den wir das letzte Mal gehört haben, hat am 18. April



Nur zur dienstlichen Verwendung

2021 eine dpa-Meldung dazu an Staatssekretärin Leendertse und Staatssekretär Berger im Auswärtigen Amt und an Staatssekretärin Sudhof im BMJV - das ist MAT A AA-9.13 VS-NfD, Blatt 68; Anlage 36 - weitergeleitet. Wolfgang Schmidt hat an den Rand dieses Vermerks geschrieben:

„Olaf bat darum:

Können wir sicherstellen, dass es aus den A-Ressorts keine Bedenken gibt?“

Im Betreff heißt es dann:

„Passt Ihr da mit auf? Danke, w“

Offenkundig ist mit „w“ Wolfgang Schmidt und mit „Olaf“ der Finanzminister gemeint. Können Sie uns erläutern, wie es zu der Bitte gekommen ist? Hatten Sie Befürchtungen, was die A-Ressorts angeht, dass es da Bedenken geben könnte, oder worauf geht das zurück?

Zeuge Olaf Scholz: Ich kenne den konkreten Vermerk nicht aus eigener Anschauung - ich weiß, dass es ihn gibt, auch durch die Vorbereitung hier -, aber ich will gerne ausdrücklich sagen, dass das etwas ist, über das wir gesprochen haben in verschiedenen Gesprächszusammenhängen. Und deshalb war mir wichtig, dass wir uns dafür einsetzen, dass möglichst pragmatische Lösungen gefunden werden, so wie die Verteidigungsministerin das ja auch vorgeschlagen hatte.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Sind Ihnen weitere Fälle Erinnerung, wo Sie sich unmittelbar sozusagen eingeschaltet haben oder wo der Staatssekretär Schmidt in Ihrem Auftrag tätig geworden ist? Denn wir haben ja hier von vielen Zeugen gehört, dass das ein, sagen wir mal, nicht im Deutschlandtempo vorangegangener Prozess war, sich zu verständigen, wie umgegangen werden soll mit den Ortskräften, sondern in einer eher etwas mühseligen Art und Weise zwischen den Ressorts, unterschiedlichen Sichten der Ressorts, Innenministerium auf der einen Seite und BMZ auf der anderen - - BMZ auf der einen Seite und das Verteidigungsministerium auf der anderen Seite. Kurzum, das war also ein längerer Prozess - wir haben ja viele Zeugen dazu befragt -

und meine Frage ist, ob Sie sich häufiger eingeschaltet haben oder ob Ihr Eindruck war: Das wird in eine vernünftige Richtung hin gelöst.

Zeuge Olaf Scholz: Es hat die Diskussionen gegeben - das ist ja allseits bekannt und berichtet -, und nicht an jeder der Debatten und jedem der Abstimmungsgespräche, die dazu stattgefunden haben, habe ich teilgenommen oder Vertreter meines Ministeriums, soweit ich das erinnere. Aber es ist jedenfalls ein Thema gewesen, und es ging um die Debatte, ob man ein möglichst einfaches, pragmatisches Verfahren wählt oder - was für das Innenministerium ja ein wichtiges Thema war - die Sicherheitskontrolle vorher durchführt; erst mal keine erstaunliche Debatte zwischen den verschiedenen Ressorts, wenn man ihre Aufgabenverteilung betrachtet. Am Ende ist die Entscheidung ja so gegangen, dass man gesagt hat, es soll das pragmatische Verfahren gewählt werden, wenn auch nicht gleich von Anfang an, wie Sie wissen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Gespräche gab es zwischen den Ressorts auch über die Frage, ob Ortskräfte mit ihren Familien durch die Bundesregierung mit Charterflügen abgeholt werden sollen. Erinnern Sie sich, ob Sie an solchen Diskussionen teilgenommen haben?

Zeuge Olaf Scholz: Ich weiß, dass darüber diskutiert worden ist, dass es auch am Ende vorbereitet worden ist, dann aber wieder auch nicht stattgefunden hat. Mir ist Erinnerung, dass zu einem bestimmten Zeitpunkt die Ansicht vertreten wurde, man kriegt alle, die jetzt reisen wollen, noch mit Linienflügen zurück. Ob das jetzt jeweils zugetroffen hat, kann ich nicht beurteilen, aber die Diskussion ging ein bisschen hin und her, war aber nicht im Mittelpunkt, weil sie als praktische Frage diskutiert worden ist; wenn ich das richtig erinnere.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Aus dem Mail-Verlauf des Auswärtigen Amtes vom 27. Juli 2021 - MAT A AA-9.43 VS-NfD, Blatt 98; Anlage 38 - - dass Sie sich mit dem damaligen Außenminister Heiko Maas im Juli zu dem Thema Charterflüge ausgetauscht haben. In der Mail heißt es - ich zitiere -:



Nur zur dienstlichen Verwendung

„BM hat ferner noch mal darum gebeten, den im Ressortkreis so empfundenen AA-Widerstand gegen Charterflüge endlich aufzugeben; BM Scholz hatte ihn darauf angesprochen.“

Können Sie sich daran erinnern?

Zeuge Olaf Scholz: Daran kann ich mich ehrlicherweise nicht gut erinnern. Ich weiß, dass wir über die Charterflüge gesprochen haben und dass es die Frage gab unter anderem: „Wie viel braucht man?“, und verschiedene andere Fragen sicher auch thematisiert worden sind. Aber ich kann mich jetzt zum Beispiel an dieses Gespräch nicht konkret erinnern; aber das Thema war da, und insofern ist da wenig einzuwenden.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich würde gerne noch mal zu dem Punkt mit den Ortskräften insofern zurückkommen: Wenn Sie das am Ende der Entwicklung, also bis zu dem Abzug aus Kabul, betrachten, auch im Vergleich zu anderen Staaten, die ihre Ortskräfte ja zum Teil ja auch aus Afghanistan zurückgeholt haben, soweit sie bedroht gewesen sind: Sind Sie der Meinung, dass das insgesamt zufriedenstellend, das Ergebnis zufriedenstellend gewesen ist, haben Sie das aus Ihrer Sicht so wahrgenommen?

Zeuge Olaf Scholz: Das Ergebnis war nicht zufriedenstellend und kann auch - gerade aus der Rückschau - nicht zufriedenstellend sein, weil natürlich die Vermutung, dass das jetzt alles mit einem Tempo vor sich gehen muss, das den späteren Fall Kabuls vorwegnimmt gewissermaßen, die Handelnden nicht geleitet hat, sondern alle waren der Meinung, dass mehr Zeit besteht, wenn ich das richtig erinnere. Das war falsch, wie wir wissen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ergibt sich daraus aus Ihrer Sicht eine Konsequenz, was den Umgang angeht mit den - - Das ist ja so ein Thema geblieben bis heute.

Zeuge Olaf Scholz: Ich glaube, dass wir solche Sicherheitslagen so präzise einschätzen müssen, dass wir dann, wenn die Gefahr groß ist, dass

wir gewissermaßen zu spät kommen mit den Evakuierungsversuchen und den Möglichkeiten, eine Ausreise zu ermöglichen, beschleunigen müssen und gucken müssen, ob wir schnellere Prozesse haben. Was ich nicht beurteilen kann: wie sehr das Tempo jetzt auch beeinträchtigt war, weil viele von den Ortskräften nicht zu jeder Zeit angenommen haben, dass es jetzt so schnell gehen muss. Das ist etwas, wo Sie jetzt wahrscheinlich mehr drüber wissen als ich.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Zu den Schwierigkeiten gehören ja unterschiedliche Dinge. Die eine Schwierigkeit bestand darin, nachdem die Botschaft angegriffen worden war, dass sie keine eigene Visaabteilung mehr hatte und die Leute, die Visa haben wollten, entweder nach Islamabad oder Neu-Delhi reisen mussten, und zwar zweimal: einmal, um es zu beantragen, und zum Zweiten, um das abzuholen. Das ist ja eine schwierige Sache, eigentlich fast unmöglich, das zu machen. Also, insofern - - Und es hat relativ lange gedauert; da ist kein Ersatz geschaffen worden. Ist das Problem nach Ihrer Erinnerung politisch diskutiert worden in der Bundesregierung?

Zeuge Olaf Scholz: Ich weiß, dass die Konsularabteilung in Kabul nicht funktioniert hat aus den genannten Gründen. Dass das jetzt den rechtzeitigen Ablauf beeinträchtigt hätte und dass das ein großes Thema gewesen ist, erinnere ich jedenfalls nicht, weil es hat auch ja zuletzt sogar noch die Einschätzung gegeben: „Möglicherweise kommen die alle mit den Linienflügen raus“ - was sich ja nicht als richtig erwiesen hat -, die dort mit diskutiert worden ist.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Jenseits der Frage, dass die Ressorts teilweise unterschiedliche Einschätzungen hatten, die was zu tun haben mit ihrer Rolle - - das BMZ, weil man eben Ortskräfte natürlich ganz oft in Regionen einsetzt, wo die Verhältnisse außerordentlich schwierig sind und man eigentlich wirklich angewiesen ist darauf, das Auswärtige Amt eher auch mit so einer Haltung, wohingegen die Bundesverteidigungsministerin ja eine ganz andere Rolle da eingenommen hat. Und ich würde mal - Sie sind ja Jurist - gerne fragen wollen: Hielten Sie das für eine juristische



Nur zur dienstlichen Verwendung

Frage, ob man die Aufnahmeverfahren für Ortskräfte vereinfachen kann, oder nicht? Also, ich nehme mal das Beispiel Visa on Arrival, dass man prüft, wenn diejenigen, die eine Zusage bekommen haben, hier angekommen sind. Darüber wurde sehr lange diskutiert, und wir haben uns oft hier die Frage gestellt - auch verschiedenen Zeugen -: Ist das eine Frage der Juristerei, also ob das juristisch geht, oder ist das eher eine Frage des politischen Willens? Wie haben Sie das bewertet?

Zeuge Olaf Scholz: Ich habe das als politische Frage gesehen; ich glaube, auch alle anderen. Dass das juristisch unmöglich gewesen wäre, das mit Visa on Arrival zu machen, ist, glaube ich, nicht diskutiert worden; jedenfalls erinnere ich mich daran nicht. Kann schon sein, aber das ist dann nicht in meiner Erinnerung. Und es ist diskutiert worden, wie die Sicherheitslage zu bewerten ist. Der Innenminister hat da seinen Standpunkt vertreten, dass man gucken muss, dass hier niemand nach Deutschland kommt, der hier besser nicht sein sollte. Und das ist ein Teil der Diskussion zwischen den zuständigen Ressorts gewesen, an die ich mich erinnere. Deshalb war ja auch, weil es Schwierigkeiten gab - um das noch mal zu sagen -, der Vorschlag der Verteidigungsministerin, wenn ich das richtig zuordne, dass man mit einer solchen pragmatischen Lösung vorgeht.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Nun haben wir in den zweieinhalb Jahren, in denen wir hier arbeiten, auch Expertenanhörungen gemacht, hatten amerikanische Experten zum Beispiel, die erfreulicherweise hier ausgesagt haben. Und daraus konnte man entnehmen, dass andere Länder, sagen wir mal, jedenfalls das in Teilen pragmatischer gelöst haben - die Amerikaner, indem sie die Leute nach Islamabad gebracht haben oder - - also jetzt nicht direkt nach Washington, aber jedenfalls im Zweifelsfall erst mal gesagt haben: Wir schauen, dass wir unmittelbar helfen, und klären die Fragen danach.

Nun befinden wir uns ja in dem Jahr, wo das stattgefunden hat, im Jahr der Bundestagswahl; der Bundestagswahlkampf hatte begonnen. Und

hier ist mehrmals geschildert worden, dass insbesondere das Innenministerium sehr zurückhaltend war gegenüber der Frage, pragmatische Verfahren schneller zuzulassen. Der Staatssekretär Engelke, der hier vorgetragen hat, hat es dargelegt, aber hat sich durchaus auch selbstkritisch geäußert. Herr Seehofer, der letzte Woche hier war, hat gesagt, für Selbstkritik gebe es da eher keinen Anlass. Ich wüsste gerne von Ihnen, inwiefern innenpolitische Erwägungen eine Rolle gespielt haben bei der Frage, wie man mit dem Thema in der Bundesregierung umgeht.

Zeuge Olaf Scholz: Ich kann Ihnen nicht sagen, was in den Köpfen meiner Gesprächsteilnehmer vor sich gegangen ist. Mein Eindruck war aber, dass die Motive des Innenministers in dieser Frage sicherheitspolitisch und nicht innenpolitisch motiviert waren. Da mag ich mich täuschen, aber das, was ich erinnere, ging um die Frage: Wie kann man vermeiden, dass die falschen Leute nach Deutschland kommen? Andere - und Sie wissen ja aus dem, was Sie als Vermerk zitiert haben: auch ich - haben gesagt: Es wäre gut, wenn man eine pragmatische Lösung findet und dann hinterher klärt, ob die Leute kommen können oder nicht. - Aber das war eine Debatte, die stattgefunden hat, allerdings nicht im Hinblick auf den Wahlkampf; jedenfalls erinnere ich kein Wort des Bundesinnenministers, das in diese Richtung geht. Kann falsch sein, aber ich erinnere es nicht.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich frage das natürlich auch deswegen, weil wir Herrn Seehofer auch danach gefragt haben, der sich ja sehr kritisch gegenüber der Bundeskanzlerin geäußert hat bezogen auf die Frage, wie viele Menschen aus anderen Ländern wir als Flüchtlinge hier vertragen können - so würde ich das mal neutral formulieren -, inwiefern das eine Rolle gespielt hat bei der Beurteilung der Situation. Und bei den Ortskräften im Verteidigungsbereich war das eine überschaubare Anzahl, bei den Ortskräften mit Familienangehörigen aus anderen Ressorts war das eine erheblich größere Zahl. Dahin ging meine Frage: ob das, was da eigentlich seit 2016 diskutiert worden ist, nach Ihrer Erinnerung überhaupt noch eine Rolle gespielt hat im Kontext dieser Entscheidung oder nicht.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Olaf Scholz: Es tut mir leid, aber ich muss sagen, dass ich mich nicht erinnere, dass das für Herrn Bundesminister Seehofer zu diesem Zeitpunkt eine Rolle gespielt hat. Jedenfalls hat er es nicht verbalisiert. Und falls es der Fall gewesen ist, erinnere ich mich nicht dran. Aber ich glaube, er hat es auch nicht getan.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: In den gleichen Kontext gehört die Frage der Rückführungen nach Afghanistan. Nach MAT A AA-9.13 VS-NfD, Blatt 404 - Anlage 39 -, hat der Bundesaußenminister solchen Rückführungen eher kritisch gegenübergestanden. Die Staatssekretäre der A-Länder [sic!] haben - das sehen wir hier: MAT A AA-9.07 VS-NfD, Blatt 5; Anlage 40 - das für einen problematischen Punkt auch wieder mit Blick auf den zu dem Zeitpunkt stattfindenden Bundestagswahlkampf gesehen. Meine Frage ist: Wie haben Sie das Thema der Rückführungen nach Afghanistan zu dem Zeitpunkt betrachtet im Kontext der Sicherheitslage in Afghanistan, im Kontext der Wünsche der afghanischen Regierung, und inwiefern hat das eine Rolle gespielt im Kabinett und in der Koordinierung der A-Seite im Kabinett?

Zeuge Olaf Scholz: Ich habe mich ja auch - - bin da ja auch öffentlich zu angesprochen worden, wenn ich das richtig erinnere. Und ich habe immer richtig gefunden, dass man, solange es irgendwie geht, Straftäter nach Afghanistan zurückführt - neuerdings übrigens ja auch wieder dafür gesorgt, dass es geht.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Erinnern Sie sich daran, welche Haltung die afghanische Regierung dazu eingenommen hat? War das Gegenstand von Erörterungen im Kabinett nach Ihrer Erinnerung?

Zeuge Olaf Scholz: Nein. Also, ich habe keine Erinnerung.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann würde ich gerne einen Punkt nachfragen, der zu dem Aufgabengebiet gehört, das uns der Bundestag übertragen hat mit dem Untersuchungsausschuss, der aber bisher so gut wie gar nicht erörtert worden ist, nämlich die Kosten für zum Beispiel die Eva-

kuierungsoperation und das, was damit verbunden war. Und auch da würde mich interessieren, welche Position Sie als Finanzminister dazu hatten. Zuständig war dafür Staatssekretär Gatzer, wenn ich das richtig weiß. Was gab es da für eine Linie von der Führung des Hauses, und hat die sich unterschieden von denen anderer Ressorts, oder gab es darüber strittige Diskussionen? Können Sie uns das ein bisschen schildern, wie die Finanzierungsfragen bezogen auf den Einsatz betrachtet worden sind?

Zeuge Olaf Scholz: Ich erinnere keine strittigen Diskussionen und insbesondere nicht zu der Frage der Evakuierung, die finanziert worden ist und wo das in meiner Erinnerung auch niemandem Sorge gemacht hat.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: In der Vorlage für die Kabinettsitzung am 18. August 2021 - das ist MAT A BMF-3.80 VS-NfD, Blatt 137 - wurde von rund 40 Millionen Euro Ausgaben für den Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte zur militärischen Evakuierung ausgegangen. Erinnern Sie sich, wie das - jedenfalls ungefähr - zustande gekommen ist?

Zeuge Olaf Scholz: Nein. Es war die Absicht, zu bezahlen, was zu bezahlen ist, und es ist dann abgesichert worden, dass wir die Evakuierung hinkriegen müssen. Und dass das keine Frage sein kann, was das kostet, ist ja wohl offensichtlich.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Trifft es zu - dazu haben wir keine Akten, aber das kann man aus Zeugenaussagen so schließen -, dass gesagt worden ist, dass Sie als Bundesfinanzminister gesagt haben sollen, dass jedenfalls die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden, auch wenn das zu dem Zeitpunkt nicht so richtig kalkulierbar war, wie viel das sein würde? Ist das eine zutreffende Beschreibung Ihrer Haltung?

Zeuge Olaf Scholz: Das entspricht dem, was ich ja eben versucht habe auszudrücken. Meine Haltung war: Das muss jetzt gemacht werden, und die Mittel müssen wir dafür zur Verfügung stellen. - Wie ich das ausgedrückt habe, erinnere ich



Nur zur dienstlichen Verwendung

nicht; aber das ist jedenfalls die Einstellung, mit der ich mich dann auch geäußert haben werde.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Erinnern Sie sich im Nachhinein, ob die Mittel dann auskömmlich gewesen sind? Oder hat das hinterher noch eine Rolle gespielt, nachdem der Abzug erfolgt ist?

Zeuge Olaf Scholz: Weiß ich nicht. Kann kein Problem gewesen sein. Ich habe keine Erinnerung mehr dran.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ein anderes Thema, was auch eine finanzielle Frage war, war die Soforthilfe für afghanische Geflüchtete. Am 16. August 2021 haben Sie gegenüber der Deutschen Presse-Agentur - - Das müsste die MAT-Nummer - - Also, das ergibt sich aus der Webseite der Bundesregierung; das ist gar keine MAT-Nummer. Es ergibt sich aus der Webseite der Bundesregierung, dass Sie gegenüber der Deutschen Presse-Agentur erklärt haben, die Bundesregierung plane, 100 Millionen Euro Soforthilfe für internationale Hilfsorganisationen in den Nachbarländern Afghanistans, die Geflüchtete aus Afghanistan aufgenommen haben, zur Verfügung zu stellen. Können Sie uns erläutern, wie das zustande gekommen ist?

Zeuge Olaf Scholz: Nein. Das werde ich gesagt haben - wir haben ja auch Soforthilfen möglich gemacht -, aber zu den Abläufen kann ich keine Erinnerung mehr haben. Das war wichtig, dass wir das Notwendige in der Zeit tun, und wir haben uns bemüht, alles hinzukriegen. Aber ich habe jetzt keine Akten vorliegen, aus denen ich das stützen kann.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Auf der Webseite der Bundesregierung werden Sie zitiert mit dem Satz:

„Dies ist ein erster Schritt, der zeigt, dass wir uns verantwortlich fühlen und uns“

um die Flüchtlinge

„kümmern.“

Zeuge Olaf Scholz: Genau.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das ist das Zitat, das sich darauf bezieht.

Zeuge Olaf Scholz: So ist meine Erinnerung: dass wir alles getan haben, um das Notwendige zu tun. Mir ist auch wichtig gewesen - das will ich allerdings sagen, weil ich das an verschiedenen Stellen auch zum Ausdruck gebracht habe -, dass wir gerade auch wollten, dass möglichst viele von den afghanischen Flüchtlingen in der Nachbarschaft Schutz finden und dass sie dort auch Unterstützung finden, damit es keine Weiterwanderung geben muss und damit sie auch ortsnah eine Perspektive entwickeln können. Insofern ist das mit meiner allgemeinen Erinnerung zum Thema alles kongruent, was Sie vortragen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Sie haben vorhin ja eingangs erwähnt, dass das Bundesfinanzministerium nicht beteiligt war an den Krisenstabssitzungen. Gleichwohl hat die Frage der Sicherheitslage in Afghanistan eine enorm große Rolle gespielt. Danach haben wir auch den Staatssekretär Schmidt befragt, der hier ausgesagt hat in der letzten Sitzung. Und insofern hat es eine große Rolle gespielt, als man den Eindruck haben musste, dass jedenfalls die Entscheidung, die Evakuierung der Botschaft vorzunehmen, relativ spät gefallen ist, und der Bundesnachrichtendienst eine Einschätzung abgegeben hat, die jedenfalls davon ausging - auch noch kurz vor dem Fall Kabuls -, dass das länger dauern könnte. Was ist Ihnen von dieser Diskussion erinnerlich, und wie bewerten Sie diese Situation mit dem Wissen, das Sie darüber haben?

Zeuge Olaf Scholz: Mir ist - und es wäre natürlich übertrieben, zu sagen: in jeder Einzelheit - - aber mir ist sehr wohl erinnerlich, dass die Einschätzungen des Bundesnachrichtendienstes immer so waren, dass es nicht jetzt sofort passiert, sondern noch etwas dauert. Die Zeitläufe waren immer kürzer, und auch die Einschätzungen im Verlaufe der Offensive der Taliban waren so, dass man immer überrascht wurde von der Entwicklung, die dann doch schneller vorangegangen ist als vorhergesagt und vermutet. Das war bis zuletzt so, und deshalb ist es, wie Sie beschrieben



Nur zur dienstlichen Verwendung

haben, auch ein bisschen hektisch geworden, am Ende eine Entscheidung zu treffen auch für die Evakuierung der Botschaft - gerade noch rechtzeitig, würde ich sagen. Und natürlich wäre es gut, es gäbe bessere Einschätzungen. Wenn ich das richtig erinnere, sind die Einschätzungen von Partnerdiensten und anderer Länder auch nicht viel besser gewesen. Aber am Ende macht das ja - - ist das ja keine so gute Sache. Wir brauchen einen Weg, wie wir herausfinden können - - solche Einschätzungen in solchen schwierigen Lagen besser treffen zu können, als das der Fall gewesen ist - wünschte ich mir.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Jetzt sind Sie selbst Bundeskanzler, und das Kanzleramt hat die Aufsicht über die Nachrichtendienste. Und meine Frage ist: Erinnern Sie sich daran, dass das eine Konsequenz hatte, diese Feststellung, dass das jedenfalls Einschätzungen waren, die bezogen auf den Zeitpunkt danebengelegt haben? Hatte das eine Konsequenz? Ist damit umgegangen worden nach Ihrer Erinnerung?

Zeuge Olaf Scholz: Natürlich ist die Frage in den Diensten sicher bewertet worden; das weiß ich allerdings nicht aus eigener Anschauung. Aber der Wunsch ist auch von der früheren Bundeskanzlerin formuliert worden, dass es gut wäre, man würde dort realistischere Einschätzungen haben. Und ich gehe davon aus, dass all das, was unternommen worden ist von den Verantwortlichen, auch von dem Kanzleramtsminister, dabei hilft, dass man sich bemüht, so gute Einschätzungen wie möglich zustande zu kriegen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Zu dem Einsatz in Afghanistan, der der größte, längste und teuerste Einsatz war in der Geschichte der Bundesrepublik und der ja auch nicht von ungefähr diesen Ausschuss hier beschäftigt, gehört auch, dass man sich sozusagen am Ende fragt, ob es Lehren gegeben hat, die daraus gezogen werden. Wir haben eigentlich jeden Zeugen hier gefragt, was aus seiner Sicht eigentlich die Lessons learned sind aus dieser ganzen Angelegenheit. Mögen Sie uns teilhaben lassen an dem, was Ihre Einschätzung dazu ist?

Zeuge Olaf Scholz: Eine Bemerkung würde ich gerne vorweg machen. Wenn ich das richtig sehe, dann hat der gesamte Einsatz von 2002 bis 2021 etwa 17 Milliarden Euro gekostet. Das ist in etwa die Summe, die wir heute für die Unterstützung der Ukraine im Jahr aufwenden, wenn man alles zusammenpackt, was man da mit einrechnen könnte, nicht an militärischer Hilfe allein, sondern auch, was die Flüchtlingsaufnahmen und andere Dinge betrifft - also schon ein ganz erheblicher Betrag. Und deshalb ist das der teuerste Einsatz gewesen und auch der langwierigste, aber Aufwendungen zur Sicherung von Menschen und zur Schaffung der Sicherheit in Europa - in diesem Fall - haben wir auch heute noch, die ganz erheblich sind - - sondern auch erheblicher als dieser große Einsatz. Das ist nicht das Thema dieses Ausschusses, aber ich wollte die Dimension einmal darstellen, weil sie mich jedenfalls bewegt.

Ich glaube, das Wichtigste ist, dass man das sehr ernst nimmt, was Präsident Biden gesagt hat; deshalb habe ich das versucht eingangs auch zu zitieren. Es ist wichtig, dass man seine Möglichkeiten richtig einschätzt. Das, was uns dahin geführt hat, war der Angriff auf die Vereinigten Staaten durch Terroristen, die in Afghanistan beheimatet waren. Es ging um den Schutz gegen terroristische Anschläge. Wir haben dann militärisch das erreicht und viele andere Ziele ebenfalls erreicht. Aber die Idee, die den einen oder anderen vielleicht bewegt hat, dass dort mithilfe dieses Einsatzes innerhalb kürzester Zeit ein Staat entsteht, der so ist wie die Bundesrepublik Deutschland oder vergleichbare Staaten, die war jedenfalls nicht richtig. Ich habe das nicht so gesehen, aber es hat ja viele gegeben, die das für möglich gehalten haben. Und deshalb ist es aus meiner Sicht schon so, dass man zurückhaltend sein soll, wenn es um Nation Building und andere Fragen geht. Am Ende müssen Prozesse der Demokratie und der Entwicklung auch aus dem Land heraus getragen werden.

Und meine persönliche Einschätzung, die ich auch nicht verhehlen will, ist, dass die fast kampflöse Aufgabe des Landes durch die Regierenden auch sehr viel damit zu tun hatte, dass ebendieser Prozess überhaupt nicht gelungen



Nur zur dienstlichen Verwendung

war, sondern ganz viele sehr auf ihren eigenen Vorteil bedacht gewesen sind und es deshalb keinen staatlich organisierten militärischen Widerstand von Bedeutung gegeben hat gegen die Offensive der Taliban, nachdem die internationalen Truppen abgezogen waren. Das ist bedauerlich und muss aber als Lehre von uns allen, als Wissen für uns, wenn wir die Zukunft betrachten, immer behalten werden.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Teil dieser Angelegenheit ist natürlich auch, dass der Deutsche Bundestag jeweils Mandate beschlossen hat, wie das ja seine Aufgabe ist. Und mich würde interessieren, inwiefern Sie als Vizekanzler, die A-Resorts koordinierend, auch beteiligt waren an Kommunikation mit dem Parlament darüber, was Ihre Wahrnehmung war, darüber, was die Mandate angeht und die Informationen gegenüber dem Parlament. Als diese Szenen in Kabul waren, die ja viele erinnern, vom Flughafen, hat das ja durchaus auch nicht nur öffentliche Bestürzung ausgelöst, sondern auch Fragen in dem Kontext nach sich gezogen. Kurzum, auch da meine Frage: Inwiefern erinnern Sie sozusagen die Diskussion mit dem Parlament in der Frage? Waren die Informationen so, dass das dem entspricht, was notwendig ist aus Ihrer Erkenntnis, um solche Mandate zu beschließen? Hatte das möglicherweise Konsequenzen für folgende Mandate, was da an Lessons learned dazu zu sagen wäre?

Zeuge Olaf Scholz: Das, was die Bundesregierung dem Parlament als Informationen hat zukommen lassen, kennen Sie. Das sind Beschlüsse gewesen, die die Bundesregierung gefasst hat. Und was darüber hinaus an Gesprächen in den Ausschüssen und anderswo stattgefunden hat, kenne ich nicht; ich war ja nicht dran beteiligt. Falls es doch so ist, dass ich irgendwo gesessen haben soll, müssten Sie mir helfen; aber ich erinnere mich nicht. Und natürlich hat es allgemeine politische Diskussionen gegeben mit Abgeordneten, an denen ich mich auch beteiligt habe. Aber im Großen und Ganzen sind das die Informationen gewesen, die die Bundesregierung dem Parlament zur Verfügung gestellt hat.

Was wir für Konsequenzen ziehen müssen, hat, glaube ich, nicht so sehr zu tun mit den Dingen, die da drinstehen, sondern wir müssen uns ja bei allen Einsätzen immer konkret fragen: Was können wir überhaupt bewirken? Welche Möglichkeiten haben wir? Was ist das, was dort vor Ort geschieht? Und deshalb ist meine feste Überzeugung, dass Biden recht hat, wenn er sagt: Es muss am Ende so etwas geben wie eine kraftvolle Gesellschaft, die durch diesen Einsatz geschützt wird, aber dann aus ihrer eigenen Kraft die Gesellschaft entwickelt. Wir werden das von außen nicht herstellen können. - Das, glaube ich, sollte man als Erkenntnis mitnehmen und müsste dann auch, wenn man mit Abgeordneten über Mandate diskutiert, bereit sein, diese Fragen zu diskutieren, ob bei den einzelnen Mandaten das gewährleistet ist.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Haben Sie den Eindruck, dass es gelungen ist, der Öffentlichkeit zu vermitteln, warum wir diesen Einsatz unterstützen, was das Ziel war und was dabei herausgekommen ist?

Zeuge Olaf Scholz: Der Einsatz war sehr berechtigt nach dem Angriff auf die Vereinigten Staaten durch Terroristen, die in Afghanistan Schutz gefunden hatten und die dort herkamen. Es gab ja auch Terroristen, die in westlichen Ländern waren, zum Beispiel auch in meiner Heimatstadt Hamburg gelebt haben und an den Terroranschlägen beteiligt waren, die diesen Militäreinsatz am Ende mit ausgelöst haben. Und insofern war es richtig, dass wir diesen Beschluss gefasst haben, die USA zu unterstützen und international zu agieren in Afghanistan. Die Frage ist, ob es richtiger gewesen wäre, rechtzeitig über einen Exit zu diskutieren, im Hinblick auf die Frage: „Wie entwickelt sich die dortige Gesellschaft?“, sodass dann dort auch die Möglichkeit bestanden hätte - vielleicht -, dass dort mehr Resilienz in der Selbstverteidigung dann möglich gewesen wäre. Aber das ist im Nachhinein schwer zu beurteilen. Ich jedenfalls wollte hier meine Haltung zu diesem Thema nicht verhehlen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Die letzte Frage, die ich Ihnen gerne stellen möchte, bezieht sich



Nur zur dienstlichen Verwendung

auf das Verhältnis zu den USA in diesem Kontext. Wir hatten schon vorhin darüber gesprochen, dass das eine einseitige Entscheidung von Präsident Trump seinerzeit gewesen ist, das Doha-Abkommen so abzuschließen, und auch seine Ankündigung, wie das funktionieren soll mit dem Rückzug - - Der Präsident Biden hat im Wesentlichen jedenfalls die Entscheidung so übernommen. Und es gab verschiedene Versuche der Bundesregierung, mit den amerikanischen Partnern über Condition-based-Abzug zu reden statt zeitbezogenen Rückzug. Meine Frage ist - Sie hatten ja auf Ihrer Ebene auch Kontakte zur amerikanischen Regierung -, ob Sie uns einen Eindruck davon vermitteln können, warum das nicht gelungen ist, weder den Deutschen noch anderen, die amerikanische Regierung zu bewegen, dass das kooperativer passiert. Man hatte den Eindruck, dass das eigentlich folgenlos war, die Versuche auch der Bundeskanzlerin, den amerikanischen Präsidenten zu bewegen, dass das kooperativer entschieden wird, was dort passiert.

Zeuge Olaf Scholz: Es hat diese Diskussion gegeben; darüber habe ich eingangs berichtet, und das sprechen Sie jetzt auch noch mal wieder an richtigerweise. Wir haben versucht, einen, wie Sie das genannt haben, Condition-based Approach zu wählen, um den Abzug der Truppen so zu organisieren, dass darüber dann auch eine bessere Stabilisierung der Regierung und der staatlichen Institutionen Afghanistans gelingen kann. Das ist nicht möglich gewesen, die USA davon zu überzeugen, aus dem ganz einfachen Grund, der auch der öffentlich erklärte ist: Diese Vereinbarung ist geschlossen. - Und in den USA war die Einschätzung überwiegend, dass, wenn man von der Vereinbarung abweicht, das zu größeren Konsequenzen im Hinblick auf das Agieren der Taliban geführt hätte, die für schwierig gehalten wurden. Deshalb ist am Ende die Entscheidung gewesen: Wir halten uns an die Vereinbarung, die die Vorgängeradministration getroffen hat.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. Das waren meine Fragen. - Dann geht das Fragerecht an die Union, zum Kollegen Röwekamp.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, vielen Dank, dass Sie uns heute als Zeuge zur Verfügung stehen. - Ich gehe davon aus, dass Ihnen in Ihrer derzeitigen Funktion die Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers nach Artikel 65 Grundgesetz bekannt ist; nach meiner Kenntnis haben Sie davon ja auch schon Gebrauch gemacht. Meine Eingangsfrage ist - weil Sie eben mit dem Kollegen Stegner ja auch über die Frage der fachlichen Meinungsverschiedenheiten der unterschiedlichen Ressorts und ihrer unterschiedlichen Interessenlagen gesprochen haben -: Gab es aus Ihrer Sicht Anhaltspunkte dafür, dass in der Zeit des Untersuchungszeitraums, insbesondere in der heißen Phase im Sommer 2021, die damalige Bundeskanzlerin von dieser ihr eingeräumten Richtlinienkompetenz hätte Gebrauch machen müssen?

Zeuge Olaf Scholz: Sie wissen, dass es nur wenige Fälle gibt, in denen richtig formal von der Richtlinienkompetenz in der Vergangenheit Gebrauch gemacht worden ist. Ich glaube, ich habe eine erhebliche Anzahl der Fälle selbst produziert, weil es so wenige sind, wenn man sich einmal zurückerinnert in dieser konkreten Situation. Und mein Eindruck ist, dass die Kanzlerin die Diskussion ja geleitet hat und versucht hat, auf eine Verständigung zwischen den Ressorts hinzuwirken, und das ist immer erst mal der richtige Weg. Insofern möchte ich sie nicht kritisieren.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Gut, das war auch nicht meine Frage, sondern die Frage war, ob es Anhaltspunkte für die Ausübung gegeben hätte.

Nun hat Ihr Amtsvorgänger in der Funktion als Vizekanzler, Herr Müntefering, einmal gesagt - Zitat -:

„Es mag zwar nur eine Richtlinienkompetenz geben ... aber zwei, die sie ausüben. Angela Merkel darf den Ministern der Union sagen, wo es langgehen soll - aber nicht denen der SPD. Das mache ich schon selbst.“



Nur zur dienstlichen Verwendung

Würden Sie diese Einschätzung teilen, dass es Aufgabe des Vizekanzlers ist, den Ministern der eigenen Partei bei etwaigen Streitfragen im Rahmen einer abgeleiteten Richtlinienkompetenz Anweisungen zu geben?

Zeuge Olaf Scholz: Die Richtlinienkompetenz ist ein sehr formaler Vorgang, und den kann die Bundeskanzlerin ausüben. Wenn Ihre Frage darauf gerichtet ist, ob ich mit den sozialdemokratischen Kollegen über wichtige Fragen in dieser Angelegenheit gesprochen habe und darauf hingewirkt habe, dass es eine einheitliche Haltung gibt, dann beantworte ich die mit Ja. Und einen Fall haben wir ja vorhin auch schon besprochen, nämlich dass der Wunsch geäußert worden ist, die pragmatischen Vorschläge der Verteidigungsministerin zu unterstützen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Genau, dieser eine Vorgang ist uns bekannt. Der ist allerdings sehr früh. Er datiert aus dem April 2021 und hatte jetzt zum Hintergrund - - Also, Ausgangspunkt war, wie Sie ja wahrscheinlich in der Vorbereitung auch gesehen haben, ein öffentliches Statement der Bundesverteidigungsministerin, wo sie die Verantwortung gegenüber den Ortskräften geschildert hat. Also, hatte keinen konkreten Bezug jetzt zur Frage „rückwirkende Verlängerung der Anspruchsberechtigten“ oder auch auf die Frage Charterflüge oder Visa on Arrival oder so was, sondern es war so ein allgemeiner Appell an die Verantwortung. Gab es einen konkreten Anlass dafür, dass Sie Ihren damaligen Staatssekretär Wolfgang Schmidt gebeten haben, eine Koordinierungsfunktion unter den SPD-geführten Ministerien herbeizuführen?

Zeuge Olaf Scholz: Na, er hat die ständig koordiniert mit mir zusammen über alle möglichen Fragen, auch natürlich die Fragen, die wir hier verhandelt haben. Und deshalb ist ja das Schreiben, das Sie kennen - oder der kleine Vermerk -, nicht ganz zufällig. Was jetzt der unmittelbare Ausgangspunkt war dafür, dass das in dem Moment erfolgt ist, müsste ich - - Müsste mir jemand auf die Sprünge helfen. Aber die Diskussion war ja da, und deshalb ist es auch so, dass ich weiß, dass wir uns in dieser Richtung verwendet haben.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Der Vermerk Ihres damaligen Staatssekretärs heißt:

„Können wir sicherstellen, dass es aus den A-Ressorts keine Bedenken gibt?“

Deswegen meine Frage: Können Sie erinnern, dass es zu dem Zeitpunkt, also im April 2021, Bedenken aus den A-Ressorts gegen einen pragmatischen Umgang mit ehemaligen Ortskräften gegeben hat?

Zeuge Olaf Scholz: Nein.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Dann hat Staatssekretär Berger auf diese E-Mail von Herrn Schmidt ausweislich - - ist immer noch - Entschuldigung, hatte ich nicht gesagt - MAT A AA-9.13, VS-NfD, Blatt 68 - - geantwortet:

„Lieber Wolfgang, haben wir in der StS-Runde AFG Freitag besprochen. Kommende Woche Ressortrunde ... BMI besteht auf Prüfung jedes Einzelfalls, wir müssen sehen was in der knappen Zeit realistisch möglich ist.
Gruss, Miguel“

Zitat Ende. - Haben Sie von dieser Rückmeldung durch Herrn Staatssekretär Schmidt damals Kenntnis bekommen?

Zeuge Olaf Scholz: Das glaube ich nicht, aber das Thema ist ja weiter im Gespräch gewesen. Insofern war klar, dass das Innenministerium nicht auf den ersten Anhieb überzeugt war.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Nun, hier ging es ja darum, ob es auf der A-Seite Bedenken gibt. Ist Ihnen danach etwas bekannt geworden, dass es auf der A-Seite Einwendungen gegen einen pragmatischen Umgang mit Ortskräften gegeben hätte?

Zeuge Olaf Scholz: Sie müssten, falls Sie das besser wissen als ich, mir auf die Sprünge helfen. Ich erinnere es nicht.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Vielen Dank. Ich kann mich nicht besser daran erinnern als Sie.

Zeuge Olaf Scholz: Sehr gut.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Wenn sich jemand erinnern kann, dann Sie.

Zeuge Olaf Scholz: Ja.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Herr Bundeskanzler, nun hat der damalige Außenminister Heiko Maas am 20. August 2021 in einem Interview gesagt - Zitat -- Also, das Interview war überschrieben mit: „Ich weiß nicht, ob man das überhaupt heilen kann“, und das Zitat, um das es mir geht, heißt:

„Die Entscheidungen, die aufgrund dieser fehlerhaften Berichte“

- gemeint ist der BND -

„getroffen wurden, sind nach bestem Wissen und Gewissen gefallen. Aber sie waren im Ergebnis falsch, mit katastrophalen Folgen.“

Zitat Ende. - Meine Frage ist: Welche Kenntnis haben Sie von fehlerhaften Berichten des BND?

Zeuge Olaf Scholz: Ich habe schon vorhin berichtet, welche Unterlagen ich als BMF gesehen habe. Das waren vor allem die Kabinettsvorlagen in diesem Zusammenhang, bei denen wir die jeweiligen Situationen betrachtet haben. Und was ich an einzelnen Dokumenten in der Zeit gesehen habe, kann ich hier nicht sagen. Aber natürlich war mir bekannt, ob nun vom Hörensagen aus dem Gespräch oder weil ich auch mal was gesehen habe, dass es immer wieder die Einschätzung gegeben hat: „So schnell kommt es nicht dazu, dass Kabul fällt“, und auch vorher Einschätzungen gegeben hat, in denen drinstand, dass die und die Region nicht so schnell von den Taliban erobert werden wird, was dann später doch anders war.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): In diesem Zitat ist ja ausdrücklich nicht von fehlerhaften Einschätzungen, sondern von fehlerhaften Berichten die Rede. Deswegen noch mal meine Nachfrage: Erinnern Sie fehlerhafte Berichte des BND?

Zeuge Olaf Scholz: Ich glaube, der Bundesminister hat da keinen Unterschied zwischen Einschätzungen und Berichten gemacht. Aber das müssen Sie ihn befragen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Werde ich gerne tun, vielen Dank. - Teilen Sie die Einschätzung des Bundesaußenministers in diesem Zitat, dass die getroffenen Entscheidungen falsch waren?

Zeuge Olaf Scholz: Das kann doch niemand bestreiten. Wenn wir gewusst hätten, wie schnell die Regierung in Afghanistan zusammenbricht, wie schnell die Taliban das Land erobern, dann hätten wir in viel größerem Ausmaß und viel schneller die Ortskräfte zum Beispiel abziehen müssen. Davon war niemand ausgegangen, dass das in dieser Geschwindigkeit geschieht, wie Sie ja aus den Berichten, die Sie sorgfältiger jetzt zu dieser Zeit gelesen haben werden als ich, entnehmen können.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Das heißt, ich verstehe Sie so, dass Sie sagen: Hätten wir früher von der Dynamik - sage ich jetzt mal mit meinen Worten - in Afghanistan etwas gewusst, dann hätten wir uns früher um die Evakuierung von Ortskräften gekümmert. - Kann ich das so verstehen?

Zeuge Olaf Scholz: Wir haben uns ja früh um die Evakuierung von Ortskräften gekümmert, aber eben nicht mit der Idee, dass es in dieser kurzen Zeit gelingen muss. Mein Eindruck ist auch, dass viele Ortskräfte auch gar nicht den zeitlichen Druck in gleicher Weise gesehen haben - einige schon, andere nicht. Das ist eben die Bewertung der Lage vor Ort gewesen, die ja, glaube ich, auch in Afghanistan für viele mit überraschenden Konsequenzen versehen gewesen ist. Niemand hatte das vorhergesagt - oder nur sehr wenige -, was da passiert ist am Ende. Und das hat dazu geführt, dass die Möglichkeit, schneller - im Hinblick auf das, was dann ganz plötzlich zuletzt passierte -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Evakuierungen vorzunehmen, nicht genutzt worden ist; ein Problem.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Nun hat es auch schon vor dem August 2021 und auch vor der Äußerung der damaligen Bundesverteidigungsministerin im April 2021 immer wieder Überlegungen gegeben, wie man sich auf eine Evakuierung von Ortskräften vorbereiten könne. Also, wir haben Kenntnis aus den Akten, dass schon unmittelbar nach dem Doha-Abkommen beispielsweise im Zusammenhang mit dem Abzug der Amerikaner und damit der internationalen Kräfte aus Afghanistan die Frage angestellt wurde: Wie gehen wir eigentlich mit einer vermehrten Anzahl von Anzeigen im Ortskräfteverfahren um? Und damals war im Auswärtigen Amt die Botschaft: Wir wollen nicht zu früh über eine Evakuierung der Ortskräfte reden, weil das das falsche Signal in das Land senden würde. - Sinngemäß; also, ich habe jetzt kein wörtliches Zitat. Ist Ihnen von dieser Diskussion etwas erinnerlich?

Zeuge Olaf Scholz: Dass ich die Berichte und die einzelnen Zusammenkünfte, von denen Sie sprechen, alle kenne, will ich hier nicht behaupten. Das würde einen falschen Eindruck erwecken, der sich nicht mit der Realität decken würde. Aber ich erinnere, dass über die Frage immer diskutiert worden ist: Wie machen wir das mit den Ortskräften? Das leitende Thema war aber natürlich auch begleitet von der Fragestellung: Wie lange hält sich die Regierung? Und am Anfang ist ja auch davon ausgegangen worden, dass sie sich vielleicht sogar sehr lange halten kann und dass es zu Arrangements vor Ort kommt. Insofern hat es da sehr viele sehr unterschiedliche Ansichten gegeben, die am Ende zu den Entscheidungen geführt haben, die wir gemeinsam kennen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Nun hat es nach diesem eben erörterten Zitat des Bundesaußenministers auch eine Stellungnahme von Ihnen gegeben. Und da heißt es zu der Frage politischer Verantwortungsübernahme durch Auswärtiges Amt von Ihnen wörtlich in der „Saarbrücker Zeitung“ vom 23.08.2021 unter der bemerkenswerten Überschrift „Die SPD ist geschlossen wie seit Jahren nicht“:

„Der Außenminister ist für diesen Vorhalt die falsche Adresse.“

Zitat Ende. - Was hat Sie bewogen, diese Äußerung im Hinblick auf die Verantwortung des Außenministers zu tätigen?

Zeuge Olaf Scholz: Ich will mich ganz klar dazu bekennen, dass ich glaube, dass der Bundesminister Maas eine sehr gute Arbeit geleistet hat, sich sehr engagiert hat, nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt hat, und deshalb habe ich den Wunsch gehabt - und daran hat sich bis heute nichts geändert -, auch deutlich zu machen, dass er sich auf mich und meine Solidarität verlassen kann, auch wenn die Sache schlecht ausgegangen ist.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Nun hat wenige Tage vorher eine Unterrichtung der Arbeitsgruppe Außen durch Staatssekretär Berger stattgefunden. Und darüber liegt uns ein Vermerk vor; das ist MAT A AA-9.80 VS-NfD, Blatt 40. Darin heißt es unter anderem:

„Deutliche Anspannung der AG wegen **medialer Kritik an BM/AA**. Positiv aufgenommen wurde das klare Eingeständnis der Fehleinschätzungen von BM noch vor anderen Ministerien. Sorge vor „weiterem Scheinwerferlicht“ auf AA durch viele Sondersitzungen verschiedener Ausschüsse. Angedacht wird Einladung Bundesminister Seehofer/BMI in den Innenausschuss. Lageeinschätzung sei durch gesamte Bundesregierung und Partner zu verantworten, nicht alleine durch AA. Dennoch werde weitere Entwicklung der Situation direkt auf das AA zurückfallen („schwarzer Peter liegt beim AA“).“

Zitat Ende. - Meine Frage ist: Haben Sie Kenntnis davon, dass die AG „Außen“ zum damaligen Zeitpunkt wegen der medialen Kritik deutlich angespannt war?

Zeuge Olaf Scholz: Ich vermute, dass es so war. Ich habe keine Kenntnis und keine Erinnerung.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Es würde mich aber wundern, wenn sie es nicht gewesen wäre.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Sind Sie in Ihrer Eigenschaft als Vizekanzler auch von Mitgliedern dieser AG „Außen“ oder anderen Bundestagsabgeordneten der SPD auf diese Entwicklung - „weiteres Scheinwerferlicht“, „Schwarzer Peter liegt beim AA“ - angesprochen worden?

Zeuge Olaf Scholz: Möglich, auch nicht unwahrscheinlich; ich erinnere mich aber nicht.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay. - Dann würde ich ganz gerne mit Ihnen auch auf ein weiteres Mehrministertgespräch zu sprechen kommen. Herr Stegner hat Sie bereits auf das vom 24. November 2020 angesprochen. Ich würde mit Ihnen gerne über das Mehrministertgespräch am 14. August 2021 sprechen und dazu die E-Mail unter MAT A BMVg-4.219 VS-NfD, Blatt 13 ff., heranziehen. Daraus ergibt sich - - Also, das ist die Mehrministerkonferenz, auf die Sie vorhin auch schon mal Bezug genommen haben, wo über die Frage der Mandatierung beispielsweise gesprochen worden ist. In dem Vermerk, der uns vorliegt, wurde aber auch darüber gesprochen, dass Herr Bundesminister Seehofer die Bitte an Herrn Bundesminister Maas gerichtet hat, nicht nur mit, wie von diesem öffentlich angekündigt,

„1-2 Charterflügen zu planen, sondern vor dem Hintergrund der jetzt schon bekannten Zahl der weiteren Antragsberechtigten (ca. 10.000 inkl. Familienangehörige) umgehend Planung für weitere Charter aufzunehmen“.

Meine Frage ist: Was erinnern Sie noch von diesem Gesprächsinhalt, und wie hat Bundesminister Maas nach Ihrer Erinnerung darauf reagiert?

Zeuge Olaf Scholz: Nichts.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Sie erinnern nichts, auch nichts an die Reaktion von Bundesminister Maas?

Zeuge Olaf Scholz: Doch, ich erinnere, dass wir gesprochen haben; ich erinnere aber jetzt nicht jedes Detail. Und dass wir immer mal wieder über Charterflüge gesprochen haben, haben wir ja vorhin schon beredet. Aber an dieses konkrete Gespräch, diesen Sachverhalt kann ich mich nicht erinnern und möchte das auch nicht nachträglich erfinden; das wäre ja schlecht. Es kann so sein.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Erfinden wäre auch keine gute Idee hier.

Zeuge Olaf Scholz: Nee.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das ist zutreffend.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU):

„BM Maas nahm Ball auf, betrieb aber wegen der geringen verbleibenden Zeit Erwartungsmanagement.“

Wenn Sie das lesen, können Sie sich dann vielleicht erinnern, dass es da eine Diskussion über die Frage „zusätzliche Charterflüge“ gab?

Zeuge Olaf Scholz: Bei mir ist nur erinnerlich, dass wir immer wieder über Charterflüge gesprochen haben, aber nicht, bei welcher Gelegenheit und was alles im Einzelnen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): In diesem Vermerk ist ein weiterer Hinweis zu der Frage des Botschaftsbetriebes. Danach haben auf Frage der Bundeskanzlerin nach dem Botschaftsbetrieb bzw. Verlegung an den Flughafen die USA und United Kingdom Außenminister Maas gesagt, dass dies derzeit geprüft werde, jedoch die Botschaft bis Ende August auf dem jetzigen Compound durchhaltefähig sei. Meine Frage ist: Erinnern Sie diese Diskussion, und was können Sie uns über die Einschätzung von Bundesminister Maas sagen?

Zeuge Olaf Scholz: Ich erinnere mich, dass wir über die Frage diskutiert haben, aber nicht mehr, wer konkret welche Position vertreten hat, und dass das notwendig ist, dass man da am Ball



Nur zur dienstlichen Verwendung

bleibt, um eine rechtzeitige Entscheidung zu treffen, was dann ja auch am nächsten Tag passiert ist.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Punktlandung, würde ich sagen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Zutreffend. - Frau Kollegin Bayram.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Sehr geehrter Herr Scholz, ich will anfangen mit MAT AA-9.36 VS-NfD, Blatt 4, und würde Ihnen das gerne vorlegen und würde auch darum bitten, dass Sie auf das Wort „Blatt“ und die Vier schauen und nicht auf die rote Eins; das lenkt manchmal so ein bisschen ab.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Jedenfalls wird dort gesagt - - Das ist vom 4. August 2021, und da wird gesagt, dass Sie diese Kabinettsitzung geleitet haben. Und auf der nächsten Seite, Blatt 5 - - Das ist ein Sprechzettel für Herrn Maas; also, das war jetzt kein Dokument, was Ihnen an dem Tag wahrscheinlich vorlag. Aber ich will zitieren - das ist der vorletzte Absatz auf dem Blatt 5; da steht -:

„AA sieht die Entwicklung der Lage in AFG mit großer Sorge. Die Bitte unserer AFG Partner, bis Anfang Oktober grundsätzlich auf Rückführungsflüge zu verzichten, ist mit Blick auf die Lageentwicklung verständlich. Die AFG Haltung müssen wir schon aus praktischen Gründen berücksichtigen, weil wir bei jeder Rückführung auf AFG Zustimmung und Mitwirkung angewiesen sind.“

Können Sie uns das einordnen, was für eine Sitzung das war und was Sie aus dieser Sorge um die Entwicklung in Afghanistan geschlossen haben?

Zeuge Olaf Scholz: Ich habe jetzt die Stelle gefunden, die Sie mir eben vorgelesen haben. Ich gehe davon aus, dass mit Rückführungsflügen Abschiebeflüge gemeint sind.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau, es geht ja um eine Kabinettsitzung, die Sie als Vizekanzler geleitet haben. Und das ist jetzt ein Sprechzettel für Herrn Maas gewesen; der wird das Thema angesprochen haben. Und für mich wäre jetzt natürlich interessant, welche Erinnerung Sie daran haben, insbesondere mit Blick auf die Lage in Afghanistan, von der in seinem Sprechzettel sozusagen ja steht, dass das Auswärtige Amt das mit großer Sorge verfolgt hat.

Zeuge Olaf Scholz: Ich möchte Sie jetzt bitten, dass Sie mir einmal sagen, worauf Sie hinauswollen, weil ich jetzt nicht weiß, ob ich den ersten Satz kommentieren soll, dass die Entwicklung mit großer Sorge betrachtet wird - das wird sicherlich eine Rolle gespielt haben -, oder auf die zweite Frage, wo es dann um Rückführungsflüge ging.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Also, es geht mir darum, dass Sie uns das mal einordnen, was für eine Sitzung das war - da steht ja eben: Kabinettsitzung unter Ihrer Leitung -, und dann eben, wie das Thema Afghanistan besprochen wurde. Und aus dieser Vorlage sehen wir, dass da auf jeden Fall Rückführungsflüge besprochen wurden. Aber vielleicht können Sie uns ja auch unterstützen bei der Aufklärung, indem Sie uns sagen, was bei dieser Sitzung am 4. August 2021 besprochen wurde.

Zeuge Olaf Scholz: Also, ich muss zugeben, dass ich mich nicht erinnere an diese Kabinettsitzung. Ich habe die Sommerkabinettsitzung des Kabinetts immer geleitet, wenn Frau Merkel im Urlaub war - das wird wohl so gewesen sein -, und ich verbinde mit dieser Sitzung keine konkrete Erinnerung. Ich kann Ihnen aber gerne Auskünfte zu meiner Haltung zur Frage von Rückführungsflügen geben. Und dass wir das immer mal wieder diskutiert haben, ist ja nicht weiter überraschend. Aber zu diesem konkreten Sachverhalt kann ich nichts sagen. Ich weiß deshalb auch



Nur zur dienstlichen Verwendung

nicht aus meiner Erinnerung, ob Bundesminister Maas entsprechend seinem Sprechzettel das angesprochen hat.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Also, es ist halt so, dass wir ja letzte Woche den Herrn Seehofer zu dem Thema Rückführungen gehört haben, und insoweit wäre natürlich die interessante Frage: Gab es da Diskussionen innerhalb des Kabinetts zu dem Thema, und war zum Beispiel der Herr Seehofer bei dieser Sitzung auch zugegen?

Zeuge Olaf Scholz: Das weiß ich nicht. Das können Sie dem Sitzungsprotokoll entnehmen und mir dann vielleicht versuchen bei der Erinnerung zu helfen. Aber ich will mich gar nicht aus dem Thema verabschieden und Ihnen gerne sagen: Ich habe dazu immer eine Haltung gehabt; die will ich Ihnen gerne sagen. Aber die Tatsache, dass wir mehrfach und bei verschiedenen Gelegenheiten über Rückführungsflüge gesprochen haben, ist richtig. Aber wann, wie, wo genau, das wäre, glaube ich, eine unwahrscheinliche Annahme, dass ich das erinnere.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann haben wir einen Beitrag der Deutschen Welle, aus dem eben hervorgeht, dass am 11. August 2021, also vier Tage vor dem Fall Kabuls, Sie in Ihrer Funktion als Kanzlerkandidat in der Deutschen Welle zu Gast waren. Und daraus geht eben hervor, dass Sie gesagt haben:

„Deutschland ist ein Land, das viele Flüchtlinge aufgenommen hat, aber zu dieser Aufnahmebereitschaft gehört eben auch, dass jemand, der in Deutschland schwere Straftaten begangen hat, nicht damit rechnen kann, dass er hierbleiben kann.“

Zur Lage in Afghanistan selbst haben Sie nichts gesagt. Und auf die Nachfrage, dass die Botschafter vieler EU-Staaten solche Abschiebungen nicht mehr für richtig hielten, sagten Sie:

„Es gibt dazu ein richtiges Verfahren, das nicht durch den Zuruf von Meinungen erfolgt, sondern

damit, dass man sagt, wir überprüfen die Situation, übrigens auch mit vielen Informationen über die Lage vor Ort. Und genau diese Verfahren finden regelmäßig statt, auch in Sachen Afghanistan.“

Können Sie uns das sozusagen einordnen in diese Zeit damals, 11. August 2021?

Zeuge Olaf Scholz: Ja, das ist meine Haltung - damals wie heute -, dass man so lange, wie es möglich ist, Abschiebungen von Straftätern durchführen sollte und dass das in einem geordneten Verfahren geschehen muss. Wir machen das ja gerade auch wieder. Wir sind ein bisschen beeinträchtigt, das erfolgreich zu tun, das ganz einfach zu machen, weil wir ja keine Kontakte formaler Art mit der afghanischen Regierung haben. Aber wie Sie wissen, ist uns das gelungen, das auch wieder zu tun in der Lage, die heute existiert. Und deshalb würde es jetzt für alle sicher sehr überraschend sein, wenn ich damals eine andere Grundeinstellung zu diesem Thema gehabt hätte.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, ich frage das jetzt auch deshalb, weil der damalige deutsche Botschaftsleiter vor Ort, also Jan Hendrik van Thiel, schon zu diesem Zeitpunkt davor gewarnt hat, weiter nach Afghanistan abzuschicken. Er war auch einer der Unterzeichner des Briefs der EU-Botschafter. Hatten Sie Kenntnis davon?

Zeuge Olaf Scholz: Weiß ich nicht mehr, aber ich war der Meinung, die ich in meinem Interview zum Ausdruck gebracht habe.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wäre denn seinerzeit ein Grund oder ein ausreichender, hinreichender Grund für Sie erkennbar gewesen, die Abschiebungen tatsächlich auszusetzen? Können Sie das einordnen?

Zeuge Olaf Scholz: Es bleibt immer eine Abwägung, so wie ich das in dem Interview auch gesagt habe. Wenn es möglich ist, Personen, die in Deutschland nicht bleiben können, zurückzuführen in ihre Heimatländer, und es sichere Regionen gibt, in denen das gehen kann, dann soll man



Nur zur dienstlichen Verwendung

das auch machen. So sehe ich die Situation, und so sehe ich die Lage nicht nur in Afghanistan. Und deshalb ist das für mich völlig klar, dass wir dort sehr lange versucht haben, jedenfalls die Straftäter nach Afghanistan zurückzuführen. Was die Entwicklung der Lage und die Beschleunigung betrifft, haben wir ja eben schon diskutiert. Das ist ein anderes Thema.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann würde mich interessieren: Gab es denn zu dieser Fragestellung in irgendeinem Zeitpunkt innerhalb des Kabinetts eine Diskussion oder eine widerstreitende Feststellung oder Perspektive auf dieses Thema Abschiebungen zwischen Ihnen und dem Bundesinnenminister seinerzeit, Herrn Seehofer?

Zeuge Olaf Scholz: Ich kann Ihnen keine konkrete Erinnerung hier mitteilen, aber ich weiß, dass wir die Fragen auch immer mal wieder diskutiert haben. Und deshalb will ich Ihnen gerne damit helfen, dass ich an meiner rigiden Haltung keinen Zweifel lasse.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und dann würde mich interessieren, inwieweit denn bei diesem Thema „Abschiebungen und Afghanistan“ in Kabinettsitzungen im Sommer sozusagen, also in den Zeiten, wo Sie geleitet haben, über das Thema überhaupt gesprochen wurde.

Zeuge Olaf Scholz: Ich habe die Kabinettsitzung einmal geleitet; so ist das die Tradition. Und ansonsten ist über das Thema gesprochen worden; ob im Kabinett oder bei anderen Gelegenheiten, erinnere ich nicht mehr. Aber ja, das ist schon so gewesen, dass wir da als Regierung die Haltung verfolgt haben: Solange es geht und vertretbar ist, soll es auch sein, gerade was die Straftäter betrifft.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich bin Ihnen sehr dankbar für diese Ausführung „solange es geht“, weil das beschäftigt uns hier wirklich sehr intensiv, wie lange es ging, also wie die Lage sozusagen vor Ort in Afghanistan beschaffen sein musste, damit es ging. Vielleicht versuche ich es mal mit der Frage.

Zeuge Olaf Scholz: Solange es sichere Regionen gibt, in die man abschieben kann, ist das ein vertretbares Vorgehen, gerade wenn es Straftäter betrifft. Und Sie haben ja selber hier die ganzen Berichte schon zitiert in dem Gespräch mit mir und vorher alle sorgfältig gelesen, viel sorgfältiger, als ich das jetzt tun konnte. Und da wird Ihnen ja noch in Erinnerung sein, dass es eben immer wieder Einschätzungen auch der Dienste gab, dass das jetzt nicht so schnell geht, wie es sich tatsächlich dann zugetragen hat. Und natürlich hat das auch Konsequenzen für die Einschätzung des richtigen Vorgehens in der Frage, die Sie hier thematisieren.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann wechseln wir jetzt zur FDP-Fraktion. Herr Kollege Heidt.

Peter Heidt (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Guten Abend, Herr Bundeskanzler! Man hat schon über die Richtlinienkompetenz gesprochen. Mich würde mal interessieren: Wie haben Sie so das Wirken des Bundeskanzleramtes wahrgenommen betreffend Afghanistan? Hatten Sie das Gefühl, dass das Bundeskanzleramt dort sich häufiger einschaltet, oder haben Sie eher das Gefühl gehabt: „Na ja, das machen die Fachressorts“?

Zeuge Olaf Scholz: Nein. Das wäre eine falsche Bewertung der Amtsführung von Bundeskanzlerin Merkel. Die hat sich für dieses Thema sehr interessiert, hat da immer wieder auch sich selbst versucht kundig zu machen. Und das ist keine Sache, von der sie gedacht hat - nach meiner Erinnerung -: Das ist nur eine Angelegenheit der anderen, der Fachressorts. - Wäre auch komisch, wenn ich das sagen darf.

Peter Heidt (FDP): Kollege Röwekamp hatte Sie mit der AG „Außen“ - - besprochen. Waren Sie überhaupt mal in der AG „Außen“?

Zeuge Olaf Scholz: Weiß ich nicht. Mit den Außenpolitikern habe ich gesprochen; ob in ihrer Arbeitsgruppe, das weiß ich nicht. Aber das waren gute Gesprächspartner. Vielleicht wissen andere, ob ich da war, in der AG „Außen“, und können da nachhelfen. Aber das sind nette Leute,



Nur zur dienstlichen Verwendung

mit denen ich mich gut unterhalten habe immer mal wieder.

Peter Heidt (FDP): Wie würden Sie generell das einschätzen, wie Sie damals in Ihrer Funktion als Bundesfinanzminister das Parlament, Ihre Fraktion, einzelne Abgeordnete über Afghanistan unterrichtet haben? Oder haben Sie das eigentlich gar nicht gemacht, weil das eigentlich ja nicht Ihre Kernkompetenz gewesen ist? Sie waren ja Finanzminister.

Zeuge Olaf Scholz: Ich habe beides getan: einerseits als Finanzminister die Aufgaben, die in dem Zusammenhang anstanden - und das sind ja nicht sehr viele, wie Sie den Akten entnehmen können -, wahrzunehmen, und ansonsten habe ich mich natürlich als Minister, als Vizekanzler ganz besonders, als Bürger, der sich für die Dinge in der Welt sehr interessiert, selbstverständlich mit der Frage Afghanistan befasst und auch immer wieder neu befasst und mit vielen diskutiert bei unterschiedlichen Gelegenheiten.

Peter Heidt (FDP): Jetzt ist auch schon von der Kollegin Abschiebung angesprochen worden. Das war ja der Zeitraum 10./11. August. Zunächst einmal die Frage: Haben Sie bei Ihren Äußerungen sich eigentlich immer sozusagen auf Straftäter konzentriert, gesagt also: „Straftäter sollen abgeschoben werden“, oder waren Sie der Auffassung, dass generell Menschen, die eben ausreisepflichtig sind und nicht ausreisen, dann eben nach Afghanistan abgeschoben werden können? Haben Sie da unterschieden, oder war das für Sie eins?

Zeuge Olaf Scholz: In der Situation, glaube ich, habe ich mich auf Straftäter konzentriert. Sie werden vielleicht eine große Latte von öffentlichen Äußerungen von mir vor sich liegen haben. Da können Sie mir ja aufhelfen. Aber meine Erinnerung ist, dass ich zumeist das Wort „Straftäter“ mit erwähnt habe.

Peter Heidt (FDP): Ihre Äußerung ist ja jetzt - - auch wieder nicht jetzt Kernkompetenz des Finanzministers. Hat Ihre Äußerung zu dem damaligen Zeitpunkt was mit dem Wahlkampf zu tun? Oder spielte der Wahlkampf da keine Rolle?

Zeuge Olaf Scholz: Wahrscheinlich hat die Tatsache, dass man mich das gefragt hat, was mit dem Wahlkampf zu tun, aber meine Haltung hatte nichts mit dem Wahlkampf zu tun - und hat es nicht.

Peter Heidt (FDP): Okay. Ich würde dann ganz gerne mal mit Ihnen auch über das Ortskräfteverfahren sprechen. Ich hatte mir das aufgeschrieben. Sie haben gesagt: Ortskräfteverfahren, die Haltung von der Verteidigungsministerin, die war die richtige, die war eine pragmatische Haltung. Sie haben auch mit ihrer Seite gesprochen, Sie haben es geteilt. Haben Sie mitbekommen, dass es zwischen der Verteidigungsministerin und dem Minister Seehofer beginnend ab dem Jahr 2021 über die Frage Ortskräfteverfahren Differenzen gegeben hat?

Zeuge Olaf Scholz: Ja.

Peter Heidt (FDP): Das muss wohl auch im Kabinett zur Sprache gekommen sein. Wie haben Sie das im Kabinett in dem ersten Halbjahr 2021 erlebt, diese politischen Differenzen?

Zeuge Olaf Scholz: Es ist mehrfach zur Sprache gekommen. Also deshalb erinnere ich mich daran, dass wir das diskutiert haben. Aus Unterlagen wird vielleicht ab und zu hervorgehen, wo. Aber dass das jetzt aus meinem Kopf kommt, das ist unplausibel. Aber ja, wir haben darüber gesprochen. Deshalb kann ich Ihnen auch die Frage beantworten „Gab es einen Dissens zwischen den beiden Ministerien?“: Ja.

Peter Heidt (FDP): Jetzt hatten wir ja vorhin die Verteidigungsministerin hier bei uns. Und sie hat auch noch mal geschildert, dass sie eigentlich ein bisschen unglücklich oder unzufrieden war und ist ja dann im April 21 auch ein Stück weit an die Öffentlichkeit gegangen. Hatten Sie das Gefühl, dass die Kanzlerin da Ihrer Ministerkollegin nicht genügend beispringt? Man hätte ja auch darüber nachdenken können - wir haben auch schon über die Richtlinienkompetenz gesprochen -, dass das der Zeitpunkt ist, wo die Kanzlerin die Richtlinienkompetenz in die Hand nimmt und sagt: Das entscheiden wir jetzt in der Richtung der Verteidigungsministerin.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Olaf Scholz: Die Kanzlerin hat jedenfalls darauf hingewirkt, dass es eine Verständigung zu diesem Thema zwischen den Ressorts gibt. Ob es richtig gewesen wäre, eine eigene Entscheidung mit der Richtlinienkompetenz zu treffen, ist ja nun im Nachhinein etwas spekulativ. Aus meiner Sicht jedenfalls wäre es ein falscher Vorhalt gegen die Bundeskanzlerin, dass sie sich nicht mit dem Thema beschäftigt hätte und nicht um eine Einigung bemüht gewesen wäre.

Peter Heidt (FDP): Das stimmt. Das hat die Frau Ministerin auch hier gesagt, dass im Ende dann im Juni - - und zwar am 16. Juni gab es dann die Entscheidung im Kabinett. Aber jetzt, sage ich mal, zwischen April zum Beispiel, wo die Ministerin an die Öffentlichkeit gegangen ist, und Juni sind ja wieder Monate vergangen. Schon die Frage für mich: Hätte man das nicht aus Ihrer Sicht auch schon früher im Sinne der Verteidigungsministerin entscheiden sollen?

Zeuge Olaf Scholz: Die Frage beantwortet sich so wie viele, die Sie hier zusammenführen, die eigentlich die Grundlage dieses Ausschusses sind: Hätte die spätere Entwicklung viel früher erkannt werden können, dass es zu dem schnellen Fall von Kabul kommt? Wir wissen heute, dass das Fehleinschätzungen gewesen sind, die dazu geführt haben, dass immer wieder die Auskunft war: „So schnell nicht“, selbst zuletzt noch: „Nicht“. Und das hat natürlich dann auch sicher Einfluss gehabt auf die Bewertung, die die Bundeskanzlerin vorgenommen hat, wie schnell sie dieses Thema gelöst bekommen muss. Aber Sie fragen sie sicher selbst.

Peter Heidt (FDP): Ja, wir müssen ja überlegen, ob wir aus dem Ganzen Schlüsse ziehen für die Zukunft.

Zeuge Olaf Scholz: Das hoffe ich.

Peter Heidt (FDP): Ja, das ist eine wichtige - - Also, ich glaube schon, dass ich das hier sagen kann, dass die Kolleginnen und Kollegen das auch sehr ernst nehmen. Und für uns war schon - - Die ganze Frage der Ortskräfte ist eines dieser Themen, wo eben - wir können jetzt über

Staatssekretärsrunden reden, stundenlang - letztendlich nichts passiert ist. Und das ist auch unser Eindruck in dieser Frage wirklich. Es ist sehr langsam gegangen. Und da ist schon die Frage: Wenn da die Verteidigungsministerin als ja diejenige, die da am nächsten dran ist vom Ressort her, wenn die so drauf drängt, dass man da nicht sagt: Hier, jetzt müssen wir doch vielleicht dieses Verfahren beschleunigen und verbessern, unbürokratischer machen.

Zeuge Olaf Scholz: Ich glaube, dass das ja so ist, wie Sie sagen. Sie werden hier Erwägungen anstellen und Schlüsse ziehen. Und das wird auch für uns alle hilfreich sein. Deshalb glaube ich, dass es auch sehr gut ist, dass es diesen Ausschuss, also diese Zusammenkunft hier, und die Fragen gibt, die Sie stellen, und die Arbeit, die Sie leisten. Aber noch mal: Ich gehe davon aus, dass die Bundeskanzlerin seinerzeit nicht davon ausgegangen ist, dass es zu einem so schnellen Ende der gewählten Regierung in Afghanistan kommt.

Peter Heidt (FDP): Nun ist das dann, wie gesagt, an dem 16.06. im Kabinett beschlossen worden. Können Sie sich noch irgendwie konkret an diesen Beschluss oder an dieses Gespräch erinnern? Weil auch die Frage ist: Warum dann ausgerechnet an dem Tag? Haben Sie da noch eine Erinnerung dran konkret?

Zeuge Olaf Scholz: Nein.

Peter Heidt (FDP): Nein. - Es ging ja dabei vor allen Dingen auch um die Frage: Erweitert man den Kreis der Berechtigten, die dort Aufnahme finden können, von den Ortskräften? Und man hat sich dann damals im Kabinett entschieden: Wir machen das für die Ortskräfte vom Verteidigungsministerium und vom BMI, aber nicht für die Ortskräfte BMZ und AA. - War Ihnen das bewusst, dass man da noch mal unterschieden hat? Oder hatten Sie das selbst gar nicht auf dem Schirm so?

Zeuge Olaf Scholz: Diese Fragen sind verhandelt worden. Und natürlich hat das etwas zu tun, jeweils was die Bewertung der Ressorts betrifft, mit



Nur zur dienstlichen Verwendung

der Frage, wie hoch die Gefährdungslage eingeschätzt worden ist. Also, dass jemand, der für das Verteidigungsministerium oder für unser Innenministerium gearbeitet hat, gefährdeter ist als jemand, der dabei hilft, dass Brunnen gebohrt werden, ist zumindest keine völlig unplausible Erwägung. Und deshalb hat es am Anfang unterschiedliche Bewertungen gegeben, was notwendig ist, und dann durch die Dramatik der Ereignisse natürlich eine neue Bewertung Stück für Stück stattgefunden.

Aber Ausgangspunkt ist - und, ich glaube, das kann man jedem der verantwortlichen Ministerinnen und Minister unterstellen - die Frage gewesen: Sind die Leute, für die ich mich verantwortlich fühle, akut gefährdet? Oder würden auch, wenn jetzt die Taliban in einer Region die Macht übernehmen, die sich mehr darüber freuen, dass jemand einen Brunnen gebohrt hat, oder nicht?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann sind wir am Ende der Runde. - Und es geht weiter mit der AfD-Fraktion.

Joachim Wundrak (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Guten Abend, Herr Bundeskanzler! Auch von mir Dank für Ihre Hilfe, die Wahrheit zum Untersuchungsgegenstand zu ergründen. Ich steige gleich ein.

Laut einer AA-internen Mail vom 5. Mai 2021, das ist MAT AA-9.140, Blatt 107, gab es ein A-Minister-Frühstück. Daraus berichtet der Staatsminister Annen - Zitat -:

„dass BMF Scholz sich für großzügige und unbürokratische Aufnahme von OKV Afghanistan ausgesprochen hat und entsprechende Führung von der Leitung des AA erwartet.“

Zitat Ende. - Können Sie uns erläutern, auf welcher Faktenbasis, Informationsbasis Sie sich gegenüber Außenminister Maas so klar, so entsprechend positioniert haben?

Zeuge Olaf Scholz: Ich kann mich nicht an dieses konkrete Frühstück erinnern. Aber wir haben das

ja hier schon mehrfach besprochen. Ich habe mich immer dafür eingesetzt, dass man in dieser Frage pragmatisch vorgeht und eine gute Lösung findet.

Joachim Wundrak (AfD): Wenn Sie sich nicht erinnern können, vielleicht helfe ich. In welcher Eigenschaft richteten sich Ihre Erwartungen an den Außenminister? Als Bundesminister der Finanzen, als Vizekanzler oder damals schon als Kanzlerkandidat der SPD?

Zeuge Olaf Scholz: Als jemand, der sich für das Thema interessiert zuallererst, als verantwortlicher Politiker, der die Ehre hat, in diesem Land Verantwortung übernehmen zu dürfen und es auch damals durfte, und selbstverständlich auch als Vizekanzler.

Joachim Wundrak (AfD): Für das Sekretariat: Ich beziehe mich nun auf Anlage 3, Seite 5. Der ehemalige Außenminister Heiko Maas gab der „Süddeutschen Zeitung“ im Februar 2022, also nach den Vorkommnissen, ein Interview. Demnach war er wegen des Afghanistan-Desasters noch vor der Bundestagswahl 2021 bereit, zurückzutreten, und hat Ihnen seinen Rücktritt angeboten. Wie hat er das begründet? Können Sie sich daran erinnern?

Zeuge Olaf Scholz: Die konkreten Daten kann ich natürlich nicht erinnern; die werden schon so stimmen, wie sie alle jeweils aufgeschrieben sind. Die Zeit war ja danach, und natürlich hat er gesagt: Das ist ja alles ganz furchtbar. - Er ist auch sehr persönlich betroffen gewesen, wie er Ihnen sicherlich noch schildern wird. Und ja, er hat mir gesagt: Also, ich bin bereit, die Verantwortung dafür zu übernehmen und jemand zu sein, der dann durch seinen Rücktritt auch dafür sorgt, dass vernünftig darüber diskutiert werden kann.

Aber weil ich der Meinung war, dass er sein Amt nach bestem Wissen und Gewissen ausgeübt hat und sich wirklich alle Mühe gegeben hat, das Richtige zu tun, fand ich das ein falsches Symbol. Das wäre auch ein bisschen so, dass alle anderen so tun, als hätten sie in den ganzen Jahren, in denen über Afghanistan diskutiert worden ist, immer eine Einschätzung gehabt, wie sie sich aus



Nur zur dienstlichen Verwendung

der Sicht im Nachhinein ergibt, was ja für die meisten nicht zutrifft. Und insofern hätte ich das keine sehr anständige Vorgehensweise gefunden, wenn ich das Angebot angenommen hätte.

Joachim Wundrak (AfD): Sie haben ihn aber nicht mit seinem Rücktrittsangebot an die eigentlich zuständige Kanzlerin verwiesen?

Zeuge Olaf Scholz: Er hat es mir vorgeschlagen, und da ich das nicht aufgegriffen habe, sah ich dazu keinen Anlass.

Joachim Wundrak (AfD): Herr Bundeskanzler, unter anderem aus MAT A BKAm-3.14 VS-NfD, Blatt 163, ist bekannt, dass in der ND-Lage am 13. August 2021 zur Räumung der Green Zone in Kabul gesprochen wurde - Zitat -:

„... StS Berger berichtet ..., dass das AA noch am Freitag, 13.8., „nach einer Besprechung im Weißen Haus von den Amerikanern informiert worden sei, die Green Zone werde nicht aufgegeben. Sonntag Nacht sei denn die Räumung im vollen Gange gewesen, ohne das es eine Information gegeben habe.““

Zitat Ende. - Wie haben Sie selbst diese Abläufe um die Räumung der Green Zone durch die USA wahrgenommen? Und zu welchem Zeitpunkt lagen Ihnen hier konkrete Informationen vor?

Zeuge Olaf Scholz: Genaue, präzise Erinnerungen an jede einzelne Minute der Zeitabläufe hier zu behaupten, wäre sicherlich unzutreffend. Und trotzdem ist das ja eine Diskussion, die geführt worden ist. Und da sind die entsprechenden Informationen Ihnen ja auch bekannt. Am Ende ist am 15. August die Entscheidung getroffen worden, dass die Botschaft evakuiert wird, und das ist dann ja auch erfolgt.

Joachim Wundrak (AfD): Können Sie sich erinnern, wie dieses unabgestimmte Verhalten der USA vom Chef Bundeskanzleramt und/oder der Bundeskanzlerin aufgenommen wurde? Welche Reaktionen konnten Sie feststellen?

Zeuge Olaf Scholz: Ich kann dieses Dokument nicht bewerten. Ich bin ja auch nicht Teil der Sicherheitslage gewesen, wenn ich das richtig sehe. Das ist ja eine Sitzung, die Herr Bundesminister Braun wohl geleitet haben wird. Also: Fragen Sie ihn!

Joachim Wundrak (AfD): Können Sie uns denn sagen, ob und gegebenenfalls auch in welcher Form und auf welcher Ebene dieses unabgestimmte Verhalten der USA-Stellen von deutscher Seite aus nachbereitet wurde?

Zeuge Olaf Scholz: Ich nehme an, dass Ihre Frage darauf zielt, das Thema zu erörtern, ob die USA unabgestimmt gehandelt haben. Dazu kann ich keine eigenen Auskünfte geben.

Joachim Wundrak (AfD): Vielen Dank. - Aus MAT A BKAm-3.14 VS-NfD, Blatt 106, geht hervor, dass Sie am 14. August 2021 an einer Telefonkonferenz mit der Kanzlerin und weiteren Ministern teilnahmen. Sie sollen sich hier mit Minister Maas dafür ausgesprochen haben, die geplante Evakuierungsoperation auf das Resolute-Support-Mandat abzustützen. Als Ergebnis der Telko wurde festgehalten, dass Unions- und SPD-Bundestagsfraktionen während des Wochenendes - das wäre dann 14./15.08. gewesen - entscheiden sollten, ob es ein neues Mandat gebe oder nicht. Können Sie uns bitte sagen, weshalb Sie und Heiko Maas sich gegen ein neues Mandat aussprachen und welche Argumente der CDU-Minister und die Kanzlerin für ein neues Mandat anführten?

Zeuge Olaf Scholz: Nicht in allen Einzelheiten, aber in den Grundzügen kann ich Ihnen aus meiner Erinnerung berichten, dass ich mich in der Tat dafür ausgesprochen habe, den Weg zu wählen, das vorhandene Mandat zu nutzen. Das hätte aus meiner Sicht gereicht, und ich wollte keine neuen Befassungen von Gremien, wo doch schnell gehandelt werden musste. Aber der schließlich im Ergebnis gewählte Weg, sich für die Maßnahmen, die man die ganze Zeit ergreift, ein Mandat zu holen, ist auch in Ordnung und nicht eine Sache, die falscher oder richtiger ist.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Damit wechselt das Fragerecht. - Der Kollege Nürnberger.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Und nach Ihrer ausführlichen Befragung bleiben uns noch wenige Restfragen. Herr Zeuge, wenn wir uns auf den Terminkalender der Verteidigungsministerin - uns zur Verfügung unter MAT A BMVg-5.219 VS-NfD, Blatt 117 - beziehen, dann gab es am Abend des 24. August ein gemeinsames Abendessen, das von der Ministerin mit dem Stichwort „Afghanistan“ gekennzeichnet wurde und im Bundeskanzleramt stattfand, und Sie auch, ausweislich dieser Unterlage, teilgenommen haben. Können Sie uns berichten, was Sie zusammen mit den Bundesministern Maas, Seehofer, dem Chef des Bundeskanzleramts und dem Generalinspekteur besprochen haben?

(Der Zeuge liest in seinen Unterlagen)

Zeuge Olaf Scholz: Meine Unterlagen geben ein solches Abendessen nicht her. Und ich erinnere mich grad auch nicht. Vielleicht können Sie mich stützen.

Jörg Nürnberger (SPD): Das mag ja dann auch am Terminkalender der Ministerin gelegen haben. Zwei Fragen: Sie haben zu Beginn Ihrer - -

Zeuge Olaf Scholz: Ich sage: Das, was ich hier habe, da kann ich das nicht draus sehen. So. Mehr weiß ich nicht.

Jörg Nürnberger (SPD): Aber Sie haben auch keine persönliche Erinnerung, dass Sie an so einem Abendessen teilgenommen hätten?

Zeuge Olaf Scholz: Nein, aber ich will das nicht ausschließen. Dann brauche ich nur ein paar Unterlagen, aus denen vielleicht irgendwas in mir entsteht. Aber ich habe keine Erinnerung an ein Abendessen zu Afghanistan.

Jörg Nürnberger (SPD): Uns liegen die so weit nicht vor. - Sie haben gerade zu Beginn Ihrer Ausführungen angesprochen, dass Sie an den Unterrichtungen über - -

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er liest in diesen Unterlagen)

Zeuge Olaf Scholz: Welcher Tag ist das?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: ... [akustisch unverständlich] um welches Datum es sich handelt.

Jörg Nürnberger (SPD): Um den 24. August.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ja, 21, ne?

(Zuruf: 24.!)

- 24. August 2021.

Jörg Nürnberger (SPD): Ja.

Zeuge Olaf Scholz: Gut. Also, hier steht, es hat ein solches Treffen gegeben, allerdings, glaube ich, bei der Bundeskanzlerin, wenn ich das richtig rate. Aber da gab es immer was zu essen; bei mir übrigens auch meistens. Also. Aber ich habe keine Erinnerung an den Gesprächsverlauf.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielleicht, wenn man es zeitlich einordnet: Es war der drittletzte Tag der Evakuierungsaktion, die dann am 26. ihr Ende fand.

Zeuge Olaf Scholz: Es kann sein. Aber wir haben darüber gesprochen in der Zeit, ganz bestimmt und sehr intensiv. Deshalb bin ich gerne bereit, zu der Frage, was wir inhaltlich beredet haben können, in welcher Minute auch immer, Auskunft zu geben. Denn daran werde ich mich wahrscheinlich besser erinnern.

Jörg Nürnberger (SPD): Vorhin habe ich versucht, die Frage einzuleiten, dass Sie in Ihrem Eingangsstatement erwähnt haben, dass Sie als Bundesminister für Finanzen natürlich nur diejenigen Lageberichte zur Verfügung hatten, die Sie im Rahmen Ihrer Teilnahme an Kabinettsitzungen erhalten haben. Hatten Sie jemals Überlegungen hinsichtlich der Glaubwürdigkeit, der Vollständigkeit und der Zutreffendheit von



Nur zur dienstlichen Verwendung

Einschätzungen, die aus dem Bundesnachrichtendienst gekommen sind? War Ihnen das immer plausibel?

Zeuge Olaf Scholz: Wir haben ja doch in der Zeit relativ oft gehört, was wohl demnächst passieren wird und nicht passieren wird. Dann ist es doch schnell und zügig passiert. Die Taliban haben ja in kürzester Zeit das Land erobert, fast ohne Widerstand im Land. So jedenfalls ist meine Erinnerung und auch das, was ich überall gelesen habe. Und das ist nicht vorhergesehen worden. Das ist auch das, was ich mit den verschiedensten Informationen, die ich bekommen habe, verbinde, dass sie das nicht antizipiert haben.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielleicht noch eine Frage in diesem Zusammenhang. Bei der GIZ zum Beispiel gab es ein eigenes Team, das Sicherheitslagen bewertet hat. Und jetzt ist es ja nicht völlig ausgeschlossen, dass Sie mit dem Vorstandsvorsitzenden der GIZ auch gelegentlich gesprochen haben. Gab es da Besprechungen zur Sicherheitslage in Afghanistan mit Thorsten Schäfer-Gümbel?

Zeuge Olaf Scholz: Ich möchte hier nichts erfinden. Aber über die Frage der Ortskräfte, die die GIZ betreffen, habe ich irgendwann mal mit ihm gesprochen. Aber mehr weiß ich nicht.

Jörg Nürnberger (SPD): Und dann hätte ich noch eine letzte und Abschlussfrage. Jetzt wissen wir alle als Abgeordnete, dass es immer wieder Anfragen gibt, die Beschwerden beinhalten, dass die Visaerteilung durch deutsche Auslandsvertretungen auch im Jahr 2024 manchmal noch sehr schwerfällig und langatmig ist, und dass wir auch hier im Untersuchungsausschuss festgestellt haben, dass das im Untersuchungszeitraum für die Bewohner/-innen von Afghanistan entsprechend schwierig war, weil sie nach Neu-Delhi mussten oder nach Islamabad. Gab es während des Untersuchungszeitraums im Hinblick auf die Aufstellung des Bundeshaushaltes, den Sie ja als Finanzminister verantwortet haben, jemals eine Initiative aus dem Auswärtigen Amt, das Auswärtige Amt mit mehr Mitteln auszustatten, um hier Abhilfe zu schaffen?

Zeuge Olaf Scholz: Ich vermute, aber ich erinnere nicht. Aber dass irgendein Ministerium nicht für seine Aufgaben zusätzliche Mittel gefordert haben könnte, glaube ich nicht.

Jörg Nürnberger (SPD): Dann danke ich Ihnen für Ihre Aussage. - Und wir wären mit unseren Fragen so weit durch.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann ist der Kollege Röwekamp wieder dran. Bitte schön.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Herr Bundeskanzler, uns ist ein weiterer Vorgang bekannt, wo Sie in Ihrer Eigenschaft als Vizekanzler sich um einen Sachverhalt im Zusammenhang mit der Evakuierung ehemaliger Ortskräfte gekümmert haben, und zwar sollen Sie ausweislich der Anlage MAT A AA-9.43 VS-NfD, Blatt 98, am 27.07.2021 den Bundesaußenminister gebeten haben - Zitat -:

„den im Ressortkreis so empfundenen AA-Widerstand gegen Charterflüge endlich aufzugeben; BM Scholz hatte ihn darauf angesprochen.“

Ist in dieser E-Mail hausintern vermerkt. Können Sie sich an den Vorgang erinnern, dass Sie am Rande einer Begegnung mit Außenminister Maas ihn auf den im Ressortkreis empfundenen Widerstand gegen Charterflüge angesprochen haben?

Zeuge Olaf Scholz: Ich erinnere mich, dass wir über Charterflüge gesprochen haben und dass meine Haltung immer war, dass es daran nicht scheitern sollte, dass Leute aus Afghanistan rauskommen, die wir gerne dort rausbekommen wollen. Aber an das konkrete Gespräch kann ich mich nicht erinnern.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ist Ihnen der Hintergrund noch bekannt? Also, von wem sind Sie auf diesen angeblichen vermeintlichen oder empfundenen AA-Widerstand hingewiesen worden?

Zeuge Olaf Scholz: Das kann ich hier nicht bezeugen. Ich kann Ihnen nur wahrheitsgemäß



Nur zur dienstlichen Verwendung

sagen: Ja, wir haben die Frage der Charterflüge immer mal erörtert. Und meine Haltung kann ich Ihnen ausdrücken. Die lautet: Was nötig ist, soll getan werden. - Mehr aber kann ich jetzt zu diesem konkreten Gesprächsvermerk nichts sagen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ist Ihnen bekannt, ob diese Ansprache Erfolg gehabt hat?

Zeuge Olaf Scholz: Ich möchte hier nichts Falsches sagen. Ich glaube, am Ende ist es zu Charterungen gekommen. Und dann sind die schwierig geworden. Es sind auch welche wieder abbestellt worden, weil es Probleme gab, die zu besetzen, die durchzuführen. Aber das weiß ich nicht mehr genau. Da kann ich Ihnen auch nicht genau helfen. Jedenfalls ist - - Thema Charter hat eine Rolle gespielt. Und mein Interesse war, dass es jedenfalls nicht daran scheitert, dass jemand nicht rauskommt, weil es keine Flugkapazitäten gibt.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Jetzt würde mich noch mal interessieren: Wir haben ja schon über die überraschend schnelle Einnahme Kabuls durch die Taliban gesprochen. Können Sie sich noch erinnern, wie und auf welche Weise Sie davon erfahren haben?

Zeuge Olaf Scholz: Es ist ja immer gesprochen worden. Sie haben eben über das - - Also, der Kollege hat eben gefragt nach dem einen Gespräch am 14., an dem ich wohl beteiligt war, ein Mehrministergespräch, wenn ich das richtig sehe; weiß ich jetzt nicht. Und am 15. haben wir gesprochen. Wir haben ja auch die Fraktionsvorsitzenden informiert. Also, es hat immer wieder Gespräche darüber gegeben. Und in diesem Zusammenhang habe ich das alles auch immer genau verfolgen können. Also, wir haben uns eng ausgetauscht. Das war ja doch eine dramatische Situation, die jeden von uns 24 Stunden bewegt hat.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Also, zu den Abläufen ist es nach unserer Informationslage so gewesen, dass auf Veranlassung der Bundesverteidigungsministerin am 13. August, also an dem Freitag, eine Krisenstabssitzung vorgezogen wurde, in der die militärische Evakuierungsoperation erörtert wurde und die angestoßen werden

sollte. Am 14. hat es dann dieses Mehrministergespräch gegeben, wo immer noch sozusagen von einer Evakuierungsoperation die Rede ist. Aber nach unserer Kenntnis war zu dem Zeitpunkt noch immer nicht bekannt oder erörtert worden, dass es zur raschen Einnahme Kabuls kommen kann. Deswegen will ich noch mal gern fragen: Können Sie sich noch genau daran erinnern, wer Sie über die Machtübernahme Kabuls wann informiert hat?

Zeuge Olaf Scholz: Nein. Aber ich glaube, dass das, wenn ich ehrlich sein soll, unwahrscheinlich ist, dass die internen Informationen schneller gewesen sind als die, die man in den Tickermeldungen lesen kann. Es ist, glaube ich, alles live verfolgt worden.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay. Hätte ja sein können - deswegen frage ich nur -, dass die Kanzlerin oder der Außenminister mit Ihnen direkt Kontakt aufgenommen hat, um Sie über diese veränderte Lage zu - -

Zeuge Olaf Scholz: Wir haben uns über die Situation unterhalten verschiedentlich. Aber ich glaube, dass das auch für Sie so gewesen sein wird zu der Zeit, dass Sie das genauso schnell wussten wie alle anderen. Ich glaube, das ist ja live berichtet worden.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): In Ihrem Sommerinterview 2021 haben Sie auch über Afghanistan und die Situation der Ortskräfte gesprochen und haben unter anderem angegeben, dass von 2 500 identifizierten Ortskräften bereits am 15. August die allermeisten mit Linienflügen nach Deutschland gekommen seien. Können Sie sich noch daran erinnern, woher Sie diese Information haben?

Zeuge Olaf Scholz: Ich wusste, dass Ortskräfte mit Linienflügen zurückgekommen sind, und das habe ich dort wiedergegeben.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Na ja, die Aussage ist ja mehrschichtig. Sie sagt: „2 500 identifizierte Ortskräfte“, und: „die allermeisten mit Linienflügen nach Deutschland gekommen“. Deswegen noch mal meine Frage: Die hier zitierten,



Nur zur dienstlichen Verwendung

von Ihnen zitierten und angegebenen Zahlen, woher hatten Sie die?

Zeuge Olaf Scholz: Das weiß ich nicht mehr. Ich hatte sie wahrscheinlich beim Sprechen im Kopf.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Da müssen sie ja irgendwie hingelant sein.

Zeuge Olaf Scholz: Kann sein und ist plausibel. Aber ich kann Ihnen nicht sagen: Da und dort und dort und dort. - Nein. Das ist das, was ich bei der Diskussion, in dem Gespräch aus meiner Erinnerung versucht habe, zu berichten, nehme ich an - ich gehe mal davon aus, dass die Zitate alle korrekt sind -, dass ich gesagt habe: Wir haben Ortskräfte identifiziert. Die sollen ausreisen. Da hat es viele Linienflüge gegeben. - Und das habe ich dort auch wiedergegeben.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ja, ich frage das natürlich deswegen, weil wir wissen, dass im Auswärtigen Amt die Zahl 2 500 an diesem Zeitpunkt des Sommerinterviews schon längst nicht mehr aktuell war. Sie selber haben ja auch an dem Mehrministertgespräch am 14. August teilgenommen, wo nach unserer Information Herr Seehofer berichtet hat, dass wir über 10 000 Antragsberechtigte sprechen, und der das zum Anlass genommen hat, weitere Charterflüge zu verlangen. Und das war kurz vor dem Sommerinterview. Da gab es die Zahl 10 000. Deswegen frage ich: Welche Zahl war jetzt bei Ihnen eigentlich im Kopf?

Zeuge Olaf Scholz: Ich bin nicht ganz sicher, ob Sie das jetzt korrekt wiedergeben, was Sie an sicherlich viel präziserem Wissen durch die vor Ihnen liegenden Unterlagen hier haben. Aber falls ich das jetzt in diesem Zeitpunkt nicht falsch zusammenkriege, gab es Ortskräfte und ihre Angehörigen. Und die größere Zahl, die Sie grad genannt haben, bezog sich auf die Ortskräfte plus Angehörige, vermute ich.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ja, genau. Das habe ich eben gesagt und auch zitiert, -

Zeuge Olaf Scholz: Nee.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): - also circa 10 000 inklusive Familienangehörige.

Zeuge Olaf Scholz: Ja, das Wort hatten Sie eben vergessen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ach so. Das tut mir leid.

Zeuge Olaf Scholz: Mir auch.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Das war nicht beabsichtigt. Genau. Aber gut, wenn Sie das nicht weiter aufklären können, woher diese Zahl 2 500 kommt - -

Zeuge Olaf Scholz: Ich wollte noch mal sagen: Die Zahl ergibt sich aus den Ortskräften. Und Sie haben die Familienangehörigen jetzt hinzugerechnet. Also scheint meine Erinnerung mich nicht zu trügen. Wir haben immer gesagt: Es gibt die Ortskräfte. Die haben eine eigenständige Berechtigung, von uns Schutz zu bekommen. Und natürlich wissen wir, dass wir die nicht alleine zurückholen, sondern dass ihre Familienangehörigen mitreisen. Und darüber haben wir Schätzungen angestellt, wie viele das sein können. Und deshalb gibt es immer - das ist auch, glaube ich, in vielen anderen Diskussionen ein bisschen durcheinandergelommen - zwei Zahlen: Ortskräfte und wie viele sind es insgesamt, wenn man die Familienangehörigen mitrechnet.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Gut. - Mich interessiert die Zahl 2 500 deswegen, weil Sie die Behauptung aufstellen, dass die allermeisten von diesen 2 500 schon mit Linienflügen nach Deutschland gekommen seien. Und das ist eine Information, für die wir in unseren Unterlagen überhaupt keinen Anhaltspunkt haben. Deswegen hätte mich nur interessiert, woher diese Information kommt. Das war der Hintergrund meiner Frage.

Zeuge Olaf Scholz: Da kann ich Ihnen nicht weiterhelfen. Und ich gehe davon aus, dass Sie das alles präzise recherchieren, und bin auch sehr dankbar dafür.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay. Dann haben Sie in einem Zitat weiter gesagt am 22. August 21:

„Das sind die Ortskräfte, wie wir besprochen haben, das sind diejenigen, über die ich eben geredet habe in erweitertem Sinne, die zum Beispiel für Medien, ... Hilfsorganisationen tätig waren und die uns jetzt gemeldet werden. Das geht um die Frauenrechtlerinnen, über die ich gesprochen habe. Und für die wird es den Schutz auch geben, wenn sie sich später einmal melden, bei einem deutschen Konsulat zum Beispiel.“

Ortskräfte, wie wir sie im Ortskräfteverfahren verstehen, sind ja Lokalbeschäftigte von deutschen Behörden oder mittlerweile dann auch Dienstleistern deutscher Behörden. Sie haben den Kreis jetzt erweitert um Medien, Hilfsorganisationen, Frauenrechtlerinnen im erweiterten Sinne. Haben Sie das mit dem Auswärtigen Amt vorher abgestimmt, dass der Kreis der Aufnahmeberechtigten insoweit erweitert wird?

Zeuge Olaf Scholz: Erstens fand ich das richtig. Ich habe also meine eigene Meinung wiedergegeben. Ohne dass ich jetzt das konkrete Zitat, das Sie dort vorliegen haben, genau erinnere, aber ich weiß, dass ich so was gesagt habe, und nicht nur einmal, sondern bei verschiedenen Gelegenheiten. Und nach meiner Erinnerung hatten wir dort auch im politischen Kreis, im Ministerkreis drüber diskutiert, dass wir selbstverständlich jetzt nicht nur uns konzentrieren auf Ortskräfte, sondern dass nach diesem dramatischen Fall von Kabul es auch darum geht, Menschen zu schützen, die unmittelbar bedroht sind, zum Beispiel weil sie sich für Frauenrechte eingesetzt haben. Das ist also meine Haltung gewesen, auch meine Haltung unverändert. Und ich glaube aber auch, dass es die Haltung der Bundesregierung war und ich da nicht alleine stand.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Wenn Sie sagen, Sie hätten das im Ministerkreis erörtert, der ist ja von eins bis x groß. Also, können Sie sich

erinnern, bei welchem Anlass und mit wem Sie konkret darüber sich ausgetauscht haben?

Zeuge Olaf Scholz: Das kann ich Ihnen nicht sagen. Aber ich kann Ihnen sagen, dass meine Erinnerung ist: Wir waren darüber im Ergebnis einig. Kann falsch sein. Vielleicht sehe ich das zu optimistisch. Ich glaube aber, es ist so.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Dann würde mich interessieren, ob Sie den Europaabgeordneten Marquardt kennen.

Zeuge Olaf Scholz: Nicht sehr persönlich; aber ich weiß, wer das ist.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Hat dieser Europaabgeordnete im Zusammenhang mit der Evakuierung von Menschen aus Afghanistan zu Ihnen persönlich Kontakt aufgenommen?

Zeuge Olaf Scholz: Es haben sehr viele in der Zeit Kontakt aufgenommen zu mir, meinem Ministerium und all denjenigen, die dann „ich“ sind, also der ganze Kreis derjenigen, die für mich aktiv sind, und haben sich jeweils für verschiedene Gruppen eingesetzt. Und dort, wo ich und meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter es richtig fanden und wo wir das machen konnten, haben wir immer auch mal gesagt: Guck mal, ob man die und die nicht auch noch irgendwie schützen kann.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ja, das war keine Antwort auf meine Frage. Also, meine Frage war ganz konkret: Können Sie erinnern, dass Herr Marquardt sich wegen der Evakuierung von Menschen aus Afghanistan direkt an Sie persönlich gewendet hat?

Zeuge Olaf Scholz: Ich erinnere mich nicht. Falls er mir geschrieben hat, wird es so sein. Und falls er mich gesprochen hat, wird es auch so sein. Aber ich erinnere mich nicht.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Und können Sie sich dran erinnern, ob Sie im Zusammenhang mit der sogenannten Luftbrücke e. V. [sic!] aktiv geworden sind, an das Auswärtige Amt herangetre-



Nur zur dienstlichen Verwendung

ten sind mit der Frage, ob man einen Evakuierungsflug organisieren könne? Ist Ihnen dieser Sachverhalt erinnerlich?

Zeuge Olaf Scholz: Mir ist das Thema bekannt und auch dass es ein Engagement gab, dass wir versuchen, das irgendwie möglich zu machen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Und wissen Sie noch, wie das ausgegangen ist?

Zeuge Olaf Scholz: Nein.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Die Kollegen haben eben schon im Zusammenhang mit Rückführungsflügen mit Ihnen gesprochen, also jetzt Abschiebeflügen von Straftätern, um das mal ein bisschen untechnisch auszudrücken. Sie haben in dem Sommerinterview auch gesagt, dass die Meinung der SPD einheitlich und klar für die Fortsetzung von Abschiebeflügen gewesen sei. Nun wissen wir aus unseren Unterlagen, zum Beispiel aus MAT A AA-9.43 VS-NfD, Blatt 59 bis 60, dass der Außenminister damals zumindest die Aussetzung der Rückführungen für richtig gehalten - - und notfalls auch gegen das Innenministerium durchsetzen wollte. Inwieweit ist Ihnen dieser Sachverhalt als Vizekanzler bekannt geworden?

Zeuge Olaf Scholz: Ich kenne die Vermerke, die Sie da vorliegen haben, selbstverständlich nicht. Die gehen mich ja auch nichts an. Aber ich kann Ihnen jedenfalls versichern, dass meine Haltung in dieser Frage immer klar war und dass ich mich immer dafür eingesetzt habe, dass sie auch gilt.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Haben Sie darüber auch mit dem Außenminister gesprochen? Und hat er eine andere Position Ihnen gegenüber vertreten?

Zeuge Olaf Scholz: Es wäre sehr verwunderlich, wenn ich nicht darüber gesprochen hätte. An die konkreten Gespräche kann ich mich nicht mehr erinnern. Aber in dieser Frage habe ich eine so konsistente Haltung schon seit sehr langer Zeit, dass das alles sehr plausibel ist, dass ich bei vielen Gelegenheiten gesagt habe, ich bin dieser Meinung, die ich auch öffentlich geäußert habe,

in dem Fall ja dann vielleicht auch als jemand, der sich um die Kanzlerschaft in Deutschland bemüht hat und deshalb auch mit gutem Grund sagen konnte: Ich spreche für die Haltung der Sozialdemokratischen Partei.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Vielen Dank. - Ich habe keine weiteren Fragen.

Zeuge Olaf Scholz: Dann geht es weiter mit der Frau Kollegin Bayram. Bitte.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Sehr geehrter Herr Scholz, ich würde Ihnen wieder etwas vorlegen: MAT A BKAm-3.18 VS-NfD, Blatt 67. Und ich muss dazu sagen: Als Rechtsanwältin würde ich nachfragen, wenn Sie jetzt sagen würden: Genau daran kann ich mich erinnern, und es ist so und so abgelaufen. - Deswegen: Ich glaube, in der Zwischenzeit ist einiges passiert. Dennoch ist es der Versuch, mit einer Erinnerungshilfe womöglich noch mal aufklären zu können, was in den Akten nicht drin ist. Aber die Akten helfen uns ja natürlich.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Das ist jetzt eine Vorbereitung der Bundeskanzlerin für die Telefonkonferenz am 14. August 2021. Und ich zitiere aus Blatt 68, da steht:

„Die Raumgewinne der Taliban (TLB) schreiten voran. Rund die Hälfte der 34 Provinzhauptstädte scheint unter TLB Kontrolle (bevölkerungsreich und strategisch wichtig: Herat und Kandahar).

Möglicherweise werden sich der Einflussbereich und die effektive Kontrolle der Regierung binnen kurzer Zeit nur noch auf die Hauptstadt Kabul und ihre Umgebung erstrecken. Die Durchhaltetätigkeit und die Kampfmoral der AFG Sicherheitskräfte scheint erschöpft, um den negativen Trend umzukehren oder weitere



Nur zur dienstlichen Verwendung

Raumgewinne der TLB zu verhindern, trotz ausreichend nomineller Kräfte und Ausstattung.“

Und insoweit würde mich interessieren: Hat die Kanzlerin diese Lage in dieser Telefonkonferenz am 14. August - da steht ja vorne auch drauf, wer dabei sein sollte - angesprochen? Und können Sie sich ein Stück weit erinnern, ob und wie die Sicherheitslage an diesem 14. August diskutiert wurde? Was am 15. August war, wissen wir ja dann.

Zeuge Olaf Scholz: Wir haben über die Sicherheitslage diskutiert. Und dass die Taliban erhebliche militärische Erfolge erzielt haben, das ist ja offensichtlich und entsprach auch der Erkenntnis. Alles andere wäre komisch gewesen. Auch die Einschätzung über den Willen und die Bereitschaft der Regierungskräfte, sich zu verteidigen, war offensichtlich und ist ja auch ein Thema, das ich gleich zu Anfang angesprochen habe und Joe Biden auch in seinem Statement versucht hat auszudrücken, dass nämlich ganz offensichtlich nicht die Voraussetzung vorlag, dass diejenigen, die da in Amt und Regierung waren, den Willen hatten, sich tapfer zu verteidigen mit all der Ausstattung, die wir über Jahre zur Verfügung gestellt hatten. Eine Einschätzung, die sehr betrüblich ist, aber die wir, glaube ich, für die Auswertung der damaligen Ereignisse hier brauchen, weil das ja auch für die Schlüsse, die Sie und wir ziehen, von größter Bedeutung ist.

Es ist plausibel, dass damals noch die Einschätzung war, dass Kabul nicht gleich sofort betroffen ist. So habe ich das übrigens auch aus den Zeitungsberichten und anderen Sachen, die ich erinnere, mit in Erinnerung. Das ist ja das Problem, dass immer alles viel schneller ging, als jeweils kurz vorher vorhergesagt. Insofern nehme ich an, dass irgendwie so in dieser Richtung auch die Sache vorgetragen worden ist, ohne dass ich das konkret erinnern kann. Sie sagen schon, das wäre unplausibel. Tatsächlich wissen wir: Am nächsten Tag war es ganz anders. Aber ich vermute, dass fast alle das gleiche Bauchgefühl hatten wie ich: Das könnte auch anders kommen. - Insofern ist es ja auch wichtig, dass wir die Sache fortlaufend bewertet haben.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und dann habe ich in einem Artikel gelesen, dass der damalige Außenminister Heiko Maas gegenüber Ihnen seinen vorzeitigen Rücktritt erwogen, angeboten hätte oder so. Können Sie dazu was sagen?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Die Frage hatten wir vor etwa zehn Minuten, exakt die gleiche Frage.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann hat die AfD die gestellt, und ich habe weggehört.

(Heiterkeit - Joachim Wundrak (AfD): Selbst schuld!)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das kann sein, ja.

Zeuge Olaf Scholz: Also, damit Sie nicht ins Protokoll gucken müssen: Ich habe gesagt: Ja, er hat es mir angeboten, und ich habe es nicht angenommen, weil ich fand, dass er ein ehrenhafter Mann ist, der sich sehr bemüht hat, seine Aufgaben gut zu machen.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich hatte aber doch noch mal Nachfragen, ob er denn Gründe dafür genannt hat, also ob er Versäumnisse seinerseits dafür benannt hat, die ihn dazu erwogen haben, um dieses zu bitten.

Zeuge Olaf Scholz: Der Bundesminister war genauso betroffen von dem, was sich dort ereignet hat, wie wir alle, alle Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, die ja doch gebannt die Entwicklung verfolgt haben, die Evakuierungsaktion, die Not und das Leid derjenigen, die jetzt bedroht sind von dem neuen Talibanregime. Das hat ihn sehr aufgewühlt und richtigerweise genauso wie alle anderen. Und das ist - ist meine Vermutung - sein Motiv gewesen, hochmoralisch, gar nicht anders.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und was war Ihr Motiv, dann zu sagen: „Nee, mach bitte weiter!“?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Olaf Scholz: Ich fand, dass er sich sehr engagiert bemüht hat, diese Aufgaben alle wahrzunehmen. Und wenn sich in der ganzen Welt die Nachrichtendienste verschätzen über den Verlauf der Dinge, finde ich, ist das jetzt nicht so, dass man dem deutschen Bundesaußenminister sagen muss: Du wusstest es aber nicht besser als alle die. - So. Das ist ja die Situation. Und ich bin da auch nicht einer von den Politikern, die finden, wenn es eng wird, braucht man sofort jemanden, den man hinstellen kann, und dann ist das ganze Thema zu Ende. Also, das hat was mit meiner Haltung, mit meiner moralischen Bewertung zu tun.

Ich fand es übrigens sehr anständig von Bundesminister Maas, das von sich aus gesagt zu haben. Das hat mich sehr beeindruckt.

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann hätte meine Kollegin Sara Nanni noch Fragen, bitte schön.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Bitte.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Guten Abend, Herr Bundeskanzler! Sie haben ja vorhin ausgeführt - und die Kollegin hat ja auch auf das Interview verwiesen -, solange die Lage das ermöglicht, abzuschieben, sollte auch abgeschoben werden. Wie haben Sie sich denn als Vizekanzler im Untersuchungsausschusszeitraum informiert über die Lage in Afghanistan?

Zeuge Olaf Scholz: Nun, mit den Kabinettsvermerken, die wir bekommen haben wegen der verschiedenen Vorlagen der anderen Ministerien; das haben Sie alle vorliegen. Aber da es ja keine eigene Bewertung der Lage geben konnte aus dem Finanzministerium, das ja keine Sicherheitsbehörde in dem Sinne ist trotz des Zolls, ist das etwas, wo ich mich drauf gestützt habe. Dann die Gespräche und Diskussionen und selbstverständlich diese umfassende Berichterstattung, die es überall gab.

Das ist ein Thema, das mich sehr interessiert hat. Das war mir wichtig. Da habe ich mich sehr oft mit beschäftigt und auch sehr interessiert für die Lage. Sie haben ja vorhin gehört, dass ich zum

Beispiel nach der amerikanischen Präsidentschaftswahl mir ganz besonders große Sorgen gemacht hatte, dass möglicherweise der Abzug unserer Truppen viel schneller vonstattengehen muss, als es vereinbart war. Das hat sich dann so nicht bewahrheitet. Und insofern können Sie sich vorstellen, dass das Thema mich schon sehr umgetrieben hat.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie denn die Möglichkeit in Anspruch genommen, als Vizekanzler auch auf die nachrichtendienstlichen Erkenntnisse unserer Nachrichtendienste, also insbesondere des BND, Rückgriff zu nehmen?

Zeuge Olaf Scholz: Ich weiß nicht, was ich mir angeschaut habe. Ich kann Ihnen das berichten, was ich eben gesagt habe. Und ich finde, unser Problem ist, dass die Einschätzungen nicht gestimmt haben, aber nicht, wie viele man davon im Einzelnen auf welche Weise wahrgenommen hat. Die öffentliche Diskussion dazu hat ja auch die ganze Zeit stattgefunden, und das hat mich mindestens genauso interessiert. Ich versuche, mir schon auch eine eigene Meinung zu bilden.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wäre jetzt nicht die Quintessenz von zwei Jahren Befragungen hier im Untersuchungsausschuss, dass die Informationen nicht vorgelegen hätten, ehrlicherweise. Aber das wird ja dann auch demnächst so veröffentlicht, was alles schon auch bekannt war innerhalb der Strukturen. Deswegen habe ich auch noch mal explizit nach der nachrichtendienstlichen Lage gefragt.

In dem Zusammenhang: Können Sie sich erinnern, dass das Szenario „Taliban 2.0“ irgendwann mal in den Vorlagen, die Sie hatten zu Afghanistan, aufgetaucht ist als Stichwort?

Zeuge Olaf Scholz: Nein.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön, Herr Bundeskanzler.

Zeuge Olaf Scholz: Das schließt nicht aus, dass ich das mal gehört habe; aber selbst jetzt müsste



Nur zur dienstlichen Verwendung

ich Sie bitten, mich zu stützen, was das bedeuten soll. Damit Sie es einschätzen können.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Herr Kollege Heidt.

Peter Heidt (FDP): Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Bundeskanzler, ich wollte noch mal auf diese Kabinettsentscheidung vom 16.06. zurückkommen über die Erweiterung des Ortskräfteverfahrens. Wir hatten darüber gesprochen, dass ja da unterschieden worden ist zwischen den Ortskräften vom BMVg und vom BMI zu den AA- und BMZ-Ortskräften.

Können Sie sich daran erinnern, wie die beiden Minister vom AA und vom BMZ da im Kabinett agiert haben? Haben die sich irgendwie für ihre Ortskräfte auch damals schon eingesetzt, oder haben die nur gesagt: „Ja, macht das mal mit den Ortskräften von den anderen beiden Ministerien. Bei uns ist das noch nicht nötig“? Können Sie sich daran erinnern?

Zeuge Olaf Scholz: Es wäre unplausibel, wenn ich Ihnen jetzt minutengenaue Berichte hier abliefern könnte. Aber ich kann Ihnen sagen: Das Thema Ortskräfte hat immer wieder eine Rolle gespielt. Und deshalb hat es auch Entscheidungen zu dem Thema gegeben.

Ich habe eben schon berichtet, wofür ich mich eingesetzt habe auf verschiedene Weise. Sie wissen das sogar aus den Akten und haben das hier teilweise vorgetragen, weil das in Berichten verschiedener Ministerien vorgekommen ist. Und selbstverständlich kann ich deshalb sagen, konnte ich Ihnen deshalb auf Ihre vorherige Frage antworten: Es hat Diskussionen darüber gegeben: Wer braucht jetzt sehr viel Schutz und wer ist möglicherweise nicht betroffen? - Aber genauer kann ich Ihnen das hier nicht präzisieren.

Peter Heidt (FDP): Ja, okay. Der Kollege Röwekamp hatte Sie vorhin mal drauf angesprochen, dass es in den Ministerien so die Überlegung gab: Oh, wir dürfen die Evakuierungen nicht sozusagen öffentlich machen, weil das das falsche

Signal ist. - Haben Sie diese Einschätzung geteilt persönlich?

Zeuge Olaf Scholz: Am Ende hat es sehr viele Erwägungen gegeben. Es zählt, was für Entscheidungen getroffen worden sind, und die kennen Sie.

Peter Heidt (FDP): Na ja, ich persönlich habe mich schon ein bisschen gewundert, wenn ich das ehrlich zu Ihnen sagen darf, weil die Überlegung, dass alle anderen oder - - Viele andere Länder machen das, und ausgerechnet wenn wir es auch machen, gibt es das falsche Signal. Ich fand das ein bisschen sehr deutschlandbezogen und nicht irgendwie - - Das war mein Eindruck. Den würden Sie aber nicht teilen, diesen Eindruck?

Zeuge Olaf Scholz: Ich weiß, dass alle sehr gewissenhaft versucht haben, das Richtige zu tun.

Peter Heidt (FDP): Da war ja Wahlkampf dann auch schon ab Juli, nach der letzten Sitzungswoche spätestens. Hatten Sie das Gefühl, dass der Wahlkampf auf die Entscheidungen in Zusammenhang mit Afghanistan eine Rolle gespielt hat?

Zeuge Olaf Scholz: Nein.

Peter Heidt (FDP): Okay. - Die Kollegin hat jetzt mit Ihnen über eine Telefonkonferenz gesprochen vom 14.08. Ich war da ein bisschen überrascht über das Datum, weil wir von der Ministerin Kramp-Karrenbauer einen Termin gehört haben 13.08. Nun kann es natürlich sein, dass es zwei Termine gegeben hat. Wissen Sie, ob es sozusagen einen Tag vorher auch schon eine Telefonschalt gegeben hat? Da sollen drei teilgenommen haben laut Aussage von Frau Kramp-Karrenbauer: die Bundeskanzlerin, Bundesminister Heiko Maas und Sie.

Zeuge Olaf Scholz: Ich kann mich nicht erinnern, was am 13.08. und 14.08. war. Ich weiß, dass wir in dieser Zeit über die Dinge gesprochen haben. Das, was ich Ihnen gut berichten kann, das berichte ich Ihnen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Peter Heidt (FDP): Okay. Also, haben Sie jetzt auch keinen noch mal davon abweichenden ergänzenden Inhalt in Erinnerung?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich glaube, wir sollten auch nicht spekulieren. Das ist ja durchaus denkbar, dass sich der eine oder der andere im Datum auch getäuscht hat. Das ist ja durchaus möglich, dass man das Datum nicht exakt - -

Peter Heidt (FDP): Das stimmt, Herr Vorsitzender. Da haben Sie völlig recht. - Es gab dann - das ist jetzt meine letzte Frage - im Vorfeld des G-7-Treffens der Finanzminister - - Das ist dann MAT A AA-8.664 VS-NfD, Blatt 61:

„Die verheerende wirtschaftliche Entwicklung in Afghanistan werde die Krise weiter verschärfen. Deshalb müssten schnell Entscheidungen zu humanitären Ausnahmen im Rahmen von internationalen Sanktionen fallen. Beim morgigen Treffen der G7-Finanzminister solle deshalb beraten werden, wie ein Kollaps abgewendet werden könne. Dazu werde er heute mit IWF-Chefin Georgiewa auffordern. Guterres bat mich, diese Bitte an BM Maas und BM Scholz weiterzugeben.“

Können Sie sich daran erinnern, dass im Rahmen dieses G 7-Finanzministertreffens dann über die humanitäre Krise in Afghanistan gesprochen worden ist?

Zeuge Olaf Scholz: Nach dem Fall von Kabul? Ich weiß nicht, welches Treffen Sie meinen.

Peter Heidt (FDP): Das war danach, ja.

Zeuge Olaf Scholz: Plausibel. Aber ich habe keine Erinnerung, was - - und auch nicht, ob ich mit Frau Georgiewa darüber gesprochen habe.

Peter Heidt (FDP): Okay, dann vielen Dank. - Und das war's vonseiten der FDP.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann hat der Kollege von der AfD das Wort.

Joachim Wundrak (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Bundeskanzler, in den nächsten Fragen beziehe ich mich auf Ihre Kapazität als damaliger Finanzminister. Für das Sekretariat: Ich beziehe mich im Folgenden auf die zugesandte Anlage 20, Seite 1, und Anlage 21, Seite 3. Der „Deutschen Welle“ war am 22.08., als die Evakuierungsoperation lief, unter der Überschrift „Den Taliban wird der Geldhahn zugedreht“ zu entnehmen - ich zitiere -:

„US-Präsident Joe Biden und die amerikanische Notenbank FED haben Milliarden Dollar in afghanischer Währung auf Konten in den USA eingefroren. Beinahe neun Milliarden Dollar ... an Anleihen sind in den USA und anderen Ländern platziert, darunter Goldreserven in Höhe von 1,2 Milliarden Dollar und mehr als 300 Millionen in internationalen Devisen.

In Erwartung des Falls der Hauptstadt Kabul hat Präsident Biden die Lieferung von Dollarnoten nach Afghanistan gestoppt; eine Maßnahme, von der der frühere afghanische Notenbankpräsident Ajmal Ahmady sagt, sie würde das Volk in eine arge Notlage bringen.“

Zitat Ende. - In einem nach der Machtübernahme der Taliban publizierten „Deutschlandfunk“-Beitrag heißt es unter der Überschrift „Ausschluss aus Banken-Netzwerk SWIFT als Sanktionsmittel“ - Zitat -:

„2017 wurden ... nordkoreanische Banken von SWIFT ausgesperrt, 2021 nach der Machtübernahme der Taliban auch Banken in Afghanistan. Seither gibt es nach Informationen der „Tagesschau“ keine regulären Dollar-Lieferungen mehr in das Land, was zu einer Liquiditätskrise geführt hat. Kontoinhaber können je nach Bank nur 200 bis 400 US-Dollar pro Woche abheben.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zitat Ende. - Herr Bundeskanzler, welche Erkenntnisse hatten Sie damals als Finanzminister im Untersuchungszeitraum über Vorbereitungen zum Einfrieren der afghanischen Währungsreserven, zum Ausschluss der afghanischen Banken vom SWIFT-System und der Zurückhaltung der Lieferung von Banknoten an die afghanische Zentralbank?

Zeuge Olaf Scholz: Ich kenne das Dokument, das Sie da in Bezug nehmen, nicht. Und ich kann Ihnen deshalb nur sagen: Ja, ich glaube, wir haben uns mit diesen Dingen befasst und Entscheidungen getroffen.

Joachim Wundrak (AfD): Können Sie sagen, dass die Bundesregierung in die Entscheidungen auch der amerikanischen Autoritäten hier mit eingebunden war?

Zeuge Olaf Scholz: Mit Sicherheit nicht. Das ist nicht der Stil der amerikanischen Regierung. Aber dass sie uns informiert haben, ist sehr plausibel. Aber das ist jetzt Spekulation.

Joachim Wundrak (AfD): Okay. - Waren nach Ihrer Kenntnis auch Euro-Geldbeträge gegebenenfalls bei der der Bundesbank oder deutschen Banken davon betroffen? Und sind auch deutschlandseitig afghanische Gelderkonten eingefroren worden?

Zeuge Olaf Scholz: Ich habe dazu keine Vorbereitung, weil das, was ich hier vorliegen habe, sich mit dem Thema nicht befasst hat, und kann deshalb keine Auskünfte geben darüber, wie es war. Ich kann Ihnen nur sagen, dass das SWIFT-System in der Tat zentral ist dafür, ob der Bankverkehr stattfinden kann. Das merken wir ja auch jetzt, wo wir Russland von dem SWIFT-System abgeschaltet haben aus gutem Grund.

Joachim Wundrak (AfD): Ja, vielen Dank. - Dann Fragen zum Hawala-System. Der Dr. Julius Spatz, damals Abteilungsleiter der GIZ, sagte laut Protokoll der UA-Sitzung vom 06.07.2023, Seite 98 und 99, aus, dass die GIZ nach dem Fall von Kabul per Hawala Gehälter an afghanische Ortskräfte gezahlt habe. In diesem Zusammenhang sagte Dr. Spatz wörtlich - Zitat aus dem Protokoll

der UA-Sitzung vom 06.07.2023, Seite 99; ich zitiere -:

„Das ist genau das, dass eben Sanktionen da sind und deswegen wir Wege prüfen mussten, ob es möglich ist, mit Hawala Geld reinzubringen. Und diese Prüfung haben wir zusammen mit der Bundesregierung gemacht, und es wurde auf Staatssekretärebene entschieden, und damit haben wir das Geld reingebracht.“

Zitat Ende. - Herr Bundeskanzler, sind Sie damals in diese Entscheidung der Staatssekretäre mit eingebunden gewesen? Und wie war Ihre Position damals dazu?

Zeuge Olaf Scholz: Ich habe darüber keine Kenntnis. Und ich habe auch keinerlei Kenntnis, dass das, was Sie hier vortragen, den Sachverhalt richtig wiedergibt. Ich bin da nicht so sicher.

Joachim Wundrak (AfD): Für das Sekretariat: Ich beziehe mich im Folgenden auf die zugesandte Anlage 24, Seite 6. In der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion heißt es - Zitat aus Bundesdrucksache 20/12354, Seite 6 -:

„Transaktionen, die dem Hawala-Banking zuzurechnen sind, werden von den bewirtschaftenden Ressorts weder getätigt noch beauftragt.“

Weitere Antwort der Bundesregierung aus genannter Bundesdrucksache, Seite 6 - ich zitiere -:

„Die Nutzung von Hawala-Systemen durch Zuwendungsempfänger oder Durchführungsorganisationen unterliegt strengen Voraussetzungen und erfolgt unter Beachtung der gesetzlichen Auflagen. Dabei gelten enge Auflagen und Berichtspflichten, um auszuschließen, dass Mittel zweckentfremdet werden.“



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zitat Ende. - Welche gesetzlichen Auflagen gab es im Untersuchungszeitraum? Und welche engen Auflagen und Berichtspflichten galt es, bezüglich Hawala konkret einzuhalten? Wie und von wem wurden diese überwacht? Welche Rolle spielten dabei die Institutionen Deutschlands BND, BMF, BaFin, Bundesbank oder KfW? Können Sie uns da weiterhelfen?

Zeuge Olaf Scholz: Habe ich Ihnen eben schon gesagt: Ich habe darüber keine Kenntnis. Wenn ich das richtig sehe, hat es aber Antworten der Bundesregierung gegeben, wie ich jetzt im Vorfeld unseres Gesprächs gelernt habe, in denen gesagt wurde, dass staatliche Institutionen das Instrument nicht genutzt haben - falls ich das nicht falsch in Erinnerung habe. Aber ich weiß selber nichts dazu.

Joachim Wundrak (AfD): Ich stelle Ihnen trotzdem die abschließende Frage zu dem Hawala-System, beziehe mich damit im Folgenden auf die zugesandte Anlage 24, Seite 6 und 7. In der Antwort der Bundesregierung auf Frage 15 dieser Kleinen Anfrage der AfD heißt es - Zitat -:

„Die Bundesregierung nutzt keine dem Hawala-Banking zuzurechnenden informellen Geldtransfersysteme und führt entsprechend keine regulären Ausschreibungsverfahren durch. Zuwendungsempfänger und Durchführungsorganisationen nutzen unterschiedliche Verfahren, um als ultima ratio Hawaladare zu identifizieren. Informationen zu deren Auswahl werden nicht erfasst.“

Zitat Ende. - Wenn, Herr Bundeskanzler, Informationen zur Auswahl der Hawaladare - das sind also die Institutionen, die das betreiben - - Wie wurde dann die Einhaltung der strengen Voraussetzungen und die gesetzlichen Auflagen sowie die strengen Auflagen und Berichtspflichten geprüft? Wer wäre dafür - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Also, Entschuldigung. Erstens entfernen wir uns, glaube ich, doch ein ganzes Stück von unserem Untersuchungsgegenstand, und zweitens habe ich den Zeugen

so verstanden, dass ihm zu diesem Vorgang nichts bekannt ist. Das wird, glaube ich, mit der dritten Nachfrage nicht anders. Oder täusche ich mich da? Also, insofern - -

Joachim Wundrak (AfD): Dann bedanke ich mich, Herr Bundeskanzler.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Gut. - Gibt es noch Nachfragen aus den Fraktionen? - Das ist nicht der Fall.

Dann, Herr Bundeskanzler, bedanke ich mich für Ihre Bereitschaft, uns hier zur Verfügung zu stehen.

Ich will Sie darauf hinweisen, dass Ihre Befragung noch nicht förmlich abgeschlossen ist, sondern dass Ihnen das Protokoll übermittelt wird und Sie 14 Tage Zeit haben, das gegebenenfalls zu korrigieren, und erst dann der Ausschuss förmlich feststellt, dass die Befragung abgeschlossen ist. Dann darf ich mich herzlich bedanken und Ihnen einen guten Abend wünschen.

Ich unterbreche die Sitzung für 15 Minuten.

Zeuge Olaf Scholz: Schönen Dank und viel Glück für die weitere Arbeit.

(Unterbrechung von
20.58 bis 21.19 Uhr)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hoffe, Sie haben sich noch mal versorgt. Die Mikrofonanlage ist justiert, und ich begrüße unseren dritten Zeugen, der bereits Platz genommen hat.

Vernehmung des Zeugen Stefan Röbel

Ich stelle fest, dass der Zeuge ordnungsgemäß geladen ist und den Erhalt der Ladung am 20. Juni bestätigt hat. Sehr geehrter Herr Röbel, ich heiße Sie herzlich willkommen und bedanke mich dafür, dass Sie dem Ausschuss als Zeuge zur Verfügung stehen.

Ich bin gehalten zunächst, Sie über Ihre Rechte und Pflichten als Zeuge aufzuklären. Diese Belehrung schreibt mir das Gesetz für jeden Zeugen vor, also auch für Sie.

Sie sind als Zeuge geladen. Als Zeuge vor einem Untersuchungsausschuss sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Das heißt, Sie müssen richtige und vollständige Angaben machen, dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Wer vor einem Untersuchungsausschuss vorsätzlich falsche Angaben macht, kann sich nach § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches strafbar machen. Solch eine uneidliche Falschaussage kann eine Geldstrafe oder eine Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren nach sich ziehen.

Auf bestimmte Fragen dürfen Sie allerdings die Auskunft verweigern. Das gilt zum einen für Fragen, deren Beantwortung Sie oder einen Ihrer Angehörigen der Gefahr zuziehen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Das können Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit sein, aber auch Disziplinar- oder berufsgerichtliche Verfahren.

Darüber hinaus dürfen sogenannte Berufsgeheimnisträger und ihre Gehilfen grundsätzlich die Auskunft in Bezug auf Dinge verweigern, die

ihnen in dieser Eigenschaft anvertraut oder bekannt geworden sind.

Haben Sie dazu Fragen?

Zeuge Stefan Röbel: Nein.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann möchte ich Sie darauf hinweisen, dass eine Tonaufnahme gefertigt wird, um die Protokollierung der Sitzung zu erleichtern. Deshalb ist es wichtig, dass Sie Ihr Mikrofon einschalten, laut und deutlich reden. Dann können wir Sie gut verstehen. Die Aufnahme wird nach Abschluss der Protokollerstellung gelöscht. Das Protokoll wird Ihnen vor der endgültigen Fertigstellung übersandt.

Sollten Sie während Ihrer Vernehmung zu der Auffassung gelangen, dass Sie als VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen oder sonstige Dinge zur Sprache bringen müssen, deren öffentliche Erörterung überwiegende schutzwürdige Interessen verletzen würde, bitte ich um einen Hinweis. Der Ausschuss hätte dann über den Ausschluss der Öffentlichkeit sowie den Geheimhaltungsgrad der Sitzung zu befinden. Es handelt sich hierbei jedoch um ein Regelausnahme-Verhältnis. Der Öffentlichkeitsgrundsatz für Beweiserhebungen in Untersuchungsausschüssen hat nach Artikel 44 des Grundgesetzes Verfassungsrang. Die Gründe für eine Ausnahme müssen also von besonderem Gewicht sein, und es ist der Ausschuss, der darüber befindet.

Haben Sie zu diesen Hinweisen Fragen?

Zeuge Stefan Röbel: Habe ich nicht. - Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Nach diesen Vorbemerkungen komme ich nun zum Ablauf der Vernehmung. Eingangs werde ich Sie kurz zu Ihrer Person befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie nach § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen, wenn Sie das wünschen. Anschließend oder wenn Sie darauf verzichten, werden Sie von den Mitgliedern des Ausschusses befragt. Die



Nur zur dienstlichen Verwendung

Fragezeit richtet sich dabei nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen.

Wenn Sie zum Ablauf dann keine Fragen mehr hätten, dürfte ich Sie nun bitten, sich dem Ausschuss zu Beginn Ihrer Ausführungen mit Ihrem Namen, Ihrem Alter, Ihrem Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen.

Zeuge Stefan Röbel: Guten Abend! Mein Name ist Stefan Röbel. Ich bin 52 Jahre alt, Beamter des höheren Auswärtigen Dienstes, und meine ladungsfähige Anschrift ist die Dienstanschrift des Auswärtigen Amts, Werderscher Markt 1 in 10117 Berlin.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Ich will Ihnen noch sagen, dass, wenn Ihnen Vorhalte aus Akten gemacht werden, Sie sich das ansehen können; das wird Ihnen vorgelegt. Und für die Kolleginnen und Kollegen gilt auch beim dritten Zeugen heute das Gleiche: dass Sie bitte die MAT-Nummern nennen und korrekt zitieren, wenn Sie fragen.

Wünschen Sie im Zusammenhang vorzutragen, was Ihnen über den Untersuchungsgegenstand bekannt ist?

Zeuge Stefan Röbel: Ich würde gerne auf die Fragen antworten.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das ist in Ordnung. - Und es beginnt die SPD-Fraktion. Die Kollegin Yüksel, bitte schön.

Gülistan Yüksel (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Guten Abend, Herr Röbel! Erst mal herzlichen Dank, dass Sie hier sind und für unsere Fragen zur Verfügung stehen. Da Sie ja kein Eingangsstatement gemacht haben, würde ich Sie zunächst bitten, uns zu berichten, wie Sie sich auf die heutige Sitzung vorbereitet haben.

Zeuge Stefan Röbel: Herzlichen Dank. - Ich habe im Vorfeld der Sitzung meine Aufzeichnungen noch mal durchgelesen, die aus der Zeit meiner - - aus der Zeit ab Juni 2021 bis zum September 2021 stammen.

In dem Zusammenhang möchte ich kurz darstellen, wann ich welche Funktion im Ministerbüro von Bundesminister Maas hatte. Ich bin 2018, im Frühsommer 2018, als Referent ins Ministerbüro gekommen und dort zuständig für Vereinte Nationen, Afrika und Angelegenheiten der Kultur. Ab Sommer 2020 war ich dann stellvertretender Leiter des Büros von Heiko Maas, des Ministerbüros. Nachdem die Leiterin des Ministerbüros Botschafterin bei den Vereinten Nationen in Genf wurde, war ich ab Juni, ab 21. Juni 2021, geschäftsführend als Büroleiter des Bundesministers, und das blieb ich auch bis zum Ende der Legislatur. Daher der Hinweis auf von wann bis wann stammen meine Aufzeichnungen, und mit welchen habe ich mich vertraut gemacht.

Gülistan Yüksel (SPD): Vielen Dank. - Sie haben ja gerade gesagt, dass Sie seit Juli 2020 stellvertretender Leiter des Büros von Außenminister, damals Heiko Maas, waren. Ich würde Sie bitten, uns vielleicht kurz darzulegen, welche Aufgaben und Verantwortlichkeiten damit insbesondere in Bezug auf den Untersuchungszeitraum/Untersuchungsgegenstand einhergingen.

Zeuge Stefan Röbel: Grundsätzlich ist das Ministerbüro im Auswärtigen Amt - und ich gehe davon aus, dass das in anderen Bundesbehörden ähnlich ist - dafür verantwortlich, den Minister zu beraten und mit all den Dingen zu versorgen, die er entscheiden muss, die er vorbereiten muss, die es im politischen und behördlichen Alltag zu tun gibt. Das heißt, alles, was aus dem Haus zu ihm kommt, läuft über das Ministerbüro, und es läuft normalerweise schriftlich. Das heißt, Sie befassen - - Sie führen Entscheidungen herbei im Vorlagenwege. Die kommen an die jeweiligen Referenten heran, die dann dazu ein Votum entwickeln, und der Leiter oder die Leiterin des Ministerbüros befasst dann den Minister auf Grundlage der Vorlage und des Votums und führt eine Entscheidung herbei, die auf dem reziproken Wege dann wieder zurück ins Haus gegeben wird. Das erfolgt hierarchisch, also von den einzelnen Arbeitseinheiten über die Abteilungen und die Staatssekretäre zum Ministerbüro - das ist die Aufgabe des Leiters/der Leiterin eines Ministerbüros -, üblicherweise schriftlich.



Nur zur dienstlichen Verwendung

In den Tagen ab Mitte August 2021 bis in den September hinein erfolgten viele dieser Entscheidungsbesprechungen und dieser Unterrichtungen nicht mehr schriftlich, weil die Ereignisse einfach sehr, sehr schnell vor sich gingen. Vieles diskutierten wir mündlich.

Es gab die täglichen Krisenstäbe, in denen der Minister auftrat, und die Besprechungen, die zum Thema Afghanistan geführt wurden, waren täglich. Der Minister war täglich von früh bis abends im Büro mit den Staatssekretären, mit dem Ministerbüro, mit den Beteiligten im Auswärtigen Amt, die sich dieser Frage widmeten.

Gülistan Yüksel (SPD): Vielleicht noch mal ganz kurz, wenn Sie uns noch mal sagen, welche Aufgaben Sie in Bezug zu Afghanistan persönlich wahrgenommen haben. Das würde uns auch noch mal interessieren.

Zeuge Stefan Röbel: Ich habe, bis ich das Büro leitete, keine Aufgaben in Bezug zu Afghanistan wahrgenommen, sondern bin mit dem Thema in Berührung gekommen, wenn es besprochen wurde im Rahmen der Kolleginnen und Kollegen des Ministerbüros oder in größeren Hausbesprechungen und ich ohnehin dabei war.

Und da ich die Zuständigkeit für die Vereinten Nationen, für die OR, hatte, bin ich mit dem UNAMA-Mandat und seiner Behandlung in New York und mit den Sanktionsausschüssen, den Afghanistan-Sanktionsausschüssen, die es bei den Vereinten Nationen gibt, beim Sicherheitsrat, mit denen bin ich über Afghanistan in Berührung gekommen. Ansonsten war das nicht meine fachliche Zuständigkeit.

Gülistan Yüksel (SPD): Dann würde uns interessieren, wie die Arbeitsbeziehung mit der Hausleitung war - ob Sie uns das vielleicht auch noch mal kurz beschreiben können -, insbesondere natürlich mit dem Minister Maas, und dann vielleicht auch noch mal, wie sich die Zusammenarbeit in der Praxis so gestaltete, wenn Sie uns da noch mal das erklären können.

Sie sagten ja, dass Sie vorher alles schriftlich gemacht haben und dann ab Mitte August bis September überwiegend telefonisch. Wenn Sie uns da noch mal so ein bisschen was drauf sagen können.

Zeuge Stefan Röbel: Ich meinte nicht überwiegend telefonisch, sondern ich meinte überwiegend in Präsenz, weil der Minister, der ehemalige Minister Maas, ab Mitte August eigentlich jeden Tag von früh bis spät im Auswärtigen Amt war, im Krisenstab, aber auch davor und danach. Deswegen gab es für schriftliches Handeln, wie ich erwähnte, kaum die Zeit, aber auch nicht die Notwendigkeit, weil der Austausch direkt und mündlich erfolgte.

In anderen Zeiten, zuvor und danach, war der Kontakt mindestens einmal täglich im Rahmen einer Rücksprache - die erfolgte üblicherweise in Präsenz -, und ich habe dann alle Themen, alle Punkte, alle entscheidungsrelevanten Punkte, die es gab an dem Tag, ihm vorgetragen, mit ihm diskutiert und die Entscheidung, die er getroffen hat, dann ins Haus zurück, also an die Referenten im Ministerbüro, und von dort aus ins Haus zurück kommuniziert. Dieses Zurückkommunizieren erfolgte in der Regel schriftlich, schon um einen ausreichenden - - um alle ins Bild zu setzen, weil viele Themen mehrere Kolleginnen und Kollegen betrafen.

Gülistan Yüksel (SPD): Und die Arbeitsbeziehung zu der Hausleitung, wie war die?

Zeuge Stefan Röbel: Sie meinen, zu den Staatssekretärinnen und Staatssekretären?

Gülistan Yüksel (SPD): Mit denen Sie zu tun hatten und dann auch mit Herrn Heiko Maas.

Zeuge Stefan Röbel: Wir kannten uns in 2021 bereits drei Jahre und hatten ein sehr gutes, vertrauensvolles Verhältnis. Das betraf auch die Staatssekretäre, Frau Leendertse, Herrn Berger, und auch sonst die Abteilungsleitung im Auswärtigen Amt und andere Mitglieder der Leitung im Auswärtigen Amt. Ich empfand die Zusammenarbeit als sehr kollegial und offen und hatte das Gefühl, dass wir untereinander ehrlich sagen



Nur zur dienstlichen Verwendung

konnten, was unsere Einschätzungen zu verschiedenen Fragestellungen, politischen, außenpolitischen, waren und entsprechend Diskussionen führen konnten. Es war eine offene, vertrauensvolle Atmosphäre.

Gülistan Yüksel (SPD): Jetzt wissen wir ja, dass in den Untersuchungszeitraum auch die Coronapandemie fiel. Da würde ich gerne wissen, ob sich das auf Ihre tägliche Arbeit und auch die Zusammenarbeit mit dem Minister Heiko Maas ausgewirkt hat.

Zeuge Stefan Röbel: Ja. Wir haben im Ministerbüro zu Beginn von Corona - ich glaube, das haben wir alle ausprobiert - so Teamlösungen gehabt. Ein Team kommt in einer Woche, das andere in der zweiten Woche - wir waren ja etwa sieben, acht Leute im Ministerbüro -, um die Kontakte und die Präsenzen so gering wie möglich zu gestalten, aber vor allem, um auch immer ein einsatzfähiges Team zu haben, was zu Hause blieb und, falls es einen Coronaverdachtsfall gab im anderen Team, im aktiven Team, einsatzfähig war und vor allem alle Präsenztermine, die es ja immer noch gab - - Es gab ja durchaus auch während Corona noch Reisen des Ministers, und dafür brauchen Sie ein Büro, dafür brauchen Sie Leute, die mitkommen und die diese Reisen vorbereiten.

Also es gab eine ganze Reihe - - Der Kontakt ging dann weg vom Persönlichen mehr ins Virtuelle. Also wir hatten relativ viele Besprechungen über Skype for Business, was eine Sache war, die dann relativ schnell im Auswärtigen Amt eingeführt wurde - oder sagen wir auch gemainstreamt wurde -, sodass uns viele Dinge, die wir zu besprechen hatten, auch auf einer relativ sicheren Leitung möglich waren.

Gülistan Yüksel (SPD): Dann würde ich Sie gerne fragen wollen, ob Sie uns erzählen können, wie Sie rückblickend die außenpolitischen Ziele von Bundesminister Heiko Maas in Bezug auf Afghanistan gesehen haben, ob Sie uns das kurz beschreiben können. Und ich würde auch gerne wissen, ob Sie sagen können, für welche Themen, bezogen natürlich auf Afghanistan, sich der

Minister nach Ihrem Eindruck am meisten interessiert hat. Was war ihm besonders wichtig? Wenn Sie das zusammenfassen können - -

Zeuge Stefan Röbel: In Bezug auf Afghanistan ging es nach dem Doha-Abkommen und nach dem absehbaren Verlassen Afghanistans durch die internationale Militärpräsenz darum, das, was in den 20 Jahren vorher für Afghanistan und in Afghanistan getan wurde an Aufbau, an Strukturen, wie wir meinten, an all dem, was Stabilisierungsarbeit bedeutete - - dass das erhalten ist und möglichst den Menschen dort weiter zugutekommt. Das war letztendlich das Ziel, in dieser Phase einen geordneten Übergang zu gestalten, die deutsche Beteiligung, die ja in Afghanistan eigentlich seit Beginn des internationalen Engagements dort immer sehr groß war, auch dort zur Geltung zu bringen und diese Verantwortung, die wir hatten durch das Dasein dort auch - - dieser Verantwortung gerecht zu werden.

Nachdem sich die Lage dort krisenhaft zuspitzte, nachdem die Abzugsentscheidung der Bundeswehr klar war, ging es bei uns, ging es Heiko Maas darum, eine Lösung für die Ortskräfte zu finden, für diejenigen, die für die Bundeswehr, aber auch für andere, die in Gebieten arbeiteten, die dann den Taliban anheimfielen, zu finden.

Und es ging darum, eine gute Präsenz - wir gingen ja davon aus bis Mitte August, dass wir die eine oder andere Form von Präsenz haben würden - - diese Präsenz gut auszugestalten im Verbund mit den Partnern, mit den Amerikanern, aber auch mit den anderen, mit denen wir vor Ort waren.

Gülistan Yüksel (SPD): Jetzt würde ich gerne wissen, ob Sie auch an internen bzw. ressortübergreifenden Besprechungsformaten, im Bezug natürlich weiterhin zu Afghanistan, teilgenommen haben, und, wenn ja, können Sie uns sagen, welche das waren?

Zeuge Stefan Röbel: Ich habe an sämtlichen Krisenstäben teilgenommen, die seit dem 13. August im Auswärtigen Amt stattgefunden haben. Das waren eigentlich alle Besprechungen, die ich im Zusammenhang mit Afghanistan wahrgenommen



Nur zur dienstlichen Verwendung

habe. Ansonsten: Diejenigen, die zuvor waren, die wurden entweder von der Leiterin des Ministerbüros oder vom fachlich zuständigen Kollegen aus dem Ministerbüro begleitet. Also, falls jemand den Minister begleitet hat, dann die andere Person.

Gülistan Yüksel (SPD): Und wie wurden Sie - - In welcher Form wurden Sie oder auch der Minister über die Ergebnisse der Staatssekretärsrunden und der Sicherheitspolitischen Jours fixes zu Afghanistan unterrichtet?

Zeuge Stefan Röbel: Es gab regelmäßige - ich meine, zweimal die Woche, zweimal die Woche waren sie - Jours fixes mit den Staatssekretären, sodass diese Rückkopplung, dieser Austausch, unmittelbar erfolgte. Wenn es im Sicherheitspolitischen Jour fixe Dinge gab, die besprochen wurden, die eilig und dringlich waren, gab es den Sofortkontakt zwischen dem Staatssekretär, der ja in der Regel in diesen Jour fixe ging, und dem Minister. Das konnte im Büro passieren, das konnte telefonisch passieren; das war auf jeden Fall unmittelbar.

Gülistan Yüksel (SPD): Jetzt sagten Sie ja, dass das so zweimal wöchentlich stattfindet. Ich würde gerne von Ihnen noch wissen, ob Sie an diesen Jours fixes teilgenommen haben und, wenn ja, was Ihnen da noch so in Erinnerung geblieben ist.

Zeuge Stefan Röbel: Also die Jours fixes - ich bin mir nicht mehr sicher, wann wir diesen Zweimal-wöchentlich-Rhythmus hatten, ob der relativ spät kam, ob der immer schon so war, auf jeden Fall war er mindestens einmal - - Und diese Jours fixes fanden immer im Beisein des Leiters/der Leiterin des Ministerbüros und auch des Leiters/der Leiterin des Büros der Staatssekretäre statt.

Gülistan Yüksel (SPD): Haben Sie da auch noch was in Erinnerung, wenn Sie in diesen Jours fixes - - wenn da was besprochen wurde? Irgendwas, was Sie meinen, in Bezug zu Afghanistan - -

Zeuge Stefan Röbel: Ich meine, dass die militärische Lage vor Ort Thema war. Ich kann das aber

nicht mehr im Nachhinein zuordnen, wann genau welcher Umstand da erwähnt wurde; das weiß ich nicht mehr.

Gülistan Yüksel (SPD): Dann würde ich gerne von Ihnen wissen, wie die Zusammenarbeit mit den anderen Ressorts zum Thema Afghanistan war, wie Sie das wahrgenommen haben und wie Sie dann jetzt im Nachhinein auch die ressortübergreifende Zusammenarbeit im Lichte der widerstreitenden Ressortinteressen wahrgenommen haben.

Zeuge Stefan Röbel: Ich würde da mehrere Phasen unterscheiden. Vor dem Fall von Kabul war die Zusammenarbeit mit dem BMVg sehr eng und sehr gut, mit dem BMI auch sehr offen. Wir hatten seit dem Abzug der Bundeswehr eigentlich auch schon dabei ja das Thema der Ortskräfte und „Wer kümmert sich darum, und wie sollen die Ortskräfte und bis zu welchem Zeitpunkt rückreichend sollen Ortskräfte nach Deutschland kommen, schutzbedürftige Ortskräfte nach Deutschland kommen?“

Dieses Thema war - - Da gab es Uneinigkeit im Ressortkreis. Wir - auch der Minister - haben relativ früh gesagt: Wir möchten ein Verfahren, das sicherstellt, dass wir in der verbleibenden, durchaus kurzen Zeit, die wir in Afghanistan noch - - über Möglichkeiten verfügten, so viele Ortskräfte wie möglich nach Deutschland bringen können. Das schien uns nur möglich zu sein im Wege eines Sammelverfahrens, das Visa on Arrival beinhaltete. Dazu gab es bis letztendlich zur Krise keine Einigkeit im Ressortkreis, sondern das BMI bestand darauf, dass es Einzelfallprüfungen gab, KZB-Anfragen, was sich in Verbindung mit dem Umstand, dass wir keine Visastelle mehr in Afghanistan hatten - die wurde geschlossen seit dem Anschlag auf die Botschaft in Kabul -, also wahnsinnig zeitaufwendig und lähmend darstellte. Dieses Problem - das war latent -, das wurde immer wieder besprochen. Der Minister hat sich früh schon für Visa on Arrival eingesetzt, ohne dass es zu einer entsprechenden Lösung kam.

Gülistan Yüksel (SPD): Eine letzte Frage zu meinen Eingangsfragen, allgemeinen Fragen. Können



Nur zur dienstlichen Verwendung

Sie noch mal kurz sagen, wie Sie die Koordinierungsfunktion des Bundeskanzleramts wahrgenommen haben? Hatten Sie eventuell den Eindruck, dass das Kanzleramt bei den unterschiedlichen Ressortansichten eine Steuerungsfunktion wahrgenommen hat, und war sie eher aktiv oder passiv, diese Steuerungsfunktion?

Zeuge Stefan Röbel: Es gab spätestens mit dem Abzug der Bundeswehr aus Masar durchaus den geäußerten, den klar geäußerten Wunsch der Kanzlerin, dass bei den Ortskräften Eile geboten sei und auch etwas passieren müsse. Es waren ja Charterflieger im Gespräch, nachdem alle anderen Optionen nicht den erhofften Umfang gewährleisten konnten und die Bundeswehr auch die Ortskräfte nicht mit militärischem Gerät zurückbringen wollte.

Von daher war das durchaus eine Rolle auch des Kanzleramts, auch der Kanzlerin. Aus dem, was ich vorher gesagt habe, dass es eigentlich den Dissens über das Verfahren mit den Ortskräften bis in den August hinein gab, erkennen Sie auch: Es gab keine Entscheidung bis zu diesem Moment, was geschehen sollte.

Gülistan Yüksel (SPD): Danke.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann wechseln wir zur Union. Herr Kollege Erndl.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Schönen guten Abend, Herr Röbel! Schön, dass Sie uns zur Verfügung stehen.

Wir haben schon ein bisschen gehört von der Kollegin, wie so diese Arbeitsstruktur im Ministerbüro war. Mich würde noch interessieren - Sie haben gerade gesagt: Sie haben sich einmal am Tag mindestens mit dem Minister ausgetauscht und Ihre Punkte vorgetragen -: Waren Sie auch an inhaltlichen Gesprächen des Ministers beteiligt oder da auch anwesend und dabei?

Zeuge Stefan Röbel: Danke. - Als Leiter/Leiterin des Ministerbüros sind Sie regelmäßig bei allen Gesprächen des Ministers dabei. Bei offiziellen Gesprächen mit Amtskolleginnen und Amtskollegen, bei Besuchen, bei jeder Art von Gesprächen

sind Sie dabei, es sei denn, Sie geben es an einen Kollegen oder eine Kollegin aus dem Ministerbüro ab und sagen: Macht ihr das mal, ich mache etwas anderes.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Können Sie beschreiben, wie das dann speziell in dem Zeitraum 11./12. August dann bis zum Ende der Evakuierung lief, bzw. hat sich das auch dann nach dem Fall Kabuls irgendwie verändert, die Tagesstruktur oder die Zusammenarbeit oder die Arbeit im Ministerbüro?

Zeuge Stefan Röbel: Nach dem Fall von Kabul oder nach dem - - Ab dem 15. August - das war ein Sonntag - hatten wir täglich Krisenstäbe bis zum Ende der Evakuierung - dann nicht mehr so regelmäßig, so oft -, und soweit ich es entsinne, war der Minister bei jedem dieser Krisenstäbe zugegen, bis auf einen, glaube ich. Und er kam - - Sonst war der Alltag eher geprägt von Außenterminen, von Reisen, von Bürozeit, aber nicht in dem Maße. Aber während dieser Zeit war er von morgens bis abends im Auswärtigen Amt in seinem Büro.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Die Kommunikation des Ministers läuft ja dann natürlich über das Ministerbüro. Lief praktisch die gesamte dienstliche Kommunikation des Ministers über Ihren Tisch?

Zeuge Stefan Röbel: Soweit es die Kommunikation ins Amt hinein war, die nicht über die Staatssekretäre lief; das gab es auch, dass der Minister mit den Staatssekretären etwas besprochen hat und die Staatssekretäre das dann umgesetzt haben. Aber alles andere, was Entscheidungen oder Entscheidungsrückkopplungen waren, die im Schriftwege kamen oder in einer Besprechung, die liefen doch unter meiner Beteiligung.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Haben Sie eine Erinnerung, wie viele Vorlagen zu Afghanistan der Minister da in diesem Zeitraum Juli/August 2021 zeichnete?

Zeuge Stefan Röbel: Also, im August waren es zwei, glaube ich. In der krisenhaften Zeit, also in



Nur zur dienstlichen Verwendung

der akuten Krise ab 13./14. August, gab es keine schriftlichen Vorlagen mehr. Sie waren gar nicht mehr in der Lage, diesen Abstimmungsweg - diese Formulierung Abstimmung, Vorlage - einzuhalten, sondern das wurde im Vorweg des Krisenstabes besprochen oder danach. Das war eine sehr intensive und sehr dynamische Zeit, die den Schriftweg überhaupt gar nicht mehr möglich machte.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Okay. - Bei den - -

Zeuge Stefan Röbel: Und in den Monaten vorher - - Entschuldigen Sie, bitte. In den Monaten vorher, die Zahl der - - Also, alle Vorlagen, die dem Minister geschrieben wurden, hat er gelesen. Und welche Vorlagen das Haus schreibt, das ist zunächst in der Verantwortung der zuständigen Arbeitseinheit, AP 05, oder der Abteilung AP. Und es waren in dem ersten Halbjahr vielleicht eine Handvoll, drei, vier, so was.

Thomas Erndl (CDU/CSU): War das dann so, dass der Minister die in der Regel gezeichnet hat? Oder war die Regel, dass es da eher noch Rückfragen gab, Wünsche nach Änderungen, Ergänzungen? Wie ist das abgelaufen?

Zeuge Stefan Röbel: Die Vorlagen - ich erwähnte es eingangs - gingen ja mit einem Votum aus dem Ministerbüro an den Minister, wo letztendlich noch mal kurz zusammengefasst wurde: Worum geht es hier? Was schreiben die auf? Was wollen die? Und was sind die Optionen, und ist das sinnvoll, was da vorgeschlagen wird? Oder musst du nur etwas zur Kenntnis nehmen und wissen für dein politisches Tun?

Wir haben einzelne dieser Vorlagen - ich kann Ihnen nicht genau sagen, welche - diskutiert in den Rücksprachen; dazu waren die da. Wir haben diese Vorlagen mit in die Rücksprachen genommen und dort besprochen.

Thomas Erndl (CDU/CSU): „Rücksprache“ heißt mit AP 05?

Zeuge Stefan Röbel: Nee. Die Rücksprache ist die Rücksprache des Leiters mit dem Minister, des Leiters des Ministerbüros mit dem Minister.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Okay.

Zeuge Stefan Röbel: Und da wurden Vorlagen, die wichtig waren, die nicht einfach nur schriftlich behandelt werden konnten, noch mal erörtert, mit der Frage auch: Was geben wir dem Haus? Was soll der Minister dem Haus aufgeben? Gibt es da noch Kommentare? Gibt es da noch Bitten, etwas Weiteres zu tun?

Thomas Erndl (CDU/CSU): Dann habe ich Sie richtig verstanden: Das war dann eben keine Debatte zwischen dem Minister und den Fachleuten AP 05, sondern nur innerhalb des Ministerbüros?

Zeuge Stefan Röbel: In den akuten Krisenzeiten gab es durchaus Diskussionen mit dem Afghanistan-Beauftragten, Herrn Wieck, und den Staatssekretären und dem Minister. Diese Runden gab es mehrmals. Ich kann Ihnen nicht sagen, ob der Minister mit dem Referatsleiter oder Referenten gesprochen hat. Ich gehe ja nicht davon aus; in einem hierarchisch organisierten Bundesministerium ist dafür eigentlich nicht unmittelbar der Raum.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Okay. - Ich möchte den Sachverhalt ein bisschen eingrenzen für die nächsten Fragen auf den Fall Kabuls. Wann haben Sie von dem Fall Kabuls erfahren, und wie wurde der Minister informiert? Lief das über Sie, oder welche Quelle hatte der Minister?

Zeuge Stefan Röbel: Der Fall Kabuls ist der Moment, in dem der Hubschrauber des Präsidenten aufsteigt? Oder was ist der Fall Kabuls?

Thomas Erndl (CDU/CSU): Ja, wenn wir das mal so nehmen, und alles, was danach kommt.

Zeuge Stefan Röbel: Der letzte Krisenstab, den es gab, bei dem wir davon ausgehen, dass unsere Vorstellung von: „Zumindest Kabul hält noch ein paar Wochen durch oder bleibt noch länger und möglicherweise auch ganz lange in so einer Pattsituation in Afghanistan“ - - der fand am 13. August statt, unter Leitung von Frau Leendertse. Bereits am 14. August gab es eine telefonische Besprechung, von Frau Leendertse ein-



Nur zur dienstlichen Verwendung

berufen, zusammen mit den fachlich Zuständigen. Und im Ergebnis dieser Besprechung wurde gesagt: Wir geben der Botschaft das Okay, an den Flughafen zu verlegen und zu evakuieren. Das war am Samstag, dem 14.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Am Samstag, den 14., gab es die Information, dass die Botschaft -

Zeuge Stefan Röbel: ... verlegen soll, ja.

Thomas Erndl (CDU/CSU): - verlegen soll? - Okay. So Ihre Erinnerung.

Zeuge Stefan Röbel: So meine Erinnerung. Das - -

Thomas Erndl (CDU/CSU): Wir konnten es bisher noch nicht genau feststellen.

Zeuge Stefan Röbel: So meine Erinnerung. So wurde das in der Besprechung mit Frau Leendertse besprochen, und wegen der Wichtigkeit dieser Entscheidung habe ich daraufhin den Minister befasst, der das in der Folge okayt hat.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Aber erst im Nachgang ...

Zeuge Stefan Röbel: ... zu der Besprechung.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Also, die Evakuierung lief dann schon?

Zeuge Stefan Röbel: Nein. Das bin - -

Thomas Erndl (CDU/CSU): Oder hat der Minister persönlich entschieden, die Evakuierung zu starten?

Zeuge Stefan Röbel: Die Entscheidung, die bei dieser Hausbesprechung getroffen wurde, am 14., an dem Samstag - das war ja keine Präsenzbesprechung -, die lautete, dass die Botschaft verlegen kann an den Flughafen und evakuieren kann. Und diese Entscheidung - wegen ihrer Wichtigkeit, wegen ihrer Tragweite und weil sie auch von großer Bedeutung für unsere Handlungsfähigkeit vor Ort war - habe ich mit dem

Minister aufgenommen und ihn gefragt, ob er einverstanden ist mit dieser Entscheidung; er war damit einverstanden.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Und Sie waren - - Sozusagen die Entscheidung fiel in einer Runde mit der Staatssekretärin Leendertse -

Zeuge Stefan Röbel: Die Entscheidung - - Genau.

Thomas Erndl (CDU/CSU): - und Ihnen und anderen möglicherweise, und Sie haben das dann an den Minister -

Zeuge Stefan Röbel: Genau.

Thomas Erndl (CDU/CSU): - übermittelt. Am 14.?

Zeuge Stefan Röbel: Am 14. Ich meine, diese Besprechung mit Frau Leendertse war am Nachmittag. Ich habe nach dem Ende dieser Besprechung den Minister kontaktiert mit dieser Frage.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Am 15. morgens war aber die Botschaft noch nicht evakuiert. Das war dann erst sozusagen im Gange ...

Zeuge Stefan Röbel: ... was möglicherweise damit zusammenhängt, dass es eine Zeitverschiebung gibt zwischen Berlin - - Also es war bei uns - - Ich habe vom Minister abends das Okay bekommen, frühen Abend, und habe das dann an den Krisenbeauftragten Ole Diehl gegeben, der - so nehme ich an - das dann weitergegeben hat.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Wir springen damit zurück. Am 13. bewertete der Sicherheitsberater der Bundespolizei das Botschaftsgelände in Kabul als zu unsicher und votierte für eine unmittelbare Verlagerung an den Flughafen. War Ihnen diese Einschätzung auch bekannt?

Zeuge Stefan Röbel: Ich meine, mich zu entsinnen, dass der Geschäftsträger, Herr van Thiel, diese Bewertung auch im Krisenstab, der ja am 13. tagte, äußerte.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Sind solche Details dann, über Sie zum Beispiel, direkt an den Minister herangetragen worden?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Stefan Röbel: Also aus dem Krisenstab am 13., dessen Bedeutung uns ja bewusst war - - Wir wussten ab dem 13. oder 14.: Wir geraten in eine absolute Ausnahmesituation, die wir in dieser Legislatur jedenfalls noch nicht erlebt haben und möglicherweise im Auswärtigen Amt auch schon länger nicht. Und uns war schon bewusst, dass es hier darauf ankam, dass man wirklich alle Quellen, alles, im Blick behält. Und insofern war die Ansicht des Geschäftsträgers durchaus ein relevanter Umstand.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Auf den Geschäftsträger kommen wir dann nachher noch mal zu sprechen. Jetzt würde ich gerne noch mal nachfragen: Die Information, dass eben der Hub-schrauber des Präsidenten abhob, dass der Schutz der Green Zone aufgehoben wurde und weitere Veränderungen im Zentrum Kabuls, wie hat das den Minister erreicht, und was war auch seine Reaktion darauf?

Zeuge Stefan Röbel: Die Reaktion des Ministers glich eigentlich unserer; wir waren - „unserer“ im Sinne von Frau Leendertse, meiner - - die des Krisenbeauftragten, die des Botschafters, der ja letztendlich nicht in Afghanistan war, sondern in Deutschland - - mit Schock zu sehen, wie schnell sich dieser Staat oder das, was wir als Afghanistan, als unser Gegenüber, als Struktur, kannten, auflöste, wie schnell es ging tatsächlich. Das war ein Schock.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Wurden dann im kleinsten Kreis, im sozusagen Bereich Minister und Ministerbüro, dann auch schon Gedanken verfasst, was jetzt die nächsten Schritte sein müssen? Also Stichwort „Evakuierung“, wie geht es da weiter? Wie liefen diese Stunden da konkret ab?

Zeuge Stefan Röbel: Es war sehr früh klar, dass wir unsere Botschaft, unsere Leute, in Sicherheit bringen müssen. Es war früh klar, dass wir das mit den Amerikanern machen müssen, weil wir selbst nicht über größere Fähigkeiten in Kabul mehr verfügten; wir verfügten ja letztendlich über die Botschaft mit ihrem Schutzteam von der Bundespolizei.

Aber die Sicherheit der westlichen Botschaften, auch unsere, die wurde im großen Maße von den Amerikanern und ihren Truppen gewährleistet. Das heißt, der Minister hat sehr früh - ich weiß nicht mehr, wann das war - mit Blinken telefoniert, genau zu dieser Frage: Worauf können wir uns jetzt verlassen bei euch? Was ist euer Plan? Was macht ihr jetzt? Welche Rolle spielen wir darin?

Thomas Erndl (CDU/CSU): Es gibt ein Telefonat Blinken, das ich jetzt im Kopf habe, am 12. Gab es danach noch weitere, unmittelbar 13./14./15.?

Zeuge Stefan Röbel: Ja, ja. Ich weiß nicht, ob sie unmittelbar waren, weil es war sehr, sehr schwierig, dann den amerikanischen Außenminister zu erreichen, logischerweise, weil der in einer ähnlichen Ausnahmesituation stand. Aber es gab durchaus noch ein Gespräch danach; ich weiß nicht mehr, wann das war.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Bei dem Gespräch am 12.: Hat der Außenminister Blinken da auch signalisiert, dass die Amerikaner die Botschaft an den Flughafen verlegen?

Zeuge Stefan Röbel: Ich kann es Ihnen nicht mehr - - Ich kann es Ihnen nicht mit Sicherheit sagen. Dass das eine Eventualoption ist oder eine Möglichkeit, dass die Botschaft geräumt werden müsse, das kann sicherlich - - Ich kann da nur spekulieren; ich weiß es nicht mehr.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Dann würde ich noch mal ganz kurz, drei Minuten in dieser Runde, auf den Geschäftsträger eingehen, der schon sehr deutlich die Situation da vor Ort geschildert hat, und wir haben aus verschiedensten Befragungen und Unterlagen auch gesehen, dass diese Informationen aber nicht in Berlin ihre Wirkung entfaltet hatten, sage ich mal. Sind die direkten Informationen des Geschäftsträgers auch dem Minister zur Kenntnis gebracht worden?

Zeuge Stefan Röbel: Der Minister hat den Geschäftsträger ja live erlebt, ab dem 15. August im Krisenstab, und auch die kritische Einschätzung der Lage, die haben wir sicherlich ihm mitgeteilt,



Nur zur dienstlichen Verwendung

dass die Botschaft hier - - dass der Geschäftsträger in seiner ganz eigenen Weise diese Situation so empfunden und beschrieben hat.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Ganz konkret hat der Geschäftsträger ja am 13. schon auch nach einer Evakuierung der Botschaft gerufen, auch vorher schon, sagen wir mal, in direkter Art und Weise auch die Lage geschildert. Sind diese Informationen an den Minister herangetragen worden?

Zeuge Stefan Röbel: Ja, da war er im Bilde, auch darüber, wie die Entscheidungsfindung insgesamt lief im Krisenstab vom 13. August. Denn das, was der - -

Thomas Erndl (CDU/CSU): Ich darf kurz unterbrechen, weil unsere Zeit gleich dann zu Ende ist. Wenn der Minister am 13. die Informationen bekommt, die Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes vor Ort kommen zu dem Schluss, dass die Botschaft unmittelbar evakuiert werden muss, wieso dauert es dann noch Stunden, Tage, bis in Berlin diese Entscheidung fällt? Wie darf ich mir diesen Entscheidungsprozess vorstellen?

Zeuge Stefan Röbel: Dazu wollte ich gerade noch was sagen. Die Einschätzung des Botschafts- - des Geschäftsträgers vor Ort, der Kollegen vor Ort, die haben wir, hat der Krisenstab am 13. sehr ernst genommen. Sie war aber nicht die einzige Einschätzung, die dem Krisenstab vorlag.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Den Sicherheitsberater der Bundespolizei haben wir auch noch separat.

Zeuge Stefan Röbel: Ja, und es gab auch noch den BND, und es gab auch noch die Informationen von anderen Stellen, die wir alle parallel vorliegen hatten und die alle ernst genommen wurden - genauso wie das, was der Geschäftsträger uns sagte.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Und was war dann der ausschlaggebende Punkt, nicht schon am Freitag, 13. August, die Evakuierung der Botschaft einzuleiten?

Zeuge Stefan Röbel: Die Gesamtumstände aus all diesen Quellen, die vorlagen und die wir ja ernst nehmen, die ein Bundesnachrichtendienst uns gegeben hat, die andere Quellen uns gegeben haben, die die Gespräche des Botschafters auch mit anderen seiner Kollegen ergeben haben, ließen den Schluss zu, dass es noch nicht notwendig ist.

Und vielleicht ein Punkt, um zu begründen, weswegen uns am Beibehalt der Botschaft so gelegen war: Wir brauchten die Botschaft; wir hatten sonst nichts mehr vor Ort als die Botschaft, um all diejenigen, die wir noch aus Afghanistan nach Deutschland bringen wollten, nach Deutschland zu bringen. Das konnten wir eigentlich aus unserer damaligen Perspektive nur über die Botschaft tun. Die war ein ganz zentrales Element. Wir wussten oder wir gingen davon aus: Wenn die nicht mehr ist, dann haben wir auch gar keine Alternative. - Wir wussten nicht, dass wir am Flughafen noch etwas tun könnten. Das war uns nicht präsent. Das war eine Entwicklung, die erst danach eintrat.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir wechseln zu den Grünen. Frau Kollegin Nanni.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke, Herr Vorsitzender. - Guten Tag, Herr Röbel! Ich würde einfach an der Stelle mal direkt weitermachen, weil Sie das gerade so selbstverständlich dargestellt haben, dass die Botschaft noch offen bleiben musste, damit man noch was hat, um Leute zu evakuieren. Erklären Sie mir doch mal genau, wie Ihre Vorstellung war, wie dann die Evakuierung von Deutschen über eine Botschaft, die der Sicherheitsbeauftragte für zu unsicher für das Botschaftspersonal hält, erfolgen soll? Also richtig so vom Ablauf her.

Zeuge Stefan Röbel: Unsere Einschätzung war, dass es - - Also, es war nicht leichtfertig und ich - - vor allem auch keine völlig normale Entscheidung, die ignorierte, was der Geschäftsträger und der Sicherheitsberater der Botschaft sagten, sondern es waren Quellen, die wir sehr ernst genommen haben bei der Entscheidung. Aber es waren nicht die einzigen, die uns vorlagen, sondern es gab eine ganze Reihe.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau, das habe ich ja schon gehört. Ich habe auch immer nicht so viel Zeit; wir waren nur drittstärkste Kraft beim letzten Mal. Deswegen muss ich leider unterbrechen.

Wie war denn die Vorstellung von Ihnen und dann ja vielleicht auch vom Minister, wie das abzulaufen hat? Also wenn die noch weiter offen machen, dann muss es ja irgendwie was Positives haben, so haben Sie es ja gerade dargestellt.

Zeuge Stefan Röbel: Allein als Sammelpunkt, allein - wir hatten einen Compound dort - dieser Compound als Sammelpunkt für zu evakuierende Personen, -

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

(VLR Andreas Gloßner
(AA) und ORR Dr. Daniel
Klisa (BMVg) melden sich
zu Wort)

Zeuge Stefan Röbel: - die dann geschützt von dort zum Flughafen gefahren werden können, wo sie dann ausgeflogen werden können, das war unsere Vorstellung.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich habe den Wunsch der Bundesregierung, sich zu äußern, gleich zweimal. Sie müssen sich entscheiden, wer das Wort haben möchte. - Herr Gloßner.

VLR Andreas Gloßner (AA): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Genau ... [akustisch unverständlich] genannt. Erstens, ich - - wäre es, glaube ich schon - - würde ich darum bitten, einfach den Zeugen ausreden zu lassen. Aber der zweite Punkt ist einfach, dass ich noch mal auf die Aussagegenehmigung verweisen will, und da steht eben drin, dass der Zeuge zu seiner dienstlichen Tätigkeit aussagen kann, -

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

VLR Andreas Gloßner (AA): - und er war nicht sozusagen für diese Sicherheitsfragen zuständig, sondern kommissarischer Leiter des Ministerbüros.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. - Und in dieser Funktion ein wichtiges Scharnier zwischen den Informationen, die zusammengetragen worden sind - das haben Sie ja gerade hier selber vorgetragen - in der Hausbesprechung und im Krisenstab, und dem Minister, der dann - das hat der Kollege ausgearbeitet - deutlich später diese Entscheidung zur Evakuierung gebilligt hat. Von daher waren Sie da in einer entscheidenden Position. Das möchte ich hier noch mal an der Stelle festhalten. Deswegen haben wir Sie ja auch heute eingeladen.

Deswegen noch mal die Frage: Welche Überlegungen gab es denn? Entweder bei der Hausbes- - Das muss ja nicht Ihre eigene sicherheitspolitische Einschätzung sein. Aber was war denn die Vorstellung, die vorherrschte, die Sie dazu veranlasst hat, relativ spät sich dann doch die Billigung vom Minister zu holen?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielleicht können wir ja das Problem in der Weise lösen, dass der Zeuge jedenfalls zu den Informationen, die er hat, hier Auskunft gibt. Das kann man, glaube ich, erwarten. Dass er sich wertend äußert über Dinge, für die er nicht zuständig ist, das kann man in der Tat nicht vereinbaren mit der Aussagegenehmigung.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ganz kurz, Herr Vorsitzender. - Irgendjemand muss ja eine Vorst- - Irgendjemand, der gesagt hat: „Wir haben noch ein bisschen Zeit, ich muss es jetzt noch nicht billigen“, muss ja eine Vorstellung davon gehabt haben, wie dieser Wunsch, dass das eine sicherheitspolitische relevante -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ja, ich habe Sie da nicht eingeschränkt.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - Sache sein kann - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich sage nur, die Informationen, die der Zeuge hat darüber, die kann er hier wiedergeben. Der Teil ist sicherlich gedeckt von der Aussage- - Ich wollte Ihnen eigentlich helfen. Aber - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Ist die Frage noch präsent?

Zeuge Stefan Röbel: Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie sie wiederholen können.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Kollege hat gerade ausgeführt, dass die Billigung durch den Minister doch vergleichsweise spät kam. Sie haben es dann begründet, gerechtfertigt mit: Ja, wir haben gehört, was die in Kabul gesagt haben; aber andere haben noch andere Sachen gesagt, und das Ziel war, die Botschaft trotzdem noch länger aufrechtzuerhalten, damit darüber ein Sammelpunkt hergestellt werden kann. - Jetzt ist natürlich wichtig, zu wissen: Was war denn die Vorstellung, entweder in der hausinternen Sitzung oder im Krisenstab oder von Ihnen persönlich, wie ein Ort, der für Botschaftsmitglieder nicht mehr als sicher vom Sicherheitsbeauftragten vor Ort eingestuft wird, trotzdem ein sicherer Ort für Deutsche, die ausreisen müssen, sein kann?

Zeuge Stefan Röbel: Okay. - Ich kann auf diese Frage, die sich unterscheidet, von der, die ich ursprünglich verstanden hatte, auch antworten. Da kann ich nur einen persönlichen Eindruck, eine persönliche Meinung geben. Ich habe den Eindruck, dass zu dieser Zeit in Kabul wenige Sachen sicher waren und wir gar nicht erwarteten, einen sicheren Ort zu finden, sondern einfach einen Ort, wo wir handlungsfähig sind. - Das ist meine Interpretation.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Dann versuche ich, die Frage noch mal genauso zu stellen und das Wort „sicher“ durch „handlungsfähig“ zu ersetzen: Also, was hat Sie dazu bewegt, davon auszugehen, dass eine Botschaft, die nicht mehr sicher ist, dann immer noch Handlungsfähigkeit bereitstellt für eine Evakuierung von deutschen Staatsangehörigen?

Zeuge Stefan Röbel: Auch da kann ich nur rückblickend spekulieren.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das machen wir nicht. Dann schimpft der Vorsitzende, und so viel Zeit habe ich nicht. Deswegen fange ich jetzt noch mal von vorne an.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Schön, dass Sie mir helfen.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Fangen wir noch mal ganz von vorne an, wo ich eigentlich mit Ihnen einsteigen wollte. Sie haben ja übernommen, relativ kurzfristig, jetzt in der heißen Phase sozusagen, die Leitung des Ministerbüros. Haben Sie bei der Übergabe mit Ihrer Vorgängerin auch zum Thema Afghanistan sich ausgetauscht, was in den nächsten Monaten ansteht?

Zeuge Stefan Röbel: Ja, wir haben uns zu allen Themen, die anstanden, ausgetauscht; so auch zu Afghanistan.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und was hat Ihre Vorgängerin für Perspektiven für Afghanistan formuliert, die Sie im Blick haben müssen?

Zeuge Stefan Röbel: Das sagte ich, glaube ich schon: dass wir in eine Phase kommen, wo wir ein ständiges Fight and Talk zwischen den Taliban, der Regierung haben, wo wir die - - wo sich zeigen wird, in welcher Art und Weise das, was wir an Stabilisierungsarbeit, an Stabilisierungsbemühungen über die letzten 20 Jahre hatten - - wie das fortgesetzt und wie das gesichert werden kann, und dass es das Problem mit den Ortskräften gibt - aber das hat jeder im Ministerbüro mitbekommen - und dass wir hierfür auch eine Lösung brauchen und im Ressortkreis da weiter vorgehen müssen.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): War bei der Übergabe auch Thema, was man macht, wenn das nicht gelingt, was Sie gerade beschrieben haben?

Zeuge Stefan Röbel: Daran erinnere ich mich nicht.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Dann habe ich noch eine Frage zu den technischen Kontaktmöglichkeiten zum Minister, insbesondere in seiner Urlaubszeit, die - - Ausdrücklich der Ausschussdrucksache 20(27)426 hat er sich vom 19.07. bis zum 30.07. im Urlaub befunden und war aber zu der Zeit auch immer erreichbar. Können Sie sich erinnern, in welchem Einstufungsgrad es Ihnen möglich war, in der Zeit mit dem Minister zu telefonieren?

Zeuge Stefan Röbel: Wir haben damals über offene Leitung gesprochen, und das war uns bewusst.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat das in irgendeiner Art und Weise Einfluss darauf gehabt, welche Informationen, die Ihnen vorgelegt worden sind von dem Haus, Sie an den Minister weitergeben konnten?

Zeuge Stefan Röbel: Sie konnten - - Also, ich konnte sicherlich nicht all das, was eingestuft war, in klarer - - in Klartext mit ihm besprechen. Er war aber informiert über die Dossiers, und er war auch informiert über die Dynamiken, sodass ich es verantworten konnte, so mit ihm zu sprechen, telefonisch, dass klar wurde, was passiert, und dass auch klar wurde, was er davon hält.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ein bisschen verklausuliert?

(Der Zeuge nickt)

- Okay. - Haben Sie trotzdem die Gelegenheit genutzt, als er wieder aus dem Urlaub war, entweder Sie oder vielleicht auch zusammen mit dem Sonderbeauftragten, noch mal so eine Art Update zu Afghanistan zu machen?

Zeuge Stefan Röbel: Ich bin mir sehr sicher, dass wir das unmittelbar nach seiner Rückkehr gemacht haben im Rahmen der „Was ist alles passiert, während ich nicht da war“-Besprechung.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie für die Monate Juni, Juli, August erinnern, ob der Minister von sich aus proaktiv eine

außerordentliche Unterrichtung zu Afghanistan veranlasst hat?

Zeuge Stefan Röbel: Eine außerordentliche Unterrichtung des Bundestags?

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ich sage das jetzt mal so. „Außerordentlich“, weil nicht im Jour fixe oder in der Morgenlage oder so sowieso besprochen. Also, dass er von sich aus noch mal gesagt hat - -

Zeuge Stefan Röbel: Im Haus, meinen Sie?

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Das wäre ja dann über Sie gelaufen. Wenn er so einen Wunsch hätte, dann wäre der ja an Sie herangetragen worden.

Zeuge Stefan Röbel: Ja. Ich meine, dass das Thema Afghanistan so hochfrequent besprochen wurde, dass er dafür keine Notwendigkeit sah. Jedenfalls erinnere ich mich nicht daran.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was würden Sie sagen: Von so einer normalen Woche, wie viele Minuten oder Stunden im Juli und August, bevor Kabul gefallen ist, hat der Minister sich mit dem Afghanistan-Dossier beschäftigt?

Zeuge Stefan Röbel: Ich glaube, das kann ich nicht seriös beantworten.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gar nicht? Nicht mal schätzungsweise?

Zeuge Stefan Röbel: Nein.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, ich weiß ziemlich genau, wie viele Stunden ich in diesem Untersuchungsausschuss jetzt gesessen habe.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das ist auch ein bisschen weniger lange her.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber, also, dass Sie sagen: Immer eine Stunde am Montag und dann noch mal - - Gar nicht?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Stefan Röbel: Wir hatten keinen Afghanistan-Ausschuss, sondern es gab ein übliches Dienstgeschäft, und da wurden Themen besprochen. Und die dauerten ganz unterschiedlich lang jeden Tag. Ich kann das wirklich ganz schwer nur schätzen.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt, im Untersuchungszeitraum und in Ihrer Verantwortung als Leiter gab es in dieser Zeit, was ja nur wenige Wochen waren - zugegeben -, keinen Termin außerhalb der regulären Abläufe, wo noch mal konzentriert der Minister sich mit dem Afghanistan-Dossier beschäftigt hat?

(VLR Andreas Gloßner
(AA) meldet sich zu Wort)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Die Fragestellungen werden ein bisschen - immer suggestiver, sozusagen. Vielleicht ist es möglich, dass wir das ein wenig anders - Die Bundesregierung meldet sich auch zu Wort jetzt. Aber generell wäre ich dankbar, wenn wir den Zeugen sozusagen nicht zu Antworten hinführen, sondern dass wir -

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist immer das Problem mit dem „null“. Wenn man null nachweisen will, dann muss man so fragen: Ist da null?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Aber trotzdem - - Meine Bitte ist schon, dem Zeugen keine Fragen zu stellen - -

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich nehme gerne Formulierungsvorschläge von Ihnen entgegen, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich helfe Ihnen, wo ich kann; das wissen Sie. Also insofern: So jedenfalls - - Und auch, dass der Zeuge nicht schätzen kann, wie viele Stunden das sind, das finde ich nach so langer Zeit schon auch nachvollziehbar. Also meine Bitte ist einfach, offen zu fragen. Dann ist das viel schärfer und präziser.

Die Bundesregierung wollte sich noch äußern. - Herr Gloßner.

VLR Andreas Gloßner (AA): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich wollte nur darauf hinweisen, dass genau diese Frage ja gerade schon gestellt wurde und der Zeuge sich auch ausführlich dazu eingelassen hat und auch vorher schon gesagt hat, dass Herr Maas während dem Zeitraum von früh bis spät im Büro war und da ständig Gespräche stattgefunden haben. Also, sozusagen die Frage wurde aus Sicht der Bundesregierung schon erschöpfend und widerspruchsfrei beantwortet.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das stimmt nicht so ganz, wenn ich das sagen darf, Herr Gloßner, weil die Frage vorhin bezog sich ja auf die Zeit 13.08. ff. Mir geht es explizit um die Zeit Juli und August vor dem Fall von Kabul, weil das ja die Zeit ist, wo die Bundeswehr abgezogen war, und Herr Röbel hat es ja auch selber so benannt.

Es war auch Teil der Übergabe, und da wäre schon die Frage: Hat der Minister in diesen Wochen, wo Sie ja auch Leiter waren, darum gebeten erfolgreich, noch mal konzentriert sich mit Afghanistan zu beschäftigen, außerhalb der üblichen Dienstwege?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Gut. Das ist eine zulässige Frage, -

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke. Ja.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: - und die könnten Sie bitte beantworten.

Zeuge Stefan Röbel: Ich kann mich an keine solche ausdrückliche Bitte, jetzt noch mal etwas zu Afghanistan zu besprechen, erinnern. Ich möchte jetzt aber einen zweiten Halbsatz sagen, der lautet: Aber das schien mir und scheint mir auch heute noch vor dem Hintergrund verständlich, dass das Thema Afghanistan sehr oft auch im Beisein des Ministers besprochen wurde.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie viel habe ich noch? Zehn Sekunden? Eine Minute. - Ich mache in der nächsten Runde weiter. Danke.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann fahren wir fort mit den Freien Demokraten. Frau Kollegin Dr. Jurisch.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Schönen guten Abend, Herr Röbel! Ich würde gerne eine Rück- - eine Nachfrage - - oder an das anknüpfen, was die Kollegin Nanni vorher gefragt hat zu Ihrer Kommunikation mit dem Minister: Hatten Sie während seiner Abwesenheit, also insbesondere auch während seiner Urlaubsabwesenheit, auch Kontakt per SMS oder per WhatsApp oder Messengerdiensten mit dem Minister?

Zeuge Stefan Röbel: Wir haben SMS benutzt, aber eigentlich nur zu logistischen Fragen, also vor demselben Hintergrund, dass wir wussten: Das ist kein sicheres Mittel. Da wäre nichts - - Also ja, ich hatte Kontakt, um Ihre Frage zu beantworten, ja.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Gut. Weil bei uns ist da nichts vorgelegt worden, aber das haben Sie jetzt ja gerade auch begründet.

Ihnen ist sicherlich - und ich werde das jetzt natürlich nicht zitieren, weil es eingestuft ist - die DKOR von Frau Haber aus Washington bekannt, die vom 6. August war. Können Sie sich noch erinnern, wann Ihnen diese DKOR vorgelegen ist?

Zeuge Stefan Röbel: Ich meine, ich habe das am - - Das kam ja am Freitag spätabends. Ich bin mir nicht mehr sicher. Ich weiß wirklich nicht mehr, ob ich das am Freitagabend noch gesehen habe oder am Montagmorgen. Und dadurch, dass das eine Verschlussache war, kommt die in so einem Mäppchen. Das dürfen Sie halt nicht über das Wochenende behalten. Deswegen bin ich mir nicht mehr sicher. Ich habe es jedenfalls nicht dazwischen gesehen, sondern entweder am Freitagabend oder am Montagmorgen; ich weiß es nicht mehr.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Können Sie den Weg beschreiben, den das dann in Ihrem Haus genommen hat, und wie Sie dann auch damit umgegangen sind?

Zeuge Stefan Röbel: Also, Sie erhalten diese vertraulichen Mitteilungen, Unterrichtungen, diese Dokumente im Ministerbüro. Der Minister - - Das Ministerbüro ist ein geschützter Bereich. Und anders als anderswo im Auswärtigen Amt, wo Sie so Verschlussmappen bekommen, die Sie öffnen müssen, lesen müssen, wieder zurückgeben müssen, bekommen Sie im Ministerbüro, weil das ein insgesamt gerateter* Sicherheitsbereich ist, diese Mappen vorgelegt, können Sie lesen, und der VS-Bote/die VS-Botin holt sie danach wieder ab, wenn Sie sie gelesen haben. Und wenn Sie sie dem Minister zeigen, dann nehmen Sie sie halt mit und zeigen sie dem Minister.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Und wann haben Sie es dem Minister gezeigt?

Zeuge Stefan Röbel: Ich nehme an, unmittelbar. Ich weiß es aber nicht mehr - - Ich weiß, wie gesagt, nicht mehr genau, ob ich es am Freitag oder am Montag hatte und wann ich es dem Minister dann zeigen konnte. Das weiß ich nicht mehr.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Aber wenn ich Sie richtig verstanden habe: Wenn Sie es am Freitag bekommen haben, hat es der Bote gleich wieder mitgenommen, weil man es am - - weil man es nicht behalten darf. Ist der dann am Montag wiedergekommen?

Zeuge Stefan Röbel: Genau, der würde dann am Montag wiederkommen.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Aber können Sie sich denn noch erinnern, wie der Minister auf die DKOR reagiert hat?

Zeuge Stefan Röbel: Nein, daran kann ich mich nicht erinnern.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Welche Dringlichkeit haben Sie der - - Oder: Welche Bedeutung haben Sie dieser DKOR beigemessen?

Zeuge Stefan Röbel: Eine große, weil Berichte von Frau Haber aus Washington, noch dazu mit so einem Umfang und so einem Thema und so einer Vielzahl von Gesprächen und so ein Bild, was sie zeichnete, das war sicherlich besonders



Nur zur dienstlichen Verwendung

und das - - Ich glaube - - Ich gehe davon aus, dass der Minister diesen Eindruck teilte.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Und welche Schritte haben Sie dann veranlasst? Also, Sie haben ja gerade gesagt, dass Sie das für sehr wichtig gehalten haben. Also, was haben Sie oder der Minister dann veranlasst?

Zeuge Stefan Röbel: Ich meine, dass das Telefonat mit Blinken, ein Telefonat mit Blinken, im Anschluss an diesen DKOR auch kam.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Und sind die Erkenntnisse aus dieser DKOR auch in die Erörterung bei der Krisenstabssitzung eingeflossen? Und wenn ja, inwiefern?

Zeuge Stefan Röbel: Das sind sie. Und dieser Bericht enthielt ja eine Vielzahl von Prognosen, von Analysen zur Situation in Afghanistan, zur akuten Situation in Afghanistan, aber auch zu dem, was passieren wird, und so sind sie auch eingeflossen in die Bewertung des Krisenstabs.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Das hat aber nicht dazu geführt, dass man dann, also an dem Abend, offensichtlich eine andere Entscheidung getroffen hat, als man sie getroffen hat.

Zeuge Stefan Röbel: Also auch rückblickend: Das ist auch keine zwingende Folge dieses DKORs.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Welchen Einfluss hatte denn jetzt, wenn Sie es rückblickend betrachten, die DKOR auf die Zeitlinien, die jetzt da entstanden sind, wer wann was gemacht hat?

Zeuge Stefan Röbel: Dieser Bericht führte uns die Dringlichkeit der Lage noch mal vor Augen und ermutigte uns oder ermutigte den Minister in dem Fokus, den er hatte, weiter mit dem Problem umzugehen.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Sie hatten ja dann eben die DKOR. Sie hatten dann am 13. dann auch noch diesen Ruf von dem Gesandten und dem Sicherheitsberater von vor Ort. Welches Bild hatten Sie denn da am 13.?

Zeuge Stefan Röbel: Ich glaube, das habe ich schon geschildert, dass durchaus vom Geschäftsträger, vom Sicherheitsberater der Botschaft ein Bild gezeichnet wurde, und andere - - das wir sehr ernst genommen haben und Informationen, die wir sehr ernst genommen haben, und andere Quellen, die uns vorlagen - - Auch der DKOR aus Washington, der ist ja nicht eindeutig; der sagt ja, der hat verschiedene Quellen mit verschiedenen Prognosen. Es sind in erster Linie Prognosen, die dort drin enthalten sind. Und dieses Gesamtbild habe ich, glaube ich, schon mehrfach beschrieben.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Also wir haben einerseits Quellen, die sozusagen direkt an der Quelle sitzen, also Frau Haber in Washington und Herr Thiel direkt vor Ort, und dann eben andere Quellen, die, wie Sie ja gesagt haben, eigentlich nicht von vor Ort sind; -

Zeuge Stefan Röbel: Dazu würde ich gerne etwas sagen, wenn ich darf.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): - aber mich würde eigentlich eher interessieren - - Ja.

Zeuge Stefan Röbel: Also ich wünsche mir sehr, dass der Bundesnachrichtendienst auch an der Quelle sitzt - und der tut das meines Wissens auch; das ist seine Aufgabe -, und er hat schon eine große Bedeutung gehabt für das Abwägungsergebnis vor Ort.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Ja, genau. - Aber natürlich zu dem Zeitpunkt mit weniger Möglichkeiten.

Aber noch mal, mich würde noch interessieren, aus Ihrer Sicht: Ist die Bewertung von - - oder die Lagedarstellung von Frau Haber und das, was der Gesandte und der Sicherheitsberater von vor Ort mitgeteilt haben, sind das - - ist das für Sie ähnlich gewesen, oder sind das unterschiedliche Lagebilder gewesen, die gezeigt wurden?

Zeuge Stefan Röbel: Sie betreffen komplett verschiedene Sachverhalte. Der Sicherheitsberater vor Ort beschreibt die Situation der Botschaft Kabul, unserer deutschen Botschaft in Kabul.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Der Bericht von Frau Haber beschreibt, was die Amerikaner möglicherweise zu tun gedenken in Afghanistan. Insofern finde ich das sehr schwer, beide Quellen, beide Berichte zu vergleichen. Und ich möchte noch hinzufügen: Der Bericht von Frau Haber hat eine ganze Vielzahl verschiedener Quellen, die ganz verschiedene Perspektiven und Prognosen haben, und der unmittelbare Fall von Kabul ist nur eine davon.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Also gibt es keinen Zusammenhang zwischen den beiden Lagebildern sozusagen?

Zeuge Stefan Röbel: Wie gesagt, das eine ist ein akutes, operatives Bild oder ein Eindruck der Situation in Kabul, der deutschen Botschaft in Kabul. Das andere ist ein politischer, militärisch-politischer Bericht über Perspektiven und Handlungsoptionen der Amerikaner.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Ich hätte jetzt noch eine Frage, wenn ich darf. Dann wäre ich eigentlich auch so weit fertig. - Mich würde noch interessieren, der Herr - - Der Gesandte, der dann nachher während der Evakuierung ja durchaus sehr viel dann auch vor Ort gemacht hat - - Können Sie sich erinnern, ob der Minister ihn auch für das Bundesverdienstkreuz vorgeschlagen hat?

Zeuge Stefan Röbel: Ich bin mir nicht sicher, wie der Vorschlag für das Bundesverdienstkreuz lief. Ich glaube nicht, dass der vom Haus - - Es läuft ja so: Ordensvorschläge werden von der Arbeitseinheit, von verschiedenen Arbeitseinheiten im Auswärtigen Amt, formuliert und dann ans Bundespräsidialamt herangetragen. An so ein Verfahren kann ich mich beim Geschäftsträger nicht erinnern.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Also da ging nichts ans Bundespräsidialamt raus, Ihrer Meinung nach?

Zeuge Stefan Röbel: Ich weiß noch nicht mal, ob etwas kam aus dem Amt. Also ob da von den Arbeitseinheiten etwas hätte kommen können, was danach rausgeht.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Okay, dann danke ich. - Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann wechseln wir zur AfD.

Joachim Wundrak (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Guten Abend, Herr Röbel! Auch von mir Dank für Ihre Mitarbeit.

Wir steigen gleich ein. In MAT A AA-9.46 VS-NfD, Blatt 124, sandte Ihnen Markus Potzel am 30. August 2021 einen Vermerk seines Gesprächs mit dem [REDACTED] Diplomaten [REDACTED] zu. Potzel gab [REDACTED] folgendermaßen wieder - Zitat -:

„Das Chaos um den Flughafen sei nicht nötig gewesen, sei durch Schließung der USA-Botschaft erst ausgelöst worden.“

Zitat Ende. - Können Sie uns bitte sagen, ob Sie auch von anderen weiteren internationalen Stimmen Kenntnisse erhielten, die in der Schließung der Kabuler US-Botschaft den auslösenden Grund für das anschließende Chaos am Kabuler Flughafen sahen?

Zeuge Stefan Röbel: Könnte ich das sehen? Könnte ich die Textstelle sehen, auf die Sie Bezug nehmen?

Joachim Wundrak (AfD): Ja, natürlich.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Zeuge Stefan Röbel: Ich erinnere mich an keine anderen dieser Eindrücke, die Markus Potzel in dieser E-Mail schildert. Ich will aber nicht ausschließen, dass es die gab, gerade vonseiten der Kataris oder aus katarischen Strukturen. Das kann durchaus sein.

Joachim Wundrak (AfD): Laut MAT A AA-9.46 VS-NfD, Blatt 128, erhielten Sie am 30. August 2021, also am Ende der Evakuierungsoperation, den Vermerk des Gesprächs, das Markus Potzel mit dem britischen Sondergesandten über dessen



Nur zur dienstlichen Verwendung

Besuch in Kabul geführt hatte. Potzel gab den Briten folgendermaßen wieder - ich zitiere -:

„Wichtig, über zukünftige Präsenz nachzudenken. Bezog sich auf jüngstes Telefonat BK'in/UK PM.

Zitat Ende. - Was können Sie uns über den beschriebenen damaligen pragmatischen Ansatz der Bundeskanzlerin zur Frage der Anerkennung des zweiten Talibanregimes sagen? Welche Kenntnisse haben Sie darüber?

Zeuge Stefan Röbel: Darf ich auch das bitte lesen?

Joachim Wundrak (AfD): Natürlich.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das ist ein klassischer Anwendungsfall dessen, was ich vorhin zur Kollegin Nanni gesagt habe. Sie können berichten, wenn Sie Kenntnisse darüber haben, aber das ist kein Bereich Ihrer Zuständigkeit. Also insofern - -

Zeuge Stefan Röbel: Ja, ich befürchte, so ist es. Ich kann mich im Nachhinein nicht in die Denkweise der Bundeskanzlerin hineinversetzen.

Joachim Wundrak (AfD): Aber Sie können doch sagen, ob dieser Bericht von Potzel auch dem Außenminister zur Kenntnis gebracht worden ist.

Zeuge Stefan Röbel: Der Inhalt - - Ich gehe davon aus, dass der Inhalt dieses Berichts entweder von mir oder direkt von Herrn Potzel mit dem Außenminister besprochen wurde. Ich kann Ihnen das aber im Detail nicht sagen. Das erinnere ich nicht, ob dieser - - ob genau diese Informationen an ihn herangetragen wurden und, wenn ja, von wem.

Joachim Wundrak (AfD): Können Sie denn berichten, ob Minister Maas in dieser Phase über

Anerkennung des Taliban-2.0-Regimes gesprochen hat?

Zeuge Stefan Röbel: Ich weiß - - Möglicherweise war das einmal Thema. Aber die - - Ich versuche, mich gerade zu erinnern an den 30. August. Das war ja ein paar Tage nach Abschluss der militärischen Evakuierung, und wir waren noch im Begriff, die Phase zwei, also die Zeit danach, zu Beginn, in der Schutzbedürftige aus Afghanistan ausreisen sollten - -

Es war meines Erachtens immer wieder die Rede davon, wie man überhaupt so etwas bewerkstelligen soll. Häufig ging es darum, dass man über Dritte, die Kataris zum Beispiel oder die Türken oder andere, die durchaus Beziehungen hatten zu den Taliban, das bewerkstelligt, eben um zu vermeiden, dass durch einen direkten Kontakt und durch direkte Bittstellung die Taliban politisch gestärkt werden. Das war unser Grundsatz. Inwiefern wir darüber nachdachten, und vor allem, zu welchem Zeitpunkt in Kabul eine Präsenz wieder zu eröffnen, das kann ich Ihnen nicht mehr genau sagen, wann dieses Nachdenken, wann diese Diskussion stattfand.

Joachim Wundrak (AfD): Im Einsetzungsbeschluss für diesen Untersuchungsausschuss wird das deutsche Afghanistan-Engagement als „deutsche Friedensmission in Afghanistan“ bezeichnet. Drei Wochen nach dem Abflug des letzten deutschen Fliegers aus Afghanistan erhielten Sie laut MAT A AA-9.40 VS-NfD, Blatt 125, eine E-Mail von Markus Potzel. Dieser teilte Ihnen mit, was er von der UN-Beauftragten Deborah Lyons über die Situation in Afghanistan nach Abzug der NATO erfahren hatte. Wörtlich schrieb Potzel - Zitat -:

„Ruhe in Kabul, kaum Verkehr.
Lage sicherer als zu irgendeinem
Zeitpunkt in den letzten 20 Jahren.“

Herr Röbel, ist Ihnen bekannt, ob in der AA-internen Afghanistan-Aufarbeitung - wir hatten einen entsprechenden Bericht von Jan van Thiel, dass so was stattgefunden hat - auch die Frage erörtert



Nur zur dienstlichen Verwendung

worden ist, ob das deutsche Engagement in Afghanistan für den Frieden in Afghanistan eher abträglich oder zuträglich gewesen ist? Ist das diskutiert worden im Auswärtigen Amt?

Zeuge Stefan Röbel: Auch hierzu würde ich gern die Unterlage sehen. Es tut mir leid, dass ich da so formalistisch bin.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Also Sie stellen mir die Frage, ob dieser geschilderte Eindruck, den Markus Potzel hier wiedergibt - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich glaube, Herr Zeuge, es ist ausschließlich die Frage gestellt worden, ob es derartige Diskussionen im Auswärtigen Amt gegeben hat nach Ihrem Kenntnisstand.

Zeuge Stefan Röbel: Ich glaube nicht, dass es Diskussionen - - Also, diese Besprechung - diejenigen, die schon lange mit Afghanistan zu tun hatten, tauschen sich aus über: was ist gelungen? was ist nicht gelungen? was sind die Lehren? -, an der habe ich nicht teilgenommen. Insofern kann ich dazu nichts sagen. Ich kann nicht sagen, ob in dem Zusammenhang etwas Derartiges besprochen wurde.

Die Frage, welchen Nutzen unser Einsatz, unser 20-jähriges Engagement in Afghanistan hatte, die ist sicherlich von sehr vielen Kolleginnen und Kollegen, auch vom Minister besprochen worden, und die Frage haben wir uns gestellt.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Gut. - Wir wechseln mit dem Fragerecht und beginnen wieder bei der SPD.

Gülistan Yüksel (SPD): Ich würde jetzt gerne ein paar Fragen zum Ortskräfte- und Visumsverfahren stellen wollen. Und da würde ich Sie bitten, ob Sie uns mal ausführen können, welche Schwierigkeiten und Hindernisse aus Ihrer Sicht im Ortskräfte- und Visumsverfahren auftraten,

und ob Sie auch wissen, welche Aspekte dem Minister hier besonders wichtig waren.

Zeuge Stefan Röbel: Danke schön. - Das grundsätzliche Problem mit dem Ortskräfteverfahren, dass wir keine gesammelten Flüge nach Deutschland bringen konnten, das habe ich eingangs geschildert. Alles, was wir stattdessen gemacht haben, war ein Vehikel, das nicht so gut war wie die eigentliche Lösung, die wir uns vorstellten, aber die hätte bedurft, dass wir das Visaverfahren bei Ankunft in der Bundesrepublik durchführen. Dafür haben wir aber keine Zustimmung bekommen. Also die Langwierigkeit, die Kompliziertheit des Verfahrens war ein Problem, das sich durchzog seit Frühjahr bis letztendlich zum Fall von Kabul.

Ein weiteres Problem war, dass viele afghanische Mitarbeitende und ihre Familien keine Pässe hatten, keine Reisepässe, keine afghanischen, und afghanische Behörden zu einem Zeitpunkt im Sommer auch gar keine Pässe mehr ausstellten. Das heißt, die Möglichkeit, diese Menschen auf einem Linienflug - weil das war ja die einzige Möglichkeit, die sich dann noch bot - nach Deutschland zu bringen, ohne Reisedokumente - - Das war recht komplex.

Was wir in der akuten Krise bemerkt haben, war zudem - das ist immer in akuten Krisen so, aber hier war es auch so -, dass die Zahl der Schutzbedürftigen, der Betroffenen und auch ihre Namen uns gar nicht vorlagen, dass das erst im laufenden Verfahren dann erhoben werden musste, was unter dem akuten Stress, den es gab, besonders schwierig war. - Vielleicht das dazu.

Gülistan Yüksel (SPD): Können Sie sich erinnern, ob der Minister beim Visumsverfahren, insbesondere bei der Zustimmung, politisch persönlich Einfluss genommen hat und ob er auch vielleicht diesbezüglich mit seinen Kabinettskolleg/-innen Gespräche geführt hat? Können Sie sich daran erinnern?

Zeuge Stefan Röbel: Ich weiß, dass es dem Minister schon weit vor August - im Frühjahr oder in der ersten Jahreshälfte 2021 jedenfalls - ein Anliegen war, dieses Verfahren so zu gestalten, dass



Nur zur dienstlichen Verwendung

wir tatsächlich auch Ortskräfte oder Schutzbedürftige rechtzeitig und im angemessenen Umfang nach Deutschland kriegen können, und wir haben mehrfach besprochen, dass das auch etwas ist, was im Kabinett oder am Rande des Kabinetts thematisiert werden sollte. Ich kann Ihnen aber, um Ihre Frage vorwegzunehmen, nicht sagen, wann und mit wem er das getan hat.

Gülistan Yüksel (SPD): Können Sie sich denn erinnern, ob es Debatten innerhalb der Bundesregierung dazu gab und wie der Minister sich dazu positioniert hat, also insbesondere jetzt auf -

(Jörg Nürnberger (SPD): Das ist Charter!)

- Charterflüge, genau - - bei gefährdeten afghanischen Ortskräften und deren Familien, um sie auszuliegen?

Zeuge Stefan Röbel: Es gab - ich weiß nicht mehr genau, wann es war - ein Gespräch am Rande des Kabinetts zwischen Kanzlerin, der Verteidigungsministerin, BMZ, glaube ich, BMI und dem Auswärtigen Amt zu diesem Thema, und in dem Ergebnis hat das Auswärtige Amt mit Planungen für Charterflüge begonnen. Wir haben ja auch, als es dann so weit war, zwei - ich glaube, es waren zwei - Chartermaschinen vor Ort gehabt, die dann natürlich nicht mehr zum Einsatz kamen, weil die Situation für zivile Flugzeuge nicht mehr tragbar war.

Um auf Ihre Frage zurückzukommen: Es gab im Ressortkreis immer wieder auf den verschiedenen Ebenen, auch zwischen unserer Konsularabteilung, die für diese Frage zuständig ist, und den entsprechenden Abteilungen in den anderen Bundesministerien, Austausch zur Frage, wie diese Evakuierung oder wie diese Ausreise aus Afghanistan zu bewerkstelligen ist, bei der wir stets darauf gedrängt haben, dass es Visa on Arrival geben muss. Und bis in den August hinein standen wir mit dieser Forderung alleine.

Gülistan Yüksel (SPD): Jetzt habe ich hier gesehen, dass am 16. Juli 21 die Bundeskanzlerin auch noch mal erneut darum gebeten hat, Char-

terflüge wohlwollend zu prüfen. Das ist nachzulesen auf MAT A BMI-3.253 VS-NfD, Blatt 942. Das können wir Ihnen gerne vorlegen, wenn Sie das möchten. Ist Ihnen erinnerlich, wie sich der Minister zu dieser Bitte der Bundeskanzlerin verhalten hat?

Zeuge Stefan Röbel: Darf ich es sehen, bitte?

Gülistan Yüksel (SPD): Gerne.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Das finden Sie auf Blatt 943.

Zeuge Stefan Röbel: Ich habe hier 948 bis 950.

(Jörg Nürnberger (SPD): Das
ist eine ähnliche
Nummerierung!)

Gülistan Yüksel (SPD): Das ist ganz klein oben.

Zeuge Stefan Röbel: Ah, 943. Ja, jetzt, wo Sie es sagen. Nicht in Rot, okay. - Ich kann - - Das ist ja ein Vermerk des BMI. Dieser Wunsch der Kanzlerin und die Anregung, Charterflüge zu prüfen, führten letztendlich ja dazu, dass wir Charterflüge auch gebucht haben. Das war sicherlich kein einfaches Unterfangen, mit dem ich im Einzelnen nicht vertraut bin, wie es lief. Das haben bei uns Kollegen gemacht, die zu dem Zeitpunkt in einer anderen Arbeitseinheit waren. Aber ich nehme an, dass er diesem Vorschlag - also das ist eine Spekulation - aufgeschlossen gegenüberstand, denn wir haben es ja letztendlich auch getan.

Gülistan Yüksel (SPD): Dann würde ich gern noch mal wissen: In den letzten Wochen vor der Machtübernahme der Taliban waren ja sehr viele Charterflüge vorbereitet. Können Sie sich erinnern, woran dann die Charterflüge nach Ihrem Eindruck am Ende tatsächlich gescheitert sind, dass das also nicht mehr durchgeführt wurde? Und warum konnte man die Entscheidung nicht auch vorher treffen?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Stefan Röbel: Ich kann es Ihnen nicht sagen. Da war ich nicht nah genug dran. Das weiß ich nicht. Wie das - - Welche operativen Gründe das hatte, das weiß ich nicht.

Gülistan Yüksel (SPD): Dann möchte ich mich gerne auf ein vorläufiges Stenografisches Protokoll - 20/89 I, Seite 53 - beziehen. Frau Leendertse äußerte sich in ihrer Vernehmung dazu wie folgt:

„Und das Zweite sind Charterflüge für Nichtvisierte, also für Leute, die kein Visum haben. Da wäre die Antwort auf die Frage „Warum sind sie nicht zustande gekommen?“: weil wir kein Visa on Arrival bekommen haben, also weil der Trigger nicht ausgelöst wurde.“

Können Sie uns sagen, wie Ihre Einschätzung dazu ist, und sehen Sie das vielleicht auch so?

Zeuge Stefan Röbel: Darf ich auch das noch mal sehen, bitte?

Gülistan Yüksel (SPD): Gerne.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Zeuge Stefan Röbel: Also, soweit ich mich erinnern kann, war das Visumsverfahren, das wir vor Ort durchgeführt haben, so umfangreich oder so kompliziert, dass diejenigen mit Reisepass und Visum, die Afghanistan verlassen wollten, eigentlich bis in den Frühsommer - diejenigen, die uns bekannt waren - auch mit kommerziellen Fluglinien das Land verlassen haben. Und die Frage der Charterflüge stellte sich für diejenigen ohne Pass und ohne Visum, und da stellt sich wiederum die Frage nach den Visa on Arrival, die sie dann erst bei Einreise ins Bundesgebiet erhalten hätten, wozu es keinen Konsens gab. Ich verstehe so die Äußerung von Frau Leendertse und meine, mich auch so zu erinnern.

Gülistan Yüksel (SPD): Gut. Vielen Dank von meiner Seite. - Die restliche Minute übernimmt der Kollege Nürnberger.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Bitte schön.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank. - In dem Themenkomplex noch eine Frage von mir: Haben Sie Kenntnis davon erlangt, aus welchen Gründen das BMI, obwohl es auch dort verschiedene Rechtsauffassungen zur Möglichkeit der Erteilung von Visa on Arrival gegeben hat, diese Entscheidung nicht zugunsten oder zumindest nicht früher zugunsten der Erteilung von Visa on Arrival getroffen hat? Wurde das Ihnen gegenüber begründet, kommuniziert?

Zeuge Stefan Röbel: Ich nehme an und bin mir auch relativ sicher, dass das BMI seine Entscheidung oder seine Rechtsauffassung, seine Auffassung begründet hat mit Sicherheitsbedenken, dass diejenigen Personen, die nach Deutschland reisen sollen, vorher ein Sicherheitsüberprüfungsverfahren durchlaufen müssen und auch andere Voraussetzungen, die in einem Visaverfahren zu erfüllen sind - - Unser Gegenargument war dann eigentlich immer, dass diejenigen, die das betraf - Ortskräfte -, eigentlich sämtlich eine Sicherheitsüberprüfung durchlaufen hätten, sodass wir eigentlich keine großen Bedenken hinsichtlich des KZB-Verfahrens und der Sicherheitsfragen hatten.

Jörg Nürnberger (SPD): Jetzt ist bei dem Verfahren zur letztendlichen Erlangung einer Möglichkeit zur Einreise in die Bundesrepublik Deutschland, um es mal ein bisschen gestelzt auszudrücken, weil sich dieses Verfahren ja aus verschiedenen Abschnitten zusammensetzt, vonseiten des BMI auch hier im Ausschuss öfters der Vorwurf erhoben worden: Ja, eigentlich ist ja das Auswärtige Amt selber schuld, weil die nie in der Lage waren, die Visa in ausreichend schneller Zeit und in ausreichend hoher Menge auszustellen, sodass man allen, die anspruchsberechtigt waren, tatsächlich auch ein Visa zuteil hat werden lassen - - Frage an Sie: In der Zeit, in der Sie diese Funktion ausgeübt haben: Gab es Anstrengungen vonseiten des AA, dort diesen von



Nur zur dienstlichen Verwendung

anderen bemerkten, also nicht von mir kommentierten, sondern von anderen so dargestellten Missetand zu beseitigen?

Zeuge Stefan Röbel: Wir hatten beim Abzug der Bundeswehr aus Masar ein Sondervisumsverfahren eingerichtet: sowohl Kollegen in Berlin als auch Mitglieder der Bundeswehr vor Ort als auch eine Arbeitseinheit im Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten, die in großem Maßstab sehr schnell rund um die Uhr Visa produzieren konnten. Das war aber nur möglich bis zum Abzug der Bundeswehr. Danach ist das Verfahren, das uns mangels - - Das einzige Verfahren, was uns zur Verfügung stand, war durch einen Dienstleister, durch die IOM. Das war ein von uns großzügig - was heißt großzügig? - - so ins Werk gesetztes Verfahren, das möglichst viele dieser Visaverfahren durchführen sollte, was aber an sich schon allein aufgrund der Örtlichkeiten und der Abgleiche, die sie durchführen mussten, der verschiedenen Verfahrensschritte so langsam war, dass sie gar nicht die Anträge so vieler Menschen bearbeiten konnten, wie nötig gewesen wäre. Das wussten wir, dass es diesen Bottleneck gab und dass der nicht beseitigbar ist, weil wir gar keine Präsenz vor Ort hatten. Wir hatten keine Visa-stelle mehr vor Ort, wir hatten nichts in Kabul, sodass aus unserer Sicht die einzige Abhilfe gewesen wäre, Visa on Arrival durchzuführen. Dazu gab es aus unserer Sicht keine Alternative.

Jörg Nürnberger (SPD): Lassen wir das an dem Punkt so stehen. Ich würde gern mich jetzt in den verbleibenden Minuten noch ganz kurz der eigentlichen militärischen Evakuierungsoperation zuwenden. - Ah, doch noch eine Frage zu den Visa on Arrival: Sie haben vorhin in Ihrer eigenen Aussage dargestellt, dass es auch daran gelegen hat, dass Visaerteilung unmöglich war, weil die Antragsteller gar keine Reisepapiere, also afghanische Pässe, bekommen haben. Nun sind die Beziehungen zu fremden Staaten natürlich eine der Hauptaufgaben des Auswärtigen Amtes. Gab es vonseiten des Auswärtigen Amtes nach Ihrer Kenntnis aus dem Ministerbüro Versuche, die afghanische Regierung dazu zu bewegen, großzügiger im Hinblick auf die Ausstellung von Reisepässen zu handeln, und ist Ihnen in

dieser Hinsicht eine Rückmeldung der afghanischen Seite zur Kenntnis gelangt?

Zeuge Stefan Röbel: Ich erinnere, dass wir auf verschiedenen Ebenen und auch auf verschiedenen Ebenen der afghanischen Regierung das Thema anhängig gemacht haben, und ich meine, auch bei Präsident Ghani. Ich kann mich nicht mehr entsinnen, ob das Botschafter Potzel war oder der Minister selbst mit diesem Petitum, dass bitte Reisedokumente auszustellen seien. Ich weiß nicht, wie die mündliche Reaktion war, die faktische Abhilfe jedenfalls wurde nie geschaffen.

Jörg Nürnberger (SPD): Jetzt tatsächlich die abschließenden zwei Fragen: Hinsichtlich der Durchführung der MilEvak-Operationen waren natürlich auch gewisse Zustimmungen der Beteiligten oder der betroffenen Staaten notwendig. Können Sie uns dazu ausführen, ob es da Schwierigkeiten gab, zum Beispiel im Hinblick auf Überfluggenehmigungen, und das insbesondere im Hinblick auf die Mitführung von militärischem Material?

Zeuge Stefan Röbel: Ich kann mich an eine Reihe von Berichten gerade zu Beginn der militärischen Evakuierung erinnern, wonach es, wenn ich es richtig erinnere, mit Tadschikistan und möglicherweise auch mit Turkmenistan Überflugthemen gab, Probleme gab. Ich erinnere mich, dass es mit Usbekistan, das uns ja insgesamt sehr geholfen hat in dieser Situation - - Wir haben ja in Taschkent den Hub aufgebaut bzw. die Bundeswehr hat den Hub aufgebaut für die Weiterevakuierung nach Deutschland, und ich meine, es gab da zumindest anfänglich Probleme mit militärischem Gerät, mit Waffen, was uns damals nicht besonders überrascht hat. Das sind Staaten, die das nicht gewöhnt sind, dass andere Staaten militärisch bei ihnen unterwegs sind. Und wir haben auf allen nur möglichen Ebenen, auch der Minister in Telefonaten - - Und auch, als es um Überfluggenehmigungen ging, hat er auch Telefonate gehabt mit seinen Kollegen, hier eine Klärung zu schaffen. Das hat auch das BMVg bei uns anhängig gemacht, und das fanden wir sehr nachvollziehbar.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Jörg Nürnberger (SPD): Es gab noch eine weitere Initiative, um diese Evakuierungsoperationen in der Vorbereitung zu unterstützen. Aus den Unterlagen - MAT A AA-9.45 VS-NfD, Blatt 21 - gibt es einen Hinweis, dass auch Verhandlungen mit anderen Staaten geführt wurden, um das Nadelöhr, den Flugplatz in Kabul, weiterbetreiben zu können. Und aus den Unterlagen ergibt sich, dass das mit der Türkei und den Kataris der Fall war. Haben Sie darüber Kenntnisse, und können Sie uns kurz dazu berichten?

Zeuge Stefan Röbel: Ich würde das tatsächlich gerne lesen, weil ich mir nicht sicher bin, welchen Zeitraum Sie meinen.

Jörg Nürnberger (SPD): Es geht da um den Zeitraum sogar noch während der Evakuierungsoperation. Aber wir legen Ihnen das gerne vor. - Schon unterwegs.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Zeuge Stefan Röbel: Ich meine, mich zu erinnern, dass es beim - - im Zuge des absehbaren Abzugs der Amerikaner vom Flughafen - - Und auch davor gab es Gespräche mit der Türkei, die signalisiert hatte, dass sie den Weiterbetrieb des Flughafens möglicherweise ermöglichen wolle, ebenso Kataris, die sagten, sie würden da mit möglicherweise militärischen Maschinen, aber auf jeden Fall so den Flughafen Kabul anfliegen, dass sie weitere Personen evakuieren können. Diese Gespräche gab es. Meines Erachtens scheiterte das am Ende an den technischen Gegebenheiten in Kabul, die gar nicht mehr zuließen, dass solche Flugzeuge verkehrten. Das glaube ich zu erinnern.

Jörg Nürnberger (SPD): Dann darf ich Ihnen an der Stelle für Ihre Aussagen danken. - Und wir wären am Ende unserer Befragung angelangt.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir haben mal die Tür aufgemacht, um ein bisschen Sauerstoff hereinzulassen im Moment. Ich hoffe, dass Sie das für eine kurze Zeit aushalten. Wir nähern uns

nämlich - - Wir müssen ja auch fertig werden zur Zeit der Stenografen.

Das Fragerecht geht an die Union. Herr Kollege Erndl.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Röbel, wir haben vorher unseren Dialog beendet mit den Einlassungen des Gesandten vor Ort. Der hatte ja schon am Freitag, 13., die Möglichkeit genannt oder letztendlich die Empfehlung gegeben, die Botschaft an den Flughafen zu verlegen. Sie haben vorher gesagt: In Berlin war nicht allen klar, dass es diese Möglichkeit überhaupt gibt. Deshalb meine Frage: Gab es im Auswärtigen Amt Planungen für verschiedene Szenarien, wie zum Beispiel eine Verschlechterung der Sicherheitslage in dem Bereich, in dem sich die Botschaft befindet, und gab es auch Planungen, wie erste Schritte aussehen, wenn eins der verschiedenen Szenarien für Kabul und das Land letztendlich eintritt, zum Beispiel Emirat 2.0?

Zeuge Stefan Röbel: Es gab mit Sicherheit Planungen für eine Evakuierung der Botschaft. Das ist bei einem Krisenstandort, wie es Kabul ja eigentlich durch die Jahre war, ein völlig normaler Sachverhalt. Das ist Aufgabe des Krisenstabs oder des Krisenzentrums, zusammen mit den politischen und fachlich zuständigen Arbeitseinheiten eine solche Eventualplanung zu entwerfen. Mir ist die im Einzelnen nicht bekannt. Die ist schlicht nicht mein Arbeitsgebiet gewesen.

„Was machen wir, wenn es das Emirat 2.0 gibt?“, das war bis zuletzt eigentlich nicht unsere Hypothese. Unsere Hypothese war, dass es in der einen oder anderen Form ein Arrangement gibt zwischen der Republik und den Taliban. So war es ja letztendlich auch, was in Doha vorgesehen wurde und was letztendlich auch die Erwartung der internationalen Gemeinschaft war. Wir waren mit unseren Einschätzungen - vielleicht ist das eine gute Stelle, es zu sagen -, was die Zukunft Afghanistans und auch Kabuls anlangt einschließlich der diplomatischen Präsenzen dort, nicht alleine, sondern wir bewegten uns auf derselben Linie wie unsere Partner, die in derselben



Nur zur dienstlichen Verwendung

Situation waren, die Afghanistan seit Jahrzehnten kannten und mit der Situation vor Ort vertraut waren. Also diesen Austausch, den gab es in verschiedenen Foren, den gab es bei den G 7, den gab es natürlich innerhalb der NATO oder auch bei den Vereinten Nationen, und da spielten wir ja durchaus immer eine Rolle, die uns diesen Austausch ermöglichte.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Das ist einerseits nachvollziehbar; andererseits stellt sich dann die Frage, wenn man am 13., 14., 15. August eine Entwicklung vorfindet und sich dann im Nachgang beschwert, dass man das nicht vorhersehen konnte, weil zum Beispiel der Bundesnachrichtendienst da kein präzises Bild geliefert hatte, was - - Ich sage mal, der Bundesnachrichtendienst hat zumindest gesagt: Vor dem 11.09. tritt das nicht ein. - Er hat natürlich noch Kippunkte genannt etc. etc. Wenn ich keinen alternativen Handlungsplan habe, was wäre denn dann der Unterschied gewesen, wenn sozusagen die Vorhersage des Nachrichtendienstes eingetreten wäre, dass Kabul erst am 11.09. oder nach dem 11.09. fällt?

Zeuge Stefan Röbel: Also, zu dem Moment, als der Bundesnachrichtendienst den 11.09. sagte, waren wir bereits in einer akuten Krisensituation, und die Ereignisse überschlugen sich. Unsere Anspannung und unsere komplette Aufmerksamkeit galten der akuten Evakuierung. Es hat sich zu dem Zeitpunkt wirklich keiner mehr hingewetzt, der mit Afghanistan befasst war, und hat überlegt: Was machen wir beim Emirat 2.0? - Das war nicht das, was damals für unsere Arbeit im Vordergrund stand. Für unsere Arbeit stand im Vordergrund, die Schutzbedürftigen, die Kolleginnen und Kollegen, die Ortskräfte und die anderen Schutzbedürftigen aus dem Land zu kriegen.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Okay. - Ich möchte noch mal auf den Geschäftsträger zurückgehen, und zwar haben Sie eine E-Mail erhalten am 15. August von der Abteilungsleiterin 1. Die findet sich auf MAT A AA-9.121 VS-NfD, Blatt 58. Und die Abteilungsleiterin 1 schreibt Ihnen - also ein Zitat, ein Ausschnitt aus der E-Mail -:

„... ganz im Vertrauen: In den letzten Krisenstabsitzungen wurde die Bo Kabul nicht gerade nett behandelt. vThiel mag nerven, aber letztlich hatte er ja - im Gegensatz zu den zahlreichen und ausführlich angehörten BND-Kollegen und den überoptimistischen AP05ern sehr recht, nur wurde er kaum angehört.“

Kennen Sie noch? Sollen wir vorlegen?

Zeuge Stefan Röbel: Vorlegen.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Vorlegen. Gut, machen wir gerne.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Zeuge Stefan Röbel: Die Maria Gosse, die mir diese Mail schrieb, das ist die Leiterin der Personalabteilung, der Zentralabteilung des Auswärtigen Amtes, zu deren Obliegenheiten, deren Kerngeschäft es gehört, die Befindlichkeiten und die Eindrücke der Mitarbeitenden zu formulieren und auch, wenn sie das Gefühl hat, hier ist etwas, was leitungsrelevant ist, das an mich heranzutragen in dem Fall. Und ich kannte sie, und das mag dieses Vertrauenthema oder diese vertrauliche E-Mail erklären.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Alles gut.

Zeuge Stefan Röbel: Nein, ich kannte sie aus mehreren Zusammenhängen, deswegen hat sie das an mich geschrieben und nicht an andere in den Leitungsbereich. Das wollte ich damit sagen.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Alles gut. - Meine Frage ist - -

Zeuge Stefan Röbel: Ich könnte sie auch beantworten. Ich erinnere sie sogar noch.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Bitte?

Zeuge Stefan Röbel: Ja, bitte, sagen Sie die noch.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Thomas Erndl (CDU/CSU): Die Frage ist: Ist diese Information oder auch konkret diese E-Mail an den Bundesminister herangetragen worden, also die Information, dass es eine Einschätzung im Haus gab, dass eigentlich der Geschäftsträger vor Ort ziemlich recht mit seinen Schilderungen hat, er aber nie richtig in Berlin sozusagen Gehör gefunden hat?

Zeuge Stefan Röbel: Ich würde sagen: teilweise. Also, dass der Geschäftsträger mit seiner Dringlichkeit, die wir - - Er hatte eine ganz besondere Art, die zu formulieren und die auch hörbar zu machen. Die wurde durchaus verstanden und ernst genommen. Aber gleichzeitig wurden - das sagte ich bereits - andere Quellen auch noch mit herangezogen.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Aber was heißt, dem Minister „teilweise“ zur Kenntnis gegeben?

Zeuge Stefan Röbel: Nein, nicht „teilweise zur Kenntnis gegeben“, sondern Sie sagten ja: Er hatte recht gehabt mit seiner Einschätzung. - Das wird man objektiv mit einigen Dingen sagen können, und es wird im Nachhinein ja auch viele Hinweise darauf geben, dass das so war.

Ob ihm nicht ausreichend Gehör gegeben wurde, das war der zweite Teil Ihrer Frage. Dem ist nicht so, sondern dieser Eindruck, den Maria Gosse hier schildert - ich war ja auch in diesen ganzen Krisenstäben, in jedem Krisenstab dabei - - Ich hatte den Eindruck, dass der Geschäftsträger durchaus ausreichend Raum hatte für das, was er vortragen wollte. Ich erinnere mich: Er wollte halt - - es hatten andere im Krisenstab noch nicht gesprochen, bevor er zum zweiten oder dritten Mal sprechen wollte. Und das betrifft möglicherweise dann die Sitzungsleitung, die sagte: Andere sollen aber jetzt auch mal sagen, was sie zu sagen haben.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Aber diese E-Mail oder der Inhalt dieser E-Mail, wurde die an den Minister herangetragen, oder - dann als zweite Frage - eben die Tatsache, dass es hier Informationen aus erster Hand gibt, die andere im Auswärtigen Amt sehr abgefedert haben?

Zeuge Stefan Röbel: Also die Ansichten von Herrn van Thiel und die Einschätzung von Herrn van Thiel, die waren dem Minister bekannt. Das habe ich Ihnen ja gesagt in der letzten Runde. Dass Herr van Thiel unzufrieden war mit der Behandlung seiner Einschätzung, auch das ist dem Minister nicht verborgen geblieben irgendwann.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Okay. - Herr van Thiel sagte hier bei seiner Vernehmung - und ich zitiere aus dem endgültigen Stenografischen Protokoll 20/66, Seite 105 -:

„Ich bin nach Berlin zurückgekommen, und dann ist mir berichtet worden, dass der Bundesminister sich von mir angegriffen gefühlt hat, weil - ich weiß nicht, ob es stimmt; aber so wurde mir gesagt - ich ihm angeblich widersprochen hätte zur Lage ...“

Kennen Sie diesen Vorgang, und haben Sie das auch mit dem Minister besprochen? Fühlte sich der Außenminister tatsächlich angegriffen durch den Geschäftsträger vor Ort?

Zeuge Stefan Röbel: Ich glaube nicht, dass der Minister sich durch Herrn van Thiel angegriffen fühlte.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Kennen Sie den Vorgang, also diese -

Zeuge Stefan Röbel: Ich kenne diesen Bericht von Herrn van Thiel nicht, nein.

Thomas Erndl (CDU/CSU): - Einschätzung?

Zeuge Stefan Röbel: Nein.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Okay. Gut. - Weiterhin: General Arlt hatten wir hier auch schon angesprochen. Der hat berichtet, dass er fast täglich Telefongespräche mit seiner Ministerin abseits der Krisenstabssitzungen hatte, einen direkten Austausch. Herr van Thiel hat so ein Gespräch nicht erwähnt. Gab es einen direkten Austausch



Nur zur dienstlichen Verwendung

des Herrn Bundesminister mit seinen Mitarbeitern vor Ort in der entscheidenden Phase, also ab dem 15., 16.?

Zeuge Stefan Röbel: Es gab diesen Austausch jeden Tag im Krisenstab. Da war ja Herr van Thiel zugegen und hat gesprochen. Und wir hatten eingangs die Frage: „Wie war eigentlich das Verhältnis zwischen den Ressorts und das Zusammenarbeiten?“, und ich habe eigentlich nur was zur Zeit vor der akuten Krise gesagt. In dieser akuten Krise empfanden wir, empfand ich, empfand aber auch der Minister diese Zusammenarbeit als sehr gut und vertrauensvoll. Das heißt, wir haben im Krisenstab nichts anderes besprochen als nebenher, sondern da war Austausch, und da waren die Einschätzungen offen formuliert.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Okay. Das BMVg sah abseits des Krisenstabs die Notwendigkeit, sozusagen noch mal direkt zu kommunizieren. Diese Notwendigkeit sah man im Auswärtigen Amt dann nicht.

Zeuge Stefan Röbel: Also dieser Spekulation kann ich vielleicht meine entgegensetzen: Der General Arlt war mit einer operativen Evakuierungsmission beschäftigt, ne? Das unterschied sich im Zuschnitt und im Wesen der Aufgabe schon doch ganz erheblich von dem, was der Geschäftsträger der deutschen Botschaft am Flughafen machte.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Okay. - Ich springe noch mal auf den 14. August zurück. Der Herr Außenminister hatte sich da abgestimmt mit der SPD-Fraktion. Herr Mützenich ließ im Verlauf des Tages die Sicht der Fraktion zurückmelden, und ich zitiere aus MAT A AA-9.116 VS-NfD, Blatt 68. Ich darf daraus zitieren:

„In diesem Kreis Einvernehmen:

- Evakuierung(svorbereitung) richtig und wichtig.
- Ein neues Mandat ist nicht erforderlich, man könnte sich auf das bestehende AFG-Mandat stützen. Man folge hier der Linie von BM und Olaf Scholz.“

Waren Sie an dem Austausch zwischen Herrn Mützenich und dem Bundesminister beteiligt an dem 14. August?

Zeuge Stefan Röbel: Nein, das zählte nicht zu meinen Aufgaben. Ich war Leiter des Ministerbüros, und das ist ja kein - -

Thomas Erndl (CDU/CSU): War das dann nach Ihrer Erfahrung aus dem Ministerbüro oder Ihrer Wahrnehmung normal, dass der Minister wichtige Entscheidungen direkt mit der Fraktion koordinierte und sich da auch eine Zustimmung einholte?

Zeuge Stefan Röbel: Also ich nehme die Kontakte zum Bundestag als eine Aufgabe des Ministers wahr. Ich kann mir - -

Thomas Erndl (CDU/CSU): Okay. Aber da waren Sie nicht involviert?

Zeuge Stefan Röbel: Nein, das ist ja nicht meine Aufgabe.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Wann hatte sich der Minister mit dem Vizekanzler zum Vorgehen in Afghanistan abgestimmt? War das auch an diesem 14.? Gab es da einen Austausch, der Ihnen noch in Erinnerung ist?

Zeuge Stefan Röbel: Mir ist noch in Erinnerung ein Mehr-Minister-Gespräch mit der Kanzlerin. Ich weiß nicht genau, wann es war, möglicherweise war es am 14. Ich war daran auch nicht beteiligt. Das waren meines Erachtens nur die Mitglieder der Regierung. Aber mir ist ein anderes konkretes Datum eines Austauschs von Maas und Scholz nicht bekannt. Also da ist mir das konkrete Datum einfach nicht bekannt.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Okay. - Gab es einen regelmäßigen Austausch jetzt außerhalb dieses speziellen Zeitraums über die Außenpolitik zwischen dem Vizekanzler und dem Außenminister?

Zeuge Stefan Röbel: Ich nehme an, dass es da einen Austausch gab. Wie regelmäßig der war - - Es gab keinen Jour fixe. Es gab natürlich Fraktionssitzungen, also es gab das parlamentarische



Nur zur dienstlichen Verwendung

Geschäft, an dem der Minister ebenso teilnahm wie der Vizekanzler. Ich nehme an, da gab es viel Gelegenheit, zu sprechen.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Okay. - Ich beziehe mich auf ein Interview mit dem „Spiegel“ am 20. August 2021 zu der Evakuierungsmission. Wissen Sie, ob der Minister direkt mit den „Spiegel“-Redakteuren gesprochen hat? Also war das ein mündliches Interview, oder war das ein schriftliches Interview?

Zeuge Stefan Röbel: Ich meine, wir hatten in dieser Phase auch Journalisten bei uns im Haus, ich bin mir aber nicht ganz sicher. Ich kann das nicht mit Sicherheit beantworten.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Okay. - In dem Interview wird Herr Minister Maas zitiert mit:

„Die Entscheidungen, die aufgrund dieser fehlerhaften Berichte“

- also die Berichte des BND -

„getroffen wurden, sind nach bestem Wissen und Gewissen gefallen. Aber sie waren im Ergebnis falsch, mit katastrophalen Folgen.“

Waren Sie dann bei zum Beispiel der Freigabe so eines Interviews und dieser Aussagen als Leiter des Leitungsstabs eingebunden?

Zeuge Stefan Röbel: Die Pressearbeit und auch Freigabe von Interviews, die erfolgen ausschließlich durch die Sprecher, den Sprecher des Ministers/der Ministerin. Das ist nicht Aufgabe des Ministerbüros.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Okay. - Gab es hierzu Vorlagen, oder hat das der Minister frei formuliert? Oder gab es da einen Vorschlag dann vom Pressteam? Ist Ihnen da was erinnerlich?

Zeuge Stefan Röbel: Ich kann Ihnen das nicht sagen, in welcher Form das auf den Minister - - oder das der Minister zur Kenntnis erhielt. Jedenfalls nicht in Form einer formalisierten Vorlage,

bei der - - Also Vorlagen haben eigentlich immer die Hausbeteiligung oder die Beteiligung relevanter Stellen zur Voraussetzung. Das gab es da sicherlich nicht.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Haben Sie sozusagen diese Aussage bei den Diskussionen mit dem Minister auch thematisiert? Was war denn sozusagen die falsche Entscheidung des Auswärtigen Amtes, auf die sich der Minister hier bezieht?

Zeuge Stefan Röbel: Auch hier kann ich nur spekulieren, was er meint. Das sind ja die Aussagen des Ministers und nicht meine. Möglicherweise hätten wir, hätten wir gewusst, wie es um Kabul steht, hätten wir es gewusst, wie schnell es geht, Dinge früher getan.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Es gab da ja in diesem Interview auch die konkrete Anschuldigung, dass der BND eben nicht die konkreten Informationen geliefert hat oder die entsprechenden Ansichten, dass dann Kabul an diesem Wochenende fällt. Wurde das thematisiert, also zwischen Ihnen und dem Minister oder im Leitungsstab, wie man das Auswärtige Amt in dieser Situation positioniert, politisch gesehen?

Zeuge Stefan Röbel: Sie meinen, wie man -

Thomas Erndl (CDU/CSU): Wie man den Schwarzen Peter an andere schiebt.

Zeuge Stefan Röbel: - die Frage: „Wer hat Schuld?“ formuliert? Es war für uns als Auswärtiges Amt eine sehr, sehr schwierige Situation, und für den Minister persönlich, aber auch für alle diejenigen, die vor Ort in Kabul und auch in Berlin - - Das betraf - - Es wurden ja fast alle Kolleginnen und Kollegen, die verfügbar waren, eingesetzt, um diese akute Krisensituation zu bewältigen. Wir hatten pro Tag Zehntausende, Hundertausende Mails, die reinkamen, und wir hatten schon durchaus den Anspruch, die zu beantworten. Wir hatten unglaublich viele Anrufe. Wir mussten zusehen, dass wir Leute identifizieren, die auf Flugzeuge kommen. Das war ein Kraftakt des gesamten Hauses, den ich so aus anderen Situationen nicht kenne.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Und gleichzeitig standen wir als Haus, stand aber auch der Minister als Person unglaublich in der Kritik, ne? Das waren drei Wochen zur Wahl. Hier versagt ein Auswärtiges Amt - in Anführungsstrichen. Das war einfach ein ständiges Thema und auch das Gefühl, ungerecht behandelt zu werden, von uns, das ich im Nachhinein durchaus nachvollziehen kann. Und vor diesem Hintergrund haben wir bestimmt auch Gespräche geführt, was wir hätten besser machen können, wo andere vielleicht auch Verantwortung tragen, die viel besser durch diese Krise kommen, als wir das kamen.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Wir machen gleich noch weiter mit Restfragen, wenn es geht.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wenn das so ist, dann würde ich in der Tat für fünf Minuten unterbrechen, dass wir noch mal ein bisschen Luft holen können. Ich bitte aber, dass wir es dann bei fünf Minuten belassen, weil wir wirklich natürlich heute auch zu Ende kommen müssen. Sie wissen, ab wann wir ohne Protokoll sind. Also insofern: fünf Minuten Pause.

(Unterbrechung von
22.16 bis 22.20 Uhr)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich nehme an, die Vorfreude auf das Finale ist bei Ihnen gewachsen, und wir fahren fort mit Frau Kollegin Nanni.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Vorsitzender, vielen Dank. - Ich kann wie so oft anschließen an die gute Befragung meines Vordrängers, und zwar geht es noch mal um das Thema „BND-Aufkommen“. Da möchte ich Ihnen einmal vorhalten vorläufiges Stenografisches Protokoll 20/89 I, Seite 175. Das ist die Befragung von Staatssekretär Berger. Er sagt:

„ND-Lage-Informationen habe ich in der Regel mündlich an die Leiterin des Ministerbüros und nur bei absolut notwendiger Betroffenheit an die zuständigen Abteilungsleiter mündlich weitergegeben; denn es macht ja keinen

Sinn, wenn man eine nachrichtendienstlich eingestufte Lage hat, das dann schriftlich durch die Gegend zu schicken. Deswegen war das nur mündlich.“

Ich würde jetzt mal sagen, bei Leiterin sind Sie mitgemeint in der Zeit, wo Sie selber der Leiter waren. Deswegen noch mal die Frage: Wie haben Sie denn solche ND-Lage-Informationen vom Staatssekretär Berger in der Zeit, wo Sie die Leitung innehatten, an den Minister weitergegeben?

Zeuge Stefan Röbel: Ich würde sagen, das war ebenfalls mündlich. Ich erinnere mich aber an diese - - Also, ich erinnere mich an viele Besprechungen mit dem Staatssekretär, mit dem Minister, wo solche Informationen Gegenstand waren. Das war - - Also gerade Afghanistan, gerade in der Krise gab es nicht mehr dieses Verfahren „Staatssekretär an Leiterin oder Leiter des Ministerbüros und dann weiter zum Minister“, sondern es war ein direkter Austausch. Wir haben uns - - In dieser Krisenphase gab es Gespräche, tägliche Gespräche im Büro des Ministers, an denen der Staatssekretär beteiligt war.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau, und mich interessiert natürlich vor allem die Vor-Krisenphase, weil die Frage des Untersuchungsausschusses ist ja, warum wir so in die Krise gegangen sind, wie wir in die Krise gegangen sind. Nicht ganz so doll, was wir dann in der Krise alles gemacht haben als Bundesrepublik. Deswegen noch mal die Frage jetzt: Vor dem 13. August - und ab dem 14. August war der Minister ja selber auch in den Runden drin -, wie muss ich mir das vorstellen, also was die Präsenz angeht im Haus? Wie häufig konnten Sie sich denn austauschen mit dem Minister über ND-Lagen?

Zeuge Stefan Röbel: Wie gesagt, wir hatten einen täglichen oder nahezu täglichen Austausch, der mündlich erfolgte, in Präsenz. Bevor - - Im Sommer 21, vor dem Fall von Kabul waren - - Ich glaube, es gab durchaus Auslandsreisen des Ministers, auf denen ich ihn begleitet habe. Das waren auch Momente, wo wir während der Flüge



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeit hatten, Dinge zu besprechen, und wo ich ihm solche Sachen sagen konnte.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und können Sie sich erinnern, dass der Minister, nachdem Sie ihm eine ND-Lage-Information übermittelt haben - mündlich -, Sie noch mal darum gebeten hat, detailliertere Informationen zu einem Sachverhalt einzuholen?

Zeuge Stefan Röbel: Daran kann ich mich nicht erinnern; aber es kann auch viele Gründe haben.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich danke Ihnen herzlich, Herr Röbel. - Ich bin fertig.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Sehr gut. - Dann sind wir bei dem Kollegen Heidt.

Peter Heidt (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Guten Abend, Herr Röbel! Sie haben ja am 21. Juni 2021 angefangen. Am 23. Juni gab es im Bundestag zwei Debatten: Aktuelle Stunde zu Afghanistan und einen Antrag. Können Sie sich daran erinnern, an diesen Tag?

Zeuge Stefan Röbel: Nicht exakt, muss ich sagen, muss ich ganz ehrlich sagen. Ich weiß, dass es Debatten, Anhörungen gab; aber ich bringe damit nichts mehr über das hinaus, was Sie gerade sagten, in Verbindung.

Peter Heidt (FDP): Ja, weil Ihr Minister hat auch da gesprochen. - Kurz zuvor ist die Entscheidung gefallen, einen Punkt bei den Ortskräften zu verändern, nämlich sozusagen den Kreis zu erweitern auf 2013 zurück, allerdings nur für die Ortskräfte BMI und Verteidigungsministerium. Können Sie sich daran erinnern, wie der Minister, Ihr Minister, dazu stand, dass seine Ortskräfte jetzt noch nicht in diesen, ich sage jetzt mal, Genuss gekommen sind?

Zeuge Stefan Röbel: Ja, das fanden wir nicht gut; das fand der Minister auch nicht gut. Die Begründung, die von Polizei und Militär sind die gefährdeteren, die hat uns nicht so richtig überzeugt. Aber das war die Entscheidung.

Peter Heidt (FDP): Es ist ja auch so gewesen, dass in 2021 - - Ich muss jetzt zugeben, bei Ihrem Ministerium weiß ich es nicht genau; aber beim BMZ, die ja auch nicht in den Genuss kamen, gab es Ortskräfte, die angegriffen worden oder umgekommen sind sogar. Wissen Sie, wie der Minister versucht hat, diese Entscheidung zu verändern?

Zeuge Stefan Röbel: Diese Entscheidung geht ja zurück, wenn ich es richtig erinnere, auf eine Initiative der Verteidigungsministerin, die dann mit dem Innenminister besprochen wurde und mit der Kanzlerin. Ich kann nicht nachvollziehen - ich erinnere einfach nicht mehr -, in welchen Stadien der Minister Teil dieser Gespräche war und wie und auf welche Weise er unseren Wunsch nach Ausdehnung da formuliert hat.

Peter Heidt (FDP): Man muss zur Geschichte sagen, dass die Verteidigungsministerin ein halbes Jahr versucht hat, das hinzubekommen, und dann am 16. Juni, also wenige Tage vor dieser Debatte, es immerhin geschafft hat, für sich, für ihr Ministerium quasi diese Einigung zu erzielen. Wissen Sie, wie weit das Bundeskanzleramt versucht hat, da zu vermitteln oder Einfluss zu nehmen?

Zeuge Stefan Röbel: Das entzieht sich meiner Kenntnis.

Peter Heidt (FDP): Ja, ja. - Später hat man das ja auch für Ihre Ortskräfte ausgedehnt. Wissen Sie, wie es dann zu dieser späteren Richtlinienentscheidung gekommen ist, was da der Hintergrund war, warum man das dann gemacht hat endlich?

Zeuge Stefan Röbel: Das ist ja eine Entscheidung, die spät, sehr spät getroffen wurde - ne? -, in der akuten Krise, wenn ich es richtig erinnere.

Peter Heidt (FDP): Richtig, August erst, ja.

Zeuge Stefan Röbel: Im August erst. Ich nehme an, dass vor dem Hintergrund dessen, was vor aller Augen passierte in Afghanistan, eine Ungleichbehandlung der Schutzberechtigten politisch kaum noch erklärbar gewesen wäre. Ich



Nur zur dienstlichen Verwendung

vermute, dass das die Erklärung, warum es dann gelungen ist, sein könnte.

Peter Heidt (FDP): Der Minister hat mit Ihnen darüber aber nicht mal gesprochen konkret, was Sie noch erinnern?

Zeuge Stefan Röbel: Also, dass das der Wunsch war des Ministers und dass er ihn vorträgt und auch das Haus in den verschiedenen Ressortkonstellationen, das war klar, und möglicherweise haben wir darüber noch mal gesprochen, dass er gesagt hat: Jetzt aber müssen wir wirklich - - Oder es war einfach ein Selbstverständnis, dass das zu geschehen hat, weil das ja unser steter Wunsch war.

Peter Heidt (FDP): Noch mal eine ganz einfache Frage: Waren Sie eigentlich im Kabinett mal dabei oder da nicht?

Zeuge Stefan Röbel: Nein.

Peter Heidt (FDP): Okay.

Zeuge Stefan Röbel: Ins Kabinett geht der Leiter des - - Also, vor das Kabinett geht der Leiter des Kabinettsreferats. Im Kabinett selbst sitzen ja tatsächlich nur Regierungsmitglieder und noch ganz wenige andere.

Peter Heidt (FDP): Danke.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Ich würde gerne noch kurz nachhaken, und zwar: Sie haben gerade gesagt, dass der Minister das auch nicht gut gefunden hätte, dass für die Ortskräfte Ihres Hauses eben nicht diese 2013er-Regelung gegolten habe. Warum hat sich dann Ihr Minister nicht hingestellt und gesagt: „Das wollen wir auch haben“?

Zeuge Stefan Röbel: Also ich nehme an, dass der Minister auf - das ist eine Spekulation von mir - - Hingestellt, öffentlich hingestellt hat - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das lassen Sie mal bleiben.

Zeuge Stefan Röbel: Hm, soll ich nicht?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Nee.

Zeuge Stefan Röbel: Dann mache ich das nicht.

(Zurufe: Das ist Spekulation! - VLR Andreas Gloßner (AA) meldet sich zu Wort)

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Also mich interessiert einfach - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Sie sind nicht da, hier zu spekulieren, sondern Sie mögen bitte sagen, was Sie über Sachverhalte wissen. Das ist das, worüber wir hier sprechen, und zwar abschließlich.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Genau. - Was ist Ihre Erkenntnis darüber, warum der Minister - - Oder was hat ihn daran gehindert, wenn er den Wunsch hatte, das zu äußern?

Zeuge Stefan Röbel: Ich nehme an, dass eine öffentliche Äußerung und ein öffentliches Vorgehen für ihn nicht infrage kam und ein - -

VLR Andreas Gloßner (AA): Entschuldigung, Herr Vorsitzender, ich muss hier reinspringen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich kann den Zeugen nicht hindern, sich so zu äußern, um das mal zu sagen. Ich habe ihn darauf hingewiesen.

VLR Andreas Gloßner (AA): Aber es ist nicht von seiner Aussagegenehmigung gedeckt.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Wieso das denn?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ist gut, aber die Frage ist schon mit seiner Aussagegenehmigung - - Aber wir können ihn nicht hindern - - Also, das machen wir jetzt hier nicht, dass Sie ihm deswegen ins Wort fallen.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Also, ich möchte einfach nur verstehen, wenn der Minister sagt: „Ich will es so haben“, warum er es nicht



Nur zur dienstlichen Verwendung

gemacht hat. Das ist doch eigentlich eine relativ einfache Frage.

Zeuge Stefan Röbel: Es ist ja nicht seine - - Die Ausdehnung der - - Also, ich möchte nur ganz kurz noch was dazu sagen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Moment, warten Sie mal! Wir müssen ja einen Weg finden sozusagen, der zwischen dem liegt, was Herr Gloßner zu Recht eingewandt hat, und dem, was ich eben versucht habe der Kollegin deutlich zu machen. Wenn die Frage heißt: „Wissen Sie, warum der Minister, wenn er den Wunsch hatte, das nicht vorgetragen hat?“, dann können Sie darauf antworten. Das ist eine Frage, die legitim ist, und dann - -

Zeuge Stefan Röbel: Okay. - Ich weiß es nicht.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Gut.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Aber der Minister wollte die Ausweitung auf diese zweitausend- -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das ist eine Suggestivfrage. Bitte, also auch um diese - -

(Zurufe)

- Doch. Auch um diese Uhrzeit - -

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Das ist doch keine Suggestivfrage, wenn ich frage: Wollte es der Minister, oder wollte er es nicht? - Das ist einfach eine Frage.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ja, aber so haben Sie nicht gefragt.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Ich habe gefragt: Wollte der Minister die Ausweitung?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das dürfen Sie fragen.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Ja, bitte.

Zeuge Stefan Röbel: Der Minister wollte eine Gleichbehandlung der Ortskräfte.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Sind wir durch?

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Ja. Danke.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Danke schön. - Dann sind wir bei der AfD. Bitte schön.

Joachim Wundrak (AfD): Danke, Herr Vorsitzender. - Herr Röbel, laut MAT A AA-9.52 VS-NfD, Blatt 45, soll [REDACTED] am Abend des 12. August 2021 zugesagt haben, dass die US-Amerikaner diplomatisch in Afghanistan bleiben wollen. Können Sie uns bitte sagen, ab wann genau der Bundesregierung klar geworden ist, dass die Amerikaner diplomatisch nicht mehr in Afghanistan verbleiben würden? Und was wissen Sie über die Ursachen darüber, dass sich die Amerikaner schließlich entgegen der Ansage [REDACTED] an [REDACTED] dafür entschieden, ihre diplomatische Präsenz in Kabul komplett zu schließen?

Zeuge Stefan Röbel: Kann ich es bitte sehen?

Joachim Wundrak (AfD): Ja, natürlich.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen -
VLR Andreas Gloßner (AA)
meldet sich zu Wort)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Bitte schön.

VLR Andreas Gloßner (AA): Es tut mir leid, dass ich schon wieder reinspringen muss. Danke, Herr Vorsitzender. - Also, es ist jetzt schon zum zweiten Mal, dass indirekt jetzt zitiert wird aus Ministergesprächen, also aus Gesprächen - in dem Fall - mit den Amerikanern auf Ministerebene. Wir hatten ja darum gebeten, dass eben aus diesen vertraulichen Gesprächen nur stille Vorhalte gemacht werden.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das ist zutreffend.



Nur zur dienstlichen Verwendung

VLR Andreas Gloßner (AA): Und deswegen würde ich da auch diesen Inhalt, den Sie gerade schon erwähnt haben, eigentlich - da konnte ich nur nicht schnell genug reinspringen - schon bemängeln.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich merke, das dient dem Test, ob wir noch munter sind um diese Uhrzeit sozusagen. Also, ich bitte darum, das in dieser Form nicht zu tun. Wenn Sie so was wollen, dann machen Sie es im stillen Vorhalt.

Joachim Wundrak (AfD): Ja, okay. Jetzt ist aber die Frage - -

Zeuge Stefan Röbel: Die Frage ist akut?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Nein, dann lasse ich die Frage in der Form nicht zu.

Joachim Wundrak (AfD): Dann verkürze ich die Frage. Können Sie uns sagen, ab wann genau der Bundesregierung klar geworden ist, dass die Amerikaner diplomatisch nicht mehr in Afghanistan verbleiben würden und schließlich die Amerikaner sich entschieden, ihre diplomatische Präsenz in Kabul komplett zu schließen?

Zeuge Stefan Röbel: Da kann ich Ihnen keinen genauen Zeitpunkt nennen.

Joachim Wundrak (AfD): Danke. - Herr Röbel, laut MAT A AA-9.02 VS-NfD, Blatt 11, waren Sie noch während der laufenden Evakuierungsoperation daran beteiligt, Planungen für eine künftige deutsche Botschaftspräsenz nun im von den Taliban regierten Kabul aufzunehmen. Staatssekretär Berger bat darum, diese Überlegungen im kleinen Kreis zu halten. Können Sie uns bitte sagen, von wem damals der Anstoß dafür kam, die deutsche Botschaftspräsenz in Kabul-Stadt wiederherzustellen, was die Motive dafür gewesen sind und wie weit die Planungen konkret vorangetrieben worden sind?

Zeuge Stefan Röbel: Darf ich es sehen, bitte?

Joachim Wundrak (AfD): Klar.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Zeuge Stefan Röbel: Ausweislich dieser Nachricht von Herrn Berger an mich geht es ja um die Frage künftiger Präsenz und nicht darum, ob wir eine Botschaft haben in Kabul unter Herrschaft der Taliban, sondern es ging darum, wie wir sicherstellen können, dass wir in der Phase 2, also nach Abschluss der militärischen Evakuierung, die verbliebenen Schutzbedürftigen außer Landes bringen. Dass wir dazu möglicherweise irgendeine Form von Präsenz, die sicherlich keine diplomatische Präsenz gewesen wäre, sondern jemanden, der das tut vor Ort, der irgendwas tun kann vor Ort, brauchen, das war eine Prämisse, und zu überlegen - - Und deswegen geht die Mail ja auch weiter und sagt: Wir müssen uns überlegen, ob aus dem Kreis derer, die noch da sind - es sind ja durchaus auch Botschaften in Kabul geblieben -, derer, die engere Kontakte mit den Taliban hatten - - ob wir dort eine Anknüpfung finden, um eine Struktur zu haben und um logistisch einfach dieses Problem bewerkstelligen zu können, was uns nach Ende der Evakuierungsflüge offenbar wurde oder bewegte, weil es sind ja nach dem Ende der Evakuierungsflüge noch einmal mehr Schutzbedürftige aus Afghanistan nach Deutschland gekommen. Und dafür einen Weg zu finden, das war sicherlich gegen Ende der Evakuierung schon eine Frage, die wir uns gestellt haben.

Joachim Wundrak (AfD): Vielen Dank. - Laut MAT A AA-9.83 VS-NfD, Blatt 44, erhielten Sie am 24. August 2021 eine E-Mail von Markus Potzel. Potzel schrieb Ihnen über ein am Vortag geführtes Gespräch mit seinem britischen und amerikanischen Amtskollegen - Zitat -:

„- Alle mit Interesse an baldmöglichlicher“

diplomatischer

„Präsenz.

...



Nur zur dienstlichen Verwendung

- Probleme wg. politischer Signalwirkung (Anerkennungsproblematik) unserer Rückkehr zu diplomatischer Präsenz sahen weder UK noch USA.“

Ist Ihnen bekannt, aus welchen Gründen USA und Großbritannien schließlich doch keine diplomatische Präsenz in Kabul beließen?

Zeuge Stefan Röbel: Nein, das ist mir nicht bekannt.

Joachim Wundrak (AfD): Herr Röbel, laut MAT A AA-9.40 VS-NfD, Blatt 117, sollen Sie am 23. September 2021 darüber informiert worden sein, dass die USA wichtige Talibanführer zu Gesprächen nach Doha eingeladen haben. Auf US-Seite war neben Khalilzad auch der Fachbereichsverantwortliche „Terrorismusbekämpfung“ als US-Verhandlungsführer im Gespräch. Was ist Ihnen über diese Gespräche gegen Ende des Untersuchungszeitraums zwischen US-Vertretern und Talibanführern bekannt?

Zeuge Stefan Röbel: Könnte ich es bitte sehen?

Joachim Wundrak (AfD): Gerne.

Zeuge Stefan Röbel: Danke.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Sie haben in Ihrer Frage erwähnt, es geht um die Zukunft einer Präsenz in Afghanistan. Das kann ich hier nicht erkennen auf dem Auszug. Ich kann ihn kurz vorlesen. Soll ich kurz vorlesen, was da steht? - Also da steht nichts von Präsenz.

(VLR Andreas Gloßner
(AA) meldet sich zu Wort)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Bitte schön. - War das eine Wortmeldung?

Zeuge Stefan Röbel: Soll ich mal?

Joachim Wundrak (AfD): Ja.

VLR Andreas Gloßner (AA): Nee, der Zeuge sollte bitte nicht vorlesen, was da steht, weil das wieder dieselbe Problematik ist.

Zeuge Stefan Röbel: Okay. Sorry. Gut.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir reden ja immer noch über den gleichen Kontext, und wörtlich zitieren - -

Zeuge Stefan Röbel: Aber die Frage ist doch, ob die Mail aus demselben Kontext kommt.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Es gilt generell, dass Sie das bitte hier aussagen, was Sie wissen, und wenn Sie nichts wissen, dann können Sie nichts aussagen.

Zeuge Stefan Röbel: Ich sehe Ihre Frage; ich sehe die Frage des Compounds hier nicht. Ich kann deswegen die Frage nicht beantworten.

Joachim Wundrak (AfD): Ja, Herr Röbel, während es seit dem 15. August 2021 hieß, die deutsche Bundesregierung erkenne das zweite Talibanregime diplomatisch nicht an, erklärte uns Markus Potzel laut Protokoll der UA-Sitzung vom 21.03.2021 [sic!], Seite 26, dass man mit der neuen afghanischen Regierung nach dem 15.08.2021 sehr wohl in Kontakt gestanden habe. So sei er dann auch im Herbst 2021 gemeinsam mit Jasper Wieck nach Kabul gereist, um sich mit Vertretern der neuen Regierung Taliban-Afghanistans zu treffen. Können Sie uns sagen, Herr Röbel, ob die Reise von Herrn Wieck und Potzel nach Taliban-Afghanistan mit einem Auftrag des Ministers erfolgt ist und welche Gesprächsergebnisse hier erzielt worden sind?

Zeuge Stefan Röbel: Wenn Potzel und Wieck nach Afghanistan gefahren sind, dann geschah das garantiert nicht ohne Wissen und ohne Zustimmung des Ministers, und je nachdem, wann es war - und ich glaube, das war tatsächlich im September, so wie Sie es sagten -, dann galt es da noch zu unterstützen, was wir, was ich eingangs schilderte - - nämlich die Phase 2 der Evakuierung. Das - so gehe ich davon aus - war dann die Aufgabe der beiden, hier Wege und Mittel zu finden.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Joachim Wundrak (AfD): Herr Röbel, laut MAT A AA-9.44 VS-NfD, Blatt 17, erhielten Sie am Abend des 14. August 2021 eine E-Mail von Herrn Aulbach, dem Leiter des Parlaments- und Kabinettsreferats - Zitat -:

„Anruf Oberst Schrödl aus der Pol-Abt. BMVg:

...

- Auf meine“

- Aulbachs -

„Frage nach Grund für das Mandat: auch nach erfolgter Evakuierung würde ein BW-Kernteam vor Ort bleiben, das wäre nicht mehr mandatiert, wenn die RS-Mission förmlich spätestens im September beendet würde (wirkte vorgeschoben)“

Inzwischen wissen wir, dass nach der Evakuierungsoperation kein Bundeswehrkernteam vor Ort in Kabul blieb. Herr Röbel, gingen auch weitere Kollegen oder Vorgesetzte im AA wie Herr Aulbach davon aus, dass das BMVg mit einem vorgeschobenen Argument die Neumandatierung begründet hatte?

Zeuge Stefan Röbel: Also, ich - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Diese Form der Frage enthält eine Unterstellung, und ich habe ja schon ein paarmal versucht, hier deutlich zu machen: Sie können Wertungen in anderen Kontexten machen, aber wir können nicht eine Frage in Form einer Unterstellung kleiden sozusagen, die man praktisch akzeptieren muss, wenn man das so beantwortet. So ist die Frage nicht zulässig.

Joachim Wundrak (AfD): Herr Vorsitzender, das geht doch aus dem Zitierten hervor.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Entschuldigung. Was daraus hervorgeht, interpretieren Sie. Sie können nicht eine Frage in Form einer Unterstellung hier stellen. Das lasse ich nicht zu.

Joachim Wundrak (AfD): Das steht doch wörtlich in dem zitierten - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Sie können ihm das Zitat vorlesen und sagen: Was sagen Sie dazu? - Wenn er das möchte, kann er das tun. Aber „Gingen Sie auch davon aus, dass das eine vorgeschobene Tatsache ist?“, macht sich das zu eigen. Warum sollte der Zeuge sich etwas zu eigen machen, was eine Interpretation ist. Ich würde ihn gern davon abhalten. Ich schütze hier alle Zeugen sozusagen. Wir haben eine Fürsorgepflicht für unsere Zeugen.

Joachim Wundrak (AfD): Ja. Die Frage reduziert sich dann nach dem zitierten „wirkte vorgeschoben“. Wie bewerten Sie das?

Zeuge Stefan Röbel: Kann ich es bitte sehen?

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Nach meiner Erinnerung war die Frage „Mandatierung - ja oder nein?“ eine politische.

Joachim Wundrak (AfD): Also unabhängig von der - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir sind am Ende der Befragung angekommen und auch am Ende dieser Runde. Also frage ich: Hatten wir noch Restfragen? - Die Union hat noch zwei Restfragen.

(Joachim Wundrak (AfD):
Wir auch!)

- Bitte schön.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Wir waren vorher bei der politischen Positionierung in diesen Tagen, der politischen Positionierung des Auswärtigen Amtes. Gab es einen Zeitpunkt, wo der Minister die Losung ausgegeben hat, dieses Narrativ, dass man auch dem BND oder ein Stück der Verantwortung dem BND zuschiebt, auch hinauszutragen, zum Beispiel durch Pressegespräche, Hintergrundgespräche? War das also eine bewusste



Nur zur dienstlichen Verwendung

Aktivität des Auswärtigen Amtes, genau diese Information, diese Verantwortung dem BND da auch zuzuschreiben?

Zeuge Stefan Röbel: So was ist mir nicht bekannt.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Okay. Gut. - Dann letzte Frage ganz kurz noch: Kabul Luftbrücke. Haben Sie eine Information, ob der Herr Marquardt direkt Kontakt mit dem Minister aufgenommen hat, und was war die Reaktion daraus auch vor dem Hintergrund, dass aus dem Auswärtigen Amt heraus ja das sehr, sehr negativ gesehen wurde, was die Kabul Luftbrücke da betreibt?

Zeuge Stefan Röbel: Ich kann nicht mehr sagen, ob Herr Marquardt dem Minister etwas geschrieben hat. Das weiß ich einfach nicht mehr. Dass auch der Minister, der ja im Krisenstab saß und gemerkt hat, vor welchen operativen Schwierigkeiten wir standen, dass das Problem nicht die Flugkapazität war, sondern das Verbringen von Personen über die Gates auf die Flieger - - dass er diese Initiative und diese Schwierigkeiten, die dadurch entstanden, genauso gesehen hat wie alle anderen im Krisenstab.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Vielen herzlichen Dank.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: AfD.

Joachim Wundrak (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Röbel, aus MAT A AA-8.142 VS-NfD, Blatt 195, geht hervor, dass Sie am 23. August 2021 eine E-Mail aus dem Krisenreaktionszentrum des AA erhielten. Inhaltlich ging es um die Bustransporte, mit denen Afghanen mithilfe der Taliban durch die Massen in den Flughafen hineingefahren worden sind. Hierfür wurde intern der Begriff „Taliban-Express“ verwendet. Diese Transporte wurden durch das deutsche Krisenunterstützungsteam abgewickelt.

Aus MAT A AA-9.03 VS-NfD, Blatt 76, geht hervor, dass diese deutsche Zusammenarbeit mit den Taliban intern umstritten war. Der Leiter des

Berliner Lagezentrums des AA, Herr Gehrke, plädierte gegen die Nutzung von Taliban-Busdiensten und kommentierte folgendermaßen - ich zitiere -:

„keine gute Idee: politisch, menschlich (Flucht vor den TLB mit den TLB ...“

Können Sie uns bitte sagen, weshalb man sich trotz dieser zitierten kritischen Einschätzung Herrn Gehrkes dafür entschied, mithilfe der Taliban Bustransporte durchzuführen, die Afghanen aus der Stadt Kabul in den Flughafen verbrachten? Und können Sie uns auch sagen, welche Gegenleistung die Taliban für diese Dienstleistung aus deutscher Seite erhalten haben?

Zeuge Stefan Röbel: Das würde ich jetzt wirklich gern mal sehen.

Joachim Wundrak (AfD): Gerne.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Zeuge Stefan Röbel: Also, aus den Unterlagen geht ja hervor, dass wir den Begriff „Taliban-Express“ nicht benutzt haben und auch keine Busse von den Taliban oder mit den Taliban organisiert haben, sondern diese Busse sind vor Ort von der Botschaft oder von dem Rumpfteam organisiert worden. Es gab - - Die Taliban hatten Kabul bis zum Flughafen unter Kontrolle. Das heißt, die Busse mussten zwar Checkpoints von den Taliban passieren, aber das waren keine Busse, die wir irgendwie mithilfe der Taliban oder durch die Taliban organisiert hatten oder organisieren ließen. Insofern erschließt sich mir nicht genau, wie Sie dazu kommen.

Joachim Wundrak (AfD): Das hat die Auswertung der Unterlagen ergeben.

Zeuge Stefan Röbel: Jedenfalls nicht der Unterlagen, die Sie vorgelegt haben. Das steht da nicht.

Joachim Wundrak (AfD): Dann lassen wir das so stehen. - Vielen Dank.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Gut. - Dann sind wir am Ende der Befragung angekommen, Herr Röbel. Ich würde Sie gern darauf aufmerksam machen, dass die Befragung förmlich noch nicht abgeschlossen ist, sondern Sie kriegen das Protokoll und haben 14 Tage Zeit, Korrekturen vorzunehmen. Und erst dann ist Ihre Befragung förmlich abgeschlossen.

Ich bedanke mich bei Ihnen, dass Sie uns zur Verfügung gestanden haben. Ich wünsche Ihnen einen guten Abend und schließe die Sitzung um 23.51 Uhr. Ich wünsche Ihnen noch einen schönen Restabend.

(Schluss: 23.51 Uhr)

Anlage

Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen
der Zeugin
Bundesministerin a. D. Annegret Kramp-Karrenbauer

Anlage

Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen
des
Zeugen Stefan Röbel

